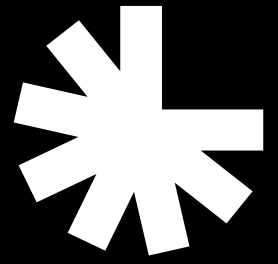


13



RECHTS.GESCHEHEN



Haus der Geschichte
Baden
Württemberg

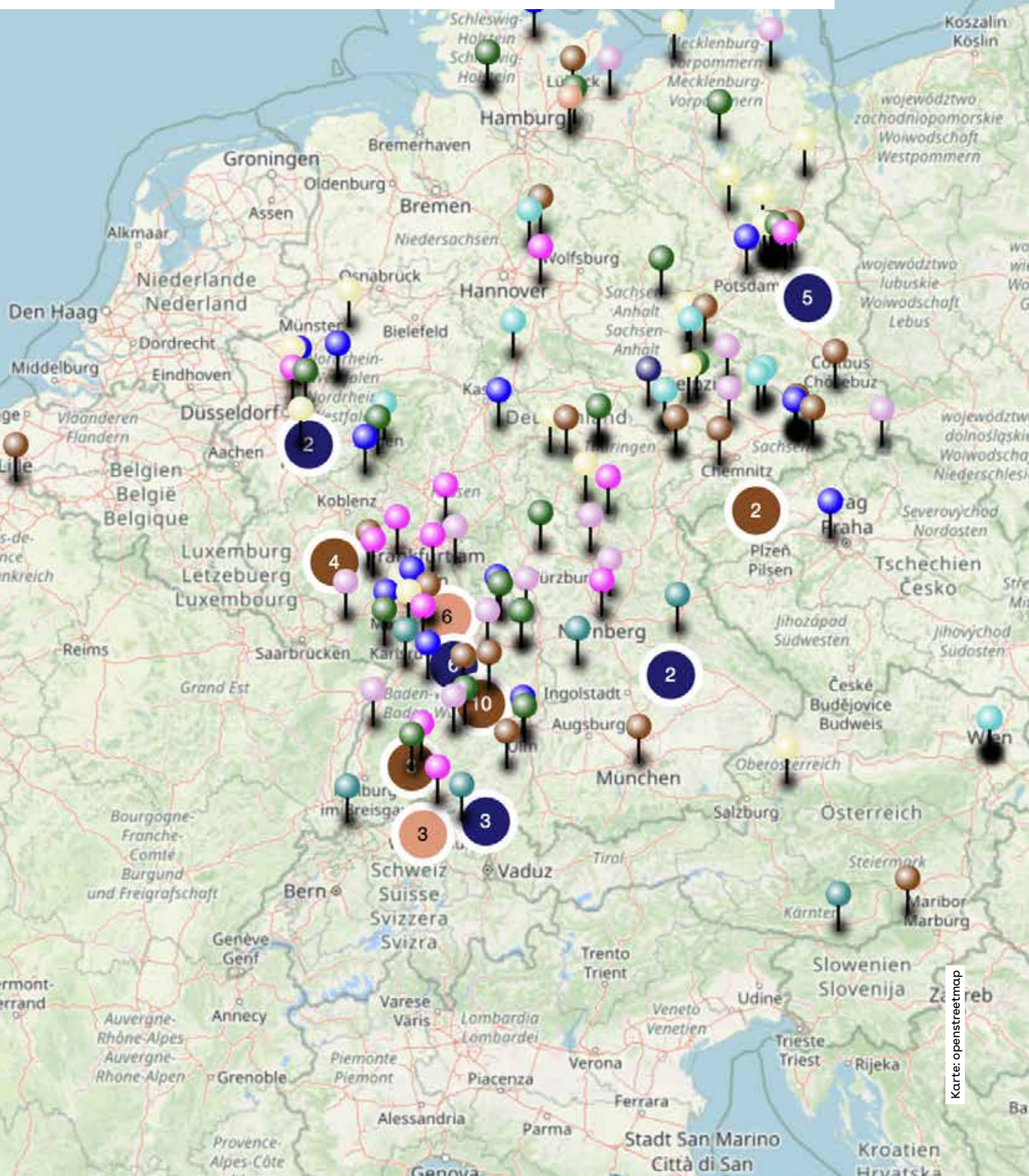
Rechtsextremer Terror
Ausstellung im »Hotel Silber«



**Landesarchiv
Baden-Württemberg**
Dokumentationsstelle
Rechtsextremismus



Die interaktive Kartenansicht: www.rechts-geschehen.de



Inhalt

Editorial	Seite 5
------------------------	---------

Stenzel	Seite 6
----------------------	---------

Themenschwerpunkt: Rechtsextremer Terror

Rechtsextremer Terror. Ein Ausstellungsprojekt des Hauses der Geschichte Baden-Württemberg in Kooperation mit der Dokumentationsstelle Rechtsextremismus des Generallandesarchivs Karlsruhe <i>Christopher Dowe</i>	Seite 7
Der Erzberger-Mord und Umsturzpläne <i>Christopher Dowe</i>	Seite 9
Rechter Terror der Weimarer Republik und Staatsterror im Nationalsozialismus <i>Christopher Dowe</i>	Seite 11
Rechtsextreme Gewalt nach Kriegsende und im demokratischen Wiederaufbau <i>Friedemann Rincke</i>	Seite 13
Hass gegen Sinti, Roma und Jenische <i>Christopher Dowe</i>	Seite 16
Feindbild Hippies – ein Mord in Konstanz <i>Friedemann Rincke</i>	Seite 18
Eine Welle des Terrors <i>Friedemann Rincke</i>	Seite 19
Frühe Radikalisierung <i>Friedemann Rincke</i>	Seite 21
Rechtsextremer Terror in den 1990er-Jahren <i>Sarah Stewart</i>	Seite 24
Der Terror des NSU <i>Sebastian Dörfler</i>	Seite 26
2015 – ein Flächenbrand rechtsextremen Terrors gegen Geflüchtete <i>Friedemann Rincke</i>	Seite 28
Vergessen und Erinnern in Mannheim <i>Matthias Möller</i>	Seite 29
Von Südtirol nach Sachsen: Kontinuitäten im »deutschen« Rechtsterrorismus <i>Darius Muschiol</i>	Seite 32
»Reichsbürger«-Putschisten <i>Anton Maegerle</i>	Seite 36
Rechtsterrorismus – Mosaiksteine der letzten Jahre <i>Johannes Ehlen</i>	Seite 41

Inland

Die Logiken sozialer Medien und extrem rechte Mobilisierung <i>Annett Heft / Miriam Milzner</i>	Seite 43
---	----------

Nachgefragt

Zahl der Angriffe auf LSBTIQ*-Communitys gestiegen <i>Henny Engels</i>	Seite 45
Jüdische Gemeinden spüren zunehmenden Antisemitismus. Fragen an Dr. Josef Schuster	Seite 46

Antisemitismus

»Ein Angriff gegen die ganze Gesellschaft«: Die Schändung jüdischer Friedhöfe und Synagogen in Deutschland <i>Darius Muschiol</i>	Seite 47
--	----------

Aus der Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

Das Themenportal »Rechte Gewalt« – ein Online-Portal zur Dokumentation rechter Gewalt in Deutschland seit 1945 <i>Corinna Keunecke</i>	Seite 49
Blick in die Sammlung der DokRex <i>Petra Schaffrodt / Gebhard Schultz</i>	Seite 52

Rezension

Darius Muschiol: Einzeltäter? Rechtsterroristische Akteure in der alten Bundesrepublik <i>Fabian Virchow</i>	Seite 54
--	----------

Chronik

Januar bis Dezember 2025 <i>Anton Maegerle</i>	Seite 56
--	----------

Index	Seite 139
--------------------	-----------

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

die 13. Ausgabe von RECHTS.GESCHEHEN erscheint in größerem zeitlichen Abstand zu ihrer Vorgängerin wie gewohnt und weicht inhaltlich, in ihrem Umfang und in ihrem Aufbau von den früheren Heften etwas ab. Es ist das Ergebnis eines Gemeinschaftsprojekts des Hauses der Geschichte Baden-Württemberg und der Dokumentationsstelle Rechtsextremismus (DokRex) im Generallandesarchiv Karlsruhe. Zwei Partner haben sich zusammengefunden, die Menschen ermutigen wollen, sich für Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit zu engagieren und über deren fundamentale Bedeutung für ein selbstbestimmtes und sicheres Leben in Freiheit nachzudenken.

Unsere Demokratie steht unter Druck. In zahlreichen Ländern der Welt wird der Rechtsstaat ausgehöhlt und die Menschenrechte werden eingeschränkt. Rechtspopulistische und rechtsextremistische Bewegungen gewinnen stark an Einfluss, prägen zunehmend staatliches Handeln und formen Demokratien autokratisch um. Seit Jahren schwindet die Zahl der Staaten, die demokratisch verfasst sind.

Auch in Deutschland versuchen Feinde der Demokratie auf unterschiedliche Weise, das Vertrauen in unsere Staatsform zu zerstören. Die Umwertung von Begriffen, die Verbreitung von »alternativen Fakten«, die gezielte Herstellung von Falschinformationen mit Hilfe von KI und deren massenhafte Verbreitung in den Sozialen Medien dienen dabei als Mittel. Nichtwissen, die Sehnsucht nach einfachen Antworten in einer komplexen Welt und kommunikative Blasen erleichtern solche Angriffe auf die Demokratie und ihre Grundlagen.

Das Haus der Geschichte Baden-Württemberg zeigt eine Sonderausstellung im Erinnerungsort Hotel Silber in Stuttgart, die rechtsextremen Terror als Angriff auf unsere Demokratie beleuchtet. Die Dokumentationsstelle Rechtsextremismus im Generallandesarchiv ist Kooperationspartner. Die Ausstellung schaut auf die erste deutsche Demokratie, die Weimarer Republik, sowie auf die Zeit nach 1945 und schlägt den Bogen bis zur Gegenwart. Wir möchten durch die Darstellung von sehr unterschiedlichen Beispielen rechtsextremen Terrors zur Reflexion über dieses Gefahrenpotenzial für Demokratie, Rechtsstaat und Menschenrechte anregen. Die Ausstellung wird 2027 auch im Generallandesarchiv Karlsruhe zu sehen sein.

Der Themenschwerpunkt von RECHTS.GESCHEHEN Ausgabe 13 ist dieser Ausstellung gewidmet und ist in Zusammenarbeit entstanden. Uns war es wichtig, die Inhalte der Ausstellung angemessen und abwechslungsreich in das Format des Magazins zu überführen. Die übrigen Beiträge sind wie gewohnt gestaltet. Die bewährte Chronik ist auch in dieser Ausgabe das zentrale Element von RECHTS.GESCHEHEN und umfasst das gesamte Jahr 2025.

Das Ausstellungsprojekt ist durch die großzügige finanzielle Förderung durch die Baden-Württemberg Stiftung und die Berthold Leibinger Stiftung möglich geworden. Ein herzlicher Dank gilt den beiden Institutionen! Wir danken zudem der Berthold Leibinger Stiftung für eine weitere Unterstützung, die dazu beiträgt, die Ausstellung 2027 auch in Karlsruhe zu zeigen. Ein weiterer Dank gilt allen Leih- und Rechtegebern für ihre Unterstützung und ihr Vertrauen. Wir sind dankbar, dass wir das Begleitprogramm zusammen mit vielen zivilgesellschaftlichen Akteuren und öffentlichen Institutionen gestalten können. Ein besonderer Dank gilt dabei den Ehrenamtlichen der Initiative Lern- und Gedenkort Hotel Silber, ihrer Vorsitzenden Brigitte Lösch und der Geschäftsführerin Elke Banabak.

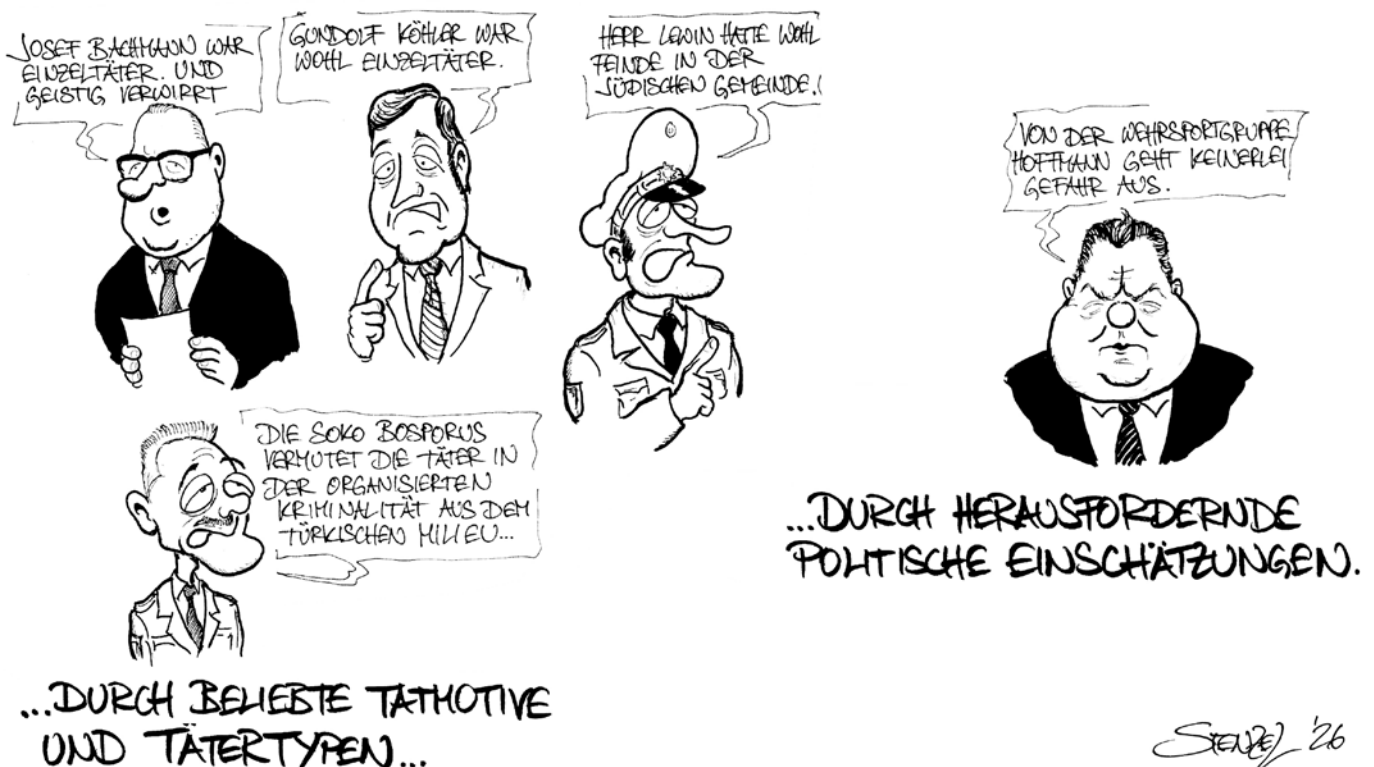
Realisiert hat die Ausstellung das Hotel-Silber-Team im Haus der Geschichte Baden-Württemberg: Natalia Kot, Friedemann Rincke, Sarah Stewart und in einer ersten Projektphase Lea-Theresa Berg. Sie erhielten Unterstützung durch Dr. Sebastian Dörfler. Für das Begleitprogramm in Stuttgart hat sich Milo Tadic große Verdienste erworben. Zahlreiche andere Kolleginnen und Kollegen im Haus der Geschichte Baden-Württemberg halfen, das Projekt erfolgreich fertigzustellen. Die Projektleitung lag in den Händen von Dr. Christopher Dowe. Das Team der DokRex in Karlsruhe begleitete das Projekt mit großer Expertise, half bei der Suche nach Exponaten und schuf diese Ausgabe von RECHTS.GESCHEHEN.

Wir wünschen Ihnen eine ertragreiche Lektüre und eine anregende und nachdenklich machende Auseinandersetzung mit dem Thema der Ausstellung.

Karlsruhe und Stuttgart, im März 2026

Das Redaktionsteam der DokRex in Verbindung mit dem Haus der Geschichte Baden-Württemberg

UNGÜNSTIG BEI DER BEKÄMPFUNG VON RECHTSTERRORISMUS: ABLENKUNG...



Rechtsextremer Terror

Ein Ausstellungsprojekt des Hauses der Geschichte Baden-Württemberg in Kooperation mit der Dokumentationsstelle Rechtsextremismus des Generallandesarchivs Karlsruhe

Von Christopher Dowe

Im November 2025 übergab das Thüringische Innenministerium dem Landtag eine wissenschaftliche Studie. Sie empfiehlt, die offiziell ausgewiesene Zahl der Todesopfer rechtsextremen Terrors in Thüringen um weitere neun zu erhöhen. In anderen Bundesländern gibt es vergleichbare Projekte. Sie reagieren darauf, dass zivilgesellschaftliche und journalistische Recherchen seit Jahren deutlich machen, dass die staatlich erhobene Zahl der Opfer rechtsextremen Terrors zu niedrig ist.

Solche Korrekturen sind nicht nur ein wichtiges Zeichen an die Angehörigen der getöteten Opfer. Sie reagieren auch auf einen bis weit in das 21. Jahrhundert in der Bundesrepublik vorherrschenden Umgang mit rechtsextremem Terror: Diese Form politisch motivierter extremer Gewalt wurde lange Zeit kaum wahrgenommen. Rechtsextreme Verbrechen wurden oft öffentlich und im behördlichen wie juristischen Alltag entpolitisiert, bagatellisiert und auf Taten einzelner Verwirrter reduziert, wie der Historiker Darius Muschiol umfassend herausgearbeitet hat. Zudem entwickelte die wissenschaftliche Terrorismusforschung ihre Vorstellungen und Definitionen davon, was unter Terrorismus fallen sollte, zunächst am Beispiel des Linksterrorismus der 1970er- und 1980er-Jahre. Dies war hilfreich für das Verständnis dieser Terrorismusform. Entsprechende Vorverständnisse erschwerten aber einen angemessenen Zugang zu rechtsextremem und später islamistischem Terrorismus. Auch dies trug dazu bei, rechtsextremen Terrorismus in Deutschland fälschlicherweise auszublenden.

Das Ausstellungsprojekt will für die Gefahren von rechtsextremem Terror sensibilisieren und aufzeigen, dass entsprechende Gewalttaten immer auch einen Angriff auf unsere freie, vielfältige und diverse Gesellschaft, auf die Menschenrechte und die Demokratie darstellen.

Wir arbeiten bewusst mit dem Begriff Terror. Dieser bezeichnet eine kriminelle Tat, die darauf abzielt, Angst und Schrecken zu verbreiten, um gewaltsam bestimmte Vorstellungen durchzusetzen oder Veränderungen zu erzwingen. Dabei ist die Verbindung von Gewalt gegen Personen oder Sachen mit der kommunikativen Dimension der Tat wichtig: Es geht um Botschaften, die so gesendet werden sollen.

Im rechtsextremen Gedankengut werden Teilen der Bevölkerung unter Berufung auf eine ethnisch-politisch homogen gedachte Gesellschaft grundsätzliche Menschen- und Freiheitsrechte, das Recht auf ein selbstbestimmtes Leben, ja das Existenzrecht, abgesprochen. Diese Ausgrenzung erfolgt nicht nur sprachlich, sondern auch im Alltag unter Anwendung von Gewalt. Der rechtsextreme Terror zielt somit nicht nur auf das konkrete Opfer, sondern sendet zugleich auch Botschaften an unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen, um seinem Ziel, der Zerstörung einer freiheitlichen, demokratischen Gesellschaft, näher zu kommen.

Dr. Christopher Dowe, Historiker, wissenschaftlicher Mitarbeiter im Haus der Geschichte Baden-Württemberg und Leiter Ausstellungsorte

Das gilt für die erste deutsche Demokratie, die Weimarer Republik, genauso wie für die Bundesrepublik von ihren Anfängen bis in unsere Gegenwart. Die Ausstellung veranschaulicht dies mit einem Fokus auf Terrortaten, die im deutschen Südwesten verübt oder geplant wurden, und deckt den Zeitraum vom Ende des Ersten Weltkriegs bis heute ab. In der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft mit ihren Menschheitsverbrechen war hingegen das, was zuvor in der Weimarer Republik ein Angriff auf die Demokratie war, staatliches Handeln einer Diktatur, Terror des Staates. Dies wird in der Dauerausstellung des Erinnerungsortes Hotel Silber mit Blick auf die Polizei ausführlich dargestellt.

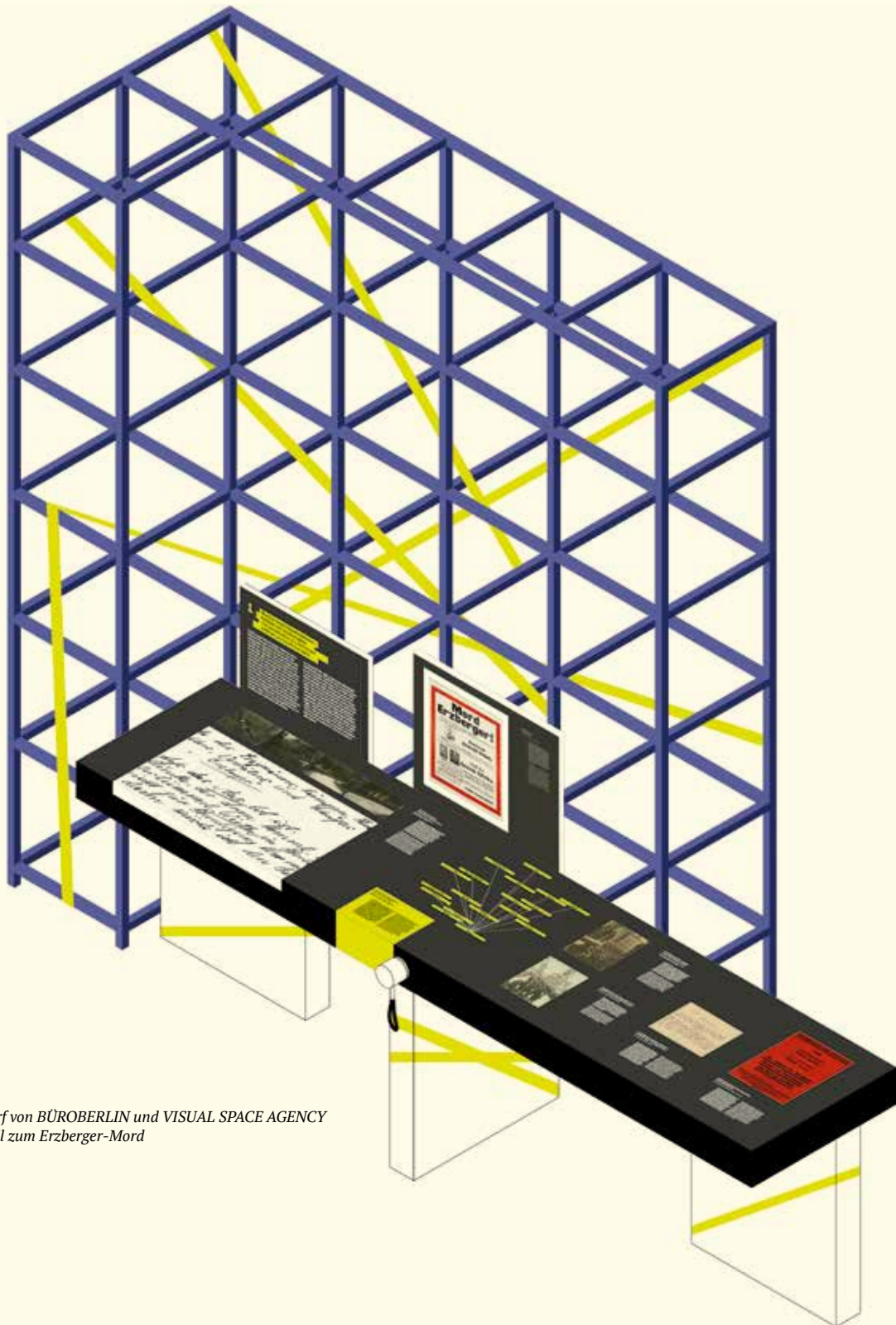
Die Ausstellungsarchitektur wurde durch BÜROBERLIN mit Unterstützung durch VISUAL SPACE AGENCY entwickelt. Die Szenografinnen veranschaulichen, wie rechtsextreme Gewalt und Terror die Freiräume und Freiheiten einer vielfältigen, diversen Gesellschaft, die durch Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaat getragen und gewährleistet werden, zu zerstören suchen. Einzelne Fälle werden mit Hilfe von historischen Exponaten und ihren Geschichten sowie Foto-, Film- oder Tondokumenten vorgestellt. Diese Auswahl steht für viele andere Terrortaten, auf die in der Ausstellungsinszenierung auf gelben Bändern verwiesen wird.

Die einzelnen vorgestellten Fälle und Fallkomplexe setzen unterschiedliche inhaltliche Akzente. Sie veranschaulichen, welche gesellschaftlichen Gruppen – oft konstant über einen Zeitraum von mehr als 100 Jahren – ausgegrenzt wurden: Jüdinnen und Juden, demokratische Politiker*innen oder Menschen, die etwa als »Ausländer«, »Asylanten«, »Punks« oder aufgrund ihrer sexuellen Identität Opfer rechtsextremen Terrors wurden. Auch die Heterogenität der Täter*innen wird deutlich. Es gab und gibt straff organisierte (paramilitärische) Gruppen. Zu nennen wären etwa die Organisation Consul, die in der Weimarer Republik unter anderem die Morde an Matthias Erzberger und Walther Rathenau verantwortete, ferner Terrorzellen der frühen 1980er-Jahre, der Nationalsozialistische Untergrund (NSU) oder aktuell die Prinz-Reuß-Verschwörung aus dem Reichsbürgermilieu. Daneben werden Terrortaten vorgestellt, die von nicht fest organisierten Gruppen und Einzelnen begangen wurden, die eingebettet in ein gewaltbereites und gewaltverherrlichendes Milieu handelten. So sind zahlreiche rechtsextreme Verbrechen der langen 1990er-Jahre einzuordnen, eine Phase, die für uns mit den auslaufenden 1980ern beginnt und deren Kernphase oft als »Baseballschlägerjahre« erinnert wird.

Den Blick auf Täter*innen und Opfer ergänzen wir um andere Perspektiven. Wer nahm die Tat wie wahr? Gab es in Teilen der Gesellschaft Zustimmung oder gar Jubel? Gab es eine Strafverfolgung? Wurden Versuche unternommen, die Demokratie »wehrhaft« zu machen und sie zu verteidigen?

Schließlich sollen interaktive Vermittlungsstationen dazu anregen, darüber nachzudenken, was Gewalt ist, wo sie beginnt und welchen Beitrag jede und jeder Einzelne für die Förderung und Verteidigung von Toleranz, Vielfalt und Diversität leisten kann.

Der Blick zurück in die Geschichte soll es Besucher*innen ermöglichen, sich so in selbstentdeckendem Lernen damit auseinanderzusetzen, wie sich rechtsextremer Terror zunächst gegen einzelne Menschen oder Institutionen richtet, letztlich aber auf uns alle und die Zerstörung der Grundlagen unserer freiheitlichen, demokratischen Gesellschaft abzielt. Wir hoffen, so zum aktiven Einsatz für Demokratie, Rechtsstaat und Menschenrechte zu ermutigen, individuelles und kollektives Verantwortungsgefühl zu stärken und Resilienz gegenüber rechtsextremem Gedankengut zu fördern.



Der Gestaltungsentwurf von BÜROBERLIN und VISUAL SPACE AGENCY für den Ausstellungsteil zum Erzberger-Mord

Der Erzberger-Mord und Umsturzpläne

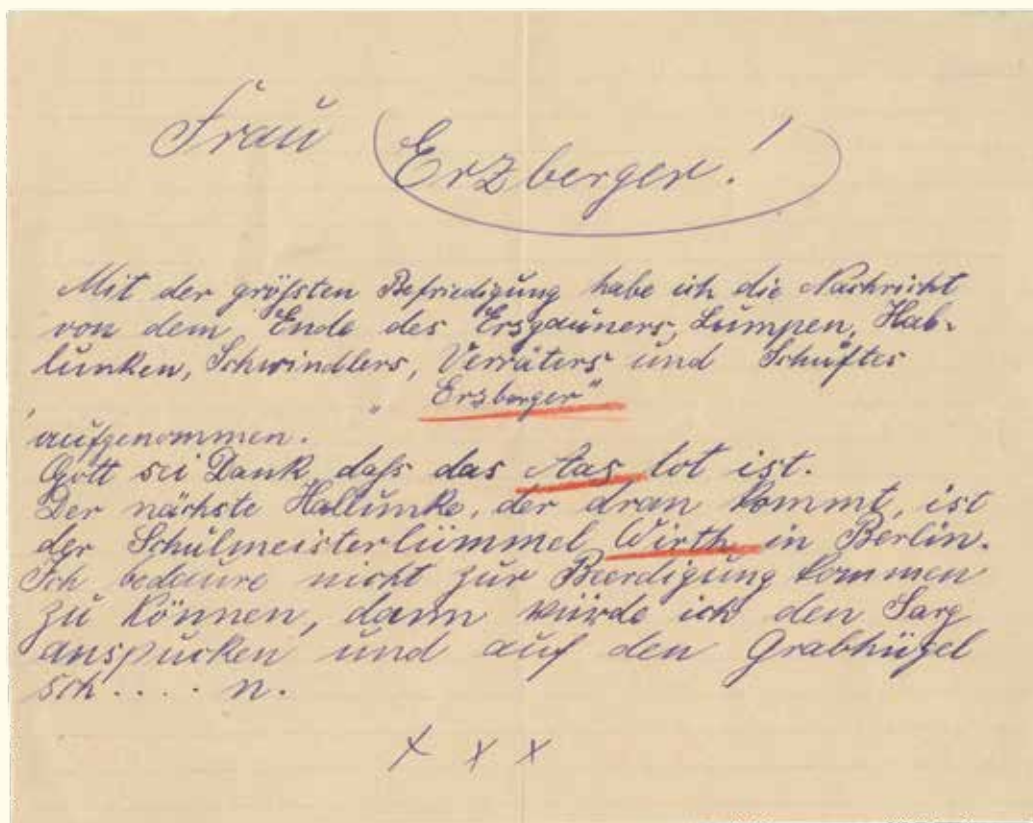
Von Christopher Dowe

Der katholische Zentrums Politiker Matthias Erzberger (1875–1921) zählte zu den Wegbereiter*innen deutscher Demokratie. Er spielte 1918/19 eine wichtige Rolle bei der Schaffung der ersten deutschen Demokratie. Die Weimarer Republik entstand, nachdem Deutschland den Ersten Weltkrieg verloren hatte und die Monarchie zusammengebrochen war. Doch nicht alle wollten die Demokratie. Gegner fanden sich am linken wie am rechten Rand des politischen Spektrums. Gewalt, Terror und Putschversuche waren ihre Mittel. Matthias Erzberger kämpfte vehement für die neue Ordnung und übernahm als Minister und Vizekanzler politische Verantwortung. Rechtsextreme Feinde der Demokratie machten ihn für alles verantwortlich, was sie ablehnten, und sahen in ihm die Verkörperung der verhassten Demokratie, die sie zerstören wollten. Hetze, Lynchversuche und Attentate auf Erzberger waren die Folge.

Am 26. August 1921 ermordeten Rechtsterroristen Matthias Erzberger. Hinter dieser Terrortat stand eine rechtsextreme Geheimorganisation, die mit dem Attentat einen Putsch von

rechts auslösen wollte. Sie ist als Organisation Consul bekannt. Die Reaktionen auf den Mord zeigten die tiefe Spaltung der deutschen Gesellschaft. Die Unterstützer der Demokratie waren geschockt. An vielen Orten in ganz Deutschland riefen demokratische Parteien, die Kommunist*innen und die Gewerkschaften zu Demonstrationen auf. Sie protestierten gegen politischen Terror von rechts. In Karlsruhe, München und Stuttgart waren es Zehntausende. In Berlin sollen es eine halbe Million Menschen gewesen sein. Die Beisetzung Erzbergers in Biberach an der Riß war Trauerfeier und politisches Signal zugleich. Zehntausende waren zu Fuß oder mit Sonderzügen angereist. Reichskanzler Joseph Wirth kam aus Berlin und sprach am Grab. Die Menschen trauerten um Erzberger und protestierten gegen den Mord als Angriff auf die Demokratie.

Nationalistische Kreise bejubelten hingegen das Attentat öffentlich. Studenten feierten in Liedern die Mörder und sangen »Nun danket alle Gott, für diesen braven Mord. Den Erzhalunken, scharrt ihn ein, heilig soll uns der Mörder sein, die Fahne schwarz-weiß-rot«. Zeitungen hetzten weiter gegen Erzberger und rechtfertigten das Attentat. Die Oletzkoer Kreis-



Bundesarchiv N 1342/47

Der Mord an Matthias Erzberger löste in nationalistischen Kreisen Jubel und Zustimmung aus. Zeitungen rechtfertigten das Attentat. Noch vor der Beisetzung Erzbergers erhielt die Witwe Paula Erzberger Schmähbriefe. Ein anonymes Schreiben kündigte weitere Anschläge etwa gegen Reichskanzler Joseph Wirth an.

++ 15. Januar 1919: Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg (beide KPD) in Berlin ++ 21. Februar 1919: Ermordung des bayerischen Ministerpräsidenten Kurt Eisner (USPD) in München ++ 13. März 1920 bis 17. März 1920: Kapp-

zeitung schrieb beispielsweise: »Erzberger, der allein Schuldige an dem schmachlichen Waffenstillstand, Erzberger, der Deutschland den Versailler Schandfrieden vermittelt hat, [...] hat den Lohn erhalten, der ihm als Vaterlandsverräter zukam.« Und in München hetzte ein damals noch kaum bekannter Adolf Hitler auf einer NSDAP-Veranstaltung gegen den Ermordeten und verbreitete seine antisemitischen Hasstiraden zum Thema »Der Johannes des Judenstaates: Mathias von Buttenhausen. Sein Werk und sein Geist«. Solche Stimmen fanden Zustimmung bis in die Mitte der Gesellschaft.

Auf den Jubel über den Erzberger-Mord reagierte der Reichspräsident mit einer sofort geltenden Verordnung. Zeitungen

und Veranstaltungen konnten von den Behörden verboten werden, wenn sie zur Zerstörung der Demokratie und zu politischen Morden aufriefen oder diese rechtfertigten. Die badische Landesregierung rief die Bevölkerung auf, sich zur Demokratie zu bekennen und sie zu verteidigen. Ihr war bewusst, dass eine Demokratie ohne die Unterstützung der Bürger*innen nicht zu erhalten ist. Dies war ein wichtiger Schritt hin zur Schaffung einer wehrhaften Demokratie. Doch verhinderten diese Maßnahmen zunächst weitere Attentate wie auf Reichsaußenminister Walther Rathenau nicht. Denn rechtsextreme Kreise insbesondere in der bayerischen Politik und der dortigen Polizei hielten eine schützende Hand über die Organisation Consul.

Der Reichspräsident und die Reichsregierung erließen nach der Ermordung Erzbergers die sogenannte Republik-schutzverordnung, um demokratie-feindliche Veranstaltungen und Veröffentlichungen verbieten zu können. Die badische Landesregierung warb mit einem Aufruf dafür, sich zur Demokratie zu bekennen und sie zu verteidigen.



Landesarchiv Baden-Württemberg, Generallandesarchiv Karlsruhe P 644

Rechter Terror der Weimarer Republik und Staatsterror im Nationalsozialismus

Von Christopher Dowe

Ab dem 30. Januar 1933 übernahmen die Nationalsozialisten schrittweise, aber schnell und oft mit brutaler Gewalt die Macht in Deutschland. Aus rechtsextremen Gewalttätern und Terroristen der Weimarer Republik wurden staatliche Akteure, die Staatsterror ausübten. Sie verfolgten ihre politischen Gegner und all die, die sie als nicht zur nationalsozialistischen Volksgemeinschaft gehörend betrachteten. An die Stelle einer Demokratie trat eine Diktatur.

Am 8. März 1933 wurde dieser Prozess im deutschen Südwesten institutionell und personell besonders gut sichtbar. An diesem Tag setzten die Nationalsozialisten einen Reichskommissar für die württembergische Polizei ein. Dieser hieß Dietrich von Jagow und war hoher SA-Führer. In seiner neuen staatlichen Funktion sorgte er umgehend für die Verschärfung des Terrors und ließ auf dem Heuberg bei Stetten am kalten Markt eines der ersten Konzentrationslager errichten. Hier wurden zwischen dem 20. März 1933 und November 1933 zeitweise mehr als 2.000 politische Gegner der Nationalsozialisten inhaftiert: Kommunisten, Sozialdemokraten, Politiker der

katholischen Zentrumspartei und Liberale. Sie wurden nicht nur in Württemberg, sondern auch in Hohenzollern und Hessen festgenommen und einer unmenschlichen Behandlung unterworfen. Unter von Jagows Verantwortung ergingen ferner Aufrufe an die Bevölkerung, jüdische Geschäfte zu boykottieren.

Von Jagow hatte in der Weimarer Republik schon eine lange Karriere als Rechtsterrorist hinter sich. Als ehemaliger Marineoffizier hatte er sich 1919 einem Freikorps, der Marinebrigade Ehrhard, angeschlossen und sich 1920 am Kapp-Putsch beteiligt, mit dem Teile der Armee, rechtsextreme paramilitärische Einheiten und Angehörige der alten wilhelminischen Eliten versuchten, die Weimarer Republik zu beseitigen. Nach der Auflösung seines Freikorps schloss sich von Jagow der geheimen Nachfolgeorganisation an, der Organisation Consul, die 1921 und 1922 zahlreiche Attentate gegen demokratische Politiker ausführte. Matthias Erzberger und Reichsaußenminister Walther Rathenau waren die bekanntesten Opfer. 1921 beteiligte sich von Jagow, der im Jahr zuvor der NSDAP beigetreten war, am Aufbau und der militärischen Schulung der ersten SA-Mitglieder. Zum Jahreswechsel 1921/22 übernahm von Jagow in Tübingen die Leitung der dortigen Zelle der Organisation



Polizeimuseum Stuttgart

1933 wurde der nationalsozialistische Rechtsterrorist Dietrich von Jagow Reichskommissar für die württembergische Polizei. Ihm unterstand damit die Polizei im Land. Mit der Hand zum Hitlergruß erhoben nahm von Jagow eine Parade seiner neuen Untergebenen ab. Der Polizeipräsident und zwei hohe Polizisten begleiten ihn.

++ 30. Januar 1933: Der Nationalsozialist Adolf Hitler wird Reichskanzler ++ 28. Februar 1933: Mit der „Reichstagsbrandverordnung“ werden die Grundrechte ausgesetzt ++ 3. März 1933: Die Nationalsozialisten beginnen offiziell,

Consul. Er wurde ein wichtiger Knoten im Netz der völkischen, gewaltbereiten Gruppen in Württemberg. 1923 versuchte von Jagow von Tübingen aus, den Hitler-Putsch in München zu unterstützen. Auch in den folgenden Jahren engagierte sich von Jagow weiter in der SA und den Nachfolgern der Organisation Consul. Parallel zu den Wahlerfolgen der NSDAP und dem organisatorischen Ausbau der Partei stieg von Jagow ab 1929 in der württembergischen SA in höchste Führungspositionen auf. 1932 vertrat er zudem die NSDAP im Reichstag. Zum 1. April 1933 verließ von Jagow Stuttgart und machte weiter Karriere in der Frankfurter SA.

Sein Nachfolger in Württemberg war ein Badener, der ebenfalls eine rechtsterroristische Vergangenheit in der Weimarer Republik hatte: Hanns Elard Ludin. Der gebürtige Freiburger hatte den Ersten Weltkrieg als Schüler erlebt und war in der Weimarer Republik Soldat geworden. Ab 1929 identifizierte er sich mit dem Nationalsozialismus. In Ulm stationiert, begann Ludin heimlich mit wenigen Vertrauten, in der Armee dafür zu werben, einen erhofften nationalsozialistischen Putsch gegen die Demokratie zu unterstützen. Diese Konspiration wurde aufgedeckt und Ludin wegen Hochverrats im sogenannten »Ulmer Reichswehrprozess« verurteilt. 1931 begnadigt, stieg er schnell in Führungspositionen in der badischen NSDAP und der SA auf. Am 9. März 1933 hatten die Nationalsozialisten Ludin zum kommissarischen Polizeipräsidenten der badischen Landeshauptstadt Karlsruhe ernannt. Umgehend wirkte er daran mit, dass in größerem Umfang politische Gegner verhaftet wurden. Dazu konnte er nicht nur auf die Polizei zugreifen, sondern auch auf die nationalsozialistischen Schlägertrupps der SA, die ihm schon vor 1933 unterstanden. Ab dem 10. März 1933 konnten sie ihre Gewalt offiziell als Hilfspolizei und damit im Namen des Staates ausüben. Ende März 1933 wechselte Ludin nach Stuttgart.

Ähnliches wie für von Jagow und Ludin ließe sich für andere Rechtsterroristen der Weimarer Republik zeigen. Einer der Erzberger-Mörder, Heinrich Schulz, kehrte im Frühjahr 1933 aus dem Ausland zurück. Er arbeitete bei der Bayerischen Politischen Polizei in München für Reinhard Heydrich, der bis zu seinem Tod 1942 eine Schlüsselrolle bei der Realisierung der nationalsozialistischen Verfolgungs- und Vernichtungspolitik

spielen sollte. Der Vorgesetzte der Erzberger-Mörder innerhalb der Organisation Consul und mitverantwortlich für den Mordauftrag, Manfred von Killinger, war ab dem 9. März 1933 Reichskommissar für die Polizei in Sachsen und zugleich hoher SA-Führer. Im Zweiten Weltkrieg wirkte er am Holocaust in Slowenien und Rumänien mit.

Dass Rechtsterroristen der Weimarer Republik 1933 die staatliche Macht übernommen hatten, inszenierten die Nationalsozialisten publikumswirksam. Ihre Hakenkreuzfahne hissten sie auf öffentlichen Gebäuden. Das galt etwa für das sogenannte Hotel Silber in Stuttgart, in dem seit 1928 die Politische Polizei ihren Sitz hatte und von dem aus in der Weimarer Demokratie bei Gesetzesverstößen gegen die Nationalsozialisten ermittelt worden war. Nun war das Hotel Silber zu einer Zentrale des nationalsozialistischen Staatsterrors gegen Demokraten geworden.

Mit den sogenannten Schand- oder Schaufahrten von Stuttgart und Karlsruhe zeigten die Nationalsozialisten dies für alle unübersehbar und öffentlich. Am 19. Juni 1933 wurde Eugen Bolz in einem offenen Auto durch die Stuttgarter Innenstadt zu einer Vernehmung in das Hotel Silber gefahren. Eine von den Nationalsozialisten organisierte Menschenmenge beschimpfte und bedrohte ihn. Der katholische Zentrums Politiker hatte sich als Minister und Staatspräsident Württembergs in der Weimarer Republik verhasst gemacht. Bolz wurde von der Polizei inhaftiert, deren Vorgesetzter er in der Demokratie gewesen war.

Vergleichbares war in Karlsruhe geschehen. Am 16. Mai 1933 fuhren die Nationalsozialisten auf einem offenen Polizeifahrzeug verhaftete führende Sozialdemokraten durch die Innenstadt und ließen sie beschimpfen, bespucken und misshandeln. Zu den so Erniedrigten zählten der ehemalige Innenminister Adam Remmele und der ehemalige Justizminister Ludwig Marum. Die Fahrt begann im Gefängnis und führte an markanten Stellen der Demokratie und dem Polizeipräsidium vorbei. Sie endete im Konzentrationslager Kislau nördlich von Bruchsal, in dem Ludwig Marum ein Jahr später ermordet wurde. Mit Inszenierungen wie in Karlsruhe und Stuttgart wollten die Nationalsozialisten ihre Macht demonstrieren, ihre politischen Gegner demütigen, deren Anhänger verängstigen und den Sieg der Diktatur über die Demokratie für jede und jeden sichtbar werden lassen.

Am 16. Mai 1933 stellten die Nationalsozialisten in Karlsruhe demokratische Politiker öffentlich an den Pranger. Die verhafteten Sozialdemokraten wurden in einem offenen Polizeiauto durch die Innenstadt gefahren, gedemütigt und misshandelt. Die Fahrt endete im KZ Kislau.



Konzentrationslager zu errichten ++ 24. März 1933: Das »Ermächtigungsgesetz« beendet die Gewaltenteilung ++

Rechtsextreme Gewalt nach Kriegsende und im demokratischen Wiederaufbau

Von Friedemann Rincke

Am 8. Mai 1945 endeten die nationalsozialistische Diktatur und der Zweite Weltkrieg in Europa. Die deutsche Wehrmacht kapitulierte. Die Siegermächte Frankreich, Großbritannien, USA und Sowjetunion teilten Deutschland in Besatzungszonen auf. Die amerikanische und die französische Armee besetzten Württemberg und Baden. Sie ordneten sogenannte Entnazifizierungsverfahren an, um die Voraussetzung für den Aufbau eines demokratischen Staates zu schaffen. 1949 entstanden unter der Kontrolle der Siegermächte zwei deutsche Staaten. Die Bundesrepublik Deutschland war und ist eine parlamentarische Demokratie und wurde als Teil des westlichen Bündnisses um die USA gegründet. Die DDR folgte Vorbildern im von der Sowjetunion beherrschten Osten Europas. Die Umgestaltung von Staat und Gesellschaft entsprechend kommunistischer Ideale beherrschte die DDR. Die Konkurrenz der beiden Bündnissysteme, der sogenannte Kalte Krieg, prägte die Gesellschaften in Europa und darüber hinaus. Diese Entwicklungen bildeten den Rahmen für rechtsextreme Tattaten und -pläne in der Nachkriegszeit und der frühen Bundesrepublik.

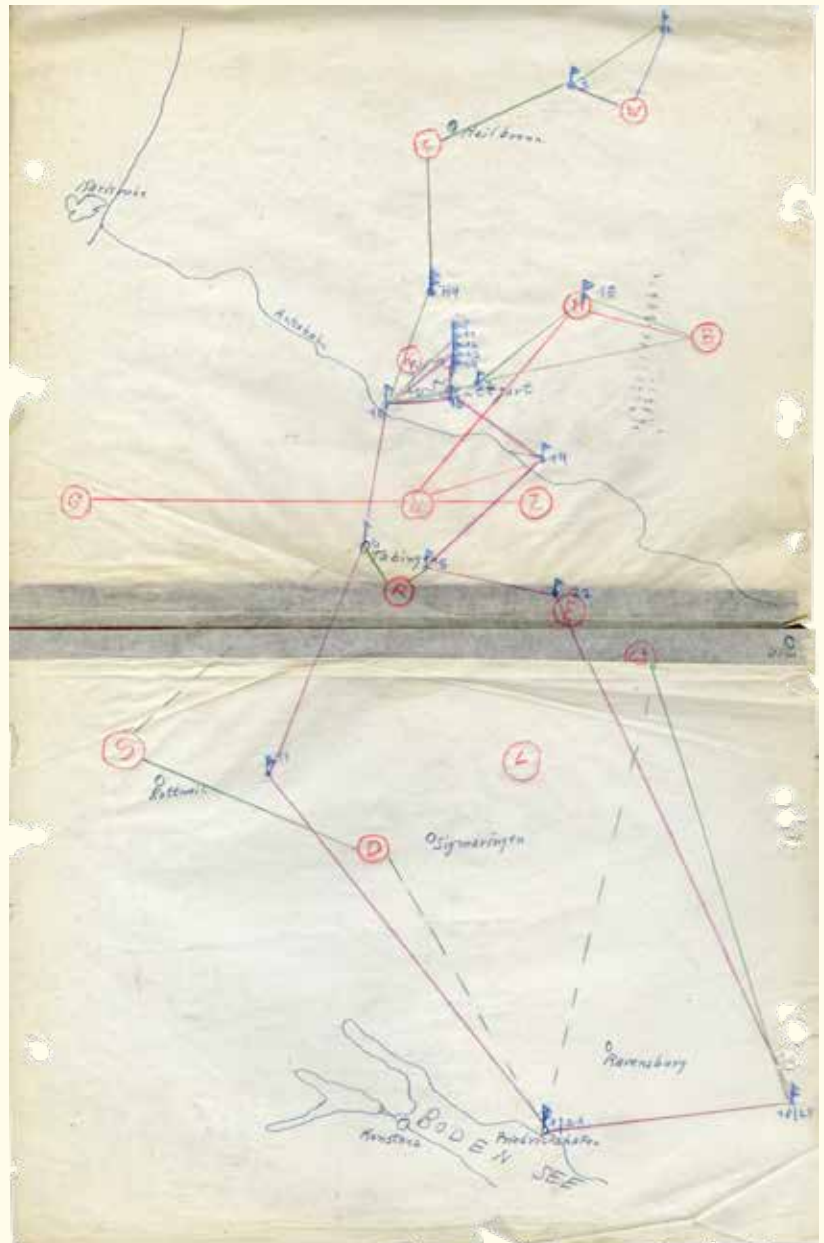
Die Untergrundorganisation ELSA

Das Personal der Geheimen Staatspolizei (Gestapo) und des Sicherheitsdienstes (SD) der SS in Württemberg bildete kurz vor dem Ende des Krieges eine Untergrundorganisation. Eines der Ziele war es, nach der Niederlage durch Terrorakte Angst zu verbreiten. Im Falle eines Konfliktes zwischen den Siegermächten wollten sie sich einer der Parteien als Partner anbieten. Auf diesem Wege wollte man zurück an die Macht.

Abgepauste Karte mit Standorten der Untergrundorganisation ELSA, Juli 1945

Das führende Mitglied des Untergrunds Alfred Renndorfer hatte eine Karte mit Standorten und Kurierwegen. Er führte auch verschlüsselte Listen mit den Mitgliedern. Einer der Kuriere sah keinen Sinn mehr in der Fortführung der Gewalt. Heimlich pauste er die Karte ab und kopierte die Listen. Er übergab sie dem amerikanischen Militär. Im Januar 1946 wurden die meisten Männer und Frauen des Untergrunds verhaftet.

Friedemann Rincke, Historiker, wissenschaftlicher Mitarbeiter im Haus der Geschichte Baden-Württemberg und Kurator im Erinnerungsort Hotel Silber



National Archives and Records Administration, Washington, RG 319, Entry 134a, Box 69

++ April 1945 bis Januar 1946: Untergrundorganisation aus ehemaligem Personal der Gestapo und des SD in Baden ++ Sommer 1946 bis Februar 1947: Untergrundorganisation aus ehemaligem Personal der Gestapo und des SD in Norddeutschland ++

Sprengstoffanschläge der Gruppe um Siegfried Kabus

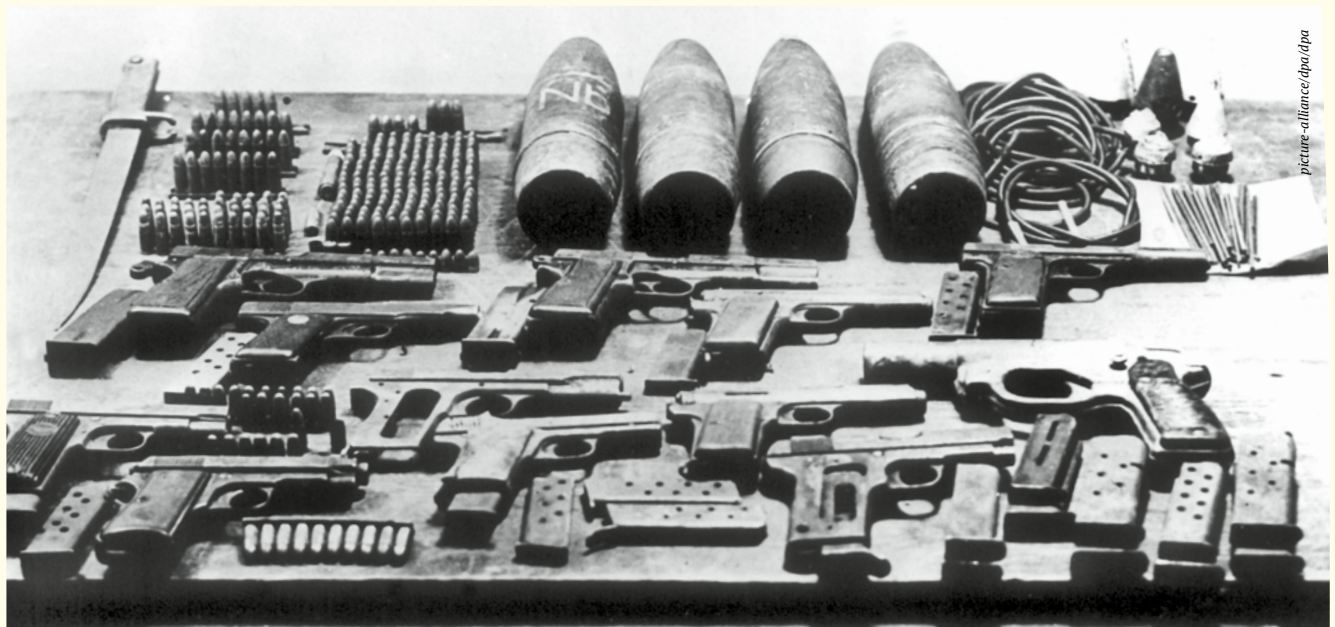
Siegfried Kabus war ein ehemaliges Mitglied der Waffen-SS. Im Sommer 1946 sammelte der 23-jährige mehrere meist junge Männer um sich. Die Gruppe plante, gewaltsam gegen die Besatzung und gegen die ihrer Meinung nach entehrende Entnazifizierung vorzugehen.

Entnazifizierung

Die Entnazifizierung wurde von sogenannten Spruchkammern durchgeführt. Diese sollten beurteilen, wie sich jede(r) einzelne Erwachsene während der NS-Diktatur verhalten hatte. Hatte sie oder er das Regime unterstützt, von ihm profitiert und höhere Ämter innegehabt? Gegen solche Belasteten konnten Strafen verhängt werden: Sie mussten ein Bußgeld zahlen, durften bestimmte Berufe nicht ausüben und weder wählen noch gewählt werden.

Schäden am Gebäude der Spruchkammer in Backnang

Am 19. Oktober 1946 explodierten zeitgleich Bomben an den Gebäuden der Spruchkammern in Stuttgart und Backnang sowie am Gebäude der amerikanischen Militärregierung in Stuttgart. Am 27. Oktober 1946 detonierte eine Bombe am Gebäude der Spruchkammer in Esslingen. Nach intensiven Ermittlungen von deutschen und amerikanischen Stellen wurden Siegfried Kabus und seine Komplizen am 19. November verhaftet.



Waffen und Sprengmittel der Gruppe Kabus, 20.11.1946

Nach den Verhaftungen wurde eine große Menge Waffen und Granaten sichergestellt. Auch die Vernehmungen bestätigten, dass die Gruppe weitere Anschläge geplant hatte. Die Mitglieder der Gruppe Kabus wurden vor einem amerikanischen Militärgericht in Stuttgart angeklagt. Im Januar 1947 wurde Siegfried Kabus zum Tode verurteilt. Das Urteil wurde nicht vollstreckt, sondern in eine lebenslange Haftstrafe umgewandelt. Die übrigen Gruppenmitglieder erhielten mehrjährige Haftstrafen.

++ 1. Februar 1947 Anschlag auf Spruchkammer in Nürnberg ++
 ++ 9. Januar 1947: Anschlag auf das Gebäude der Spruchkammer in Schlüchtern ++
 ++ April 1947 Anschlag auf das Gebäude der Spruchkammer in Nürnberg ++

Guerilla im amerikanischen Auftrag

Seit dem Ende der 1940er-Jahre wandelten sich die ehemaligen westlichen Besatzungsmächte USA, Frankreich und Großbritannien zu Verbündeten der jungen Bundesrepublik. Gleichzeitig stieg die Angst vor einem Angriff der Sowjetunion. Amerikanische Dienststellen begannen, geheime sogenannte Stay-Behind-Organisationen aufzubauen. Diese kleinen Gruppen sollten im Falle eines Überfalls der Sowjetunion auf die Bundesrepublik hinter der Front Anschläge auf den Feind verüben. Einige dieser Gruppen im deutschen Südwesten entwickelten darüberhinausgehende eigene Pläne.

Diese machte der hessische Ministerpräsident Georg-August Zinn am 8. Oktober 1952 im Landtag bekannt:

»Am 9. September 1952 erfuhr eine Außenstelle des hessischen Verfassungsschutzamtes von dem Bestehen einer Geheimorganisation, die etwa Ende 1950 Anfang 1951 von Führern des Bundes Deutscher Jugend unter der Bezeichnung 'Technischer Dienst des BDJ' gegründet worden ist. Die Organisation war als eine politische, bewaffnete Widerstandsbewegung gedacht. [...]

Dieser Technische Dienst des BDJ hatte die Aufgabe, eine Partisanen-Organisation zu schaffen, die sich nach einem ursprünglichen Plan in kleinen Gruppen bei einer russischen Besetzung der Bundesrepublik überrollen lassen sollte, um sodann in dem besetzten Gebiet Versorgungsanlagen zu zerstören, Brücken zu sprengen und Unterkünfte zu überfallen. [...]

Innenpolitisch war nach dem Geständnis eines der Hauptbeteiligten und nach dem im Verlaufe der polizeilichen Maßnahmen beschlagnahmten Material die Organisation gegen die KPD, vor allem aber gegen die SPD, gerichtet. [...]

An der Spitze der Organisation stand ein Stab. Innerhalb des Stabes bestand ein Referat IF, dem ein von der Organisation aufzogener illegaler 'Abwehrdienst' unterstand. Nach dem Geständnis des Leiters des Abwehrdienstes war auch ein Sachbearbeiter für Liquidierung eingesetzt. [...]

Die Mitglieder der Organisation waren zum größten Teil ehemalige Offiziere der Luftwaffe, des Heeres und der Waffen-SS. [...]

Das Referat If, der sogenannte Abwehrdienst, sollte in der Bundesrepublik diejenigen Personen ermitteln, die nach Auffassung des Technischen Dienstes des BDJ im Falle einer militärischen Auseinandersetzung mit der Sowjetunion als politisch unzuverlässig gelten [...].

Nach dem Geständnis des leitenden Mannes des Abwehrdienstes sollten diese Personen im Falle X 'kaltgestellt' werden. Darunter wurde nach seinem Geständnis von ihm und den übrigen maßgebenden Führern der Organisation ein Beseitigen, notfalls mit der Waffe, verstanden.«

Auch in Baden-Württemberg hatte der »Technische Dienst« Männer angeworben. Einer von ihnen war Christian Waibel, ein ehemaliger V-Mann der Geheimen Staatspolizei im »Hotel Silber« in Stuttgart. Die Männer wurden aufgefordert, rücksichtslos vorzugehen. »Frühes Blut vermeidet viel Blut« hieß es in internen Schulungsunterlagen. Auf einer der von Ministerpräsident Zinn erwähnten Listen stand auch der damalige Oberbürgermeister von Reutlingen Oskar Kalbfell. Nach der Enttarnung des »Technischen Dienstes« verhinderten amerikanische Dienststellen mit Wissen der Bundesregierung die weitere Aufklärung und strafrechtliche Verfolgung der Verantwortlichen.

das Büro des Spruchkammervorsitzenden in Nürnberg ++ 26. März 1947: Anschlag auf das Gebäude der
1948 bis 1953: Stay-Behind-Organisation »Kibitz« des CIA, Schwerpunkt im Südwesten ++

++ 1948 bis 1990: Stay-Behind-Organisation »Saturn«
der Organisation Gehlen bzw. des BND ++

Hass gegen Sinti, Roma und Jenische

Von Christopher Dowe

In den 1950er- und 1960er-Jahren stand die Bundesrepublik Deutschland vor der Herausforderung, eine demokratische politische Kultur zu schaffen. Wie dies geschehen sollte, darüber wurde immer wieder heftig gestritten. Welche Rolle Millionen von ehemaligen Nationalsozialist*innen in der neuen Demokratie spielen sollten, blieb eine politische Schlüsselfrage. Die Besatzungsmächte sorgten dafür, dass Nachfolgeparteien der NSDAP verboten wurden. Doch die meisten Täter*innen von NS-Verbrechen wurden nicht angeklagt oder gar verurteilt. Die Angst vor dem kommunistischen Ostblock einte Demokrat*innen und Rechte, die früher die Demokratie bekämpft hatten. Konservative und autoritäre Vorstellungen von Staat und Gesellschaft prägten die Demokratie der frühen Bundesrepublik. Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus gab es weiterhin – allerdings schwächer und weniger gewalttätig als im Nationalsozialismus. Das galt auch für das Fortwirken von Antiziganismus.

Die Diskriminierung und Kriminalisierung von Sinti, Roma und Jenischen ist seit Jahrhunderten Teil der europäischen Geschichte. Bis heute werden Angehörige dieser Gruppen abwertend und herabsetzend als »Zigeuner« bezeichnet. Im 19. Jahrhundert verbanden sich Vorurteile und Rassismus mit dem staatlichen Anspruch, Menschen nach bestimmten Vorgaben umzuerziehen. Mittel der Behörden waren Ansiedlungs- und Berufsverbote sowie Einweisungen in Lager. Das nationalsozialistische Terrorregime radikalisierte dieses Vorgehen bis hin zum Völkermord (»Porajmos«).

Nach 1945 wurde der systematische Mord an Hunderttausenden Sinti und Roma in der Bundesrepublik über Jahrzehnte nicht anerkannt. 1956 bestritt etwa der Bundesgerichtshof in einem Urteil, dass die nationalsozialistische Verfolgungs- und Vernichtungspolitik gegenüber Sinti und Roma, die vor März 1943 stattfand, aus rassistischen Gründen erfolgt sei. Damit entfiel für viele Überlebende die Möglichkeit, als Opfer des Nationalsozialismus anerkannt zu werden.

Bis in die 1960er-Jahre grenzten Behörden und Gesellschaft die Sinti und Roma auf vielfältige Weise aus, wie sie dies bereits vor 1933 getan hatten. Ziel der Maßnahmen war es, Sinti, Roma und Jenische nicht vor Ort zu haben. Da das Grundgesetz jedoch das Recht auf Freizügigkeit garantierte, setzten Kommunen in der frühen Bundesrepublik darauf, Sinti und Roma durch katastrophale Lebensbedingungen zu vertreiben. Freiburg etwa wies 1950 als neuen, amtlich erlaubten Stellplatz eine Kiesgrube außerhalb der Stadt aus, die als kommunale Müllkippe diente. Fast täglich durchgeführte Polizeirazzien sollten den Vertreibungsdruck erhöhen. Und 1953 formulierte ein Freiburger

Dezernent in einem amtlichen Schreiben: »Die Zigeuner und das Fahrende Volk [...] stören und belästigen die Allgemeinheit in erster Linie durch ihre Anwesenheit selbst.«¹

In Magolsheim kam es 1957 zu einem besonders erschreckenden antiziganistischen Vorfall. In dem Dorf auf der Schwäbischen Alb, das heute zu Münsingen gehört, hatte eine im 25 Kilometer entfernten Herrlingen lebende Sinti-Familie ein Haus gekauft. Die neuen Eigentümer*innen, die als Altmetallhändler*innen ihren Lebensunterhalt verdienten, lebten seit 1945 in notdürftigen Unterkünften. Mehrfach mussten sie ihren Wohnort wechseln. Die jeweiligen Gemeinden versuchten auf verschiedene Arten, die Zuständigkeit für die Familie einer anderen Kommune oder dem Land zuzuweisen. Das galt auch für die Gemeinde Herrlingen, in der die Familie gemeldet war und in der kriegsbedingt großer Wohnraummangel herrschte. Vor diesem Hintergrund und, um die Sinti-Familie loszuwerden, bot Herrlingen der Familie an, den Kauf einer passenden Immobilie in einer anderen Gemeinde zu finanzieren. Nach einem ersten gescheiterten Kaufversuch gelang dies in Magolsheim, einem Dorf, in dem 420 Menschen lebten.

Die Einwohner*innen von Magolsheim und ihr Bürgermeister suchten vergeblich nach politischen und juristischen Wegen, diesen Kauf rückgängig zu machen und den Einzug der neuen Eigentümer*innen zu verhindern. Sie wollten nicht, dass Sinti im Ort leben. Es kam zu ersten Sachbeschädigungen am Gebäude und wiederholten öffentlichen Drohungen, das Gebäude niederzubrennen. Am Abend vor dem geplanten Einzug fanden sich zahlreiche Dorfbewohner*innen in der örtlichen Gaststätte ein. Von dort zogen mehr als 50 Personen zu dem Gebäude und zerstörten das zweistöckige, über 250 Jahre alte Fachwerkhaus bis auf das Fundament. Der Abriss dauerte bis in die frühen Morgenstunden und erfolgte unter Einsatz von drei Traktoren. Die neuen Eigentümer*innen fanden nur noch Trümmer vor.

Zunächst deckten die Einwohner*innen einander mit entlastenden Aussagen, doch neun Monate später wurden 31 Magolsheimer angeklagt und vom Landgericht Tübingen wegen Landfriedensbruch zu Freiheitsstrafen zwischen neun Monaten und drei Wochen Jugendarrest verurteilt. Zu den Verurteilten und Mittätern zählte auch der Bürgermeister von Magolsheim.

¹ Zitiert nach Peter Widmann, Der lange Abschied vom Feindbild »Zigeuner«, in: Oliver von Mengersen (Hg.), Sinti und Roma. Eine deutsche Minderheit zwischen Diskriminierung und Emanzipation. Bonn/München 2015, S. 165-184, hier S. 170-171.

++ 13. März 1953: Die Stadt Freiburg schreibt in einem Brief, Sinti und Roma stören und belästigen die eine neue Zentralkartei die Kriminalisierung von Sinti und Roma fort ++ 22. Dezember 1953: Bayern knüpft

Das gewaltsame Vorgehen der Einwohner löste 1957 bundesweit ein großes öffentliches Echo aus. Das Fernsehen berichtete ebenso wie die überregionale Presse. Die öffentlichen Reaktionen fielen jedoch sehr unterschiedlich aus und reichten von Empörung bis zur Rechtfertigung der Tat. So betonte der CDU-Abgeordnete Tiberius Fundel am 3. Juli 1957 im Landtag: »Die Moral [...] steht in diesem Falle eindeutig auf Seiten der Magolsheimer.«² Mit der gewaltsamen Zerstörung des Gebäudes verhinderten die Magolsheimer den Zuzug der Sinti-Familie. Die Gemeinde Magolsheim musste Schadensersatz zahlen, mit dem die Kommune Herrlingen ein neues Gebäude errichtete, in dem die Sinti-Familie bis 2017 lebte.

Heute wird das oft verharmlosend als »Affäre Magolsheim« bezeichnete Verbrechen als Beispiel für Antiziganismus in der Bundesrepublik erinnert.



In der Nacht auf den 4. Juni 1957 zerstörten Einwohner der Gemeinde Magolsheim ein Gebäude, um den Einzug der neuen Besitzer*innen, einer Sinti-Familie, zu verhindern.

² Verhandlungen des Landtags von Baden-Württemberg, 2. Wahlperiode 1956-1960, Protokoll-Band Bd. 2, Stuttgart 1958, S. 1733.

Allgemeinheit durch ihre Anwesenheit ++ 23. Juli 1953: Das Landeskriminalamt Baden-Württemberg setzt mit der »Landfahrerordnung« an die Diskriminierung der 1920er-Jahre an ++ 24. Juli 1954: Neue Richtlinie des Bundeskriminalamts zur verschärften Kontrolle und Überwachung von Sinti und Roma ++

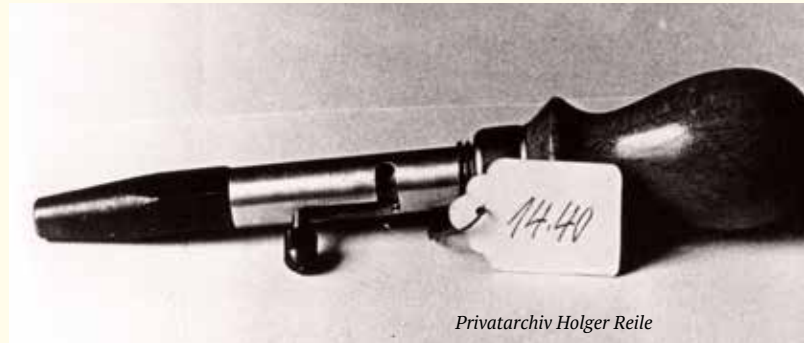
Feindbild Hippies – ein Mord in Konstanz

Von Friedemann Rincke

Die zweite Hälfte der 1960er- und die frühen 1970er-Jahre waren eine Zeit des Wandels. Das starke Wirtschaftswachstum des sogenannten »Wirtschaftswunders« begann zu schwächeln. 1966 traten erstmals Sozialdemokrat*innen als Juniorpartner der CDU in die Bundesregierung ein. Gegen einzelne Projekte dieser Großen Koalition bildete sich eine Außerparlamentarische Opposition (APO), die große Demonstrationen organisierte. Mit großem medialen Echo warben kleine studentische Gruppen für linke Alternativen zu Kapitalismus und Demokratie. Neue soziale Bewegungen entstanden und setzten ebenso wie die 1969 gebildete erste sozialliberale Bundesregierung ihre Hoffnung auf eine Reformpolitik unter dem Motto »Mehr Demokratie wagen«. Mit der »Neuen Ostpolitik« wollte die Bundesregierung zur internationalen Entspannung beitragen. Innenpolitisch polarisierte dieses Vorhaben stark und der sozialdemokratische Bundeskanzler Willy Brandt galt weit über das klassische rechtsextreme Lager hinaus als »Vaterlandsverräter«.

Die rechtsextreme Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) nutzte ab 1966 Vorbehalte und Ablehnung angesichts dieser Veränderungen, warb für sich als radikale Alternative und zog in sieben westdeutsche Landtage ein. 1968 erhielt die Partei bei den Wahlen für das baden-württembergische Landesparlament aus dem Stand 9,8 Prozent der Stimmen. 1969 scheiterte sie bei den Bundestagswahlen knapp an der Fünfprozenthürde.

Die NPD lehnte nicht nur die vorherrschende Politik ab, sondern auch Prozesse der gesellschaftlichen und kulturellen Pluralisierung. Für viele Parteimitglieder und ihr Umfeld schien eine vermeintliche natürliche Ordnung verloren zu gehen. Dass Gruppen von jungen Menschen mit politisch linken Positionen



Privatarchiv Holger Reile

Die Mordwaffe, 1970

Am 29. August 1970 traf sich der 17-jährige Martin Katschker nach der Arbeit mit Freunden im Freien. Der alkoholisierte Hans Obser trat in Begleitung seines Sohns auf die Gruppe zu und forderte sie auf, zu verschwinden. Er drückte Martin Katschker einen sogenannten Hasentöter, ein Bolzenschussgerät, auf die Brust. Ein Schuss tötete den Jugendlichen.

gegen die als veraltet und ungerecht empfundene Gesellschaftsordnung protestierten und für sich die Freiheit einforderten, anders zu leben und sich kleiden zu dürfen, darin sahen sie eine Provokation und eine Störung der Ordnung.

Im Juli und August 1970 fanden in Konstanz zwei Popfestivals statt. Diese Konzerte lockten viele Hippies in die Stadt. Eine örtliche Zeitung berichtete, dass sich Bewohner der Stadt von den Gästen und ihrem Erscheinungsbild gestört fühlten. Im Konstanzer Stadtrat trat Walter Eyermann, Mitglied der NPD, für ein rigoroses Vorgehen ein und forderte, die Bürger sollten notfalls selbst für Ordnung sorgen. Während einer Sitzung des Bürgerausschusses am 20. Juli 1970 bot sich Eyermann an, diese Räumung selbst durchzuführen. Hierfür würde er mit Sicherheit »mehr als 40 Bürger« in Konstanz finden. Der damalige Oberbürgermeister Bruno Helmle (CDU) antwortete darauf: »Wenn Sie das machen, Herr Eyermann, bin ich einverstanden.« Helmle bestritt später, solche Aussagen getroffen zu haben und ließ im Nachhinein sogar das Sitzungsprotokoll ändern. NPD-Mann Eyermann ließ zudem ein Flugblatt drucken, in dem er gegen »arbeitsscheue und asoziale Berufsgammler« hetzte.

Reaktionen auf den Mord, 1970

Kurz nach der Tat machten Gruppen junger Menschen mit Transparenten die Kampagne gegen die »Gammler« verantwortlich für den Tod von Martin Katschker. Die NPD wies alle Schuld von sich und sprach von einem »Einzeltäter«. Hans Obser wurde wegen fahrlässiger Tötung zu drei Jahren Haft verurteilt.



++ 11. April 1968: Attentat auf den Studentenführer Rudi Dutschke ++ 2. Oktober 1968: Ein NPD-Mitglied schießt auf das DKP-Büro in Bonn ++ 25. Juli 1969: 60 behelmte Ordner der NPD schlagen in Frankfurt

5 Menschen krankenhaushausreif ++ 16. September 1969: Der »Bundesbeauftragte für den NPD-Ordnerdienst« schießt in Kassel zwei jugendliche Gegendemonstranten nieder ++ 31. Oktober 1970: In Würzburg fordern rechtsextreme

Demonstranten die Erschießung von Bundeskanzler Willy Brandt ++

Eine Welle des Terrors

Von Friedemann Rincke

Anfang der 1980er-Jahre erschütterte eine Serie von rechtsextremen Terroranschlägen die Bundesrepublik. Das bekannteste Attentat erfolgte während des Münchner Oktoberfestes 1980, durch das 13 Menschen getötet und Hunderte verletzt wurden. Daneben gab es zahlreiche weitere Gewalttaten. Über diese Anschläge wurde in den Tagen danach vielfach berichtet. Wenig später aber gerieten sie weitgehend in Vergessenheit. Den Zusammenhängen und den vielfachen Verbindungen zwischen den einzelnen Tätern schenkte man wenig Beachtung.

Manfred Roeder war eine der Schlüsselfigur des deutschen Rechtsterrorismus dieser Zeit. Der Rechtsanwalt radikalisierte sich in den 1970er-Jahren. Roeder leugnete den nationalsozialistischen Völkermord an den europäischen Juden. Er war militant antisemitisch, fremdenfeindlich und glaubte an den Fortbestand des Deutschen Reiches. Die Bundesrepublik war in seinen Augen kein Staat, sondern lediglich ein von den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges geschaffenes Gebilde. Ende der 1970er-Jahre knüpfte er Netzwerke mit Gleichgesinnten. Diese »Deutschen Aktionsgruppen« verübten mehrere Anschläge. Roeder wurde 1982 wegen Führung einer terroristischen Vereinigung zu 13 Jahren Haft verurteilt. Nach seiner vorzeitigen Entlassung 1990 agierte er weiter in rechtsextremen Kreisen.

BUNDESKRIMINALAMT
ST 32

Übersichtsaufnahme von zerlegten Rohrbombenteilen der Tatorte
Landratsamt Esslingen - Wohnhaus Landrat Dr. Braun Ostfildern -
Janusz-Korczak-Schule Hamburg - Ausländerlager Zirndorf -
Ausländerlager Lössrach



Überreste selbstgefertigter Sprengsätze,
12. Mai 1981

Die Mitglieder der »Deutschen Aktionsgruppen« stammten vor allem aus Baden-Württemberg. Am 21. Februar 1980 deponierten Heinz Colditz und Raimund Hörnle einen Sprengsatz am Landratsamt in Esslingen. Dort wurde eine Ausstellung über das Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz gezeigt. In der Nacht vom 17. auf den 18. April verübten sie einen Anschlag auf das Wohnhaus des Landrates und Schirmherrn der Ausstellung Hans-Peter Braun. Durch Untersuchungen der an beiden Tatorten gefundenen Bombenteile konnte das Bundeskriminalamt den Zusammenhang herstellen.

++ 26. September 1980: Mordanschlag
auf dem Oktoberfest in München ++



Picture-alliance / Lothar Heidtmann

Verwüsteter Schlafraum einer Asylunterkunft in Hamburg, 22.8.1980

Raimund Hörnle und Sibylle Vorderbrügge verübten auch Brandanschläge auf Asylunterkünfte. In Hamburg attackierten sie am 22. August 1980 ein Wohnheim für Menschen, die vor dem Krieg in Vietnam geflohen waren, mit sogenannten Molotowcocktails. Nguyễn Ngọc Châu und Đỗ Anh Lân erlitten schwere Brandverletzungen, an denen sie kurz nach dem Attentat verstarben. Auch in Leinfelden-Echterdingen und Lörrach griffen Mitglieder der »Deutschen Aktionsgruppen« Asylunterkünfte an.



Trauer um die Mordopfer, 4.9.1980

Der 1958 geborene Nguyễn Ngọc Châu (links) und der 1962 geborene Đỗ Anh Lân (rechts) wurden am 4. September 1980 in Hamburg beigesetzt.

Picture-alliance/dpa

++ 19. Dezember 1980: Mordanschlag auf Shlomo Lewin und Frida Poeschke in Erlangen ++
 31. Oktober 1982: Sprengstoffanschlag auf Unterkünfte der US-Streitkräfte in Gießen ++

Frühe Radikalisierung

Von Friedemann Rincke

Während Rechtsextremisten wie Manfred Roeder ihre Kindheit und Jugend im Nationalsozialismus verbrachten, steht der 1958 geborene Odfried Hepp für eine nächste Generation rechtsextremer Terroristen, die in der Demokratie aufwuchsen. Hepp kam bereits im Elternhaus in Achern bei Baden-Baden mit rechtsextremem Gedankengut in Berührung. In seinem Jugendzimmer traf er sich mit Gleichgesinnten. Vorbild war unter anderem Manfred Roeder. 1978 gründete er eine eigene »Wehrsportgruppe«. Im Jahr 1982 verübte er zusammen mit Walter

Kexel und Gleichgesinnten mehrere Anschläge auf Einrichtungen und Personen der US-Streitkräfte in Deutschland. Zwei Soldaten wurden durch Autobomben schwer verletzt. Zwischenzeitlich galt Hepp als der meistgesuchte Rechtsterrorist in der Bundesrepublik. Im Oktober 1987 wurde er zu einer langen Haftstrafe verurteilt.



Landesarchiv Baden-Württemberg, Generallandesarchiv Karlsruhe, N. Hepp, Nr. 105

Ausweis von Odfried Hepp für ein Zeltlager des »Bundes heimattreuer Jugend«, 1970

Mit Aktivitäten wie Zeltlagern versuchten und versuchen rechtsextreme Organisationen, junge Menschen für ihre Ideologie und Ziele zu gewinnen. Odfried Hepp war Mitglied im »Bund heimattreuer Jugend« und später der »Wiking-Jugend«. Aus diesen Jugendorganisationen gingen zahlreiche rechtsextreme Gewalttäter hervor.

++ 14. November 1982: Sprengstoffanschlag auf Unterkünfte der US-Streitkräfte in Eschborn ++
24. Juni 1982: Mordanschlag auf Besucher einer Diskothek in Nürnberg ++

Münchingen, den 27.9.77

Erlöserung :

Ich werde keine Koheitsabzeichen der
"Bundesrepublik Deutschland" mehr tragen!
Das verbietet mir mein Gewissen.

Ich werde entweder keine oder die Farben
des Deutschen Reiches und Volkes

Schwarz - weiß - rot

tragen, dem allein und seinem Teil
davon ich gänzlich dienen werde.

Die Farben Schwarz - rot - gelb sind für
mich das Symbol der

deutschen Teilung,

der Besatzung durch die Siegermächte,
der Ehlozigkeit

und des Verrats an Deutschland.

Ich möchte weiterhin meinen Weffendienst
furn; denn erstens kann ich diese Ausbildung
im Freiheitskampf des Deutschen Volkes
gut gebrauchen und zweitens kann ich
diese Meinung hier am zweckmäßigsten

(* meine)

- 1 -

++ 14. Dezember 1982: Bombenanschlag auf das Auto eines US-Soldaten in Butzbach ++
15. Dezember 1982: Bombenanschlag auf das Auto eines US-Soldaten in Darmstadt ++

verbreiten. Ich werde auch nicht mehr,
wie bis jetzt, meine feindselige
Meinung verstecken, sondern offen jedem
sagen, den ich dafür geeignet
halte.

Meine drei Gesinnungsgenossen hier werden
mir dabei tatkräftig zur Seite stehen.

Durch nichts lasse ich mich
mehr dazu veranlassen, diese mir ver-
hassten Farben an Tragen.

Meine drei Kameraden (vielleicht sind es bald
mehr) tun es noch in Rücksicht auf ihre
Eltern und ihre persönlichen Berufswünsche.
Dagegen ich habe nichts, aber auch gar nichts
zu verlieren.

Dies erkläre ich am 27. Sept. 77 in Münster.

DEUTSCHLAND ~~1~~ KEG NEIL!

Otfried Hepp

(N.S.: Anlageblätter 3+4)

2 -

Auszug aus einer Erklärung von Otfried Hepp als Bundeswehrsoldat, 27.9.1977

Ab 1977 leistete Hepp seinen Wehrdienst. Mit dieser Erklärung gegenüber seinen Vorgesetzten weigerte er sich, deutsche Hoheitszeichen zu tragen. Ganz im Sinne der »Reichsbürger«-Ideologie von Manfred Roeder erkannte er die Bundesrepublik nicht als Staat an. Seine Weigerung hatte innerhalb der Bundeswehr lediglich die Konsequenz, dass er nicht befördert wurde.

Rechtsextremer Terror in den 1990er-Jahren

Von Sarah Stewart

In den frühen 1990er-Jahren nahm die rechtsextreme Gewalt gegen Geflüchtete, Migrant*innen und migrantisch gelesene Personen, alternative Jugendliche und politische Gegner*innen massiv zu. Auch in Baden-Württemberg war die Zeit von einem starken Anstieg entsprechender Gewalttaten geprägt. Bereits in den 1980er-Jahren hatten sich im Südwesten feste rechtsextreme Netzwerke herausgebildet, darunter die »Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei« (FAP), die »Wiking-Jugend«, lokale Kameradschaften sowie die »Heimatreue Vereinigung Deutschlands« (HVD), die 1993 in Baden-Württemberg verboten wurde. Die deutsche Wiedervereinigung 1990 verstärkte diese Entwicklungen. Soziale und wirtschaftliche Umbruchprozesse wurden von vielen Menschen als Verunsicherung oder Statusverlust wahrgenommen. In diesem Klima gewannen rechtsextreme Deutungsangebote an Attraktivität – sie lieferten scheinbar einfache Erklärungen und boten klare Feindbilder. In Medien und Politik wurden lange, aggressive und emotional aufgeladene Debatten um das Asylrecht und um Geflüchtete geführt. Herabsetzende Schlagworte sowie die Verwendung von Metaphern wie »Flut«, »Welle« oder »Strom« heizten die Debatten auf.

Sarah Stewart, Historikerin, wissenschaftliche Mitarbeiterin im Haus der Geschichte Baden-Württemberg und Kuratorin im Erinnerungsort Hotel Silber

Für die Erfahrung permanenter Bedrohung, die die Betroffenen von rechtsextremer Gewalt in den 1990er-Jahren nachhaltig prägte, steht der Begriff »Baseballschlägerjahre«. Der Baseballschläger symbolisiert rohe Gewaltbereitschaft und gilt bis heute zusammen mit Springerstiefeln und Bomberjacken als Zeichen für die Brutalität und öffentliche Sichtbarkeit rechtsextremer Gewalt in diesem Jahrzehnt.

Die Gewaltformen des Rechtsextremismus in den 1990er-Jahren waren vielfältig und reichten von Angriffen und Einschüchterungen über Brandanschläge bis zu pogromartigen Ausschreitungen und gezielten Morden. Behörden stuften diese Taten jedoch oft und lange als unpolitische Jugenddelinquenz ein und verkannten damit ihre ideologische Motivation.

Als besonders markantes Beispiel für die aufgeheizte Situation und die Eskalation öffentlich sichtbarer »Straßengewalt« in Baden-Württemberg können die pogromartigen Ausschreitungen in Mannheim-Schönau im Mai 1992 gelten. Über mehrere Tage hinweg griffen Hunderte Anwohner*innen eine Unterkunft für Geflüchtete mit Steinen und Brandmitteln an und skandierten offen rassistische Parolen. Die kollektive Gewalt entstand aus der Bevölkerung heraus und war nicht auf organisierte Rechtsextreme zurückzuführen. Die Ausschreitungen machen die Gefährlichkeit alltäglicher, stark verankerter Rassismen deutlich. Die Polizei reagierte zunächst zurückhaltend – die Medien verharmlosend –, sodass sich die Situation immer weiter verschärfte. Eine Erstürmung der Unterkunft konnte die Polizei jedoch verhindern.

Baseballschläger als Waffe, um 1993

Baseballschläger dienten Rechtsextremen in den 1990er-Jahren häufig als Waffe. Sie symbolisieren rohe Gewaltbereitschaft. Dieser Baseballschläger wurde von Beamten des Verfassungsschutzes bei einem Mitglied der 1988 in Lichtenstein im Kreis Reutlingen gegründeten »Heimatreuen Vereinigung Deutschlands« (HVD) beschlagnahmt. Als rechtsextreme Gruppierung wurde sie am 14. Juli 1993 vom baden-württembergischen Innenminister verboten.

Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg, Stuttgart

++ 16. Juni 1991: Mord an Agostinho Comboio in Friedrichshafen ++ 17. bis 21. September die Republikaner 10,9 Prozent der Stimmen ++ 8. Juli 1992: Mord an Sadri Berisha in

Auch im ländlichen Raum Baden-Württembergs, etwa in der Ortenau, im Hohenlohekreis oder im Heilbronner Umland, entstanden in den 1990er-Jahren dichte rechtsextreme Netzwerke, deren Mitglieder wiederholt Angriffe verübten – über das Jahrzehnt hinaus. Am 19. Juni 2001 wurde etwa in Empfingen im Landkreis Freudenstadt ein Wohnhaus, in dem eine Familie mit türkischer Migrationsgeschichte lebte, durch einen rechtsextremen Täterkreis in Brand gesetzt.

Als Reaktion auf rechtsextreme Tattaten organisierten ab den frühen 1990er-Jahren an vielen Orten Bürger*innen Lichterketten, Mahnwachen und andere zivilgesellschaftliche Protestformen, die Solidarität mit den Betroffenen zum Ausdruck brachten. Eine solche zivilgesellschaftliche Reaktion war in dem Umfang historisch neu für die Bundesrepublik. Anders als frühere rechtsextreme Tattaten schrieb sich die Welle rechtsextremer und rassistischer Gewalt der 1990er-Jahre in das kollektive Gedächtnis ein.

Die staatliche Reaktion auf die Welle rechtsextremer Gewalt in den 1990er-Jahren blieb hingegen im Ganzen ambivalent: Polizei und Justiz erkannten die politischen Hintergründe vieler Taten spät und handelten häufig erst unter öffentlichem Druck. Insgesamt verdeutlichen die Ereignisse ein komplexes Zusammenspiel aus alltäglicher rechtsextremer Gewalt, medial viel beachteten Eskalationen, parlamentarischen Erfolgen rechtsextremer Parteien und lange Jahre bestehenden rechtsextremen Netzwerken. Es zeigt sich, dass rechtsextreme Gewalt auch in wirtschaftlich starken Regionen wie Baden-Württemberg strukturell verankert ist.

Überreste eines Brandbeschleunigers und angekohelter Fensterladen eines Brandanschlags in Empfingen, 2001

In der Nacht zum 19. Juni 2001 warfen drei Rechtsextreme mehrere selbstgefertigte Brandsätze auf ein Wohnhaus in Empfingen im Landkreis Freudenstadt. In dem Haus wohnte eine fünfköpfige Familie mit türkischer Migrationsgeschichte. Der Familienvater konnte das Feuer rechtzeitig löschen. Wegen versuchten Mordes und besonders schwerer Brandstiftung wurde der Haupttäter am 21. November 2001 vom Landgericht Rottweil zu einer Jugendstrafe von sechseinhalb Jahren verurteilt.



Staatsanwaltschaft Rottweil, Haus der Geschichte Baden-Württemberg

1991: Pogrom in Hoyerswerda ++ 5. April 1992: Bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg erringen Ostfildern-Kemnat ++ 22. bis 26. August 1992: Pogrom in Rostock-Lichtenhagen ++ 23. November 1992:

Brandanschlag in Mölln ++ 29. Mai 1993: Brandanschlag in Solingen ++ 19. Juli 1996: Mord an Werner Weickum in Eppingen ++

Der Terror des NSU

Von Sebastian Dörfler

Der »Nationalsozialistische Untergrund« war eine neonazistische Terrorgruppe. Ihren Kern bildeten die aus Jena stammenden Neonazis Uwe Böhnhardt, Uwe Mundlos und Beate Zschäpe. Hinzu kam ein Netzwerk von Unterstützer*innen. Von 1998 bis 2011 lebte das Trio mit Hilfe seines Netzwerks in Chemnitz und Zwickau im Untergrund. Die Gruppe finanzierte sich mit Spenden ihrer Unterstützer*innen und Raubüberfällen.

Zwischen 1999 und 2006 ermordete der NSU in Dortmund, Hamburg, Kassel, München, Nürnberg und Rostock neun Menschen mit Migrationshintergrund: Enver Şimşek, Abdurrahim Özüdoğru, Süleyman Taşköprü, Habil Kılıç, Mehmet Turgut, İsmail Yaşar, Theodoros Boulgarides, Mehmet Kubaşık und Halit Yozgat. 2007 ermordeten sie in Heilbronn die Polizistin Michèle Kiesewetter und verletzten ihren Kollegen lebensgefährlich. In Nürnberg und in Köln begingen sie zwischen 1999 und 2004 drei Sprengstoffanschläge. Dutzende Personen wurden zum Teil lebensgefährlich verletzt.

Ziel der Anschläge war es, Menschen mit Migrationshintergrund in Angst und Schrecken zu versetzen und letztlich aus Deutschland zu vertreiben. Polizei und Verfassungsschutz schlossen ein politisches bzw. rassistisches Motiv jedoch weitgehend aus. Sie unterstellten vielmehr den Opfern, in kriminelle Machenschaften verstrickt gewesen zu sein. Eine

Dr. Sebastian Dörfler, Historiker, wissenschaftlicher Mitarbeiter im Haus der Geschichte Baden-Württemberg und Ausstellungskurator

mafiaartige Organisation könnte sie wegen Fehlverhaltens getötet haben. Die Opfer wurden demnach selbst zu Tätern gemacht. Ayşen Taşköprü, die Schwester des ermordeten Süleyman Taşköprü, klagt in dem Buch »Unsere Wunden kann die Zeit nicht heilen«: »Nach seinem Tod begann die Polizei sofort mit ihren Verdächtigungen. [...] Meist waren es Fragen nach Schulden, Drogen, oder der Mafia. Und immer wieder kam dieses 'Hattet ihr Streit? Ist das euer Ehrenkodex?' Nach dem Motto: Bei den Türken sei es ja üblich, dass man sich gegenseitig umbringt.«

Die haltlosen Unterstellungen vergrößerten das Trauma der Angehörigen. »Können Sie errahnen, wie es sich für mich als Kind angefühlt hat, sowohl meinen toten Vater als auch meine ohnehin schon schwer gezeichnete Mutter unter Verdacht zu sehen?«, fragte Semiya Şimşek, die Tochter des ermordeten Enver Şimşek bei einer Gedenkveranstaltung 2012. Die Rapper Refpolk und Kutlu Yurtseven verarbeiteten 2015 die falschen Verdächtigungen in ihrem Song »Niemand wird Vergessen«.



Erste Gedenktafel für Michèle Kiesewetter, 2007

Am 25. April 2007 schossen Uwe Böhnhardt und Uwe Mundlos in Heilbronn der arglosen Polizistin Michèle Kiesewetter und einem Kollegen in den Kopf. Kiesewetter starb, ihr Kollege wurde lebensgefährlich verletzt. Eine Verbindung zu der rassistischen Mordserie bis 2006 ließ sich nicht ziehen, zumal die Täter diesmal andere Waffen benutzt hatten. Eine 2007 am Tatort Theresienwiese aufgestellte Gedenktafel erinnerte daher allein an Kiesewetter.

Erneut prägten rassistische Vorurteile die Ermittlungen: Die Behörden versteiften sich auf Sinti und Roma als wahrscheinliche Täter*innen. 2011 fand die Polizei dann die Dienstwaffen von Kiesewetter und ihrem Kollegen im Wohnmobil der NSU-Terroristen. 2012 wurde die Gedenktafel ersetzt. Die neue Tafel hebt zwar Kiesewetter hervor, nennt aber auch die neun anderen Todesopfer des NSU.

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/>, Foto: P. Schmelzle

++ 3. August 1991 bis 30. Januar 1992: Ein Rechtsextremer schießt in Schweden auf elf Menschen mit Migrationshändler Klaus Baltruschat und tötet auf der Flucht am 23. Februar einen Polizisten ++ April 1999: Ein

LSBTIQ*-Community, 3 Tote, 140 Verletzte ++ 2000 bis 2001: Eine »Nationale Bewegung« bekennt sich in Brandenburg Die rechtsextreme Terrorgruppe »Freikorps Havelland« verübt in Brandenburg Brandanschläge auf Geschäfte und

Gründe für die Ermittlungen in die falsche Richtung gab es mehrere. Neben handwerklichen Fehlern und mangelhafter Informationsweitergabe spielten auch rassistische Vorurteile eine wichtige Rolle. »Die Welt der Dönerbuden und kleinen Läden, in denen türkische Einwanderer arbeiten, erschien den Ermittlern fremd, undurchsichtig und irgendwie verdächtig«, meint der Journalist Tanjev Schultz. Die Presse sprach in rassistischer Manier von »Döner-Morden«. Hinzu kam der Umstand, dass sich niemand zu den Morden bekannte. Aus Sicht der Behörden schien politisch motivierte Gewalt ohne ein Bekenntnis kaum vorstellbar.

Laut dem Soziologen Matthias Quent waren »Bekennerschreiben« jedoch in den 1990er-Jahren in der rechtsextremen Szene unüblich. Der Soziologe Jan Schedler betonte, die Täter hätten davon ausgehen können, dass ihre »Botschaft« von der Zielgruppe auch ohne Erklärung verstanden werde. Tatsächlich ahnte das Umfeld der Opfer schon früh ein rassistisches Motiv. 2006 demonstrierten nach dem neunten Mord in Kassel und Dortmund Tausende für die Überprüfung eines rassistischen Hintergrunds. Ob auch die rechtsextreme Szene die »Botschaft« verstand, ist nicht klar. 2010 feierte jedenfalls eine rechtsextreme Band den »Dönerkiller«.

Das Motiv für den Mord an Michèle Kiesewetter und der Mordversuch an ihrem Kollegen 2007 ist bis heute nicht geklärt. Möglicherweise handelte es sich um einen Strategiewechsel hin zu Angriffen auf Vertreter*innen der Staatsmacht. Für das in Furcht vor polizeilicher Verfolgung lebende Trio war die Polizei zweifellos ein Feindbild.

2011 flog der NSU durch Zufall auf. Bönnhardt und Mundlos wurden nach einem Raubüberfall in Eisenach von der Polizei verfolgt. Sie entzogen sich der Verhaftung durch Selbsttötung. Beate Zschäpe setzte daraufhin die Wohnung des Trios in Zwickau in Brand. Später stellte sie sich der Polizei. In der Wohnung wurde ein Bekennergvideo gefunden, das die Täterschaft des NSU an der Mordserie belegte. Es fanden sich auch Hinweise auf vage Pläne für weitere Anschläge, unter anderem in Stuttgart.

Wegen Mittäterschaft an den Morden wurde Zschäpe zu lebenslanger Haft verurteilt. Mehrere Unterstützer erhielten Gefängnisstrafen. Bis heute ist ungeklärt, wie groß das Netzwerk des Trios war. Offen bleibt zudem, ob außer der Kerngruppe weitere Personen direkt an den Anschlägen beteiligt waren. Auch die Rolle von neonazistischen Vertrauenspersonen des Verfassungsschutzes bei den Verbrechen konnte nicht abschließend geklärt werden. Die unvollständige Aufarbeitung des »NSU-Komplexes« quält die Hinterbliebenen bis heute.



Neonazistisches Brettspiel »Pogromly«

Das spätere NSU-Trio entwickelte 1997 »Pogromly«, eine menschenverachtende Variante des Brettspiels »Monopoly«. Exemplare wie das abgebildete verkauften sie für 100 Mark pro Stück an Gleichgesinnte. Die »Bahnhöfe« des Originalspiels wurden durch Konzentrationslager ersetzt. Auf den Ereigniskarten fanden sich Aussagen wie: »Juden müssen für Verbrechen am deutschen Volk zahlen. Du erhältst 400 RM.«

Ihre antisemitische Gesinnung brachte das Trio schon 1996 öffentlich zum Ausdruck: An einer Autobahnbrücke bei Weimar hängten sie am 13. April eine Puppe mit gelbem Judenstern und Bombenattrappen auf. Ungefähr zur gleichen Zeit hatte sich der damalige Vorsitzende des Zentralrates der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis, in Weimar aufgehalten. Später erwog das Trio offenbar auch Anschläge auf jüdische Einrichtungen. 2011 fand sich in der Zwickauer NSU-Wohnung unter anderem der Plan eines jüdischen Krankenhauses in Berlin.

hintergrund, 1 Toter, 10 Schwerverletzte ++ 19./23. Februar 1997: Ein Neonazi schießt in Berlin auf den Buch-Rechtsextremer verübt in London Anschläge mit Nagelbomben auf Menschen mit Migrationshintergrund und auf die

burg zu Brandanschlägen auf türkische Imbisswagen und jüdische Einrichtungen ++ August 2003 bis Mai 2004: Imbisswagen von Menschen mit Migrationshintergrund ++ September 2003: Nach Planung eines Sprengstoffanschlags

auf das neue Jüdische Kulturzentrum mit der Synagoge Ohel Jakob in München werden Mitglieder der rechtsextremen Terrorgruppe »Kameradschaft Süd« verhaftet ++

2015 – ein Flächenbrand rechtsextremen Terrors gegen Geflüchtete

Von Friedemann Rincke

Kriege, Bürgerkriege und das Zusammenbrechen von Staaten zwangen weltweit Menschen zur Flucht. In den 2010er-Jahren wurde Europa immer stärker Ziel solcher globalen Migrationsbewegungen. Die Europäische Union (EU) versuchte mit gemeinsamen Regelungen die Fluchtbewegungen zu steuern und die Schutzsuchenden auf ihre Mitgliedsländer zu verteilen. Ein gemeinsames, solidarisches europäisches Vorgehen scheiterte. In Europa war Deutschland ein wichtiges Ziel dieser Geflüchteten. Die Zahl der Ankommenden erreichte 2015 einen Höhepunkt. In Deutschland unterstützten viele ehrenamtlich die Ankommenden. Bei anderen löste die Zuwanderung Ängste aus. Manche reagierten mit Hass.



Die Gewalt gegen Asylsuchende stieg 2015 stark an. Gab es in Deutschland in den ersten Monaten des Jahres statistisch gesehen zunächst etwa eine entsprechende Tat pro Tag, waren es im August mehr als vier pro Tag und im Oktober sogar sechs – so die offizielle Statistik zu Politisch Motivierter Kriminalität. Berichte über Angriffe und Brandanschläge auf Unterkünfte für Geflüchtete prägten die täglichen Nachrichten. 2016 gab es noch mehr rechte Tattaten, bevor ein leichter Rückgang einsetzte. Seit 2023 nimmt die Zahl rechtsextremer Gewalttaten wieder deutlich zu, auf statistisch mehr als drei pro Tag.

Internet und soziale Medien dienten und dienen Rechtsextremen dazu, sich zu vernetzen, zu mobilisieren, zu hetzen und eigene Gewalttaten zu inszenieren. Neben der Präsenz in der digitalen Welt sollen rechtsextreme Aufmärsche markieren, wem der öffentliche Raum gehört. Hetze, Verschwörungserzählungen und Gewaltfantasien sowie die Ausübung von Gewalt und Terror gegen Sachen und Personen ergänzen und verstärken sich in den letzten eineinhalb Jahrzehnten.

Brandschaden an einer geplanten Geflüchtetenunterkunft in Neuenstein, 20.1.2017

In der Nacht vom 19. auf den 20. Januar 2017 legten zwei Männer in einem Rohbau in Neuenstein Feuer. Er war für Geflüchtete vorgesehen. Die Täter wollten den Bezug des Gebäudes verhindern. Kurze Zeit später wurden sie verhaftet. Das Gericht stellte einen eindeutig rechtsextremen Hintergrund bei beiden Tätern fest. Sie wurden wegen Brandstiftung und Verstößen gegen das Waffengesetz zu vier Jahren und zehn Monaten und zu vier Jahren und sieben Monaten Haft verurteilt.

Maschinenpistole »Skorpion 61«, 03.04.2017

Nach der Festnahme der Verdächtigen stellte das Landeskriminalamt zahlreiche illegale Waffen sicher.



++ 22. Oktober 2014: Drei Rechtsextreme verletzen in Limburg (Hessen) einen aus Ruanda stammenden Mann tödlich ++ 20. September 2015: In Berlin erschießt ein Rechtsextremer einen Briten ++ 22. Juli 2016: Ein

rechtsextremer Jugendlicher erschießt in München neun Menschen + 01. März 2017: Brandanschlag in Döbeln. Eine Frau stirbt ++

Vergessen und Erinnern in Mannheim

Von Matthias Möller

»Es ist jetzt bald 19 Uhr, und in ein, zwei Stunden wird es auf der Schönau wieder losgehen.«¹ Mit diesen Worten endete am 4. Juni 1992 eine Diskussionsrunde im Mannheimer Lokalfernsehen zu rassistischen Ausschreitungen, die zu diesem Zeitpunkt bereits seit über einer Woche andauerten. Eine Asylunterkunft in einer ehemaligen Kaserne hatte schon im Vorfeld Proteste hervorgerufen. Vorurteile, Neid-Debatten und Gerüchte vergifteten anschließend, ganz im Einklang mit einer bundesweiten politischen und medialen Stimmungsmache gegen »Asylanten« (so der damalige Jargon), auch in Mannheim das gesellschaftliche Klima. Das unzutreffende Gerücht einer mit rassistischen Zuschreibungen aufgeladenen Vergewaltigung einer jungen Schönauerin durch einen Heimbewohner führte schließlich zur Eskalation. Zunächst einige Dutzend, bald mehrere hundert Menschen zogen ab dem 26. Mai 1992 vor die anfangs kaum bewachte Kaserne. Sie warfen Steine und Feuerwerkskörper, versuchten den Zaun zu überwinden und bedrohten die vor Krieg und Verfolgung geflüchteten Menschen. Mit einem Großaufgebot riegelte die Polizei die Unterkunft ab. Robust schritt sie allerdings erst ein, als solidarische Antifaschist*innen eintrafen. Deren Aktionen wurden bereits bei der Anreise behindert und entsprechende Demonstrationen verboten. Die brutale Auflösung einer Versammlung mitten in der Mannheimer Innenstadt mit vielen Verletzten markierte den traurigen Höhepunkt eines polizeilichen Vorgehens, das sich nicht auf die gewalttätigen Bürger*innen der eigenen Stadt, sondern auf angeblich überwiegend auswärtige Gegen-demonstrant*innen konzentrierte. Eine entsprechende Berichterstattung trug dazu bei, dass der eigentliche und zutiefst beunruhigende Kern der Ereignisse in den Hintergrund geriet. Gemeint ist die spontane, gewalttätige und lokal getragene Mobilisierung gegen Schutzsuchende, die ihre Dynamik ganz ohne Beteiligung organisierter Neonazis entfaltete. Schließlich beinhaltete der Ablauf fast alle Elemente eines handfesten Pogroms – inklusive einer auch damals schon irritierenden Milde der Ermittlungsbehörden mit den rechten Straftätern.

Die Schönauer Ereignisse fanden zwischen den Pogromen von Hoyerswerda (September 1991) und Rostock-Lichtenhagen (August 1992) statt, doch wurde ihnen nie eine vergleichbare Aufmerksamkeit zuteil. Dazu trug sicher bei, dass anderswo mehr körperlich verletzte Opfer zu beklagen² und spektakulärere Bilder vorhanden waren.³ Auch versag(t)en gängige Erklärungsmuster, die Rechtsextremismus vorrangig als ein Ost-Problem behandeln. Besonders maßgeblich war jedoch, in welchem Maße Stadtverwaltung, Polizei und Lokalpresse ein verharmlosendes Zerrbild zeichneten, das die rassistische Gewalt systematisch ausblendete.⁴ Eine Konsequenz dieses Verdrängens: Die Unruhen

Dr. Matthias Möller ist Leiter der Landesstelle für Alltags- und Regionalkultur / Außenstelle Südbaden des Badischen Landesmuseums.

werden auch in jüngeren Publikationen zur Stadtgeschichte entweder gar nicht⁵ oder nur äußerst knapp und verdreht erwähnt.⁶ Erst im Kontext einer lokalen Migrationsgeschichte fand das Thema eine ausführlichere Behandlung.⁷

Natürlich sind solche Widerstände kein Mannheimer Spezifikum. Auch in Mecklenburg und Sachsen musste Erinnerung mühsam gegen das Streben zu vergessen erkämpft werden. Im Südwesten der Republik brauchen entsprechende Initiativen jedoch einen besonders langen Atem. Bereits 1992 waren aus antifaschistischer bzw. antirassistischer Perspektive drei Broschüren mit dem Ziel einer kritischen Aufarbeitung und Erinnerung erschienen.⁸ Auf der Schönau engagierten sich zudem kirchliche und kommunale Arbeitskreise für den Abbau von Vorurteilen. Das Gedenken blieb jedoch marginal und nur zu bestimmten Anlässen sichtbar. Zum 15. Jahrestag 2007 erschien im Umfeld des Mannheimer selbstverwalteten Jugendzentrums Friedrich Dürr eine Broschüre mit Hintergrundinformationen, damaligen Flugblättern und Zeitungsartikeln. Zudem hielt eine Veranstaltungsreihe des »Komitee Schönau nicht vergessen!«, unterstützt vom freien Radiosender bermuda.funk, dem AK Antifa und dem Bündnis gegen Abschiebungen Mannheim die Erinnerung wach.⁹ Aus Perspektive der kulturwissenschaftlichen Protestforschung erschien zeitgleich die bis heute einzige Monografie zum Thema,¹⁰ deren Ergebnisse auch in zahlreichen Veranstaltungen vorgestellt wurden. So erfuhr das Thema auch wieder überregionale Aufmerksamkeit, beispielsweise im Rahmen der Kampagne »Rassismus tötet!« anlässlich des 20. Jahrestags des Pogroms von Rostock-Lichtenhagen.¹¹ Lokal änderte sich die Erinnerungspraxis jedoch kaum und es waren – von einzelnen künstlerischen Projekten abgesehen – die beharrlichen Initiativen von antifaschistischen Gruppen, Kultur- und Jugendarbeit, die

1 Bert Siegelmann im Rhein-Neckar-Fernsehen, 04.06.1992.

2 So hatte der rechte Straßenterror zwischen dem 3. Oktober 1990 und dem Beginn der Schönauer Unruhen bereits mehreren Dutzend Menschen ihr Leben geraubt.

3 Das tagelange Pogrom von Rostock-Lichtenhagen wurde die ganze Zeit über von einem Kamerteam gefilmt, das sich im Verlauf selbst aus dem brennenden Sonnenblumenhaus retten musste.

4 Möller, Matthias: »Ein recht direktes Völkchen?« Mannheim-Schönau und die Darstellung kollektiver Gewalt gegen Flüchtlinge. Frankfurt a. M. 2007, S. 112–116.

5 Vgl. Probst, Hansjörg: Kleine Mannheimer Stadtgeschichte. Regensburg 2005; Brockhaus Lexikonredaktion (Hg.): Der Brockhaus – Mannheim. 400 Jahre Quadratestadt – das Lexikon. Mannheim 2006; Badische Heimat, 87. Jg. 2007, H. 1; Kreutz, Wilhelm / Wiegand, Hermann: Kleine Geschichte der Stadt Mannheim. Karlsruhe 2008; Stockert, Harald / Henn, Andreas: Mannheim!: Geschichte erzählt in vergleichenden Ansichten. Heidelberg 2013; Stadt Mannheim: Chronik der Stadt Mannheim – Meilensteine 20. Jahrhundert. <https://www.mannheim.de/de/kultur-erleben/stadtgeschichte/meilensteine-20-jahrh> (abgerufen: 05.12.2025).

6 Nieß, Ulrich / Caroli, Michael: Geschichte der Stadt Mannheim, Band 3. Ubstadt-Weiher 2009, S. 680; Marchivum: Chronikstar. <https://www.marchivum.de/de/archiv/recherche/chronikstar> (abgerufen: 02.12.2025).

7 Gassert, Philipp: 1980–2020. Eine »City of Immigrants« in einer widerwilligen Einwanderungsgesellschaft. Zwischen Offenheit und Intoleranz. In: Philipp Gassert / Ulrich Nieß / Harald Stockert (Hg.): Zusammenleben in Vielfalt. Zuwanderung nach Mannheim von 1607 bis heute. Ubstadt-Weiher 2021, S. 260–295, hier S. 284–286.

8 Antifa SW29 (Hg.): Hoyerswerda in Mannheim? Mai/Juni 1992. Dokumentation. Berlin 1992; Dokugruppe Ludwigshafen (Hg.): Hoyerswerda in Mannheim-Schönau? Dokumentation der Ereignisse vom 27. Mai bis 17. Juni. Ludwigshafen 1992; Koordinationskreis gegen Rassismus auf der Schönau (Hg.): Mannheim-Schönau 26.5.–27.6.1992. Dokumentation. Mannheim 1992.

9 Komitee Schönau nicht vergessen! (Hg.): Schönau nicht vergessen! Eine Infobroschüre zum 15. Jahrestag der rassistischen Ausschreitungen in Mannheim-Schönau. Mannheim 2007; id.: Flugblatt »Schönau nicht vergessen! Eine Veranstaltungsreihe zum 15. Jahrestag der rassistischen Ausschreitungen in Mannheim-Schönau«. Mannheim 2007.

10 Möller 2007.

11 Kampagne »Rassismus tötet!«: Archiv für Kategorie Veranstaltung. <https://rassismus-toetet.de/category/veranstaltung/> (abgerufen: 05.12.2025).



Nichts erinnert heute an die pogromartigen Ausschreitungen von 1992. Wo bis 2004 die Gendarmeriekaserne stand, befindet sich heute ein Supermarkt.



sie trugen. Selbst neue Impulse der Erinnerung an rassistische Gewalt, die sich international im Gefolge der Black-Lives-Matter-Bewegung entfalteten und eine verstärkte Opferperspektive einforderten, hatten es im Fall von Mannheim-Schönau schwer. Da das Lager bereits 1999 wieder aufgelöst worden war und die Aufenthaltsdauer meist nur wenige Wochen betragen hatte, erwies sich die Suche nach dort damals untergebrachten Zeitzeug*innen als schwierig.

Ein langsamer Umschwung in der Erinnerungskultur zeichnet sich erst seit dem 25. Jahrestag ab. Neben den gewohnten Veranstaltungen linker Gruppen widmete seitdem auch der »Mannheimer Morgen« an wichtigen Jahrestagen dem Thema breiten Raum, inklusive zaghafter kritischer Zeilen zur eigenen damaligen Berichterstattung.¹² In der Folge wurde Mannheim-Schönau auch im Kontext der bundesweiten Kampagne »NSU-Kontext auflösen« aufgegriffen, die einzelnden Betrachtungen der rechtsextremen Mordserie eine (post-) migrantische Perspektive entgegenstellte und eine breite gesellschaftliche Auseinandersetzung mit strukturellem Rassismus einforderte.¹³ Ungefähr zur selben Zeit entdeckte die universitäre Zeitgeschichte das Thema für sich und es erschienen ereignisbezogene Überblicksdarstellungen, die vor allem frühere Veröffentlichungen zusammenfassen.¹⁴ Ihr erinnerungspolitischer Verdienst liegt deshalb vor allem darin, das Thema aus der Universität Mannheim heraus in etablierte lokale Wissensnetzwerke eingebracht zu haben.¹⁵

Zum 30. Jahrestag 2022 fanden erneut Workshops und Diskussionsveranstaltungen aus dem Spektrum der bisherigen Trägergruppen statt.

¹² Vgl. Mannheimer Morgen, 27.05.2017 und 28.05.2022.

¹³ Das Mannheimer NSU-Tribunal »Wir müssen reden. Hadi!« fand vom 22.-25.11.2018 statt, vgl. Aktionsbündnis »NSU-Komplex auflösen«: Warum ein Tribunal in Mannheim? <http://www.nsu-tribunal.de/mannheim/> (abgerufen: 05.12.2025).

¹⁴ Vgl. Rohrmoser, Richard: »Die Straßen gehören uns! Die sterben alle!« Die rassistischen Ausschreitungen in Schönau im Jahr 1992. In: Philipp Gassert u.a. (Hg.): Jugendprotest und Jugendkultur im 20. Jahrhundert. Über 100 Jahre bewegte Jugend in Mannheim. Mannheim 2017, S. 144-156; id.: Zwischen Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen. Das versuchte Pogrom von Mannheim-Schönau 1992. In: Gudrun Heinrich u.a. (Hg.): Kulturen des Verdrängens und Erinnerns. Perspektiven auf die rassistische Gewalt in Rostock-Lichtenhagen 1992. Berlin 2024, S. 213-222.

¹⁵ Vgl. Gassert u.a. (Hg.) 2017. Auch wenn der inhaltliche Rahmen »Jugendprotest und Jugendkultur im 20. Jahrhundert« irritiert, und auch dieser Band nicht frei von Relativierungen ist, findet in dem von Universität und Stadtarchiv gemeinsam herausgegebenen Band eine klare Einordnung statt.

Eine neue Perspektive brachte etwas später ein Team um den Architekturhistoriker Stephan Trüby ein. Gemeinsam mit dem Publizisten Lucius Teidelbaum betrachteten sie das geografische Terrain der Schönau mit dem Konzept der »Rechten Räume«¹⁶ und riefen so das Raumgefüge der im NS realisierten Mustersiedlung in Erinnerung.¹⁷ Doch anders als früher kam nun auch von offizieller Seite Bewegung in die Erinnerung. Im Gemeinderat wurde beantragt, »anlässlich des 30. Jahrestages der pogromartigen Ausschreitungen gegen Geflüchtete [...] vor Ort eine Gedenktafel zur Erinnerung« aufzustellen und »eine Veranstaltung zur Erinnerung an diese Ausschreitungen«¹⁸ zu organisieren. Diese fand im Herbst 2023 in Form einer Tagung des Mannheimer Stadtarchivs statt und nahm vor allem zeithistorische Einordnungen vor. Außerdem erörterte sie die Frage, ob es sich in Mannheim-Schönau um ein Pogrom, einen pogromartigen Vorfall oder einen Krawall gehandelt hatte.¹⁹ Bemerkenswert ist, dass diese für Schönau 1992 bereits verschiedentlich behandelte Frage als ein neuer Blickwinkel vorgetragen und wahrgenommen wurde.²⁰ Dies spricht erstens für eine insgesamt geringe Reichweite früherer Formen der Bearbeitung und Erinnerung. Zweitens zeigt es, dass eine disziplinäre Grenzen überschreitende wissenschaftliche Bestandsaufnahme noch aussteht. Drittens ist es schließlich ein deutliches Zeichen dafür, dass sich lokal erstmals seit 1992 breitere Kreise aus Öffentlichkeit und Stadtgesellschaft – inklusive kommunaler Funktionsträger*innen – wieder für das Thema interessierten. Die Tagung, teilweise in Gegenwart von damals Verantwortlichen oder an diese gerichtet, und ihre positive Resonanz können als Indikatoren gelten, dass die während der Unruhen etablierten und lange Zeit hegemonialen Diskursmuster des Verdrehens und Verdrängens mittlerweile auch in Mannheim in die Defensive geraten.

Doch während die Auseinandersetzung darüber, was im Frühsommer 1992 auf der Schönau eigentlich los war, bzw. warum überhaupt daran erinnert werden sollte, in Mannheim endlich breitere Kreise erreichte, war die Debatte anderswo längst bei der Frage nach der konkreten Gestalt einer angemessenen Erinnerung angekommen. In Hoyerswerda und Rostock markierten bereits die 20. Jahrestage 2011 bzw. 2012 einen sichtbaren Umschwung in der Erinnerungskultur. Er zeigte sich in einer früheren Verharmlosungen überwindenden Benennung als Pogrome und breiter Verankerung in den jeweiligen Stadtgesellschaften. Darüber hinaus waren an beiden Orten auch neue Mahnmale und die Frage der Gestaltung konkreter Erinnerungsorte im öffentlichen Raum zentrale Themen.²¹

Eine solche Diskussion begann in Mannheim erst 2022 und wurde im Jahr darauf mit Dialogformaten und einem Workshop fortgesetzt.²² Das anfangs große Interesse ließ jedoch bald nach, sodass es bis heute keine sichtbare Erinnerung im Stadtraum in Form einer Tafel oder Ähnlichem gibt.²³ Der Schaffung eines dauerhaften Erinnerungsortes, dies zeigen nicht zuletzt die Beispiele Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen, muss zunächst eine breite Verständigung über Tragweite und Charakter der zu erinnernden Ereignisse vorausgehen. In Mannheim wurde eine solche Debatte länger als anderswo vom Wunsch zu vergessen behindert und ist bis heute nicht abgeschlossen.

16 Vgl. Trüby, Stephan: Rechte Räume. Politische Essays und Gespräche. Gütersloh 2020.

17 Trüby, Stephan / Krüpe, Philipp: Mannheim Schönau: NS-Mustersiedlung und Rassistische Ausschreitungen 1992. In: Dies.: Rechte Räume – ein Atlas autoritärer (Meta-)Politiken in Architektur, Urbanismus und Kultur. <https://rechteraeume.net/atlas/mannheim-schoenau> (abgerufen 02.12.2025).

18 Hauptausschuss Mannheim 2022: Tagesordnung der Sitzung vom 05.04.2022, Anträge A067/2022, A073/2022, A082/2022 und A119/2022. https://buergereinfor.mannheim.de/buergereinfor/si0057.asp?_ksnr=9670 (abgerufen: 05.12.2025).

19 Zur diesbzgl. vorgetragenen Argumentation von Maubach vgl. Frei, Norbert / Maubach, Franka u.a.: Zur rechten Zeit. Wider die Rückkehr des Nationalismus. Berlin 2019, S. 161–181. Explizit zu dieser Frage bereits N.N.: Zum Begriff »Pogrom«. In: Antifaschistisches Infoblatt, 6. Jg. 1992, H.4. 1992 und Möller 2007, S. 145–153.

20 Zur Dokumentation der Tagung siehe Archivum: Pogrom, pogromartiger Vorfall, Krawall? – Die rassistischen Ausschreitungen in Mannheim-Schönau. Videodokumentation. <https://www.youtube.com/watch?v=MFBP3oDRlks> (abgerufen 05.12.2025).

21 In Hoyerswerda erinnerte bereits 2006 eine erste Stele an die Ereignisse und ein dauerhaftes Mahnmal wurde 2014 eingeweiht, vgl. Initiative Pogrom 91: Fehlende Aufarbeitung. In: Antifaschistisches Infoblatt, 25. Jg. 2011, H.3 (15.09.2011); out of focus Medienprojekte / Initiative »Pogrom 91«: Gedenkkultur. <https://www.hoyerswerda-1991.de/nach-1991/gedenkkultur.html> (abgerufen: 05.12.2025). Die Auseinandersetzung um eine Plakette zu Rostock-Lichtenhagen begann schon 1992, vgl. Dokumentationszentrum »Lichtenhagen im Gedächtnis«: Gedenken. Erinnerungsorte 1992–2012. <https://lichtenhagen-1992.de/gedenken/> (abgerufen: 05.12.2025).

22 Stadt Mannheim: Erinnerungskultur Ausschreitungen vor Flüchtlingsunterkunft Schönau 1992. <https://mannheim-gemeinsam-gestalten.de/group/38> (abgerufen: 05.12.2025).

23 Obwohl Mannheim mit seinen »Stadtunkten« über ein einfach zu erweiterndes Format zur Auseinandersetzung mit Aspekten der Stadtgeschichte im öffentlichen Raum verfügt – inklusive eigener Rubrik zum Themenfeld »Migration – Toleranz – Verfolgung«. Vgl. Stadt Mannheim: Migration – Toleranz – Verfolgung. <https://www.mannheim.de/de/tourismus-entdecken/stadtgeschichte/stadtpunkte/migration-toleranz-verfolgung> (abgerufen: 05.12.2025).

Von Südtirol nach Sachsen: Kontinuitäten im »deutschen« Rechtsterrorismus

Von Darius Muschiol

Einleitung: ein brauner Faden

»Niemand habe ich mir vorstellen können, dass in Deutschland eine rechtsextremistische Terrorgruppe mordend durch das Land zieht.«¹ Diese Aussage aus den Lebenserinnerungen Wolfgang Schäubles, unter anderem zweimaliger Bundesinnenminister (1989–1991 und 2005–2009), wirft Fragen auf. Wie konnte es sein, dass der aus dem badischen Bürgertum stammende CDU-Politiker Schäuble Rechtsterroristen wie dem NSU nicht zutraute, »mordend durch das Land« zu ziehen, obwohl der Rechtsterrorismus allein vor 1990 drei Phasen (1961–1966, 1968–1972, 1977–1982) mit zahlreichen Toten hervorbrachte?

Rechte Gewalt im Allgemeinen und Rechtsterrorismus im Speziellen war sehr lange kein Teil einer stringenten Erzählung der deutschen Geschichte. Dabei zieht er sich wie ein brauner Faden durch die Historie zweier deutscher Demokratien: Die erste brachte er mit zu Fall (Organisation Consul) und auch die zweite prägte er und prägt sie bis heute. Dabei offenbaren sich zahlreiche Kontinuitäten, die seit über sechzig Jahren hinweg den Rechtsterrorismus kennzeichnen, genauer: seine Ideologie, seine Vorgehensweise und seine Akteure.



Südtirol-Terroristen vor Gericht in München, 1965

Dr. Darius Muschiol ist Zeithistoriker und wissenschaftlicher Mitarbeiter der Dokumentationsstelle Rechtsextremismus in Karlsruhe. 2024 erschien seine Dissertation »Einzeltäter? Rechtsterroristische Akteure in der alten Bundesrepublik«.

Ideologie: rassistischer Volksbegriff

Der Rechtsextremismusforscher Gideon Botsch definiert Rechtsextremismus als radikalen Nationalismus, der durch drei zentrale Punkte definiert sei: »Der Nationalstaat ist erstens unvollkommen, und zwar, weil er Menschen einschließt, die dem deutschen Volk nicht angehören sollen.« Zweitens bestehe eine Vorstellung, wonach »dieses Deutschland [...] kleiner« sei »als der deutsche Siedlungsboden, es gibt also deutsche Territorien außerhalb dieses Gebiets«. Drittens sei »man mit der inneren Ordnung dieses Deutschlands nicht zufrieden«. Man wolle »Parlamentarisierung und Demokratisierung rückgängig machen«.² Genau jene drei Aspekte waren (und sind) es auch, die den »deutschen« Rechtsterrorismus prägten und prägen. Dies wird schon bei seinem Beginn deutlich. In Südtirol, seit 1919 zu Italien gehörend, verübten bundesdeutsche wie österreichische Rechtsextremisten in den 1960er-Jahren zahlreiche (mitunter tödliche) Anschläge mit pangermanistischen Zielstellungen. Es ging mitunter um nichts Geringeres als die »Rückgliederung Südtirols an Deutschland«.³ Jene geopolitischen Vorstellungen waren kein Relikt der Vergangenheit, sondern prägten den bundesdeutschen Rechtsterrorismus seit jeher. Um 1970 herum war es der von Gruppierungen wie der Nationalsozialistischen Kampfgruppe Großdeutschland (NSKG) getragene Widerstand gegen die Neue Ostpolitik, dem derlei Gedanken zugrunde lagen. Auch der Terrorismus der Gruppierung Schwarze Wölfe basierte auf pangermanistischen Anschlussfantasien, in diesem Fall in Bezug auf das Elsass.

Schon der Blick nach Südtirol zeigt aber, dass es dort um mehr ging als um die Veränderung von Staatsgrenzen. Bereits damals tauchte das Feindbild »Ausländer« auf und umfasste Italiener, die als fremd und andersartig betrachtet wurden. Ihr Zuzug nach Südtirol sollte gestoppt und die, die bereits da waren, offenkundig zum Verlassen der Region bewegt werden. Geschürt wurde eine »Untergangsangst« des dortigen Deutschtums, eine »Furcht vor dem 'völkischen Untergang'«. Jene damals formulierte »ungemein wirksame 'Todesmarsch'-Parole« zielte als Aufruf »ans Irrationale in Grenzgebieten auf besonders fruchtbaren Boden«.⁴ Doch nicht nur dort. Einige Jahre später konnte in Westdeutschland an diese Vorgehensweise angeknüpft

² Gideon Botsch, in: Akademie Aktuell (Heft 2.2025), S. 52.

³ Zitiert nach: Darius Muschiol: Einzeltäter? Rechtsterroristische Akteure in der alten Bundesrepublik, Göttingen 2024, S. 274.

⁴ Claus Gatterer: Südtirol und der Rechtsextremismus, in: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes [Hrsg.]: Rechtsextremismus in Österreich nach 1945, Wien 1980, S. 336–353, hier S. 336.

¹ Wolfgang Schäuble: Erinnerungen. Mein Leben in der Politik, Stuttgart 2024, S. 436.

werden. Der Drahtzieher der rechtsterroristischen Deutschen Aktionsgruppen Manfred Roeder hob Anfang der 1980er-Jahre bei Gesprächen über mögliche Anschläge den Südtirolterrorismus als Vorbild hervor. Auch in der Bundesrepublik Deutschland könne in diesem Sinne »politisch etwas durchgesetzt, könne Druck auf die Bundesregierung ausgeübt« werden. So wie der österreichische Rechtsextremist Norbert Burger mit Anschlägen in Südtirol die italienische Bevölkerung zum Abwandern bewegen wollte, forderte Roeder in der Bundesrepublik Anschläge auf Asylheime, um »die Asylanten in Angst zu versetzen, sie zur Rückkehr in ihre Heimat zu bewegen«.⁵ Auch damals geisterten, wie im Falle Südtirols, Parolen wie die vom »Volkstod«⁶ durch die rechtsextremen Gazetten.

Auch der österreichische »Einzeltäter« Franz Fuchs machte eine »Diskriminierung der deutsch-österreichischen Volksgruppe«⁷ aus. Fuchs wurde in jenen 1990er-Jahren aktiv, als in Österreich populistische Politiker »mit der Angst vor 'Überfremdung' oder 'Umvolkung' an niedrige Instinkte«⁸ appellierten. Eben jene Parolen tauchten im Kontext aktueller Debatten erneut auf⁹ – und hatten wohl Folgen. Denn laut Bundesanwaltschaft waren die Mitglieder der 2024 festgenommenen sogenannten Sächsischen Separatisten von »rassistischen, antisemitischen und in Teilen apokalyptischen Vorstellungen« geprägt und planten mutmaßlich wohl, Personengruppen wie Einwanderer durch »ethnische Säuberungen«¹⁰ zu entfernen.

Schließlich wurden im Rechtsterrorismus auch immer wieder der demokratische Rechtsstaat und seine Vertreter zum Zielobjekt der Gewalt. Auch hier kann der Beginn in Südtirol gesehen werden. Denn entgegen den apokalyptischen Überzeichnungen der deutschsprachigen Rechtsextremisten war das Italien der 1960er-Jahre kein faschistischer Staat mehr, sondern mittlerweile eine Demokratie (wenngleich diese im Kontext des Südtirolkonfliktes durchaus Anlass zur Kritik gab). Dass italienische Sicherheitskräfte zur (tödlichen) Zielscheibe von Anschlägen wurden, zeigt jedoch die grundsätzliche Verachtung für eben jene. Auch später wurden (polizeiliche) Sicherheitskräfte immer wieder von Rechtsterroristen ins Visier genommen. So erschoss der Rechtsextremist Frank Schubert 1980 zwei Schweizer Grenzbeamte, als diese ihn dabei entdeckten, wie er Waffen über den Rhein auf die deutsche Seite transportieren wollte. Und der Neonazi Kay Diesner, der wenige Tage zuvor einen Anschlag auf eine Geschäftsstelle der PDS verübt hatte, erschoss im Februar 1997 einen Polizisten bei einer Polizeikontrolle. Der Mord des sogenannten NSU an der Polizistin Michèle Kiesewetter im Jahr 2007 war demnach nicht ganz ohne Vorgeschichte. Selbiges gilt für den Mord an Walter Lübcke 2019. Denn demokratische Politiker waren schon Jahrzehnte zuvor in den Fokus von Rechtsterroristen gerückt. Entscheidend für all diese terroristische Gewalt durch Rechtsextreme war ein rassistischer Volksbegriff, der den Nukleus ihres Vorgehens bildete.

Vorgehensweise: elaborierte Strukturen

Auch im Hinblick auf die Vorgehensweise rechtsterroristischer Akteure offenbaren sich zahlreiche Kontinuitätslinien. So war über die Jahrzehnte ein häufiges Handeln aus der »Legalität« festzustellen. Zwar baute auch der Rechtsterrorismus, gerade Anfang der 1980er-Jahre, durchaus tragfähige Untergrundstrukturen aus, vielfach aber agierten die Akteure aus der »Legalität« heraus. Dies war jedoch nicht, wie zeitgenössisch vielfach gedeutet, auf ein geringes Entwicklungsniveau des Terrorismus von rechts zurückzuführen, sondern hing vielmehr mit der Eigenart des Rechtsterrorismus zusammen. So war ein Gang in den Untergrund vielfach überhaupt nicht notwendig, aufgrund des im rechtsextremen Milieu schnellen Zuganges zu Waffen sowie den verhältnismäßig gering geschützten Opfergruppen. So kam der Südtirolterrorismus weitestgehend ebenso ohne Untergrundstrukturen aus wie etwa der Dutschke-Attentäter Josef Bachmann. Und auch der Kreis um Peter Naumann, der 1979 Sendemasten sprengte, um eine Ausstrahlung der Fernsehserie »Holocaust« zu verhindern, war darauf nicht angewiesen. So verwundert es kaum, dass mutmaßlich weder die Akteure der sogenannten Sächsischen Separatisten noch die der sogenannten Letzten Verteidigungswelle vorläufig Untergrundstrukturen entwickelten.

Weitere Parallelen in der Vorgehensweise zeigen sich oftmals im Hinblick auf die dem Rechtsterrorismus zugrundeliegende Strategie. So zielte der Terror von rechts zumeist am Staat vorbei und hatte vielmehr eine Einschüchterung von Minderheiten zum Ziel. Dies lässt sich für den Südtirolterrorismus der 1960er-Jahre ebenso feststellen (der Drahtzieher Norbert Burger wollte die Anschläge dazu nutzen, Italiener in »Angst« zu versetzen, damit diese »sich nicht mehr nach Südtirol trauen«¹¹) wie für rechtsterroristische Gruppen ab den 2000er-Jahren (das sogenannte Freikorps Havelland hatte sich »die Vertreibung der Ausländer zunächst aus dem Havelland und dann auch aus Deutschland zum Ziel gesetzt«¹²).

Doch auch der Staat wurde mitunter adressiert: Er sollte zu einem Handeln – im Sinne der Rechtsterroristen – veranlasst werden. So ging es sowohl den rechtsextremen Akteuren im Südtirolkonflikt als auch etwa den Deutschen Aktionsgruppen darum, neben der Einschüchterung von »Ausländern« (und deren daraus folgender Abwanderung) zugleich Druck auf den Staat auszuüben. Im Falle Südtirols sollte der italienische Staat so gezwungen werden, eine italienische Migration nach Südtirol einzuschränken. Bei den Deutschen Aktionsgruppen war es hingegen die Absicht, Druck auf die Politik in der Bundesrepublik auszuüben, um eine Änderung in der Migrationspolitik zu erwirken. Eine ähnliche Doppelstrategie in Bezug auf die Kommunikation lässt sich auch bei Franz Fuchs erkennen, denn er wollte »die Bevölkerung in Angst versetzen und ihr das Gefühl geben, die staatlichen Organe vermöchten sie nicht zu schützen.«¹³ Zugleich hatte er »die Regierung in Wien dazu nötigen wollen, ihre Haltung gegenüber Ausländern zu ändern.«¹⁴

⁵ Zitiert nach: Muschiol: Einzeltäter?, S. 230.

⁶ Zitiert nach: Ebd., S. 231.

⁷ Zitiert nach: Neue Zürcher Zeitung, 28. Februar 2000, S. 5.

⁸ Der Neue Mahnruf, Oktober 1992, S. 2.

⁹ So formulierte der AfD-Politiker Björn Höcke 2018 offen »völkische Säuberungsfantasten« (Richard Herzinger: Rechtsextremer Terrorismus, in: Europäische Rundschau, Nr. 3/2019, S. 43–50, hier S. 48) und griff auf die Vokabel des »Volkstods« (zitiert nach: ebd., S. 47) zurück.

¹⁰ Zitiert nach: <https://taz.de/Saechsische-Separatisten-mit-AfD-Kontakt/!6044195/>, zuletzt abgerufen 3.11.2025.

¹¹ Zitiert nach: Muschiol: Einzeltäter?, S. 227.

¹² <http://juris.bundesgerichtshof.de/cgi-bin/rechtsprechung/document.py?Gericht=bgh&Art=pm&sid=47c83216cf2c1785b255761df2b52766&n=35521&anz=2&pos=1>, zuletzt abgerufen 3.11.2025.

¹³ Neue Zürcher Zeitung, 14.5.1998, S. 1.

¹⁴ Neue Zürcher Zeitung, 11.3.1999, S. 3.

Eine deutliche Konstante in der Geschichte des Rechtsterrorismus stellt zudem die internationale Vernetzung dar. Bereits die rechtsterroristischen Akteure zu Beginn der 1960er-Jahre waren stark international vernetzt. Unter der Losung »Berlin hilft Südtirol – Südtirol hilft Berlin«¹⁵ verübten bundesdeutsche und österreichische Rechtsextremisten gemeinsam Anschläge in Berlin und Südtirol. Enge Kontakte bestanden in zahlreiche außer- wie innereuropäische Länder, doch die Vernetzungen in die rechtsextreme Szene nach Österreich waren von zentraler Bedeutung. Der Südtirolterrorismus war dabei nur der Anfang einer bis heute andauernden engen Verzahnung österreichischer wie bundesdeutscher Rechtsextremisten. So verübte etwa der bundesdeutsche Ekkehard Weil 1982 in Wien und Salzburg gemeinsam mit österreichischen Gesinnungsgenossen mehrere Anschläge. Wie nach dem Aufliegen der der mutmaßlichen Terrorgruppe Sächsische Separatisten bekannt wurde, entstammten zwei Mitglieder »aus einer bekannten österreichischen Familie mit Naziverbindungen«.¹⁶ So handelt es sich bei dem Vater zweier Festgenommener um Hans-Jörg Schimanek, der in den 1990er-Jahren in neonazistischen Kreisen um den österreichischen Szeneführer Gottfried Küssel aktiv war. Die Gebrüder Schimanek hatten sich laut Medienberichten »im August 2023 mit dem österreichischen Neonazi Gottfried Küssel in Wien getroffen«.¹⁷

Küssel war Anfang der 1990er-Jahre entscheidend am Aufbau neonazistischer Strukturen in Ostdeutschland beteiligt. Er war eng mit Ekkehard Weil verbunden und entstammte »der rechtsextremen NDP des Südtirol-Bombenlegers Norbert Burger«.¹⁸ Das Beispiel veranschaulicht eindrücklich die langen Kontinuitätslinien in internationaler Hinsicht.

Akteure: ernstzunehmende Protagonisten

Überhaupt offenbaren sich auch beim Blick auf die Akteure selbst zahlreiche Kontinuitäten. So ist die im Fall Schimanek publik gewordene innerfamiliäre Kontinuitätslinie im (mutmaßlichen) Rechtsterrorismus nicht beispiellos. Vielmehr gab es vor 1990 einige Fälle, bei denen die ideologische Einflussnahme bereits im Elternhaus begann. So stand etwa am Anfang von Odfried Hepps politischem Weg, der ihn bis in den Rechtsterrorismus führen sollte, der Wille des Vaters, seinen Sohn im nationalen Sinne zu erziehen. Es war Hepps Vater, der seinen Sohn noch im Kindesalter in den Bund Heimattreuer Jugend schickte und ihn der dortigen rechtsextremen Sozialisierung überließ. Überraschen darf derlei also nicht, ebenso wenig wie der Umstand, dass in rechtsterroristischen Gruppierungen Personen auftauchen, die einen (bildungs-)bürgerlichen Hintergrund besitzen.



Überstellung von festgenommenen Mitgliedern der mutmaßlichen Terrorgruppe Sächsische Separatisten an den Bundesgerichtshof in Karlsruhe 2024

¹⁵ Vgl. Muschiol: Einzeltäter?, S. 270.

¹⁶ <https://www.spiegel.de/ausland/rechtsterrorismus-die-oesterreichischen-nazi-wurzeln-der-saechsischen-separatisten-a-981f4833-0dc6-422d-8727-989429c99303> zuletzt abgerufen, 3.11.2025.

¹⁷ <https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen/verbindungen-saechsische-separatisten-oesterreich-100.html>, zuletzt abgerufen 3.11.2025.

¹⁸ Der Bund, 11.12.1993.

So sind derlei Vorprägungen im Rechtsterrorismus keine Seltenheit. Der Rechtsterrorismus bundesdeutscher Akteure in Südtirol wurde gar weitestgehend von burschenschaftlichen Kreisen getragen. Hier erhielten die Akteure moralischen Zuspruch, bekamen offenkundig Gelder und unternahmen Rekrutierungsversuche. Ab Ende der 1970er-Jahre traten Akteure wie Michael Kühnen, Odfried Hepp oder Uwe Behrendt hervor, die allesamt angehende Akademiker waren. Auch die Mitglieder der ausgehobenen Sächsischen Separatisten waren »teils eher bildungsbürgerlich orientiert«¹⁹ und kamen teils aus dem Burschenschaftsmilieu, teils aus dem AfD/JA-Spektrum. Auch dieser Umstand, dass mutmaßliche Rechtsterroristen zuvor im rechten Partei-Milieu aktiv waren, ist historisch kein neues Phänomen.

Gruppierungen wie die Europäische Befreiungsfront (EBF) oder die NSKG wurden von zahlreichen Personen getragen, die mit der NPD sympathisierten und mitunter auch Funktionen in der Partei bekleidet hatten. Ein wichtiger Unterschied ist dabei aber festzuhalten: Während sich die Akteure der EBF und NSKG dem Rechtsterrorismus zuwandten, weil die NPD ihnen zu »lasch« geworden war und sie überdies an der Wahlurne Misserfolge einfuhr (die Partei scheiterte bei der Bundestagswahl 1969 an der Fünf-Prozent-Hürde), scheint dies im Kontext der Sächsischen Separatisten, deren Mitglieder teils dem AfD/JA-Spektrum entstammen, anders gelagert zu sein. Der Weg in den mutmaßlichen Rechtsterrorismus wurde offenbar nicht gewählt, weil man die Partei als zu wenig radikal betrachtete oder weil keine Wahlerfolge zu verzeichnen waren. Vielmehr scheinen sich Vorstellungen entwickelt zu haben, wonach man die mutmaßlich terroristischen Strukturen parallel zu den Parteiativitäten zu verfolgen gedachte. Ein Umstand, der zu denken geben sollte. Der Historiker Andreas Wirsching wies mit Blick auf rechte Gewalt einerseits und »der Intellektualisierung dessen, was wir die Neue Rechte nennen« andererseits darauf hin, »dass man beides zusammendenken muss. Die Erweiterung der potentiellen Handlungsspielräume durch Rhetorik ist eine notwendige Voraussetzung dafür, dass Menschen Gewalttaten begehen. Das lässt sich in der Geschichte nachweisen.«²⁰

Der bundesdeutsche Rechtsterrorismus bietet dafür noch ein anschauliches Beispiel. So spielte Odfried Hepp Anfang der 1980er-Jahre mit dem Gedanken, sich für seine terroristische Gruppierung intellektuelle Schützenhilfe einzuholen. Er zeigte sich von Äußerungen des Vordenkers der sogenannten Neuen Rechten, Pierre Krebs, angetan und überlegte, »ob Krebs auf ideologischer Ebene für unsere organisatorischen Planungen in Frage gekommen wäre. Die intellektuelle Arbeit, für die ich mich als ungeeignet betrachte, hätte ich ihm gern überlassen.«²¹

Fazit: sträflich unterschätzt

Der Blick auf mehr als 60 Jahre Rechtsterrorismus offenbart also vielerlei Kontinuitätslinien. Der Blick auf die Ideologie, die Vorgehensweise und die Akteure zeigt Ähnlichkeiten und Muster, die überdauerten. Und auch der Blick auf den Umgang mit rechter Militanz und Rechtsterrorismus legt Zusammenhänge dar, die über Jahrzehnte fort dauerten. So bagatellierte der damalige FPÖ-Führer Jörg Haider die Neonazi-Szene um Gottfried Küssel und sprach von »höchstens 200 bis 300 Verrückten«²², die man nicht überhöhen solle. Vielmehr führe eine breite Medienberichterstattung lediglich »zu politischen Verzerrungen im Österreichbild, namentlich im Ausland, und fordere außerdem 'Nachahmungstäter' geradezu heraus.«²³ Derlei Einordnungen von rechter Militanz prägten auch den bundesrepublikanischen Umgang mit Rechtsterrorismus über Jahrzehnte. So hielt etwa der Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen für das Berichtsjahr 2000 fest: »Gleichwohl gibt es in Nordrhein-Westfalen keine konkreten Anhaltspunkte für einen unmittelbar bevorstehenden RAF-ähnlichen, sogenannten 'braunen Terrorismus'. Hierfür dürfte es auch an ideologischen und strategischen Köpfen, logistischen Infrastrukturen und Konzepten fehlen.«²⁴ Es war das Jahr, in dem der NSU seinen ersten Mord an dem Blumenhändler Enver Şimşek beging. Wolfgang Schäuble hielt deshalb auch in seinen Lebenserinnerungen fest, dass »wir alle – Sicherheitsbehörden, die Kollegen in den Ländern, mein Amtsvorgänger und auch ich – die Gewaltbereitschaft in der rechtsradikalen Szene und die Gefahr eines terroristischen Rechtsextremismus sträflich unterschätzt«²⁵ hätten.

19 Andreas Wirsching, in: Akademie Aktuell (Heft 2.2025), S. 55.

20 Ebd.

21 BArch: Mfs AOPK 7896-91, Bd. 7, S. 59.

22 Der Bund, 22.1.1992, S. 5.

23 Neue Zürcher Zeitung, 18./19.1.1992, S. 2.

24 Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen: Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen über das Jahr 2000, Düsseldorf 2001, S. 93.

25 Schäuble: Erinnerungen, S. 636.

»Reichsbürger«-Putschisten

Von Anton Maegerle, Redaktion RECHTS.GESCHEHEN

»Heinrich der Prinz bleibt nicht vergessen, ihn einzuknasten, war vermessen! Von einem System, das sich demokratisch nennt, aber nicht zum Volk bekennt.«

Solidaritätsbekundung mit dem inhaftierten mutmaßlichen Rechtsterroristen und Rädelsführer einer militanten »Reichsbürger«-Truppe Heinrich XIII. Prinz Reuß, veröffentlicht im Dezember 2025 in der neurechten Berliner Wochenzeitung »Junge Freiheit« (Nr. 50/2025).

Die rechtsterroristische Reichsbürger-Gruppierung »Patriotische Union« um den mutmaßlichen Putschisten Prinz Reuß plante laut Ermittlungen der Bundesanwaltschaft einen Umsturz in der Bundesrepublik Deutschland. Das Netzwerk verfügte über erhebliche Finanzmittel, ein umfangreiches Waffenarsenal und den Willen, die Macht an sich zu reißen. Die Umsturzpläne der mutmaßlichen Rechtsterroristen, von extrem rechter Seite als »Rentner-Gang« verharmlost, waren ernsthaft und schon weit fortgeschritten – davon sind die Sicherheitsbehörden überzeugt. Konkret werden den Angeklagten von der Bundesanwaltschaft Gründung und Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung sowie die Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens beziehungsweise Beihilfe dazu vorgeworfen.

Einer der größten Anti-Terror-Einsätze der bundesdeutschen Nachkriegsgeschichte

Es war einer der größten Anti-Terror-Einsätze der bundesdeutschen Nachkriegsgeschichte. Rund 3.000 Polizisten waren am 7. Dezember 2022 in elf Bundesländern im Einsatz. Insgesamt wurden an diesem Tag bundesweit 162 Objekte durchsucht. Der Südwesten war Schwerpunkt der Durchsuchungen. In 15 Landkreisen in Baden-Württemberg wurden Maßnahmen durchgeführt. 25 Personen wurden an diesem Tag festgenommen, darunter die ehemalige Berliner AfD-Bundestagsabgeordnete (2017–2021) Birgit Malsack-Winkemann (Jg. 1964) und der Frankfurter Heinrich XIII. Prinz Reuß (Jg. 1951). Für die Bundesanwaltschaft ist er der Rädelsführer einer terroristischen Vereinigung, die einen Staatsstreich plante. Reuß hätte nach dem Putsch als Oberhaupt einer neuen Staatsform fungieren sollen. Treffpunkt der Terrorgruppe war das Jagdschloss »Waidmannsheil« von Reuß im thüringischen Bad Lobenstein.

Die beschuldigten Mitglieder der »Patriotischen Union« sollen sich zum Ziel gesetzt haben, die staatliche Ordnung mittels Gewalt und militärischer Mittel zu beseitigen und die Bundesregierung zu stürzen. Am Tag X sollte der Reichstag in Berlin gestürmt werden, um Parlamentarier und Regierungsmitglieder festzunehmen. Ein Kommando mit bis zu 16 Personen habe Regierungsmitglieder und Abgeordnete in Handschellen abführen sollen, so die Bundesanwaltschaft. Sie hätten bereits Örtlichkeiten erkundet, Fotos gemacht und eine Namensliste von Politikern, Journalisten und anderen Personen des öffentlichen Lebens erstellt. Im Zuge der Machtübernahme sollten dann Institutionen und Amtsträger auf Landes-, Kreis- und kommunaler Ebene

beseitigt werden. Die Anklage geht davon aus, dass den Mitgliedern der Patriotischen Union bewusst war, dass im Zuge dieser Aktionen auch Menschen getötet würden. »Deshalb sehen wir übrigens auch den Verdacht der Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens«, so Generalbundesanwalt Peter Frank.

Ziel sei die Beseitigung der bestehenden staatlichen Ordnung, die Bildung einer neuen Regierung und die Wiedereinführung des »Deutschen Reiches« in Form der Errichtung eines Kaiserreiches nach Vorbild von 1871 gewesen. Als Rädelsführer der Gruppe gilt der Frankfurter Geschäftsmann Heinrich XIII. Prinz Reuß.

Reuß sorgte bereits 2019 mit einem Auftritt in Zürich für Aufsehen, bei dem er erklärte, die jüdische Bankiersfamilie Rothschild habe Kriege finanziert, um unliebsame Monarchien zu stürzen. Auf dem Züricher Worldwebforum, einer Technologie- und Wirtschaftskonferenz, verbreitete Reuß offen antisemitische Verschwörungsmythen, wünschte sich feudale Verhältnisse zurück und führte aus: »What's more, so called federal republic of Germany is the legal successor of the German Reich, hitler's Germany and not of the sovereign German empire. From this causality alone, no sovereign structure exists for Germany. Until this day, German tax authorities apply Nazi era laws, which explains a lot of suffering caused by the fact.« [»Die sogenannte Bundesrepublik Deutschland ist im Übrigen Rechtsnachfolgerin des Deutschen Reiches, des Hitlerdeutschlands und nicht des souveränen Deutschen Reiches. Schon aus dieser Kausalität heraus gibt es keine souveräne Struktur für Deutschland. Bis heute wenden die deutschen Steuerbehörden Gesetze aus der Nazizeit an, was viel Leid verursacht.«]

Pläne für ein Schattenkabinett

Die Pläne der Putschisten gingen so weit, dass sogar schon Ministerposten für ein Schattenkabinett vergeben waren. Das militante Verschwörer-Netzwerk entstammt der Mitte der bundesdeutschen Gesellschaft, darunter ein Adelliger, eine Ärztin, ehemalige Mitglieder der Eliteeinheit Kommando Spezialkräfte (KSK) der Bundeswehr, ein aktiver Elitesoldat, ein ehemaliger Fallschirmjäger, ein Polizist, ein Gourmetkoch, eine Hellseherin und ein Tenorsänger. Zugleich ist die Patriotische Union eine Melange aus Reichsbürgern und/oder Preppern, Delegitimierten, Querdenkern, Corona-Leugnern, Impfgegnern und einzelnen AfD-Aktivisten. Der Präsident des Bundeskriminalamts Holger Münch bezeichnete die Vereinigung als »eine gefährliche Mischung von Menschen, die irrationalen Überzeugungen folgen«. Die bundesweite Razzia hat offengelegt, dass Rechtsextremismus in Teilen der Mitte der Gesellschaft en vogue ist.

Die Patriotische Union verfügte über einen politischen Flügel, den sogenannten Rat, und einen militärischen Flügel, der den gewaltsamen Umsturz herbeiführen sollte. Geplant war der Aufbau einer »Neuen deutschen Armee« samt 286 Heimatschutzkompanien. Dazu sollten aktive Personen aus Bundeswehr und Polizei angeworben und Waffen besorgt werden. Zudem wurde Schießtraining durchgeführt. Mehrere der Verhafteten haben eine Verbindung zum KSK in der Schwarzwaldstadt Calw. Als Köpfe des militärischen Flügels gelten die ehemaligen Bundeswehr-Angehörigen Maximilian Eder, Rüdiger von Pescatore

und Peter Wörner. Pescatore war Anfang der 1990er-Jahre als Offizier der Bundeswehr in Nagold und Calw stationiert. Er kommandierte das Fallschirmjägerbataillon 251, aus dem 1996 das KSK hervorging, dem er jedoch nicht angehörte. Pescatore wurde unehrenhaft aus der Bundeswehr entlassen, da während seiner Dienstzeit 165 alte NVA-Waffen, darunter Pistolen vom Typ Makarow, verschwunden waren. Eder, ehemaliger Oberst der Bundeswehr, gehörte mehrere Jahre dem KSK an. Bei Protesten gegen die Corona-Maßnahmen der Bundesregierung trat er mehrfach als Redner auf. Der aus Baden-Württemberg stammende Peter Wörner war in den 1990er-Jahren Offizier und Zugführer bei den Fallschirmjägern in Calw, bevor sein Bataillon 1996 zum KSK umstrukturiert wurde. Dort war er bis 1998 eingesetzt. Ein Video aus dem Jahr 2019 zeigt den bei der Bundeswehr ausgebildeten Einzelkämpfer, der seit 2009 Survivalkurse anbot, mit dem szenebekannten Holocaust-Leugner Nikolai Nerling bei einem »Überlebenswochenende« in der Rhön. 2017 stand Wörner der extrem rechten »Deutschen Militärzeitschrift« (DMZ) Rede und Antwort. Auf dem Handy von Wörner entdeckten die Ermittler auch Fotografien aus dem Bundestag. Sie zeigen die Tiefgarage, die unterirdischen Katakomben zwischen den Parlamentsgebäuden, auch der Plenarsaal mit dem Bundesadler ist zu sehen. Die damalige AfD-Bundestagsabgeordnete Birgit Malsack-Winkemann hatte Wörner und weitere Männer im Sommer 2021 ins Parlament hineingelotst.

Die Reichsbürger-Gruppe verfügte über ein beachtliches Waffenarsenal. Nach vorläufigem Ermittlungsstand wurden 362 Schusswaffen und 148.761 Munitionsteile sichergestellt sowie 347 Hieb- und Stichwaffen und 17 Sprengmittel.

Am 11. Dezember 2023 erhob die Bundesanwaltschaft Anklage gegen acht Verdächtige dieser mutmaßlichen Terrorgruppe. Die Anklage hält fest, dass die Angeklagten »einem Konglomerat aus Verschwörungsmysen, bestehend aus Narrativen der Reichsbürger- und Selbstverwalterszene sowie der QAnon-Ideologie« anhängen. So waren sie fest davon überzeugt, dass die Bundesrepublik von Angehörigen eines »Deep State« regiert werde. Befreiung verspreche die sogenannte »Allianz«, ein technisch überlegener Geheimbund von Regierungen, Nachrichtendiensten und Militärs verschiedener Staaten einschließlich Russlands und der USA.

Ausgelöst wurden die Ermittlungen gegen die Patriotische Union, weil Mitglieder des Netzwerks Verbindungen zu der reichsideologischen Gruppe »Vereinte Patrioten« pflegten, die unter Beobachtung der Sicherheitsbehörden stand. Die Vereinten Patrioten wollten das Kaiserreich einführen, Anschläge durchführen und den damaligen Gesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) in einer Aktion mit dem Namen »Klabautermann« aus einer Talkshow entführen. In einer konstituierenden Versammlung sollten dann neue Führungspersonen bestimmt und die Verfassung des Kaiserreichs von 1871 wieder eingeführt werden. Der 1. Strafsenat des Oberlandesgerichts (OLG) Koblenz stufte die »Kaiserreichsgruppe« im März 2025 als terroristische Vereinigung gemäß § 129a Strafgesetzbuch ein, bewertete ihre Pläne als »hochverräterisch« und verurteilte Gründer und Rädelführer zu mehrjährigen Haftstrafen. Als Kopf der Gruppierung galt die ehemalige Lehrerin und antisemitische Theologin Elisabeth Roth.

Schwarzwälder »Reichsbürger« bei Gruppe Reuß im Jagdschloss »Waidmannsheil«

Im Rahmen des Anti-Terror-Einsatzes wurde auch Matthes Haug (Jg. 1960), einer der szenebekanntesten Reichsbürger in Baden-Württemberg, festgenommen und verhört. Haug, wohnhaft im Landkreis Freudenstadt, war 2022 zu Gast bei der Gruppe Reuß im Jagdschloss »Waidmannsheil«. Er ist der Autor des Buchs »Das Deutsche Reich 1871 bis heute«. Der Inhalt: Das Deutsche Reich von 1871 existiere immer noch, die Bundesrepublik sei deshalb gar kein Staat, es gelte in Deutschland Besatzungsrecht. 2013 meldete sich Haug in der holocaustleugnenden Postille »Stimme des Reiches« zu Wort und grüßte den geschichtsrevisionistischen Leserkreis aus der »Besatzer Republik Deutschland«. Schon als 12-Jähriger will sich Haug eine Reichsverfassung von 1919 besorgt haben. »Schnell« sei ihm dann »klar« gewesen, dass in der »BRD das Besatzerstatut galt und heute auch noch gilt«. Haug verkündet, dass der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl »die BRD« im »Frankfurter Handelsregister als Firma angemeldet« habe: »Seither ist jede Stadt, jedes Landratsamt, jede Behörde eine Firma. Genscher meldete die BRD bei der UN ab und wieder als Firma ‚Germany‘ auch in den USA an.«

Schusswechsel zwischen Polizei und »Reichsbürger«

Einer der Leser des Buches von Haug war der Reichsbürger Heiko A. aus Boxberg-Bobstadt (bei Heilbronn). A. wurde im August 2025 vom Landgericht Mosbach zu einer Bewährungsstrafe wegen Waffenbesitzes verurteilt. Ins Visier der Behörden geraten war A. am 20. April 2022 wegen seines Untermieters Ingo K., eines Kampfsportlers aus der Reichsbürgerszene. Dieser hatte das Feuer eröffnet, als A.s Haus durch einen SEK-Einsatz gestürmt werden sollte. Es entwickelte sich der längste Schusswechsel zwischen der Polizei und einem Tatverdächtigen seit der Festnahme von Andreas Baader, Holger Meins und Jan-Carl Raspe, drei Mitgliedern aus dem harten Kern der »Roten Armee Fraktion« (RAF), am 1. Juni 1972 in Frankfurt. Grund für den Einsatz in Boxberg-Bobstadt war die Vollstreckung eines Durchsuchungsbeschlusses des Amtsgerichts Mosbach. Hintergrund war, dass K. über eine funktionsfähige Handfeuerwaffe der Marke Glock verfügte, obwohl die zuständige Waffenbehörde die ihm in der Vergangenheit erteilte Waffenbesitzerlaubnis bestandskräftig widerrufen hatte. Einen Beamten des SEK trafen Geschossteile in beide Beine. Ein anderer erlitt Verletzungen am Ellenbogen. Erst nach etwa zwei Stunden verließ der Angeeschuldigte seine Wohnung, weil er keine Möglichkeit mehr sah, die Durchsuchung abzuwenden. In dem Gebäude hatte er mehrere Schusswaffen – darunter drei vollautomatische Gewehre und zwei Maschinenpistolen – sowie über 5.000 Schuss Munition und diverses Zubehör griffbereit deponiert. Sichergestellt wurden auch nationalsozialistische Devotionalien und Reichskriegsflaggen. K. wurde im November 2023 vom Oberlandesgericht Stuttgart zu einer Haftstrafe von 14 Jahren und sechs Monaten wegen mehrfachen Mordversuchs verurteilt.

Generalbundesanwalt Peter Frank kündigte im Sommer 2022 an, mehr Fälle aus der Reichsbürger-Szene übernehmen zu wollen. Deren Anhänger seien zunehmend gewaltbereit und setzten auch Schusswaffen ein, sagte er. Mit welcher Brutalität gegen Polizisten vorgegangen werde, habe der Fall Boxberg gezeigt.

»Ungeachtet für wie befremdlich, fernliegend oder gar abstrus man die jeweils dort zugrundeliegende Weltanschauung hält: Es wäre fahrlässig, die davon ausgehenden Gefahren abzutun«, sagte Frank. Hier werde deutlich, mit welcher Gewaltbereitschaft einige die freiheitlich-demokratische Grundordnung beseitigen wollten. »Wir versuchen deshalb, die ganze Bandbreite unserer gesetzlichen Zuständigkeit auszuschöpfen.«

Waffenaffine »Reichsbürger«

Organisierte Strukturen der Reichsbürger entstanden erstmals Mitte der 1970er-Jahre, seit über einem Jahrzehnt radikalisiert sich die Szene. Reichsbürger gelten als waffenaffin. Ein Beispiel dafür ist der Sportschütze Markus L. aus Reutlingen. Er schrieb im August 2022 über den Messenger-Dienst Telegram, dass Deutschland seit 1990 kein Staatsgebiet habe, es habe keine Soldaten, sondern nur »private Söldner«, und es habe auch keine Beamten, sondern nur »Bedienstete«.

Spätestens im Sommer 2022 schloss sich L. der Vereinigung an und gliederte sich in die Strukturen der sogenannten »Heimatschutzkompanie Nr. 221« ein. Diese sollte für die Gebiete Freudenstadt und Tübingen zuständig sein. Sein Waffenarsenal umfasste neben legal erworbenen Waffen auch eine Vielzahl nicht registrierter Schusswaffen sowie sonstige verbotene Waffen. Am 23. März 2022 fand an seiner Wohnanschrift eine durch den Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofs angeordnete Durchsuchung statt. Während des Einsatzes gab der mit einer schusssicheren Weste ausgestattete Markus L. auf die eingesetzten Polizeibeamten eines Spezialeinsatzkommandos aus nächster Nähe zahlreiche gezielte Schüsse ab. Zwei Beamte wurden durch Schüsse verletzt, wobei ein Beamter dauerhafte gesundheitliche Beeinträchtigungen davontragen wird. Bei der Tatwaffe handelte es sich um ein halbautomatisches Schnellfeuergewehr der AR15-Baureihe, das Markus L. aus einzelnen im Internet erworbenen Komponenten zu einer einsatzfähigen Waffe zusammengebaut hatte.

Die meisten Reichsbürger sind Einzelpersonen ohne Organisationsanbindung, Klein- und Kleinstgruppierungen, länderübergreifende aktive Personenzusammenschlüsse und virtuelle Netzwerke. Bundesweit befinden sich bis zu 30 Vereinigungen unter Beobachtung der Sicherheitsbehörden. Das Durchschnittsalter der Reichsbürger liegt zwischen 40 und 60 Jahren. Immer wieder wird deshalb auch von einer Radikalisierung im Erwachsenenalter gesprochen. Die Szene ist mit einem Anteil von ungefähr drei Vierteln männlich dominiert. Der Frauenanteil von rund 25 Prozent ist im Vergleich zur rechtsextremen Szene (20 Prozent) höher. Frauen sind im Spektrum der diversen Reichsbürger-Gruppierungen teilweise in wichtigen Funktionen in der Szene aktiv. Berührungspunkte haben Reichsbürger mit anderen rechtsextremen Milieus, darunter der Prepper-Bewegung, politischen Apokalyptikern und völkischen Siedlern der Anastasia-Bewegung. Auffällig ist die Nähe zu Themen wie alternative Medizin, Impfung/Corona, Wissenschaftsleugnung, Esoterik, Umwelt und Natur sowie ein allgemeiner Hang zu Verschwörungserzählungen – oftmals mit antisemitischem Kern. Die krude Melange aus rechtsextremem Gedankengut, gepaart mit wahnhafter Esoterik, Spinnerei, Verfolgungswahn und Missionierungseifer kann sich jederzeit in Gewalt entladen und Unschuldige treffen.

Der Polizistenmord in Georgensgmünd

Von der Sicherheitsarchitektur wurden Reichsbürger lange als Spinner, Querulanten oder als bizarres Randphänomen abgetan. Dies änderte sich erst 2016 mit der Ermordung eines Polizisten durch einen »Reichsbürger«; von nun an werden Reichsbürger als ernstzunehmende Gefahr wahrgenommen. Am 19. Oktober sollten bei dem »Reichsbürger« Wolfgang Plan im fränkischen Georgensgmünd (Landkreis Roth) dessen Jagd- und Sportwaffen wegen seiner Unzuverlässigkeit als Waffenbesitzer sichergestellt werden. Zur Reichsbürgerideologie hatte er vor allem über die sozialen Medien gefunden. Plan eröffnete bei der gerichtlich angeordneten Durchsuchungsaktion des Landratsamtes Roth sofort das Feuer auf die Polizisten. Dabei wurden vier SEK-Beamte verletzt. Einer der Verletzten, ein 32-Jähriger, erlag seinen Verletzungen.

Ein Jahr zuvor, beim AfD-Programmparteitag in Stuttgart, artikulierten sich Reichsbürger weniger gewaltsam und eher formalbürokratisch. Mindestens 50 AfD-Parteimitglieder unterstützten einen Antrag, im Programm festzuhalten: »Die Bundesrepublik Deutschland [...] ist kein Staat, sondern eine Verwaltungsorganisation ohne Verfassung.«

Ideologisches Grundgerüst der »Reichsbürger«: Ursprung im Rechtsextremismus

Gehuldigt wird in diesen Kreisen diversen Verschwörungsnarrativen und Gewaltfantasien, völkischen, esoterischen und/oder antisemitischen Ideologien sowie einem geschichts- und gebietsrevisionistischen Fundament. Das zersplitterte Reichsbürger-Milieu eint die Ablehnung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung und der demokratischen Verfassungsorgane. Die Existenz oder Legitimität der Bundesrepublik Deutschland sowie deren Rechtsordnung wird fundamental abgelehnt. Behauptet wird, dass die Bundesrepublik illegal sei und deshalb nicht existiere. Der deutsche Staat wird als »Besatzungskonstrukt« beschimpft, die Bundesregierung als von »den westlichen Siegermächten aufgezwungenes Statut der Fremdherrschaft über das Deutsche Volk« diffamiert und das Grundgesetz als eine »Fortsetzung des Krieges gegen das Reich« dargestellt. »Reichsbürger« vertreten die Auffassung, das »Deutsche Reich« sei juristisch nicht untergegangen, besitze nach wie vor Rechtsfähigkeit, sei allerdings als Gesamtstaat mangels Organisation, insbesondere mangels institutionalisierter Organe, selbst nicht handlungsfähig. Bis zur Wiedereinsetzung einer regulären »Reichsregierung« nehmen sie ihrem Verständnis nach vorübergehend deren Amtsgeschäfte wahr.

Die Akteure der Reichsbürger-Szene sind teilweise tief in rechtsextreme Strukturen verstrickt, sind oder waren in rechtsextremen Gruppierungen organisiert, rufen zur Wahl rechtsextremer Parteien auf oder haben selbst für diese kandidiert. Das ideologische Grundgerüst der Reichsbürger, darunter geschichts- und gebietsrevisionistische Bestrebungen, haben ihre Wurzel im Rechtsextremismus. Der Szene der Reichsbürger werden bundesweit 26.000 Personen zugeordnet. 4.200 zählen die Sicherheitsbehörden in Baden-Württemberg. Viele von ihnen sind über den Messengerdienst Telegram vernetzt. Zehn Prozent der Reichsbürger gelten als gewaltbereit.

Urväter der »Reichsbürger«-Szene: Roeder und Mahler

Der 2014 verstorbene Rechtsterrorist Manfred Roeder (Jg. 1929), ein militanter Holocaust-Leugner, notorischer Antisemit, NPD-Bundestagskandidat und Rädelsführer der rechtsterroristischen »Deutschen Aktionsgruppen« (DA), war einer der ersten, der die Fortexistenz des Deutschen Reiches propagierte. Der bekennende Reichsbürger definierte sich als »Reichsverweser« und selbst-ernannter Nachfolger des NS-Großadmirals Karl Dönitz. In Hitlers politischem Testament vom 29. April 1945 wurde Dönitz als dessen Nachfolger in den Ämtern des Reichspräsidenten und Oberbefehlshabers der Wehrmacht benannt. Er amtierte damit für wenige Tage als letztes Staatsoberhaupt des nationalsozialistischen Deutschen Reichs. Roeder vertrat die Ansicht, dass das Deutsche Reich 1945 nicht aufgehört habe zu existieren. Am 30. Jahrestag der Verhaftung der von Großadmiral Dönitz geführten letzten Reichsregierung mit Dienstsitz in Flensburg hielt Roeder am 23. Mai 1975 in der nördlichsten Stadt der Bundesrepublik den ersten »Reichstag« ab. Er ließ sich dort von den weniger als 100 Anwesenden zum Sprecher der »Freiheitsbewegung Deutsches Reich« und zum Nachfolger von Karl Dönitz wählen. Im Jahr 2000 warf Roeder der Bundesregierung vor, dass ihr die Rechtsgrundlage fehle und sie lediglich »Vasallen der Besatzer und Feinde Deutschlands« sei. Um dem deutschen Volk kundzutun, dass das »Reich besteht und wir seine Vertreter sind«, rief Roeder zu Spenden auf: »Jedem werde ich eine Ehrenurkunde als Reichsbürger ausstellen, der in diesem entscheidenden Kampf um unser Volk und Reich einen Betrag von tausend Mark oder mehr spendet.«

Fotos aus dem Jahr 1996 zeigen die späteren Rechtsterroristen des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU), Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt, in Erfurt bei einem Prozess gegen Roeder, dessen Deutsche Aktionsgruppen 1980 mehrere Brand- und Sprengstoffanschläge verübt hatten. Bei einem Brandanschlag der DA auf ein Hamburger Flüchtlingswohnheim am 22. August 1980 starben zwei junge Vietnamesen.

Vordenker der Reichsbürger-Szene ist neben Roeder der 2025 verstorbene Rechtsextremist Horst Mahler (Jg. 1936). Anlässlich seines Eintritts in die NPD im Jahr 2000 gab Mahler kund, er halte das Grundgesetz für ein »Provisorium für die Übergangszeit bis zur Wiederherstellung der Handlungsfähigkeit des Deutschen Reiches«. Mahler, dessen Ziel die Schaffung eines »Vierten Reiches« war, bezeichnete die Bundesrepublik Deutschland als »Organisation einer Modalität der Fremdherrschaft« (OMF-BRD). Im Jahr 2004 gab Mahler erstmals einen »Reichsbürgerbrief«, das »Organ des Allgemeinen Volksaufstandes der Deutschen«, heraus. In diesen Pamphleten drohte Mahler, dass die »Kollaboration mit der Feindmacht« als »Verbrechen nach Reichsrecht zu ahnden« sei.

Mammutprozess gegen rechtsterroristische »Gruppe S.« vor dem OLG Stuttgart

Derzeit laufen bundesweit drei große Terrorprozesse gegen gut zwei Dutzend Beschuldigte der Gruppe Reuß vor den Oberlandesgerichten (OLG) in Frankfurt, München und Stuttgart. Am 29. April 2024 startete das OLG Stuttgart mit neun Angeklagten, am 21. Mai das OLG Frankfurt am Main mit neun Angeklagten und am 18. Juni das OLG München mit acht Angeklagten. Die insgesamt 26 Angeklagten sind 21 Männer und fünf Frauen.

Neben den drei Terrorprozessen lief ein weiterer Prozess gegen die rechtsterroristische »Gruppe S.« vor dem Oberlandesgericht (OLG) Stuttgart. Im November 2023 beendete das OLG Stuttgart einen ähnlich gelagerten Mammutprozess wie den gegen die »Patriotische Union« nach 173 Verhandlungstagen gegen die »Gruppe S.«. Neun Gruppenmitglieder wurden wegen Gründung oder Unterstützung einer terroristischen Vereinigung zu Freiheitsstrafen verurteilt. Die höchste Strafe erhielt der Rädelsführer Werner S. Die Gruppenmitglieder hatten sich bewaffnet und geplant, mit koordinierten Anschlägen auf Moscheen, Politiker und Menschen aus dem linken Spektrum einen Bürgerkrieg zu provozieren. Der Zusammenschluss der ursprünglich auf Facebook gegründeten Gruppe für »Kameraden, die nicht nur schwätzen wollen«, so das OLG, sei auf die Verübung von Anschlägen gerichtet gewesen, bei denen eine Vielzahl von Menschen getötet werden sollten, mithin darauf, Mord (§ 211 StGB) oder Totschlag (§ 212 StGB) zu begehen. Alle Angeklagten legten ohne Erfolg Revision gegen das OLG-Urteil ein. In einem im August 2025 veröffentlichten Beschluss verwarf der 3. Strafsenat des Bundesgerichtshofs (BGH) alle Revisionen (Beschl. v. 20.08.2025, Az. 3 StR 100/25).

Mahnende Worte von UN-Generalsekretär Guterres

UN-Generalsekretär António Guterres nahm in einer Rede im Dezember 2022 die Putschpläne der bundesdeutschen Reichsbürger-Szene um die Gruppe Reuß zum Anlass, um vor rechtsextremem Terror weltweit zu warnen: »Es hat sich gezeigt, dass heutzutage die größte terroristische Gefahr in westlichen Nationen von extremen Rechten ausgeht, von Neonazis und jenen, die an die Überlegenheit von Weißen glauben«, sagte Guterres in New York. Jeglicher Form von Neonazismus, Antisemitismus und antimuslimischem Hass müsse klar und entschieden begegnet werden. »Das ist eindeutig eine Bedrohung, und wir müssen diese Bedrohung mit großer Entschlossenheit bekämpfen«, sagte Guterres weiter. Die Ereignisse in der Bundesrepublik Deutschland seien nur ein Beispiel für die Bedrohung demokratischer Gesellschaften überall auf der Welt.

<https://www.welt.de/politik/deutschland/plus243583281/Generalbundesanwalt-Frank-Der-Grundkonsens-unserer-freiheitlichen-Gesellschaft-geraet-ins-Wanken.html> [kostenpflichtig]

<https://unric.org/de/reochsbuerger20122022/>

https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/innenpolitik/id_100096496/mutmassliche-terrorgruppe-hoffte-auf-hilfe-von-aliens.html

<https://www.generalbundesanwalt.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2023/Pressemitteilung-vom-23-01-2023.html?nn=1650120>

<https://www.welt.de/politik/deutschland/article159036380/Die-Vordenker-der-Reichsbuerger-Terroristen.html>

https://www.verfassungsschutz-bw.de/,Lde/Unterschiede+_Reichsbuerger_+und+Rechtsextremisten

<https://www.lto.de/recht/nachrichten/n/olg-koblenz-1ste2bjs14122-umsturz-lauterbach-entfuehrung-kaiserreich-vereinte-patrioten>

<https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/deshalb-sind-die-reichsbuerger-gefaehrlich-110759799.html?campID=MAIL-E2400000720&campid=MAIL-E2400000720&mch1=&mch2=55dc7ce5b56aeff58511d0eb4f46b50521a89dff32a6718858bd04b53e949b2bed0f3aa1ff14fbe9b65c7ec5e897da8f4b9b285e6ebd12a0eb633f6b5038fd24&mch3=55dc7ce5b56aeff58511d0eb4f46b50521a89dff32a6718858bd04b53e949b2bed0f3aa1ff14fbe9b65c7ec5e897da8f4b9b285e6ebd12a0eb633f6b5038fd24> [kostenpflichtig]

<https://www.generalbundesanwalt.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2023/Pressemitteilung-vom-18-01-2023.html?nn=1650120>

https://www.gea.de/reutlingen_artikel,-tonaufnahme-von-reutlinger-reichsb%C3%BCrger-razzia-aufgetaucht-arid,7073535.html

<https://www.hessenschau.de/gesellschaft/prozess-gegen-die-reichsbuerger-gruppe-um-prinz-reuss-was-sie-wissen-muessen-v2,reichsbuerger-prozess-fragen-antworten-100.html>

<https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2025-08/reichsbuerger-boxberg-ingo-k-waffenkammer/komplettansicht>

https://www.lto.de/recht/nachrichten/n/bgh-3str10025-gruendung-terroristische-vereinigung-129a-stgb?utm_source=Eloqua&utm_content=WKDE_LEG_NSL_LTO-Daily_DesignEditor_2025_EM&utm_campaign=wkde_leg_mp_lto_daily_ab13.05.2019&utm_econtactid=CWOLTO00028951681&utm_medium=email_newsletter&utm_crmid=

<https://www.sueddeutsche.de/politik/gruppe-s-urteil-rechtsterrorismus-terrorzelle-anfuhrer-1.6311737>

https://rp-online.de/panorama/deutschland/generalbundesanwalt-peter-frank-will-mehr-reichsbuerger-faelluebernehmen_aid-72762477

<https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/reichsbuerger-2025/>

<https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/reichsbuerger-2025/572711/die-prozesse-gegen-die-gruppe-reuss/>

<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/heinrich-xiii-prinz-reuss-mehr-als-360-schusswaffen-bei-reichsbuergern-gefunden-a-66af3f81-8f7e-47e8-81fe-79ef95c89574>

<https://www.kla.tv/37353>

Alle Internetquellen eingesehen am 12. November 2025

Rechtsterrorismus – Mosaiksteine der letzten Jahre

Von Johannes Ehlen, wissenschaftlicher Mitarbeiter der DokRex

Die Letzte Verteidigungswelle

Im Mai 2025 wurden drei 14- bis 18-jährige mutmaßliche Mitglieder der selbsternannten »Letzten Verteidigungswelle« in Brandenburg, Hessen und Mecklenburg-Vorpommern verhaftet, nachdem bereits drei der mutmaßlichen Mitglieder in Untersuchungshaft saßen. Die Mitglieder der rechtsterroristischen »Letzten Verteidigungswelle« sahen sich laut Bundesanwaltschaft als letzte Instanz zur Verteidigung der »Deutschen Nation« und wollten durch Gewalttaten gegen Migranten und politische Gegner einen Zusammenbruch des demokratischen Systems der Bundesrepublik Deutschland herbeiführen. Die Angeklagten werden unter anderem des Brandanschlags auf ein Kulturhaus in Altdöbern am 23. Oktober 2024, des versuchten Brandanschlags auf eine Asylunterkunft in Schmölln am 5. Januar 2025 und der Planung eines Anschlags mittels Kugelbomben auf eine Asylbewerberunterkunft in Senftenberg beschuldigt.

Eigenrecherche DokRex

<https://www.generalbundesanwalt.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2025/Pressemitteilung-vom-21-05-2025.html?nn=478184> / eingesehen am 10. Dezember 2025

Sächsische Separatisten

Anfang November 2024 wurden in Sachsen und Polen die mutmaßlichen Mitglieder der sogenannten »Sächsischen Separatisten« festgenommen. Die Bundesanwaltschaft wirft den Angeklagten vor, Mitglieder in einer rechtsterroristischen Gruppierung zu sein, die an einem unbestimmten Tag des staatlichen und gesellschaftlichen Zusammenbruchs (»Tag X«) mit Waffengewalt möglichst große Teile Sachsens unter ihre Kontrolle bringen und dort einen eigenständigen, an der Ideologie des Nationalsozialismus orientierten Staat errichten wollten. Hierfür sollen die Mitglieder die Ermordung von Vertretern des Staates sowie politischer Gegner und ethnischer Minderheiten vorgesehen haben. Zu den Angeklagten gehören auch der damalige AfD-Stadtrat in Grimma und Schatzmeister der »Jungen Alternative Sachsen« Kurt Hättasch sowie zwei weitere Mitglieder des AfD-Kreisverbands Leipziger Land.

Eigenrecherche DokRex

<https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen/separatisten-sachsen-afd-umsturz-rechtsextreme-gruppe-anklage-100.html> / eingesehen am 10. Dezember 2025

<https://www.generalbundesanwalt.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2025/Pressemitteilung-vom-10-09-2025.html?nn=478184> / eingesehen am 10. Dezember 2025

Knockout 51

Am 22. Januar 2026 wird im Revisionsverfahren gegen »Knockout 51« unter anderem über die Einstufung der Eisenacher Kampfsportgruppe als terroristische Vereinigung entschieden. »Knockout 51« setzte sich aus NPD- bzw. »Die Heimat«-nahen Rechtsextremisten und NPD-Mitgliedern zusammen (im Juni 2023 wurde die NPD in »Die Heimat« umbenannt). Die Bundesanwaltschaft wirft den im April 2022 festgenommenen Mitgliedern vor, sich nicht nur auf Körperverletzung politisch Andersdenkender und Polizisten, sondern ab 2021 auch auf die Tötung Erstgenannter vorbereitet zu haben. Am 1. Juli 2024 wurden vier Gruppenmitglieder unter anderem wegen Körperverletzung und Verstößen gegen das Waffenrecht verurteilt.

Eigenrecherche DokRex

<https://gerichte.thueringen.de/aktuelles/presseinformationen/detailseite/das-thueringer-oberlandesgericht-faellt-urteil-im-staatsschutzverfahren-gegen-leon-r-ua-az-3-st-2-bjs-4-21>

<https://www.generalbundesanwalt.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2023/Pressemitteilung-vom-15-05-2023.html?nn=1650120>

<https://www.generalbundesanwalt.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2024/Pressemitteilung-vom-19-09-2024.html?nn=2031572>

<https://www.lto.de/recht/nachrichten/n/bgh-bundesgerichtshof-knockout-51-verhandlung>

Alle Internetquellen eingesehen am 10. Dezember 2025

Der rassistisch motivierte Anschlag von Hanau

Am 19. Februar 2020 erschoss der Rechtsterrorist Tobias Rathjen in Hanau Ferhat Unvar, Hamza Kurtović, Said Nesar Hashemi, Vili Viorel Păun, Mercedes Kierpacz, Kaloyan Velkov, Fatih Saraçoğlu, Sedat Gürbüz und Gökhan Gültekin. Anschließend tötete Rathjen im eigenen Elternhaus seine Mutter und sich selbst. Der paranoid-schizophrene Rathjen mordete aus fremdenfeindlichen Motiven und veröffentlichte vor seiner Tat ein von rassistischen Überlegenheitsfantasien, Verschwörungstheorien und Wahnvorstellungen geprägtes Manifest.

Eigenrecherche DokRex

<https://www.faz.net/aktuell/rhein-main/das-trauma-von-hanau-17187358.html> / eingesehen am 10. Dezember 2025

<https://mediendienst-integration.de/news/chronik-des-anschlags-in-hanau/> / eingesehen am 10. Dezember 2025

Der antisemitisch motivierte Anschlag von Halle

Am jüdischen Feiertag Jom Kippur, am 9. Oktober 2019, versuchte der rechtsextreme Attentäter Stephan Balliet, ein Blutbad in der Synagoge von Halle anzurichten. Trotz Schüssen auf die Sicherheitseingangstür gelangte er nicht ins Innere der Synagoge. Daraufhin tötete er die Passantin Jana Lange sowie bei einem Angriff auf den Imbiss »Kiez Döner« den zuletzt verbliebenen Gast Kevin Schwarze und schoss auf weitere Personen. Balliet streamte seine Tat im Internet, handelte aus rassistischen und antisemitischen Beweggründen und wurde 2020 zu lebenslanger Haft mit anschließender Sicherheitsverwahrung verurteilt.

Eigenrecherche DokRex

<https://www.sueddeutsche.de/panorama/justiz-halle-attentaeter-von-thueringen-nach-nrw-verlegt-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-240827-930-214629>

<https://www.mdr.de/religion/anschlag-von-halle-ueberleben-doku-tipp-102.html>

<https://www.seebruecke.org/aktuelles/in-gedenken-an-jana-lange-und-kevin-schwarze-5-jahrestag-des-anschlags-in-halle>

<https://www.bpb.de/kurz-knapp/hintergrund-aktuell/316638/der-anschlag-von-halle/>

Alle Internetquellen eingesehen am 10. Dezember 2025

Der Mord an Walter Lübcke

Am 1. Juni 2019 ermordete der rechtsextreme Attentäter Stephan Ernst in Isthra den damaligen Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke (CDU). Ernst, der 2021 zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe mit möglicher anschließender Sicherheitsverwahrung verurteilt wurde, tötete Lübcke aus fremdenfeindlichen Motiven und verbreitete zuvor Verschwörungstheorien. Der Mörder hatte im Wahlkampf zur Landtagswahl in Hessen 2018 AfD-Wahlplakate aufgehängt und war im selben Jahr auf einer AfD-Demonstration in Chemnitz. Walter Lübcke setzte sich für Toleranz und Menschlichkeit ein und warb für eine wertegeleitete Politik.

Eigenrecherche DokRex

<https://www.freiheit.org/de/deutschland/rechtsextremismus-deutschland-fuenf-jahre-nach-dem-mord-walter-luebcke>

<https://www.hessenschau.de/panorama/prozess-blog-mordfall-luebcke-104.html>

<https://www.dw.com/de/walter-l%C3%BCbcke-vor-f%C3%BCnf-jahren-ersch%C3%BCtert-seine-ermordung-deutschland/a-69212682>

<https://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/panorama3/Luebcke-Mord-Tatverdaechtiger-unterstuetzte-AfD-Wahlkampf,luebcke170.html>

<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/stephan-ernst-mutmasslicher-luebcke-moerder-war-bei-afd-aktiv-a-474826c9-5fc3-4fd8-a992-7ab9d7904d74>

Alle Internetquellen eingesehen am 10. Dezember 2025

Die Logiken sozialer Medien und extrem rechte Mobilisierung

Von Annett Heft und Miriam Milzner

Im Mai 2025 erschütterte die Aufdeckung einer mutmaßlich rechtsextremen Terrorzelle die Öffentlichkeit. Bemerkenswert war, dass die festgenommenen Mitglieder und Unterstützer der »Letzten Verteidigungswelle« zwischen 14 und 18 Jahren jung waren. Die rechtsextreme Jugendkameradschaft soll den Zusammenbruch des demokratischen Systems in der Bundesrepublik Deutschland angestrebt haben. Der Fall hat die Diskussion um die Radikalisierung junger Menschen erneut entfacht und hier besonders die Rolle sozialer Medien für die Verbreitung und Normalisierung rechtsextremistischer Gedankengüter in den Blick genommen.

Relevanz sozialer Medien

Im Zusammenspiel vielfältiger sozialer, politischer und gesellschaftlicher Faktoren, die die Verbreitung und Anschlussfähigkeit extrem rechten Gedankengutes fördern, sind die digitalen Möglichkeiten zur Kommunikation, Mobilisierung und Rekrutierung im Netz nur ein Aspekt. Gleichwohl können sie als Teil einer »new right metapolitics 2.0«¹ von extrem rechten Akteur*innen strategisch genutzt werden, um ihre Ideologie direkt in den Alltag der Menschen hineinzutragen. Gerade der Alltag jüngerer Menschen ist in großem Maße mit digitalen Medien und Plattformen verknüpft. Die Medienbeschäftigung von 12- bis 19-Jährigen in Deutschland ist neben der Nutzung des Smartphones durch das Internet geprägt. Neben den klassischen, netzwerkasierten Angeboten wie Facebook sind in den letzten Jahren nicht nur alternative Plattformen wie Telegram wichtiger geworden, sondern besonders algorithmisch kuratierte »Interessensumgebungen« wie TikTok, die Inhalte nach ganz anderen Logiken verbreiten – mit neuen Chancen für extrem rechte Mobilisierung.

Soziale Netzwerke

Die einer Netzwerklogik folgenden sozialen Medien, wie insbesondere Facebook, funktionieren vorrangig über persönliche Verbindungen. Inhalte verbreiten sich hier primär entlang sozialer Beziehungen und Themen: über Freund*innen, Follower*innen, Gruppenmitglieder oder gemeinsam genutzte Hashtags. Diese Netzwerkplattformen haben extrem rechten Akteur*innen wichtige Gelegenheitsstrukturen geboten, Menschen direkt zu adressieren, Informationen zu zirkulieren und unter Ausnutzung der Netzwerkeffekte wie Weiterleitungen und große Follower*innenanzahlen in größeren Gemeinschaften zu mobilisieren.

Annett Heft ist Professorin für Rechtsextremismusforschung mit dem Schwerpunkt Medien und Öffentlichkeiten an der Universität Tübingen und Leiterin der Forschungsgruppe Dynamiken der digitalen Mobilisierung am Weizenbaum-Institut und der Freien Universität Berlin. Ihre Forschungsschwerpunkte sind die vergleichende Analyse politischer Kommunikation und Mobilisierung in Europa mit besonderem Fokus auf die digitale Kommunikation rechtspopulistischer und rechtsextremer Medien, Bewegungen und Parteien.

Miriam Milzner ist wissenschaftliche Mitarbeiterin und Doktorandin an der Freien Universität Berlin und am Weizenbaum-Institut in der Forschungsgruppe »Dynamiken der digitalen Mobilisierung«. Ihr Forschungsschwerpunkt liegt auf der Analyse koordinierter Desinformationskampagnen und der Manipulation von Debatten in sozialen Medien, mit besonderem Fokus auf TikTok.

Alternative Plattformen

Neben den größeren sozialen Netzwerken, die zunehmend Inthaltmoderation gegen Hassrede und extrem rechte Ideologien einsetzten, nutzte die extreme Rechte insbesondere »alternative« Plattformen als Rückzugs- und Ausweichräume. Exemplarisch sei hier die Nutzung der Plattform Telegram durch »Terrorgram«, eine gewalttätige extremistische Organisation, genannt, deren Telegram-Kanäle extremistische Propaganda verbreiteten und zu terroristischen Anschlägen inspirierten.² Mehrere wissenschaftliche Studien sowie Analysen des Centers für Monitoring, Analyse und Strategie (CeMAS) und der Forschungsstelle von »toneshift – Netzwerk gegen Hass im Netz und Desinformation«³ zeigen, dass Telegram in Deutschland intensiv für Propaganda, Vernetzung und Mobilisierung der extremen Rechten und ihres Umfelds genutzt wird.⁴ Die dort stattfindenden Kommunikationen stabilisieren bestehende Überzeugungen, schaffen Nähe innerhalb eines Milieus und bieten geschützte Rückzugsorte, die die Gemeinschaftsbildung fördern können. Sie adressieren allerdings in der Regel ein Publikum, das bereits extrem rechter Ideologie zugeneigt ist – erzielen aber weniger öffentliche Breitenwirkung. Damit sind diese netzwerkasierten Plattformumgebungen zwar für Gemeinschaftsbildung und Mobilisierung wichtig, aber sie haben Grenzen.

¹ Maly, »New Right Metapolitics and the Algorithmic Activism of Schild & Vrienden«, Social Media + Society 5, no. 2 (2019): 1–15, <https://doi.org/10.1177/2056305119856700>.

² <https://www.nationalsecurity.gov.au/what-australia-is-doing/terrorist-organisations/listed-terrorist-organisations/terrorgram>.

³ <https://machine-vs-rage.net/>.

⁴ Josef Holnburger, Chronologie einer Radikalisierung. Wie Telegram zur Wichtigsten Plattform für Verschwörungsideologien und Rechtsextremismus wurde (CeMAS, 2023), https://cemas.io/publikationen/telegram-chronologie-einer-radikalisierung/2023-05-22_CeMAS_Telegram_Chronologie_einer_Radikalisierung.pdf.

Algorithmische Kuratierung

Mit TikTok hat sich diese Logik grundlegend verändert. Inhalte werden hier nicht mehr entlang sozialer Beziehungen verbreitet, sondern entlang algorithmisch ausgewerteter Interaktionen mit den Inhalten auf der Plattform. Auf dieser Basis bestimmen Empfehlungsmechanismen, was Nutzer*innen im zentralen »For You«-Feed zu sehen bekommen – einem endlosen Vollbildstrom, der durch simples Wischen bedient wird, was den Aufwand minimal und die Immersion maximal hält. So entstehen ad hoc zusammengesetzte Gruppen, nicht aus sozialen Verbindungen, sondern aus statistisch berechneten Interessenclustern. Das Ergebnis ist eine hochgradig individualisierte Informationsumgebung, in der sich Nutzer*innen selten bewusst entscheiden, wem oder was sie folgen. Inhalte müssen also nicht mehr aktiv gesucht werden, sie finden ihre Nutzer*innen.

Diese algorithmische Inhaltskuratierung ist so erfolgreich, dass inzwischen viele Plattformen dem Modell folgen. Daraus ergeben sich drei Strukturveränderungen der digitalen Öffentlichkeit: Erstens wird die Erfahrung entpersonalisiert, denn Reichweite und virale Inhalte können auch ohne eigene Community entstehen. Zweitens bleiben die so gebildeten Öffentlichkeiten intransparent, da Nutzer*innen nicht nachvollziehen können, warum ihnen bestimmte Inhalte angezeigt werden. Drittens ist zu vermuten, dass sich die Fragmentierung weiter verstärkt, weil algorithmisch erzeugte Cluster Nischenkulturen basierend auf gemeinsamen Interessen fördern, ohne dass man ihnen bewusst beiträgt.⁵

Dynamische Multimodalität

Eine zweite Besonderheit ist die stärkere visuelle und multimodale Ausrichtung von Plattformen wie TikTok. Kurzvideos, Sounds und Remixfunktionen machen Inhalte extrem dynamisch, emotional zugänglich sowie leicht anschlussfähig. Die Ästhetisierung erleichtert es, politische Botschaften zu normalisieren oder in populäre Trends einzubetten. So ermöglichen Sounds beispielsweise die verdeckte Weiterverbreitung problematischer Botschaften, indem sie in populäre Audiospuren eingebettet

werden. Extreme Rechte nutzen dies strategisch: Statt aggressiver Rhetorik setzen sie zunehmend auf Nahbarkeit, Humor oder positive Emotionen wie Stolz und Optimismus.⁶ Auffällig ist dabei, dass nicht Hate Speech oder negative Inhalte, sondern gerade diese positiven Formate hohe Engagementwerte erzielen und vom TikTok-Algorithmus bevorzugt werden.

In Deutschland nutzt vor allem die AfD TikTok besonders erfolgreich, indem sie auf trendgerechte, emotional ansprechende Inhalte setzt und dadurch hohe Reichweiten erzielt. Zugleich zeigen Studien, dass TikTok nicht nur meinungsbildend wirkt, sondern mobilisierend: Die Nutzung der Plattform erhöht die Wahrscheinlichkeit politischer Protestteilnahme auf rechter Seite – stärker als Desinformation oder Verschwörungsglaube. Nicht der Inhalt allein, sondern die Plattformlogik selbst trägt hier zur politischen Aktivierung bei.⁷

Fazit

Soziale Netzwerke haben extrem rechte Kommunikation eng an bestehende Szenen gebunden. Sie mobilisieren nach innen, erreichen aber nur begrenzt neue Gruppen. Algorithmische Feeds, wie sie in TikTok primär genutzt werden, verschieben diese Logik. Sie verteilen Inhalte entlang von Nutzungsdaten statt sozialer Verbindungen und machen damit politische Botschaften sichtbar, die nicht aktiv gesucht werden mussten. Die extreme Rechte nutzt diese Dynamik gezielt: mit ästhetisierten Kurzvideos, positiven Emotionen und trendnahen Formaten, die weniger als Ideologie, sondern als Unterhaltung erscheinen. Der Algorithmus verstärkt solche Inhalte, sobald sie Engagement erzeugen. Dadurch entstehen für Nutzer*innen sozialer Medien beiläufige Berührungspunkte mit rechter Ideologie, die weit über das traditionelle Milieu hinausreichen.

⁵ Für einen Überblick s. Paolo Gerbaudo, »TikTok and the Algorithmic Transformation of Social Media Publics: From Social Networks to Social Interest Clusters«, *New Media & Society* 0, no. 0 (2024), <https://doi.org/10.1177/14614448241304106>.

⁶ Donatella Bonansinga, »Visual De-Demonisation: A New Era of Radical Right Mainstreaming«, *The British Journal of Politics and International Relations* 27, no. 2 (2025): 603–11, <https://doi.org/10.1177/13691481241259384>.

⁷ Shelley Boulianne and Sangwon Lee, »Conspiracy Beliefs, Misinformation, Social Media Platforms, and Protest Participation«, *Media and Communication* 10, no. 4 (2022): 30–41, <https://doi.org/10.17645/mac.v10i4.5667>.

Zahl der Angriffe auf LSBTIQ*-Communitys gestiegen



Von Henny Engels, Bundesvorstand des LSVD+ –
Verband Queere Vielfalt

Die Queerfeindlichkeit in Deutschland ist spürbar gestiegen. Die offiziellen Zahlen des Bundeskriminalamts zur politisch motivierten Kriminalität (PMK) für das Jahr 2024 zeigen einen kontinuierlichen und alarmierenden Anstieg bei queerfeindlicher Hasskriminalität. Dabei steigt Trans*feindlichkeit besonders rapide. Und da sprechen wir nur von den offiziellen Zahlen. Die Dunkelziffer liegt ungefähr bei 90%, weil viele LSBTIQ* Straftaten aus Angst vor weiterer Diskriminierung, auch bei der Polizei, nicht melden. Die Anzahl der Angriffe auf CSDs in ganz Deutschland sowie der Bedrohungen queerer Menschen – ebenso wie im realen Leben – steigen auch auf Social Media und werden in ihrer Intensität zunehmend gefährlicher. Von den insgesamt 245 geplanten CSDs in 2025 wurden mindestens 110 CSDs gestört oder angegriffen; dieses Jahr haben bereits Anschlagpläne und ein Angriff auf ein Vielfaltsfest Schlagzeilen gemacht. Auch queere Organisationen und Gedenkkorte werden regelmäßig angegriffen. Aus Angst und Panik ziehen sich manche von den Sozialen Medien zurück oder denken sogar übers Auswandern nach. Diese Bedrohungslage führt zu einem Gefühl gesellschaftlicher Entfremdung.

Dieser Gewalt muss sich unsere Gesellschaft geschlossen entgegenstellen. Die Politik muss Verantwortung für den Schutz queerer Lebens übernehmen. Und das nicht nur in Deutschland, denn die Akzeptanz queerer Lebens sinkt weltweit. Wir sehen den weltweiten Backlash gegen Menschenrechte aktuell mehr als deutlich, wobei auch bereits errungene Fortschritte wieder in Frage gestellt werden.

Besonders deutlich ist die Angst der LSBTIQ*-Communitys vor dem internationalen und nationalen Rechtsruck und den steigenden Zustimmungswerten zu queerfeindlicher Politik. Statistiken zeigen, dass die Mehrzahl der Taten queerfeindlicher Hasskriminalität, bei denen eine politische Motivation ermittelt wurde, von rechts kamen. Die meisten CSDs werden von Akteur*innen mit deutlichem Bezug zu Rechtsaußen angegriffen.

Die Zustimmungswerte der AfD beunruhigen LSBTIQ* sehr. Die Partei hetzt gezielt und offen – auch online – gegen queere Personen und stellt Gleichstellungserfolge in Frage. Sie spaltet die Gesellschaft und leider auch Teile der Community. Keine queere Person, kein schwuler Mann und keine lesbische Frau werden durch rechtsextreme Politik, die aktiv an der Abschaffung ihrer Rechte arbeitet, irgendeine Art von Schutz erfahren. Entsprechende Narrative sollen verschiedene Gruppen gegeneinander ausspielen. Und eins muss jeder Person klar sein: Wenn Menschenrechte einiger angegriffen werden, wird die Demokratie als Ganzes angegriffen.

Jüdische Gemeinden spüren zunehmenden Antisemitismus

**Fragen an Dr. Josef Schuster,
Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland**

Wie gestaltet sich das Alltagsleben der jüdischen Gemeinden angesichts steigender Zustimmungswerte für eine weithin rechtsextreme Partei? Hat sich der Bedrohungsgrad verändert?

Für jüdische Gemeinden gehören antisemitische Anfeindungen leider zum Alltag. Sie agieren gezwungenermaßen als Akteure im Kampf gegen Antisemitismus.

Eine Regierungsbeteiligung der AfD auf Bundesebene wäre eine echte Gefahr für jüdisches Leben in Deutschland. Umfragewerte, die sich auf Länderebene jenseits der 40-Prozent-Marke bewegen, müssen für jeden Demokraten ein Weckruf sein. Wir haben es hier ganz offensichtlich nicht mit einer vorübergehenden Erscheinung zu tun.

Äußerungen zum Schutz jüdischen Lebens in Deutschland kommen von dieser Partei ausschließlich, um dadurch den eigenen Ressentiments gegen Muslime Ausdruck zu verleihen, oder um islamfeindliche Positionen vermeintlich zu legitimieren, aber sicherlich nicht aus ehrlicher Sorge um Jüdinnen und Juden.

Ich erwarte, dass die Parteien der demokratischen Mitte eine konstruktive Zusammenarbeit zur Lösung unserer gesellschaftlichen Probleme in den Fokus nehmen. Nur wenn sie konkrete Antworten auf die drängenden gesellschaftlichen Probleme finden, kann es gelingen, den Zulauf, den Parteien der extremen Ränder verzeichnen, nachhaltig zu verringern.

Hat sich Ihrer Wahrnehmung nach das gesellschaftspolitische Lagebild in den letzten Jahren verändert? Wie sieht Ihr Blick in die Zukunft aus?

Fast jede zweite jüdische Gemeinde meldete für 2024 antisemitische Vorfälle wie Schmierereien, Beleidigungen, Drohungen und Hassposts online. 70 Prozent der Vorsitzenden jüdischer Gemeinden geben an, dass sich ihr Leben in Deutschland verändert habe. Der spürbar gestiegene Antisemitismus, die zunehmende Angst vor Angriffen sorgt leider oft dafür, dass jüdische Menschen sich aus dem öffentlichen Leben in geschützte Räume zurückziehen. Diese Entwicklung macht mir Sorgen, denn ich möchte in einem Deutschland leben, in dem das Judentum zum gesellschaftlichen und demokratischen Selbstverständnis dazugehört.



Foto: Jonas Holthaus

»Ein Angriff gegen die ganze Gesellschaft«: Die Schändung jüdischer Friedhöfe und Synagogen in Deutschland

Von Darius Muschiol

Aequat omnis cinis. Die Asche macht alle gleich. Dieser Satz des Philosophen Seneca, der die (posthume) Gleichheit der Menschen zum Ausdruck bringen will, wird durch antisemitische Taten auf Friedhöfen immer wieder in sein Gegenteil verkehrt, sogar verhöhnt, denn die Taten zeigen, dass sich antisemitisches Denken selbst gegenüber Toten fortsetzt. Und dieser Umstand hat mitunter auch schon beängstigenden Einfluss auf die noch Lebenden. So bekannte Ignatz Bubis, Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, 1999 gegenüber dem STERN: »Ich möchte in Israel beerdigt werden, weil ich nicht will, daß mein Grab in die Luft gesprengt wird – wie das von Heinz Galinski. [...] es geht nicht nur um das In-die-Luft-Sprengen, sondern auch um die Schmierereien und alles, was dazugehört. Leider ist die Gefahr, daß die Würde der Toten verletzt wird, hier immer noch groß – besonders, wenn man ein öffentliches Amt hat.«¹

Auch wenn der Hintergrund des Anschlages auf das Grabmal Heinz Galinskis im Jahr 1998 nie aufgeklärt werden konnte, kann festgehalten werden: Antisemiten und Rechtsextremisten zielen auch auf die Trauer und die Toten. Der Historiker Julius H. Schoeps verwies darauf, dass jüdische Ruhestätten »besonders für Täter aus der rechtsradikalen Szene eine magische Anziehungskraft, eine Art Fetischcharakter« besäßen. »Da in der Bundesrepublik kaum noch Juden leben, gegen die man handgreiflich werden könnte, tobt man sich an den Steinen aus – quasi als 'Judenersatz'«.² Beispiele für Attacken auf jüdische Friedhöfe, aber auch auf Synagogen, bietet die Geschichte reichlich.

Etwa in der Nacht des 24. Dezember 1959, also an Heiligabend, als es zum Auftakt der sogenannten Hakenkreuz-Schmierwelle kam. Zwei junge Männer im Alter von 25 Jahren beschmierten in Köln das Denkmal für die Opfer des Nationalsozialismus mit schwarzer Farbe und anschließend in den frühen Morgenstunden des 25. Dezember die dortige Synagoge mit Hakenkreuzen und der Hetzparole »Deutsche, wir fordern – Juden raus«.³ Die nach der NS-Zeit wiedererrichtete Synagoge war erst wenige Monate zuvor im Beisein von Bundeskanzler Konrad Adenauer eingeweiht worden.⁴ Bei den Tätern, so wurde alsbald festgestellt, handelte es sich um Arnold Strunk und Paul Josef Schönen. Beide waren Mitglied der »Deutschen Reichspartei« (DRP). Strunk behauptete nach seiner Festnahme allen Ernstes, kein Antisemit zu sein, er habe lediglich dagegen protestieren wollen, »daß Juden in führende Stellungen der Bundesrepublik eindringen«.⁵ Die DRP versuchte sich anschließend vehement von den beiden Akteuren zu distanzieren, um Schaden von der Partei zu nehmen. Die beiden Verhafteten wurden aus der Partei ausgeschlossen und die ge-



In der Weihnachtsnacht 1959 wurde die Außenmauer der Kölner Synagoge mit Hakenkreuzen und antisemitischen Sprüchen ('Deutsche, wir fordern – Juden raus') beschmiert.

samte Kreisgruppe in Köln aufgelöst. Allerdings wendete die DRP noch eine weitere Taktik an: Sie versuchte die Schmierereien als vom kommunistischen Osten gesteuert darzulegen und wies darauf hin, dass Strunk und Schönen öfters Reisen in die DDR unternommen hätten. Ein plumpes Ablenkungsmanöver, welches als solches auch recht einfach hätte entlarvt werden können, wenn nicht BND-Chef Reinhard Gehlen in dieselbe Kerbe geschlagen und eine Inszenierung aus dem sowjetischen Einflussbereich zumindest nahelegt hätte.

Dabei waren die beiden Kölner DRP-Mitglieder offenkundig nicht kommunistisch gesteuert und bei Weitem nicht allein – überall im Lande griffen in den Tagen und Wochen nach Weihnachten 1959 Rechtsextremisten zu Pinsel und Farbeimer, um ihrem Judenhass freien Lauf zu lassen. Im fränkischen Scheinfeld etwa hatte ein 22-jähriger Schreiner, der wenige Monate zuvor eine DRP-Mitgliedschaft beantragt und an mehreren Parteiveranstaltungen teilgenommen hatte, das Amtsgericht mit Hakenkreuzen und den Aufschriften »Nieder mit den Juden«, »Deutschland erwache« sowie »Dreckjude« versehen. Außerdem schrieb er einen Brief an einen jüdischen Barbesitzer und forderte diesen dazu auf, an einem bestimmten Tag und zu einer bestimmten Uhrzeit auf dem Friedhof zu erscheinen »zwecks Erschießung«. Er forderte in dem Brief weiter, dass der Mann Kohle mitbringen solle, »damit deine lächerliche Figur verbrannt werden kann«. Die DRP war für den Täter nach Eigenangaben nach der Lektüre von Hitlers »Mein Kampf« zur »politischen Heimat« geworden.⁶

1 Bubis im STERN 31/99, S. 58.

2 Julius H. Schoeps, in: Adolf Diamant: Geschändete jüdische Friedhöfe in Deutschland 1945 bis 1999, S. 92.

3 Honnefer Volkszeitung, 28.12.1959, S. 1.

4 Vgl. Gerd Kühling: Die »Hakenkreuz-Schmierwelle« in Berlin 1960. Ereignis, Presse und Protest, in: Mitgliederrundbrief 80/ Januar 2019, S. 4-12.

5 Neckar-Bote, 28.12.1959, S. 2.

6 Neckar-Bote, 2.1.1960, S. 2.

In vielen weiteren Orten der Bundesrepublik wurden Hakenkreuze oder antisemitische Parolen an Rathäuser, Straßenlaternen, Eisenbahnviadukte, Häuser oder eben an jüdischen Friedhöfen angebracht. Ein Beispiel aus Berlin belegt zudem, dass der Antisemitismus mitunter explizit mit Attacken auf den jungen demokratischen westdeutschen Staat verknüpft wurde: »Deutsche wehrt euch, schmeißt Adenauer und sein Judenpack raus.«⁷ Es gab jedoch auch Protest gegen die antisemitischen Aktivitäten: In Offenbach etwa wurden Hauswände und Mauern mit den Slogans »Nazis raus« und »Verbietet die Deutsche Reichspartei«⁸ beschrieben. In West-Berlin gab es am 8. Januar 1960 einen großen Protestmarsch mit 40.000 Teilnehmenden.⁹ Der Zentralverband demokratischer Widerstandskämpfer des »Bundes der Verfolgten des Naziregimes« hatte in der Folge der Kölner Schmierereien drei Kränze an dem geschändeten Denkmal niederlegen lassen, wobei auf einem der Kränze der Spruch »Die Mörder sind noch immer unter uns«¹⁰ zu lesen war.

Bedrückenderweise war die Schmierwelle allerdings sogar ein internationales Phänomen, denn auch in New York, Stockholm, Glasgow, London oder Melbourne, in Italien, Österreich oder Norwegen gab es um den Jahreswechsel 1959/60 antisemitische Aktivitäten. Schwerpunkt aber war die Bundesrepublik, also der Staat, der erst wenige Jahre zuvor auf den Trümmern der Nazi-Barbarei errichtet worden war. Die israelische Zeitung »Haaretz« kommentierte, dass »die Umtriebe [...] in Westdeutschland zeigen, daß die Traditionen aus der Nazizeit dort bisher noch nicht mit der Wurzel ausgerottet wurden. Die Epidemie der Hakenkreuzschmierereien ist eine sehr ernste Angelegenheit, die äußerst entschlossene Maßnahmen verlangt«.¹¹ Zwar gab es durchaus entsprechende Maßnahmen, etwa die Neufassung des Volksverhetzungs-Paragraphen (§ 130 StGB). Doch zugleich wurden die Taten von politischer und behördlicher Seite stark heruntergespielt: Bundeskanzler Adenauer sprach im Hinblick auf die Täter unter anderem von »Lümmeln«, die »eine Tracht Prügel«¹² verdient hätten. Im Verfassungsschutzbericht des Bundes war später zu lesen, die Hintergründe der Hakenkreuz-Schmierwelle seien »zu etwa zwei Dritteln aus unpolitischen, massenpsychologisch induzierten Handlungen randalierender Jungtäter und Kinder« heraus entstanden »und nur zu einem Drittel aus politischen Affekt- oder Überzeugungstaten«.¹³ Bald ging die deutsche Öffentlichkeit wieder zur Tagesordnung über, sodass es eher wenig verwundert, dass in den folgenden Jahrzehnten immer wieder derlei antisemitische Erscheinungsformen auftauchten.

Als im Jahr 2000 eine vom Moses Mendelssohn Zentrum herausgegebene Studie unter dem Titel »Geschändete jüdische Friedhöfe in Deutschland 1945 – 1999« veröffentlicht wurde, wurden darin rund 1.000 belegbare Fälle vom Ende des Zweiten Weltkrieges bis zur Jahrtausendwende dokumentiert. Das Forschungsprojekt NET OLAM veröffentlichte jüngst gar die Zahl von mehr als 2.000 Schändungsfällen auf jüdischen Friedhöfen seit 1945.¹⁴ Hinzu kommt, dass es offenkundig eine signifikante

Dunkelziffer gibt. In Westdeutschland bestand keine Meldepflicht, weshalb mancher Fall wohl, um Medieninteresse zu umgehen, gar nicht bekannt gemacht wurde. Und in der DDR wurde Antisemitismus, ebenso wie andere Vorfälle mit rechts-extremem Hintergrund, oftmals offiziell negiert, da im selbst-ernannten antifaschistischen Arbeiter- und Bauernstaat nicht sein konnte, was nicht sein durfte. Nach der deutschen Wiedervereinigung 1990 stieg die Zahl der Schändungen dann stark an. So wurde beispielsweise der südbadische Ort Ihringen in der Wendezeit mehrfach von antisemitischen Aktionen, unter anderem auf dem jüdischen Friedhof, heimgesucht.¹⁵

Und auch in der Gegenwart ist die Problematik virulent. Im Jahr 2025 gab es allein in Baden-Württemberg mehrere einschlägige Vorfälle. Im Mai 2025 fanden beispielsweise im badischen Rastatt an mehreren Stellen antisemitische Schmieraktivitäten statt. So wurden etwa Gräber auf dem jüdischen Friedhof mit Symbolen des Nationalsozialismus besprüht.¹⁶ Immerhin: Es gibt auch Initiativen, die sich explizit der Bewahrung jüdischer Grabstätten widmen. So wurde 2024 das Kompetenznetzwerk NET OLAM gegründet, um zum Schutz und Erhalt jüdischer Friedhöfe beizutragen und eine dauerhafte Bildungsarbeit zu etablieren. Denn die Problematik liegt nicht allein in den antisemitischen Aktivitäten selbst, sondern auch in den oftmals verhaltenen Reaktionen der Gesamtgesellschaft. Paul Spiegel, Nachfolger von Ignatz Bubis als Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, gab im Jahr 2000 zu bedenken, dass antisemitische Attacken »ein Angriff gegen die ganze Gesellschaft, nicht nur gegen die Jüdischen Gemeinden« seien: »Bisher hat das leider nur eine Minderheit begriffen.«¹⁷ Sein Vorgänger hatte aus dieser deprimierenden Einsicht bereits konkrete Schlüsse gezogen – und sich statt in Deutschland in Israel beerdigen lassen.

7 Zitiert nach: Kühling: Die »Hakenkreuz-Schmierwelle«, S. 4/5.

8 Neckar-Bote, 2.1.1960, S. 2.

9 Vgl. Kühling: Die »Hakenkreuz-Schmierwelle«, S. 8.

10 Neckar-Bote, 30.12.1959, S. 1.

11 Zitiert nach: Neckar-Bote, 5.1.1960, S. 2.

12 Neckar-Bote, 18.1.1960, S. 1.

13 Bundesministerium des Innern: Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik, S. 246 f.

14 Vgl. <https://map.net-olam.de/>.

15 Vgl. <https://taz.de/Friedhof-verwuestet/11754361/>.

16 Vgl. <https://www.schwaebische.de/regional/baden-wuerttemberg/graeber-auf-juedischem-friedhof-beschmiert-3582940>.

17 DER SPIEGEL 41/2000, S. 28.

Das Themenportal „Rechte Gewalt“ – ein Online-Portal zur Dokumentation rechter Gewalt in Deutschland seit 1945

Von Corinna Keunecke

Mit dem Themenportal »Rechte Gewalt« entsteht aktuell ein zentraler digitaler Ort, um Zugänge zu Archivgut und Wissen über rechtsextreme und rechtsterroristische Gewalt zu bündeln, zu bewahren und zugänglich zu machen. Angesiedelt wird es im Archivportal-D, einem Subportal der Deutschen Digitalen Bibliothek. Die Freischaltung wird im April 2026 erfolgen.

Gesellschaftliche Relevanz des Themas

Rechte Gewalt gehört zu den drängendsten gesellschaftlichen Herausforderungen der Gegenwart. Gleichwohl ist sie kein neues Phänomen: Sie zieht sich durch die Geschichte Deutschlands, sowohl in der Bundesrepublik als auch, weniger bekannt, durch die Geschichte der DDR. Ereignisse wie das Oktoberfest-Attentat in München im Jahr 1980 und die rassistischen Brandanschläge in Mölln, Solingen und weiteren Städten Anfang der 1990er-Jahre stehen für Hunderte, wenn nicht Tausende Vorfälle, die seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs Menschenleben forderten, für viele Menschen Leid erzeugten und sie in der freien Entfaltung ihres Lebens hinderten – und dennoch oft in Vergessenheit gerieten. Viele dieser Fälle sind nur unzureichend dokumentiert oder der breiten Öffentlichkeit unbekannt.

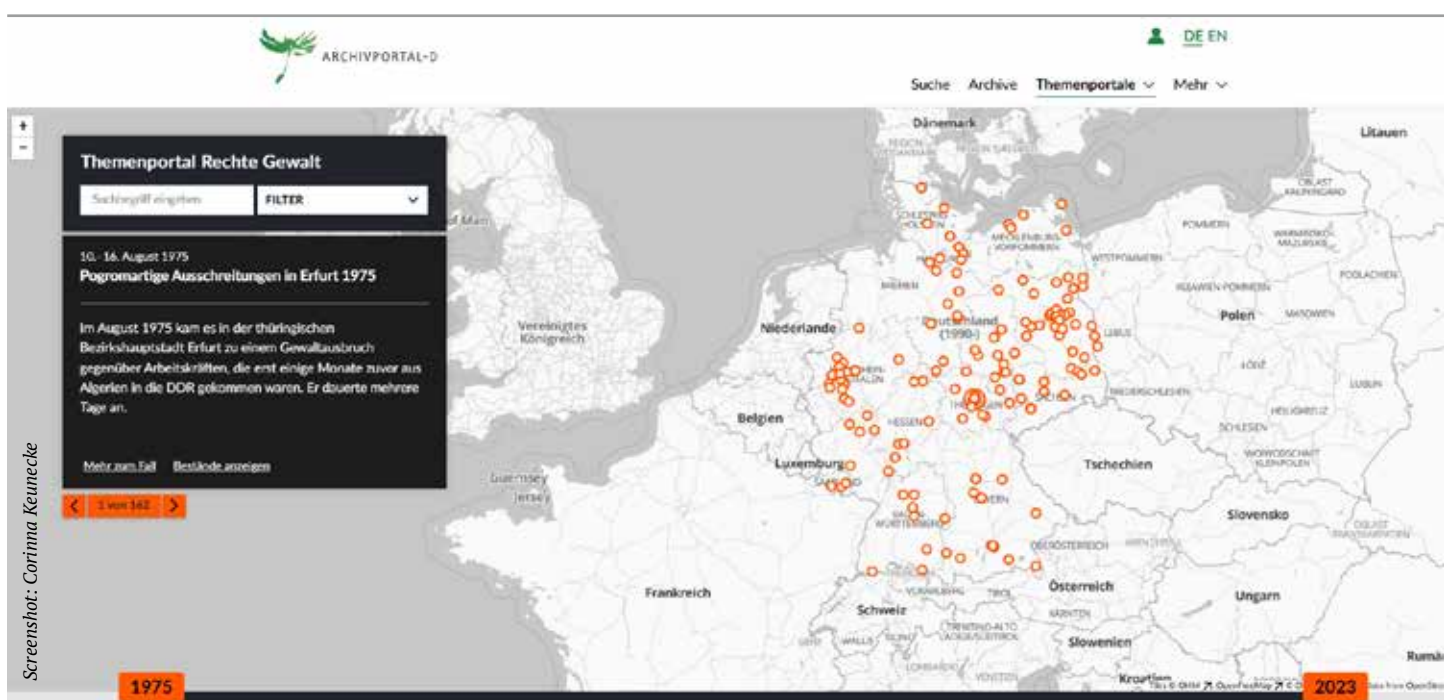
Die Morde des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) haben diese Gewalt auf besonders grausame Weise sichtbar ge-

Corinna Keunecke ist Historikerin und Kulturanthropologin. Am Landesarchiv Baden-Württemberg war sie seit 2021 in Projekten im Bereich der Aufarbeitung rund um die unterschiedlichen Formen von Heimkindheiten tätig, bevor sie im Juni 2025 bei der Dokumentationsstelle Rechtsextremismus als wissenschaftliche Mitarbeiterin begonnen hat. Sie ist zuständig für das aktuell entstehende Themenportal »Rechte Gewalt« beim Archivportal-D.

macht, gerade auch aufgrund der Versäumnisse im Zusammenhang mit ihrer Verhinderung und der umfangreichen Aufklärung der Taten. Sie stehen in einer langen Kontinuität rassistischer, anti-semitischer, antifeministischer und autoritär-nationalistischer Gewalt in Deutschland seit 1945. Um diese oft verdrängten Aspekte der deutschen Geschichte stärker ins allgemeine Bewusstsein zu rücken, entsteht das Themenportal »Rechte Gewalt«.

Warum braucht es dieses Portal?

Bis heute existiert kein zentraler analoger oder auch digitaler Ort, an dem rechte Gewalt in Deutschland seit 1945 systematisch, multiperspektivisch und quellengestützt dokumentiert wird.



Startseite des Portals mit Kartenübersicht

Zwar haben zahlreiche engagierte Einzelpersonen und zivilgesellschaftliche Initiativen begonnen, diese Perspektiven zu dokumentieren und in den Diskurs einzubringen. Doch viele dieser Dokumentationen bleiben – vor allem aufgrund schwieriger finanzieller und personeller Ausstattung – fragmentiert, sind schwer auffindbar oder technisch kaum dauerhaft gesichert. Gleichzeitig sind viele amtliche Unterlagen noch nicht digitalisiert oder unterliegen noch Schutzfristen. Das Themenportal »Rechte Gewalt« strebt an, diese Lücken zu schließen. Dokumente aus freien Archiven sollen einbezogen und im Fall von staatlichen Unterlagen, die aktuell noch Schutzfristen unterliegen, soll zumindest auf ihre Existenz hingewiesen werden, auch wenn sie über das Portal zu diesem Zeitpunkt nicht direkt zugänglich gemacht werden können.

Viele Betroffene wurden über Jahrzehnte hinweg überhört, ihre Erfahrungen marginalisiert und nicht als gesellschaftlich relevant anerkannt; ebenso wurde ihnen nur selten ein gewichtiger Stellenwert in offiziellen Gedenkveranstaltungen und Erinnerungspraktiken eingeräumt. Um dies aufzubrechen, werden insbesondere die Stimmen und Perspektiven von Betroffenen in das Portal einbezogen. Im Sinne von »Sei neben mir und sieh, was mir geschehen ist«¹ geht es hierbei auch um die Anerkennung und die Sichtbarmachung ihres Leids sowie die Integration ihrer Erfahrungen und Lebensgeschichten in die deutsche Nachkriegsgeschichte.

Archive verstehen sich heute als außeruniversitäre wissenschaftliche Einrichtungen sowie als serviceorientierte, offene und innovative Kultureinrichtungen. Ihrem Selbstverständnis nach wirken sie aktiv an der kulturellen und historisch-politischen Bildung mit. Die Beschäftigung von Archiven mit gesellschaftlich so relevanten und drängenden Fragen wie rechter Gewalt ist daher nur folgerichtig.

Entstehung, Förderung und technische Umsetzung

Die Untersuchungsausschüsse zum NSU wurden zum Ausgangspunkt politischer Forderungen von Abgeordneten verschiedener Parteien nach einer zentralen Archivierung von Unterlagen zum sogenannten »NSU-Komplex« bzw. zum Rechtsterrorismus. Im Koalitionsvertrag von 2021 kündigte die damalige Regierungskoalition die Einrichtung eines »Archivs zu Rechtsterrorismus«² an. Da die physisch-räumliche Zusammenführung von Akten zum NSU im Speziellen und zu rechter Gewalt im Allgemeinen jedoch weder rechtlich möglich noch archivfachlich sinnvoll ist, werden die Informationen und Archivalien in einem Online-Portal präsentiert: Das Themenportal »Rechte Gewalt« soll eine umfassende, wissenschaftlich fundierte und allgemein zugängliche Online-Dokumentation rechter Gewalt in Deutschland seit 1945 bieten.

Zuständig war die bzw. ist der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, der wiederum das Bundesarchiv 2024 projektleitend mit der Umsetzung beauftragte. Zusammen mit der – am Landesarchiv Baden-Württemberg angesiedelten – Dokumentationsstelle Rechtsextremismus (DokRex) entwickelt

es innerhalb des zunächst bis Ende 2026 angesetzten Förderzeitraums die inhaltliche Konzeption des Themenportals. Ein erster Prototyp wurde im November 2025 einem Fachpublikum vorgestellt; die Freischaltung für die Öffentlichkeit wird im April 2026 erfolgen.

Das FIZ Karlsruhe – Leibniz-Institut für Informationsinfrastruktur ist für die technische Realisierung des Portals zuständig. Dieses nutzt die technisch ausgereifte und bereits etablierte Infrastruktur des Archivportal-D, einem Subportal der Deutschen Digitalen Bibliothek (DDB) und ist darin integriert. Das FIZ Karlsruhe bringt dabei seine Erfahrung aus ähnlichen Projekten wie dem – ebenfalls im Archivportal-D angesiedelten – Themenportal »Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts« ein,³ bei dem es ebenfalls die Infrastruktur bereitstellt und technisch federführend ist.

Beteiligung weiterer Archive

Zur vollumfänglichen Darstellung rechter Gewalt und für ein ausgewogenes Bild ist die Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Überlieferungen notwendig – als Ergänzung, aber auch als Korrektiv zum staatlichen Blick. Besonders die Sammlungen von freien Archiven und Betroffeneninitiativen bewahren Materialien, die von staatlichen Archiven nicht überliefert werden und sichern die Stimmen derjenigen, die direkt von rechter Gewalt betroffen waren oder ihr entgegentraten. Das Themenportal versteht diese Bestände als unverzichtbaren Teil einer umfassenden Überlieferung. Es wirbt deshalb dafür, dass sich solche Archive und Initiativen im Rahmen ihrer Möglichkeiten beteiligen. Auf diese Weise können die Vielfalt der Perspektiven und der medialen Überlieferung in das Themenportal einfließen.

Um dies technisch zu erleichtern, soll das sogenannte »Einfache Erschließungs- und Zugriffssystem« (EEZU) erprobt werden. Es soll kleineren und mittleren Archiven ohne eigene IT-Infrastruktur eine niederschwellige Möglichkeit bieten, ihre Bestände archivfachlich zu erfassen, Digitalisate zu verwalten und beides zu exportieren, um sie im Portal – und damit in der Deutschen Digitalen Bibliothek – zugänglich zu machen.

Ziele, Aufbau und Inhalte des Portals

Das Themenportal will rechte Gewalt sowie deren ideologische Grundlagen und gesellschaftliche Voraussetzungen in der Bundesrepublik Deutschland und der DDR von der zweiten Hälfte der 1940er-Jahre bis heute dokumentieren und somit sichtbar sowie langfristig auffindbar machen. Ziel ist es, eine quellengestützte Auseinandersetzung mit rechter Gewalt in ihren historischen und gesellschaftlichen Kontexten zu ermöglichen. Das Portal richtet sich an eine breite Öffentlichkeit, an Forschende, Handelnde im Themenfeld politische Bildung, an Medienschaffende, Betroffene und zivilgesellschaftliche Initiativen. Es bietet nicht nur Zugang zu vereinzelt bereits digitalisierten Quellen, sondern insbesondere auch strukturierte Informationen zu Archivbeständen aus der ganzen Bundesrepublik, auch zu solchen, die (noch) nicht frei zugänglich sind. Es wird, zunächst für einige ausgewählte Ereignisse, Archivalien staatlicher Stellen und zivilgesellschaftlicher Organisationen bündeln, eine Über-

¹ Titel einer Anthologie, in der Geflüchtete selbst zu Wort kommen und ihre Geschichten und Sichtweisen so faktenbasiert, vielschichtig und komplex sichtbar werden, wie es in populistischen Diskussionen verneint wird, siehe <https://www.verbrecherverlag.de/shop/sei-neben-mir-und-sieh-was-mir-geschehen-ist/> (zuletzt eingesehen am 13.12.2025).

² https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Koalitionsvertrag/Koalitionsvertrag_2021-2025.pdf (zuletzt eingesehen am 13.12.2025).

³ <https://www.archivportal-d.de/themenportale/wiedergutmachung> (zuletzt eingesehen am 13.12.2025).

Informationen und Quellen zur Geschichte rechter Gewalt



Dokumentieren
Sammlung und quellenbasierte Aufbereitung



Erinnern
Auseinandersetzung mit rechter Gewalt fördern



Verstehen
Forschung, Bildung und Aufklärung ermöglichen

[Zum Projekt](#)

Fall

Heilbronn | 25. April 2007

NSU – Der Fall Michèle Kiesewetter



Die Polizistin Michèle Kiesewetter (22) wurde am 25. April 2007 auf der Theresienwiese in Heilbronn (Baden-Württemberg) in ihrem Dienstwagen von Mitgliedern der rechtsterroristischen Gruppe Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) erschossen. Ihr Kollege Martin A. (24) überlebte einen Schuss in den Kopf schwer verletzt.

Bestände anzeigen

Mehr erfahren

Beispiel für einen detailliert aufbereiteten Fall; Anzeige auf der Startseite

sicht über vorhandene Quellen bieten und die Digitalisierung relevanter Dokumente vorantreiben. Damit entsteht ein langfristig nutzbares Werkzeug für die politische Bildung, die Geschichts-, Kultur- und Sozialwissenschaften sowie zur Stärkung der demokratischen Erinnerungskultur.

Zum einen will das Portal – mittels einer topografischen Karte und Hintergrundtexten – die gesamte Dimension und Vielgestaltigkeit des Phänomens der »rechten Gewalt« aufzeigen, zum anderen dies anhand der ausführlichen Aufbereitung von einzelnen, teils bekannteren, teils unbekannten Fällen konkretisieren: Jede dieser Falldarstellungen enthält eine strukturierte Kombination aus Informationen, Abbildungen, Digitalisaten, Quellen- und Literaturhinweisen, weiterführenden Informationen und einer Übersicht über relevante Aktenbestände. Sie berücksichtigt die Perspektiven der Opfer und Betroffenen und die Auswirkungen auf ihr Leben ebenso wie Informationen zu den (zumeist männlichen) Tätern, Beteiligten sowie strukturellen und gesellschaftlichen Hintergründen und Rahmenbedingungen der Taten. Dokumentiert werden auch die politischen, juristischen und gesellschaftlichen Reaktionen, die Leerstellen und Versäumnisse im Zusammenhang mit der Aufklärung und Aufarbeitung der Taten sowie die erinnerungskulturellen Auseinandersetzungen und Bemühungen um ein angemessenes Gedenken. Ziel ist eine multiperspektivische Darstellung rechter Gewalt.

Unter der Voraussetzung der weiteren Finanzierung ist ein späterer Ausbau der Inhalte und Funktionalitäten geplant.

Herausforderungen

Zu den besonderen Herausforderungen des Projekts gehört die Definition von »rechter Gewalt«: Dieser Begriff wird in Deutschland erst seit den 1990er-Jahren bewusst analytisch verwendet, was die historische Einordnung und Kategorisierung von älteren Fällen und den dazugehörigen Quellen erschwert. Aber auch die Frage, welche Fälle als »rechte Gewalt« anerkannt werden, ist umstritten: Unterschiedliche Zählweisen – etwa von staatlichen, journalistischen und zivilgesellschaftlichen Stellen – führen zu teils erheblich voneinander abweichenden Fallzahlen. Das Themenportal dokumentiert diese Unterschiede, ohne eine »richtige« Zahl festzulegen, und macht die dahinterliegenden Bewertungslogiken transparent.

Eine weitere Herausforderung besteht darin, den vertieft aufbereiteten Einzelfällen – und damit auch den Opfern und Betroffenen der jeweiligen Taten – gerecht zu werden und zugleich die personellen, ideologischen und strukturellen Zusammenhänge zwischen verschiedenen Taten deutlich herauszuarbeiten, erkennbar zu machen und somit letztlich dem ebenso verbreiteten wie verhängnisvollen Narrativ des »Einzeltäters« entgegenzuwirken.

Blick in die Sammlung der Dokumentationsstelle Rechtsextremismus (DokRex)

Von Petra Schaffrodt (Bibliothekarin DokRex) und
Gebhard Schultz (wissenschaftlicher Mitarbeiter DokRex)

Die Dokumentationsstelle Rechtsextremismus geht auf eine Beschlussempfehlung des NSU-Untersuchungsausschusses II im Landtag Baden-Württemberg zurück. Kern und Ausgangspunkt der 2020 eingerichteten DokRex ist das Archiv des Journalisten Anton Maegerle, der seit 40 Jahren zum Thema Rechtsextremismus arbeitet. Maegerle schenkte dem Generallandesarchiv ca. 2.500 Aktenordner. Sie reichen zurück bis in die 1980er-Jahre, manchmal auch noch viel weiter. Hauptsächlich befasste sich Maegerle mit Rechtsextremismus, es gibt in seiner Sammlung aber auch Unterlagen zum Islamismus und zum Linksextremismus.

Die Methode Maegerle: Er liest und heftet ab. Oft kopiert er, um einen Artikel in verschiedenen Ordnern abzuheften. Manchmal enthalten die Ordner nur gesammeltes Material, etwa Presseartikel, Beiträge aus rechtsextremen Publikationen, Internetbeiträge. Manchmal stößt man auf journalistische Recherchen für ein konkretes Projekt, z.B. einen Fernsehbeitrag.

Es gibt Sachordner (unter anderem NPD, Wiking-Jugend,

Reichsbürger, Rechtsextremismus in der Bundeswehr, Sonnenwendfeiern) und Personenordner (z.B. Günter Deckert, Ursula Haverbeck, Manfred Roeder, Udo Voigt). Darüber hinaus gehört zur Sammlung auch eine umfangreiche digitale Dokumentation. Maegerle recherchiert seit Ende der 1990er-Jahre im Internet und betreibt – bis heute – eine tägliche Internetauswertung. Aufgabe der DokRex ist es, dieses Monitoring fortzuführen und weiterzuentwickeln.

Anton Maegerle – und auch die DokRex – arbeiten dabei mit einem weiten, pragmatischen Begriff von Rechtsextremismus. Der Dokumentationsbereich umfasst auch das rechtskonservative Spektrum, den verschwörungstheoretischen Bereich, die Querdenker, aber auch Antisemitismus oder Queerfeindlichkeit. Gerade die grenzwertigen Phänomene müssen im Blick behalten werden, um antidemokratische Prozesse frühzeitig zu erkennen und biografische Wandlungen (etwa Horst Mahler, Jürgen Elsässer, Hans-Georg Maaßen) erklären zu können.

Anfragen zur Sammlung Maegerle kommen aus ganz Deutschland und auch aus dem Ausland (z.B. Dänemark, Belgien, USA). Überwiegend handelt es sich um junge Wissenschaftler, die ihre Dissertation oder andere wissenschaftliche Arbeiten schreiben.



Petra Schaffrodt

Eine Anmeldung ist unbedingt erforderlich, damit die DokRex-Mitarbeiter vor dem Archivbesuch die gewünschten Materialien herausuchen können. Zudem müssen die Unterlagen vorher auf eventuelle Datenschutz- bzw. Geheimschutzprobleme geprüft werden. Manchmal müssen einzelne Dokumente teilweise geschwärzt werden, um beispielsweise Anton Maegerles Informanten zu schützen.

Das Archiv der DokRex wird weiter ergänzt. So konnten wir 2022 das umfangreiche Archiv des Instituts für Bürgerrechte & Polizei (Berlin) übernehmen. Das Institut gibt seit vielen Jahren die Zeitschrift CILIP heraus (Civil Liberties and Police). Auch kleinere Sammlungen, die uns von Privatpersonen (etwa Nachkommen von Angehörigen rechtsextremer Organisationen) angeboten werden, finden Eingang ins Archiv der DokRex.

Zur Schenkung Anton Maegerles gehört auch eine Vielzahl von Büchern und Zeitschriften, darunter zahlreiche rechtsextreme Veröffentlichungen. Diese Publikationen bilden den Grundstock der Bibliothek der Dokumentationsstelle. Sie ist unser »Handapparat«, mit dem die DokRex täglich arbeitet und der kontinuierlich mit aktueller Fachliteratur und Periodika weiter aufgebaut wird. Nachlässe und Schenkungen von Privatpersonen erweitern unseren Bestand.

Die Bibliothek wird über eine detaillierte Systematik erschlossen: Diese reicht von Rechts- und Linksextremismus in Deutschland seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts über religiös und politisch sowie ethnisch motivierten Extremismus in Deutschland und Europa bis zu weltweitem Extremismus.

Ein Schwerpunkt der Bibliothek – und gewissermaßen ein Alleinstellungsmerkmal – ist der weit gefächerte Bestand von Zeitschriften aus dem rechten und rechtsextremen Spektrum. Von »Abendland« bis »Zur Zeit« werden 37 Periodika laufend abonniert: Die Alte Rechte ist dabei ebenso vertreten wie die Neue Rechte, die Identitäre Bewegung, der klerikale Rechtsextremismus und nicht zuletzt die Apologeten des Geschichtsrevisionismus. Das Netzwerk der Zeitschriften umfasst sowohl den rechtskonservativen als auch den rechtsradikalen sowie den verschwörungsideologischen und antisemitischen Bereich. Wir akquirieren Periodika aus dem gesamten deutschsprachigen Raum, also auch aus Österreich und der Schweiz. Und auch der Zeitraum ist umfassend: In der Biblio-

thek sind nicht nur aktuelle Zeitschriften vorhanden – allein 148 Periodika, mehr als die Hälfte des Bestandes, sind mit ihren ersten Ausgaben in der Zeit vor dem Jahr 2000 erschienen.

Bei der Sichtung der Bandbreite unseres aktuellen Zeitschriftenbestandes zeigt sich, dass vom Alt-Nazi bis zum Ökofaschisten auf dem Printmarkt jede Strömung innerhalb der extremen Rechten bedient wird. Ergänzt wird dieser Bestand mit Periodika aus dem linken Spektrum, der Antifa und zivilgesellschaftlichen Organisationen, wie zum Beispiel der Gedenkstätten. Auch die jüdische und die islamische Community sind mit Zeitschriften vertreten.

Die Bibliothek ist eine Präsenzbibliothek: Die Bücher und Zeitschriften können – nach vorheriger Anmeldung – vor Ort eingesehen werden. Außer auf Printmedien kann man auch auf digitalisierte Publikationen, bzw. auf deren PDFs, zugreifen. Im digitalen Bereich der Bibliothek sind neben zahlreichen Publikationen wie Monografien, Studien, Broschüren etc. weitere Periodika – Journale, Jahrbücher, Magazine, Mitteilungsblätter, Newsletter – abrufbar: 65 Titel sind dort verzeichnet.



Darius Muschiol:

Einzeltäter?

Rechtsterroristische Akteure in der alten Bundesrepublik.

Göttingen: Wallstein-Verlag 2024.

Open Access: <https://www.wallstein-open-library.de/openaccess/9783835357242-oa.pdf>

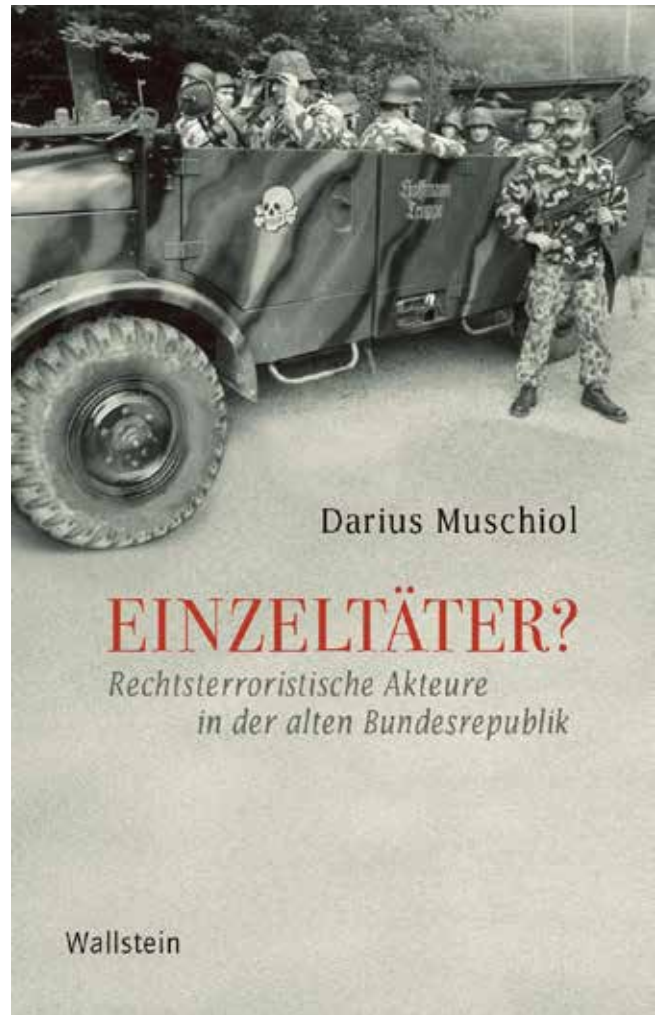
Rezensiert von Fabian Virchow, Professor für Politikwissenschaft an der Hochschule Düsseldorf und Leiter des Forschungsschwerpunktes Rechtsextremismus/Neonazismus (FORENA)

Lange hat die deutschsprachige Geschichtswissenschaft dem Rechtsextremismus und damit auch dem Rechtsterrorismus wenig Beachtung geschenkt. Dies hat sich in den letzten Jahren glücklicherweise geändert, sodass inzwischen eine wachsende Zahl von Publikationen und Dissertationen vorliegt, die sich dem Gegenstand quellenbasiert widmen. Zu diesen Arbeiten gehört auch das von Darius Muschiol am Zentrum für Zeit-historische Forschung in Potsdam verfasste Werk mit dem Titel »Einzeltäter? Rechtsterroristische Akteure in der alten Bundesrepublik«. Der Titel verweist nicht nur auf eine zeitliche Begrenzung, sondern ruft mit dem Stichwort ‚Einzeltäter‘ eine wichtige Referenz der staatlichen und gesellschaftlichen Be-zeichnungspraxis rechtsterroristischer Taten auf.

Im nahezu 500 Seiten umfassenden Werk rahmen Einleitung und Gesamtfazit sechs umfangreiche Abschnitte, die sich mit Zuschreibungen und Bewertungen rechtsextremer Gewalt, mit Akteuren und ihren Charakteristika, mit den handlungs-leitenden Feindbildern, mit internationalen Verbindungen, mit Kommunikationsmodi sowie mit politischen, behördlichen und wissenschaftlichen Perspektiven auf Rechtsterrorismus befassen. Detailreich macht der Autor deutlich, dass rechtsterroristische Gewalt eine lange Geschichte auch in der Bundesrepublik Deutschland und eine große Vielfalt an Akteur*innen hervor-gebracht hat. Entlang eines akteursorientierten Ansatzes finden zahlreiche Akteur*innen Erwähnung, ohne den Begriff des Rechtsterrorismus unzulässig auszuweiten, wie dies in anderen Arbeiten geschehen ist.

Im ersten Hauptabschnitt stellt der Autor staatliche Be-wertungen rechtsterroristischer Praxis vor – Einzeltäter statt Strukturen, Pathologisierung und Entpolitisierung, Steuerung durch östliche Geheimdienste sowie »Freiheitskämpfer für Deutschland«. Letzteres verweist auf den Südtirol-Terrorismus der 1960er-Jahre, der in dieser Publikation erstmals eine ange-messene Würdigung in der deutschsprachigen Forschung zum Rechtsterrorismus findet.

Im zweiten Hauptabschnitt schlägt der Autor eine Periodi-sierung rechtsextremen Terrorismus vor. Zwischen 1961 und 1966 habe es sich um einen expansiven vigilantischen Rechts-terrorismus gehandelt, in dem insbesondere der bereits genannte Südtirol-Terrorismus realisiert wurde. Zwischen 1968 und 1972 sei die rechtsterroristische Gewalt vor allem durch das Feind-bild der »Linken« geprägt gewesen; zwischen 1977 und 1982 sei neben den Rassismus maßgeblich ein neues Tatmotiv getreten: der Hass auf den demokratischen Rechtsstaat. Angesichts der



Vielzahl der Akteur*innen und ihrer Motive laufen solche Vor-schläge der Periodisierung immer Gefahr der Übergeneralisierung, hinter der manche Aspekte und Entwicklungen zu verschwinden drohen. Gleichwohl ist der vom Autor vorge-schlagene Ansatz anregend. Dies gilt auch für die weiteren Ausführungen in diesem Abschnitt, die sich mit biografischen Prägungen, politischen Sozialisations- und Radikalisierungs-prozessen sowie den professionalisierenden Lernprozessen in extrem rechten Gewaltmilieus befassen.

Der dritte Hauptabschnitt detailliert die Feindbilder, die täter-seitig motivational wirksam geworden sind, zunächst hinsichtlich der territorialen Verfasstheit Deutschlands (Südtirol, DDR, Elsass), sodann bezogen auf verschiedene linke Akteur*innen, gefolgt von Demokratiefeindlichkeit, schließlich Antisemitismus, Rassismus und Antiamerikanismus. Anhand der angeführten Beispiele zeigt sich auch, dass die oben genannte Periodisierung nicht in dem Sinne missverstanden werden darf, dass dort jeweils ausschließlich spezifische Tatmotive zu Gewalt geführt haben.

Im vierten Abschnitt finden sich zahlreiche Hinweise darauf, dass der Rechtsterrorismus sich auf internationale Kontakte und Infrastrukturen stützen konnte, sei es im Nahen Osten, in den USA oder angrenzenden europäischen Ländern. Hierzu ließe sich in ausländischen Archiven sicherlich noch umfang-reiches Quellenmaterial bergen. Die im Buch genannten Fakten unterstreichen die Bedeutung einer transnational ausgerich-teten Forschung zur extremen Rechten.

Aus drei Perspektiven befasst sich der Autor sodann mit der Kommunikation von rechtsterroristischen Akteur*innen an die allgemeine Öffentlichkeit sowie in das eigene Milieu, aber auch mit Versuchen der Verharmlosung beziehungsweise – seltener – der Heroisierung entsprechender Taten durch rechtsextreme Stimmen.

Schließlich wird im letzten Abschnitt erneut anhand zahlreicher Beispiele aus dem Untersuchungszeitraum verdeutlicht, wie Ermittlungsbehörden, Justiz und Politiker*innen wiederholt zur Bagatellisierung und Verharmlosung extrem rechten Terrorismus beigetragen haben. Der Bilanz des Autors, die an zahlreichen Details empirisch abgesichert wird, ist nichts hinzuzufügen: Während sich das Verhältnis der Rechtsterrorist*innen zum Staat veränderte und von einem behaupteten Schutz des Staates zum Angriff auf seine Repräsentant*innen wechselte, blieb die Reaktion des Staates weitgehend unverändert – der Terrorismus von rechts wurde nicht ausreichend wahrgenommen, selbst als seine Vertreter*innen selbst angegriffen wurden.

Dass von Einzeltätern nur hinsichtlich spezifischer Tatausführung gesprochen werden kann, und diese auch eher die Minderheit der rechtsterroristischen Akteur*innen gestellt haben, zeigt sich in der Gesamtschau der Arbeit deutlich. Gesellschaftliche Kontexte und das vielfältige extrem rechte Milieu sind als Kofaktoren vielfach relevant, wenn es um die Erklärung der Handlungsdynamik extrem rechter Gewaltakteure geht.

Erklärungsbedürftig bleibt allerdings, warum der Autor den Technischen Dienst des Bundes Deutscher Jugend nicht berücksichtigt hat, der in den frühen 1950er-Jahren konspirativ arbeitete, Waffenlager anlegte und »schwarze Listen« führte; auf diesen waren die Namen von 40 deutschen Führungspersönlichkeiten, vor allem von Politikern der SPD, zu finden, die man am »Tag X« kaltstellen wollte. Dies kann den Wert der von Darius Muschiol verfassten Arbeit jedoch nicht schmälern – sie stellt einen signifikanten und substanziellen Beitrag – nicht nur zur Geschichte des bundesdeutschen Rechtsterrorismus, sondern auch zum Nachkriegsrechtsextremismus – dar. Zuzustimmen ist dem Autor schließlich, dass in den Archiven umfangreiches Quellenmaterial zu finden ist, das auf eine weitere Erschließung wartet.

Chronik

Frankreich:
**Front-National-Gründer
 Le Pen ist tot**

Erstellt von Anton Maegerle

Januar 2025

Der am 7. Januar im Alter von 96 Jahren in Garches bei Paris verstorbene Jean-Marie Le Pen war über Jahrzehnte das Gesicht der extremen Rechten in Frankreich. Der ehemalige Fremdenlegionär und Algerienkämpfer wurde 1956 als jüngster Abgeordneter in die Nationalversammlung gewählt, als Abgeordneter der antisemitischen Poujadisten-Partei. 1972 gründete Le Pen den »Front National« (FN), heute »Rassemblement National«, den er fast vier Jahrzehnte bis 2011 führte. Dann folgte ihm bis 2022 seine Tochter. Viele seiner frühen Anhänger hatten eine Vichy-Vergangenheit und bewunderten Maréchal Pétain, der mit den Nationalsozialisten kollaborierte. Le Pen machte die rechtsextreme Partei während seiner Regentschaft von einer Splittergruppe zu einer ernstzunehmenden politischen Kraft. Der Holocaust-Leugner fiel immer wieder mit antisemitischen und rassistischen Äußerungen auf. Mehr als 25 Mal wurde er verurteilt – unter anderem wegen Kriegsverbrechen, Rassismus, Antisemitismus und Verharmlosung von NS-Verbrechen. Beispielsweise hatte Le Pen die Gaskammern der Nazis mehrmals als 'Detail der Geschichte' des Zweiten Weltkriegs verharmlost. 2015 wurde Le Pen von seiner Tochter aus der Partei ausgeschlossen. Holocaust-Leugnung und Antisemitismus waren parteioffiziell nicht mehr angesagt. Das »politische Urgestein«, so die rechtsextreme Monatszeitschrift »Zuerst!«, habe sich mit den Deutschen – »anders als seine Tochter Marine, die ihnen in bissiger Abneigung verbunden ist – zeitlebens gut verstanden. Sein Patriotismus war kein bornierter Nationalismus, sondern durchaus europäisch geprägt«.

Eigenrecherche DokRex

<https://www.tagesschau.de/ausland/europa/le-pen-nachruf-100.html> / eingesehen am 16. Dezember 2025

Reinhold Krug: Abgang eines Unerschütterlichen. Jean-Marie Le Pen, der Gründer und langjährige Vorsitzende des Front National, verstarb im Alter von 96 Jahren, in: Zuerst!, Februar 2025, S. 48

Bundesweit:
**Die sozialpolitische Doktrin
 der Neuen Rechten**

Gewerkschaften sollten mit konkreten Beispielen daran erinnern, dass die AfD und ihr politisches Vorfeld auf die massive Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen für die meisten Menschen hinarbeiten, und gleichzeitig die Erfolge einer inklusiven Solidarität selbstbewusst herausstellen, so eine Anregung des Working Papers »Die sozialpolitische Doktrin der Neuen Rechten. Strategische Vereinnahmung und kalkulierte Provokation«. Anhand von zwei Fallbeispielen wird in der rund 80 Seiten umfassenden Studie offengelegt, wie die Neue Rechte linke und sozialpolitische Ansätze rezipiert: Die selektive und rhetorische Übernahme einiger solcher Ideen dient der Provokation, der Reduktion von Angriffsflächen und der scheinbaren Bearbeitung der »sozialen Frage«. Trotz Bezugnahmen auf nicht-rechte Ansätze bleibt die Ideologie der Neuen Rechten antiegalitär und auf Ungleichheit fokussiert. Konzepte wie der von Björn Höcke ausgerufene »solidarische Patriotismus« oder die von Recherche Dresden propagierte »nachbarschaftliche Marktwirtschaft« fördern eine exkludierende Solidarität und die Verpflichtung aller auf Dienst, Gehorsam und Leistungsbereitschaft.

Matheus Hagedorn, Felix Schilk, Johannes Kiess: Die sozialpolitische Doktrin der Neuen Rechten – Strategische Vereinnahmung und kalkulierte Provokation (Forschungsförderung Working Paper Nr. 362), Düsseldorf 2025: https://www.boeckler.de/de/faust-detail.htm?sync_id=HBS-009038 / eingesehen am 1. Dezember 2025

Bundesweit:
**Kausalverbindungen bei
 steigenden Mieten und ihre
 politische Dimension**

In den urbanen Zentren tut sich die AfD bisher schwerer als im ländlichen Raum. Doch mit steigenden Mieten punktet sie auch in den Städten – allerdings nur bei den Verlierern dieser Entwicklung. Das belegt eine deutschlandweite Studie des Politikwissenschaftlers Denis Cohen vom Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung (MZES) und seiner Kollegen Tarik Abou-Chadi (Universität Oxford) und Thomas Kurer (Universität Zürich). Steigende Mieten und die daraus resultierenden Ängste sind demnach ein Grund, warum die AfD auch in den Zentren Zustimmung erfährt. Die Bundesrepublik ist das Land mit dem höchsten Anteil an Mietwohnungen in der Europäischen Union. Über die Hälfte der Bevölkerung wohnt zur Miete.

<https://www.uni-mannheim.de/newsroom/presse/pressemitteilungen/2025/januar/steigende-mieten-und-ihre-politische-dimension/> eingesehen am 20. Januar 2025

Die Studie »Rental Market Risk and Radical Right Support« von Tarik Abou-Chadi, Denis Cohen und Thomas Kurer ist in der Fachzeitschrift Comparative Political Studies erschienen und ist als Open-Access-Publikation frei verfügbar: <https://journals.sagepub.com/doi/10.1177/00104140241306963> / eingesehen am 1. Dezember 2025

**USA / Bundesrepublik:
AfD-Wahlauftritt des
Tech-Milliardärs Musk**

Im Vorfeld der Bundestagswahl haben der US-amerikanische Tech-Milliardär Elon Musk und die AfD-Kanzlerkandidatin Alice Weidel am 9. Januar in einem X-Space geredet. Wenige Tage zuvor hatte sich Musk, CEO von Tesla und SpaceX, in einem Gastbeitrag in der Tageszeitung Die Welt zugunsten der AfD in die Politik eingemischt. Demnach hätten die 'traditionellen Parteien' in der Bundesrepublik »versagt« und die AfD sei »der letzte Funke Hoffnung für dieses Land«. Gebraucht werde nun eine Partei, »die sich nicht scheut, den Status quo infrage zu stellen, die nicht in der Politik der Vergangenheit verhaftet ist«. Nach Auffassung des AfD-Sympathisanten spreche nur die AfD »die aktuellen Probleme an – ohne die politische Korrektheit, die oft die Wahrheit verdeckt«. Musk weiter: »Die Darstellung der AfD als rechtsextrem ist eindeutig falsch, wenn man bedenkt, dass Alice Weidel, die Vorsitzende der Partei, eine gleichgeschlechtliche Partnerin aus Sri Lanka hat! Klingt das für Sie nach Hitler? Ich bitte Sie!«

Im Gespräch mit Weidel wiederholte Musk sein Narrativ, dass »nur die AfD Deutschland retten« könne. Weidel beklagte sich gegenüber Musk, die AfD werde von den 'Mainstream-Medien' negativ geframed und behauptete, Hitler sei ein antikapitalistischer Sozialist gewesen: »Übrigens werden wir ja oft als rechtsextrem dargestellt, sogar in die Nähe des Nationalsozialismus gerückt. Das ist völlig absurd, denn die Nationalsozialisten waren Sozialisten. Sie haben die Industrie verstaatlicht oder massiv kontrolliert. Hitler war kein Konservativer, sondern ein antikapitalistischer Sozialist. Wir hingegen sind konservativ-liberal, wollen Entstaatlichung und weniger Bürokratie.« Musk sekundierte: »Ja, Hitler hatte etliche sozialistische Elemente, daher ja 'Nationalsozialismus'.« Weidel betreibt hier einen geschichtsrevisionistischen Versuch, die Geschichte umzudeuten, um sich vom Geruch des Rechtsextremismus zu befreien. Dass im Nationalsozialismus die rassistische Ausgrenzung von Minderheiten bis zum industriell betriebenen Völkermord eine zentrale Funktion hatte, scheint in diesem Duktus keine Rolle zu spielen. Unerwähnt ließ Weidel, dass die Nationalsozialisten Kommunisten und Sozialdemokraten systematisch verfolgten, in Konzentrationslagern verschwinden ließen und ermordeten. Im Gespräch mit deutschen Privatsendern betonte Weidel wiederholt: »Ich weiche auch davon nicht ab: Adolf Hitler war ein Linker.«

Gefallen an dieser Geschichtsumdeutung fand der nach rechts abgewanderte Ex-Spiegel-Journalist Matthias Matussek. Auf der nationalrevolutionär ausgerichteten Homepage »Wir Selbst« (»Zeitschrift für nationale Identität«) sprang Matussek der AfD-Co-Bundesvorsitzenden zur Seite. Demnach kläre Weidel »die verzerrten und unhistorischen politischen Zuordnungen, die die Rechte in Nazi-Nähe rücken«. Sie erinnere die Zuhörenden daran, »dass Hitler nicht etwa rechts, sondern links war. Er war ein NationalSOZIALIST. Er enteignete die Betriebe, er enteignete besonders die erfolgreichen jüdischen Betriebe, er schaltete die Presse gleich und gründete mit der Gestapo seinen eigenen Verfassungsschutz«. Matussek weiter: »Er zensierte jede Kritik, er ließ schnüffeln und verhaften und veranlasste Hausdurchsuchungen und stützte sich auf eine willfähige Kaste von Journalisten und Intellektuellen. Kommt das jemandem bekannt vor? Eben... Nein, sie, Weidel machte klar, dass nicht die diffamierte AfD, sondern die Grünen die Nazis von heute sind.«

Wenig Begeisterung zeigte der neurechte Blog »Sezession« über das Musk-Weidel-Gespräch. Beklagt wird, dass von »Remigration« »nichts zu hören« gewesen sei. Dem Gespräch entnehme man »ein inbrünstiges Bekenntnis zu Israel sowie die Tiefenanalysen, daß Adolf Hitler Kommunist gewesen sei und die USA nicht nur im Ersten und Zweiten Weltkrieg und im Kalten Krieg jeweils die Welt gerettet hätten, sondern auch jetzt wieder in dieser Verantwortung stehen«. Inwieweit sich die Interessen von Musk »mit jenen Alice Weidels decken«, wisse »wohl nur sie selbst«, so »Sezession«.

In einem Interview mit der FPÖ-nahen Wochenzeitung »Zur Zeit« führte Weidel über Musk aus: »Musk ist kein typischer Rechter oder Konservativer, sondern ein im Kern progressiver Visionär. Über seinen Zuspruch freuen wir uns natürlich. Denn er hat erkannt, dass der allgegenwärtige links-woke Mainstream in der gesamten westlichen Welt das Gegenteil von Fortschritt bedeutet: Es handelt sich um eine zutiefst unmenschliche, zerstörerische Ideologie, die längst kultisch-totalitäre Züge angenommen hat. Musk sieht zu Recht in den freiheitlich-konservativen Kräften das nötige Gegengewicht zu dieser Entwicklung.«

Der frühere enge Trump-Verbündete Musk hat sich im Vorfeld der Bundestagswahl wiederholt für die AfD ausgesprochen. Musk schaltete sich auch in eine AfD-Kundgebung in Halle ein, wo er sagte, die Partei sei die »beste Hoffnung« für Deutschlands Zukunft. Weidels Begeisterung über den AfD-Sympathisanten Musk stößt nicht nur bei Sezession auf Widerspruch. Im »deutschen Nachrichten-

magazin«, der rechtsextremen Monatszeitschrift »Zuerst!«, war zu lesen: »Trotz der Begeisterung über Musks Interesse an ihrer Partei ist vielen AfDlern bewußt, daß es keine natürliche Interessensidentität zwischen globalistischem Tech-Kapitalismus und einem sozialstaatlich grundierten Patriotismus europäischer Prägung gibt. Deshalb hätten es vermutlich viele AfD-Anhänger lieber gehört, wenn Alice Weidel im X-Gespräch mit Musk ihre Partei nicht als libertär-konservativ, sondern als freiheitlich-patriotisch bezeichnet hätte. Weil man den dysfunktionalen linken Ideologiestaat ablehnt, muß man ja noch lange keinen libertären Minimalstaat wünschen. Mit der preußischen Staatsidee hat Deutschland doch das Idealbild eines effizienten, wirtschaftsstarke und sozialen Nationalstaates.«

Am 5. April sprach Musk per Videoschaltung aus Washington beim Kongress der italienischen Rechtspartei »Lega«, der in Florenz stattfand. Musk hat Matteo Salvini, Italiens Verkehrsminister in der Regierung von Giorgia Meloni und Vorsitzender der fremdenfeindlichen Lega, bereits mehrfach öffentlich unterstützt und für dessen »Einsatz zur Verteidigung der italienischen Grenzen« gelobt.

Eigenrecherche DokRex

<https://www.welt.de/debatte/kommentare/article254982012/Warum-Elon-Musk-auf-die-AfD-setzt-und-warum-er-dabei-irrt.html> / eingesehen am 1. Januar 2025

https://www.das-parlament.de/epaper/2025/47_48/epaper/pdf/page_15.pdf / eingesehen am 16. November 2025

<https://www.tagesschau.de/inland/weidel-musk-100.html> / eingesehen am 30. Januar 2025

<https://de.euronews.com/my-europe/2025/11/01/trump-alice-weidel-afd> / eingesehen am 30. Januar 2025

<https://www.dw.com/de/faktencheck-warum-hitler-kein-kommunist-war/a-71266088> / eingesehen am 30. Januar 2025

https://clubderklarenworte.de/gespraech-elon-musk-alice-weidel-im-transkript/?utm_source=rss&utm_medium=rss&utm_campaign=gespraech-elon-musk-alice-weidel-im-transkript / eingesehen am 30. Januar 2025

<https://www.n-tv.de/politik/Weidel-besteht-darauf-Hitler-war-ein-Linker-article25479041.html> / eingesehen am 30. Januar 2025

<https://www.berliner-zeitung.de/news/elon-musk-bei-kongress-der-italienischen-rechten-es-wird-massenanschlaege-in-europa-geben-li.2313935> / eingesehen am 10. April 2025

<https://wir-selbst.com/2025/01/10/sensation-weidel-musk-ein-echtes-gesprach/> / eingesehen am 30. Januar 2025

<https://sezession.de/69918/elon-musk-goetzendaemmerung-absturzprotokoll-07/> / eingesehen am 30. Januar 2025

»Je stärker wir werden, desto mehr Druck können wir ausüben.« Interview mit Alice Weidel, in: Zur Zeit, 5/2025, S. 20 -22 (Interview Chefredakteur Bernhard Tomaschitz)

Frank Zastrow: Wer ist Koch, wer Kellner? Die neue Nähe der Tech-Milliardäre zu Donald Trump stößt bei den MAGA-Republikanern auf Skepsis, in: Zuerst!, März 2025, S.44

USA / Bundesrepublik: AfD bei Amtseinführung von Trump

Am 20. Januar fand die Amtseinführung von Donald Trump als 47. Präsident der Vereinigten Staaten im Kapitol in Washington statt. Sie markiert den Beginn der zweiten Präsidentschaft von Trump. Zugewogen waren unter anderem X-Eigentümer Elon Musk, Facebook-Gründer Mark Zuckerberg, Amazon-Boss Jeff Bezos und die AfD-Bundestagsabgeordnete Christina Baum. »Das Volk steht auf! Der Sieg Donald Trumps markiert eine Zeitenwende. Den Durchmarsch des Republikaners konnten US-Massenmedien und Hollywood-Eliten auch mit vereinten Kräften nicht stoppen«, jubilierte die AfD-Fraktionszeitung für Sachsen-Anhalt (Winter 2024/25). Neben Baum reisten AfD-Chef Tino Chrupalla, die stellvertretende Fraktionsvize Beatrix von Storch und der Europa-Abgeordnete Petr Bystron in die USA.

Eigenrecherche DokRex

<https://www.morgenpost.de/politik/article408116548/afd-laeuft-in-mannschaftstaerke-bei-trumps-amtseinfuehrung-auf.html> / eingesehen am 20. Januar 2025

<https://blauer-aufbruch.de/#> / eingesehen am 20. April 2025

Baden-Württemberg / Bundesweit:
Ausstellung »gefährdet leben. Queere Menschen 1933–1945« – Zunahme von Angriffen auf Gedenkstätten und -orte für die queeren Opfer des Nationalsozialismus

Die historisch-dokumentarische Wanderausstellung »gefährdet leben. Queere Menschen 1933–1945« wurde von der Bundesstiftung Magnus Hirschfeld (BMH) erarbeitet und war im ersten Jahresquartal auch an baden-württembergischen Standorten, darunter dem Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma in Heidelberg, zu sehen. Zur Jahreswende 2025/26 zeigte das Staatsarchiv Ludwigsburg die Ausstellung.

Die BMH wurde im Oktober 2011 von der Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch das Bundesministerium der Justiz, gegründet. Die vielfältigen und ambivalenten Lebensgeschichten queerer Menschen in der NS-Zeit werden in der Ausstellung anhand von Dokumenten, Grafiken, Fotografien und Zitaten nachgezeichnet. Die Ausstellung macht deutlich, wie das Leben vieler queerer Menschen durch Gefängnis und KZ-Haft gebrochen und zerstört wurde. Die Ausstellung zeigt, wie sehr die Ablehnung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt verknüpft ist auch mit anderen Formen von Diskriminierung wie Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit. Sie beleuchtet gleichzeitig, wie verbliebene Handlungsspielräume im Alltag genutzt wurden. Erzählt werden keineswegs nur Verfolgungsgeschichten, sondern auch Wege der Selbstbehauptung in Form von Liebe, Freundschaften oder Netzwerken in einer widrigen Lebensrealität. Aufgezeigt wird auch die lange Wirkungsgeschichte des Paragraphen 175 (Verbot von Homosexualität). Jede Diskussion um seine Änderung ging beispielsweise erneut mit Überlegungen zur Strafbarkeit gleichgeschlechtlicher Beziehungen von Frauen und der Privilegierung heteronormativer Familienmodelle einher. Zudem hat die Fortgeltung des Paragraphen 175 nach 1945 nicht nur die Erinnerung an die NS-Verfolgten, sondern auch queere Emanzipationsbestrebungen verhindert und verzögert. Der Durchsetzung gesellschaftlicher Gleichberechtigung hat dieser Paragraph immer im Wege gestanden. In der DDR wurde das Sonderstrafrecht für homosexuelle Menschen 1989 abgeschafft, in der gesamten Bundesrepublik erst 1994 im Zuge der Rechtsangleichung.

»Queer« wird in dieser Ausstellung als ein Oberbegriff genutzt für homosexuell, lesbisch, schwul, bisexuell, trans*, intergeschlechtlich, non-binär oder genderfluid. Die queeren NS-Verfolgten hatten jahrzehntelang kaum Fürsprecher in Politik und Gesellschaft. Sie wurden nicht als Opfer des Faschismus angesehen, sondern als Kriminelle, erhielten weder Entschädigung noch wurden sie rehabilitiert. Sie wurden zweifach zu »verschwiegenen Opfern« und erinnerungspolitisch ausgegrenzt. Beim Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus im Deutschen Bundestag standen erstmals am 27. Januar 2023 die queeren Opfer im Fokus.

In den letzten Jahren hat die Zahl der rechtsextrem motivierten Angriffe auf Gedenkstätten und Erinnerungsorte deutlich zugenommen. Dies betrifft auch Gedenkstätten und -orte für die queeren Opfer des Nationalsozialismus. Gedenkstätten und -orte, die speziell an sie erinnern, sind zum Beispiel der Frankfurter Engel, das Mahnmal für die schwulen und lesbischen Opfer des Nationalsozialismus in Köln oder das Denkmal für die im Nationalsozialismus verfolgten Homosexuellen in Berlin.

RECHTS.GESCHEHEN dokumentiert Übergriffe vom Frühjahr / Sommer 2025: Erneut wurde Nürnbergs sogenannte Lesbenkugel, ein Denkmal für homosexuelle Opfer des NS-Regimes, beschmiert. In Rostock wurde eine Veranstaltung zum Gedenken an die queeren Opfer des NS-Regimes am Mahnmal im Rosengarten durch bedrohende und beleidigende Zwischenrufe gestört. Eine Gedenktafel für die queere Aktivistin Lotte Hahm wurde in Berlin-Kreuzberg mit einem Hakenkreuz beschmiert.

In Heidelberg haben Unbekannte die erst wenige Monate zuvor eingeweihte Gedenkplakette zu Ehren des queeren Arztes, Sexualwissenschaftlers und Aktivisten Magnus Hirschfeld gewaltsam von einer Hauswand abgerissen.

Im Berichtsjahr 2024 sind in der Bundesrepublik mit Stichtag 1. Januar 2025 laut Bundesregierung 1.765 politisch motivierte Straftaten mit dem Themenfeld »Sexuelle Orientierung« registriert worden, darunter 253 Gewaltdelikte. Von diesen Gewaltdelikten entfielen 65 auf die politisch rechts motivierte Kriminalität. Die Zahl der im Jahr 2024 registrierten politisch motivierten Straftaten mit dem Unterthemenfeld »Geschlechtsbezogene Diversität« betrug 1.152, von denen 128 Gewaltdelikte waren. Von letzteren wurden 28 der politisch rechts motivierten Kriminalität zugeordnet, wie aus der Antwort (November 2025) der Bundesregierung (21/2584) auf eine Kleine Anfrage weiter hervorgeht.

Die Akzeptanz von Diversität ist in der Bundesrepublik Deutschland in den vergangenen Jahren deutlich zurückgegangen, wie die repräsentative Studie Vielfaltsbarometer der Robert Bosch Stiftung für das Jahr 2025 belegt. Die Studie liefert Daten über die Einstellungen zu den Vielfaltsdimensionen Lebensalter, Geschlecht, Behinderung, sexuelle Orientierung, sozioökonomische Schwäche, ethnische Herkunft und Religion. Laut Vielfaltsgesamtindex, der auf einer Skala von 0 bis 100 Punkten basiert, liegt der Wert für die Akzeptanz von Vielfalt in der Bundesrepublik bei 63 Punkten. Im Vergleich zum letzten Erhebungszeitraum 2019 ist der Wert um fünf Punkte gesunken; damals lag der Vielfaltsgesamtindex für die Bundesrepublik noch bei 68 Punkten. Betrachtet man einzelne

Dimensionen von Vielfalt, so hat die Akzeptanz verschiedener sexueller Orientierungen sowie insbesondere verschiedener ethnischer Herkunft und von Religionen deutlich abgenommen.

Eigenrecherche DokRex

www.gefahrdetleben.de / eingesehen am 20. Januar 2025

<https://www.landesarchiv-bw.de/sixcms/media.php/120/Begleitheft.pdf> / eingesehen am 16. November 2025

<https://www.lsvd.de/de/ct/15766-Angriffe-auf-Gedenkstaetten-und-Erinnerungsorte-fuer-die-Opfer-des-Nationalsozialismus#H6> / eingesehen am 16. November 2025

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Clara Bünger, Maik Brückner, Doris Achelwilm, weiterer Abgeordneter und der Fraktion Die Linke. Neonazi-Angriffe auf Teilnehmende von Pride- bzw. Christopher-Street-Day-Veranstaltungen 2025, BT-Drs. 21/2584 vom 5. November 2025: <https://dserver.bundestag.de/btd/21/025/2102584.pdf> / eingesehen am 16. November 2025

<https://www.bosch-stiftung.de/de/stories/vielfaltsbarometer-2025-die-akzeptanz-von-diversitaet-deutschland-nimmt-ab> / eingesehen am 16. November 2025

<https://www.bosch-stiftung.de/sites/default/files/publications/pdf/2025-09/Vielfaltsbarometer2025-final.pdf> / eingesehen am 16. November 2025

Bundesweit:

ADL-Studie: Antisemitismus nimmt weltweit zu

Marina Rosenberg, internationale Präsidentin der Anti-Defamation League (ADL) in den USA, informiert in einem Interview mit der Wochenzeitung Die Zeit (Januar) über die neue ADL-Studie 'Global 100'. Die Studie dokumentiere, dass der Antisemitismus weltweit seit dem 7. Oktober 2023 massiv zugenommen habe, »in der normalen Bevölkerung, im Netz, in den Medien«. Juden werde unterstellt, »angeblich schuld an allem Leid der Welt« zu sein. Die Befragungen in 103 von 195 Ländern ergaben, dass die Zahl der Menschen mit antisemitischen Überzeugungen sich innerhalb von zehn Jahren verdoppelt hat. Die Studie legt offen, dass 2,2 Milliarden Menschen antisemitische Ansichten haben – 2014 waren es noch 1,1 Milliarden. Angaben der Studie zufolge erkennen nur 48 Prozent der Weltbevölkerung an, dass der Holocaust stattgefunden hat und sechs Millionen Juden ermordet wurden. Der Prozentsatz liegt bei jungen Erwachsenen noch deutlich niedriger, 39 Prozent bei den 18- bis 34-Jährigen. Konstatiert wird in der Studie, dass seit dem 7. Oktober antisemitische Übergriffe in Westeuropa und Nordamerika explosionsartig angestiegen seien. Als jüdenfeindliches deutsches Stereotyp wird die Aussage »Dass Juden die Medien oder die Regierung kontrollieren« gewertet. »Neun Prozent Deutsche« sind laut Studie mit »starken antisemitischen Vorurteilen« ausgestattet; das sind gut sechs Millionen Erwachsene. Anti-Defamation League ist eine »international tätige Nichtregierungsorganisation, deren Engagement sich gegen Anti-Semitismus, Rassismus, religiöse Intoleranz, Verbrechen, die aus Hass oder Vorurteilen begangen werden, Mobbing (auch im Internet) und politischen Extremismus richtet«, so der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages.

<https://www.zeit.de/2025/05/hass-juden-zunahme-antisemitismus-anti-defamation-league-usa/komplettansicht> / eingesehen am 10. Februar 2025

<https://www.bundestag.de/resource/blob/407792/WD-1-022-14-pdf.pdf> / eingesehen am 10. Februar 2025

Bundesweit:

Holocaust – schwindendes Wissen

Etwa sechs Millionen Jüdinnen und Juden wurden vom nationalsozialistischen Deutschland systematisch verfolgt und ermordet. Doch rund 80 Jahre nach der militärischen Befreiung vom Nationalsozialismus schwindet das Wissen um den Holocaust zusehends – vor allem bei der jüngeren Generation. Zu diesem Schluss kommt eine Umfrage der Jewish Claims Conference.

In der Altersgruppe der 18- bis 29-Jährigen gaben bei der Befragung in der Bundesrepublik etwa 40 Prozent an, nicht gewusst zu haben, dass sechs Millionen Jüdinnen und Juden ermordet wurden. 15 Prozent glaubten, es seien weniger als zwei Millionen gewesen. Zwei Prozent aller in der Bundesrepublik befragten Bürgerinnen und Bürger waren der Auffassung, der Holocaust habe überhaupt nicht stattgefunden.

<https://www.claimscon.org/country-survey/> / eingesehen am 25. Januar 2025

Berlin / Bundesweit:

**80. Jahrestag der Befreiung
von Auschwitz**

Im Bundestag ist der Opfer des Nationalsozialismus gedacht worden. Anlass war die Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz vor 80 Jahren. Auschwitz ist das Synonym für den Massenmord der Nationalsozialisten an Juden, Sinti und Roma und anderen Verfolgten. Bundespräsident Steinmeier bezeichnete in einer Rede die Erinnerung an den Holocaust als Teil der deutschen Identität. Es dürfe kein Vergessen oder Verdrängen geben, sagte Steinmeier. Das würde das Fundament der Demokratie erschüttern. Steinmeier kritisierte die Angriffe auf Erinnerungsstätten und deren Mitarbeiter. Das dürfe man nicht hinnehmen. »Wir haben es in der Hand, das Errungene zu bewahren und unsere Demokratie zu schützen. Gehen wir nicht zurück in eine dunkle Zeit«, betonte der Bundespräsident. 1996 hatte der damalige Bundespräsident Roman Herzog den Jahrestag der Befreiung des NS-Konzentrationslagers Auschwitz durch die Rote Armee am 27. Januar 1945 zum Gedenktag proklamiert. Die Vereinten Nationen erklärten den 27. Januar im Jahr 2005 zum Internationalen Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocausts. In Auschwitz konnten nur noch ca. 7.000 Inhaftierte befreit werden. Mindestens 1,1 Millionen Menschen, darunter schätzungsweise eine Million Juden, waren in Gaskammern ermordet worden.

Eigenrecherche DokRex

<https://www.deutschlandfunk.de/bundestag-erinnert-an-opfer-des-nationalsozialismus-steinmeier-warnt-vor-vergessen-100.html> / eingesehen am 1. Februar 2025

<https://www.gedenkstaetten-bw.de/auschwitz> / eingesehen am 1. Februar 2025

<https://www.bundestag.de/resource/blob/1040814/727aa2654e9e9b9d78781a794eb8118c/Vor-80-Jahren-Befreiung-der-Konzentrations-und-Vernichtungslager-in-Europa.pdf> / eingesehen am 1. Februar 2025

Februar 2025

Bundesweit:

Weidel und 1.000 Juden in der AfD

Es gebe fast 1.000 Juden in der AfD, sagte Alice Weidel, AfD-Kanzlerkandidatin, am 2. Februar in der ARD-Talkshow von Caren Miosga. Artur Abramovych, Vorsitzender der 2018 gegründeten parteinahen Bundesvereinigung »Juden in der Alternative für Deutschland e. V.« (JAfD), einer Interessenvereinigung jüdischer AfD-Mitglieder, widerspricht seiner Parteivorsitzenden. Tatsächlich gehör(t)en dem Verein nach Angaben ihres Vorsitzenden »nie mehr als 30 Mitglieder« an. Abramovych zufolge gibt es darüber hinaus »zehn bis 20 Juden« in der AfD, die nicht dem Verein angehören. Demnach hätte die AfD also bis zu 44 jüdische Mitglieder. Zur Gründungsversammlung in Wiesbaden kamen 19 Mitglieder. Unter dem Motto »Keine Alternative für Juden – Gemeinsame Erklärung gegen die AfD« protestierten damals mehr als 40 jüdische Organisationen und Institutionen wie zum Beispiel der Zentralrat der Juden in Deutschland, die Union progressiver Juden in Deutschland und Makkabi Deutschland scharf gegen die Gründung. Die Kritiker werfen der JAfD vor, lediglich als Feigenblatt zu dienen. Abramovych arbeitet(e) zumindest zeitweilig für den AfD-Bundestagsabgeordneten Jürgen Braun. Im November 2025 sprach der JAfD-Vorsitzende über sein Buch »Ahasvers Heimkehr. Lehren aus der Diaspora« (Edition Buchhaus Loschwitz) auf der auch von Rechtsextremisten aus dem In- und Ausland besuchten neurechten Buchmesse »Seitenwechsel« in Halle an der Saale (siehe den Bericht auf S. 124/125 in dieser Ausgabe). Abramovych, 1996 im ukrainischen Charkiw geboren, kam 1998 mit seinen Eltern in die Bundesrepublik. Er publiziert im neurechten »CATO – Magazin für Neue Sachlichkeit« und gehört als Mitglied dem Kuratorium der AfD-nahen »Desiderius-Erasmus-Stiftung« an.

Eigenrecherche DokRex

<https://www.juedische-allgemeine.de/politik/weidel-patzer-sind-wirklich-fast-1000-juden-teil-der-afd/>
/ eingesehen am 1. März 2025

<https://www.berliner-zeitung.de/kultur-vergnuegen/alice-weidel-nennt-falsche-zahl-so-viele-juden-in-der-afd-gibt-es-wirklich-li.2294042> / eingesehen am 1. März 2025

Gideon Botsch: Die »Juden in der AfD« und der Antisemitismus, in: Moses Mendelssohn Zentrum für europäisch-jüdische Studien (Hrsg.): Mitteilungen der Emil Julius Gumbel Forschungsstelle. April 2020, S. 1–15: https://www.mmz-potsdam.de/files/MMZ-Potsdam/Download-Dokumente/EJG_Mitteilungen_2020_01.pdf

<https://www.messe-seitenwechsel.de/> / eingesehen am 9. Dezember 2025

<https://www.bdk-berlin.org/veranstaltungen/artur-abramovych-ahasvers-heimkehr-lehren-aus-der-diaspora/> / eingesehen am 10. November 2025

Argentinien / Bundesrepublik: AfD-Europaabgeordneter in Argentinien

Der AfD-Europaparlamentarier Markus Buchheit berichtet in der FPÖ-nahen österreichischen Zeitschrift »Freilich« im Februar über seine dreitägige Reise nach Argentinien, die bereits Ende 2024 stattfand. Angetan zeigt sich der Politiker vom anarcholibertären Präsidenten Javier Milei und dessen »kompromisslos marktwirtschaftlicher Agenda«. Demnach würde »Europa und vor allem Deutschland« ein »Schuss Milei guttun. Auch wir brauchen einen Rückbau des immer stärker wuchernden Staatsapparates und dessen üppig gepflegten Vorfelds von NGOs bis hin zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk«. Buchheit weiter: »Mileis Rotstift würde hier sehr schnell zu guten Ergebnissen führen. Ein Ende der selbstzerstörerischen Migrationspolitik, der irrsinnigen Energie- und Verkehrswende sowie sämtlicher steuerfinanzierter linker Quatschprojekte wie Gender Studies wären ein guter Anfang.« Eigenangaben zufolge wurde Buchheit im argentinischen Senat von der Senatorin Carmen Álvarez Rivero und vom Staatssekretär Manuel Chavarria empfangen. Vor Ort will der AfD-Politiker erfahren haben, »dass abstrakte und zumeist weltfremde außenpolitische Diskussionen, wie sie andernorts gerne geführt werden, angesichts der innenpolitischen Lage nicht die höchste Priorität genießen«. Das »Gebot der Stunde« seien laut Buchheit »ideologiefreie Erweiterung der Absatzmärkte bei gleichzeitiger Stimulierung ausländischer Direktinvestitionen«. Mileis »libertäre Ansätze« sollen »freiheitlichen Wirtschaftspolitikern [...] nach detaillierter Analyse als echte Inspiration dienen«, so Buchheit in einem Kommentar für die FPÖ-nahe Wochenzeitung »Zur Zeit«.

Mileis »Kettensäge-Politik« trifft die Ärmsten. Sinkenden Inflationswerten (für die sich Milei weltweit loben lässt) stehen explodierende Preise bei Mieten, Energie und Lebensmitteln, Massenentlassungen und wegfallende Sozialsysteme entgegen.

Eigenrecherche DokRex

<https://www.blauenarzisse.de/argentiniens-wirtschaftspolitik-ein-modell-fuer-deutschland/>
eingesehen am 30. Juni 2025

<https://www.facebook.com/buchheit.markus/videos/am-ersten-tag-meiner-dreit%C3%A4gigen-argentiniereise-wurde-ich-im-argentinischen-se/1876130266125885/> eingesehen am 30. Juni 2025

<https://zurzeit.at/index.php/brauchen-wir-jetzt-eine-kettensaege-a-la-milei/> eingesehen am 30. Juni 2025

Durch Härte zu den Sternen? Reisebericht von Markus Buchheit nach Argentinien, in: Freilich vom Februar 2025, S. 64-67

Österreich:**30 Jahre nach dem rechts-extremen Anschlag in Oberwart**

25 verschickte Briefbomben, drei gebaute Rohrbomben, 13 verletzte Menschen, davon vier lebensgefährlich Verletzte, und vier ermordete junge Roma gehen auf das Konto des österreichischen Rechts-terroristen Franz Fuchs. In der Nacht zum 5. Februar 1995 wurden bei einer Bombenexplosion in der südburgenländischen Stadt Oberwart vier Roma im Alter von 18 bis 40 Jahren getötet. Bei dem Attentat handelte es sich um einen rechtsextrem motivierten Rohrbombenanschlag. Die Männer, Josef Simon, Peter Sarközi und die Brüder Karl und Erwin Horvath, Söhne und Enkelkinder von Holocaust-Überlebenden, waren in eine Sprengfalle geraten, als sie eine als Verkehrszeichen getarnte Tafel mit der Aufschrift »Roma zurück nach Indien!« entfernten. Durch das Rütteln an dem Schild wurde ein Zünder aktiviert, der die Detonation einer Rohrbombe auslöste. Die Bombe war in unmittelbarer Nähe der Oberwarter Roma-Siedlung platziert.

Wenig bekannt ist, dass zwei Tage nach diesem Anschlag in der zweisprachigen Gemeinde Stinatz/Stinjaki eine weitere Rohrbombe explodierte und einen Mitarbeiter des burgenländischen Umweltdienstes schwer verletzte. In einem Bekenner schreiben, das in einem Buswartehäuschen in der Nachbarortschaft Ollersdorf gefunden wurde, hieß es: »Clans der Schiffkowitz, Grandits, Stoisits, Resetarits und Janisch zurück nach Dalmatien...« Der Brief schloss mit: »Friedrich II., der Streitbare, Herzog von Österreich Steiermark und Vier Burgenland.« Die rassistische und rechtsextreme Anschlagsserie im Namen einer Bajuwarischen Befreiungsarmee (BBA) begann im Dezember 1993 und endete mit der zufälligen Festnahme des Attentäters Franz Fuchs im Oktober 1997. Der Rechtsterrorist gilt bis heute als Einzeltäter. Insgesamt vier Jahre lang wurde Österreich durch mehrere Terrorwellen erschüttert. Angefangen hatte es mit einer ersten Serie, bestehend aus zehn Briefbomben. Prominentestes Opfer war Helmut Zilk, von 1984 bis 1994 Bürgermeister der Hauptstadt Wien. Er verlor zwei Finger, als er am 5. Dezember 1993 ein an ihn adressiertes Paket öffnete, das einen Sprengsatz enthielt. Weitere fünf Serien und eine einzelne Briefbombe sollten bis Ende 1996 folgen. Die Briefe selbst hatten ausländerfeindliche Inhalte (»Wir wehren uns«) und waren oftmals mit »Graf Rüdiger von Starhemberg«, dem Verteidiger Wiens während der zweiten Türkenbelagerung 1683, unterschrieben. Ende Februar 2000 starb Fuchs im Gefängnis. Der damals 50-Jährige erhängte sich in der Justizanstalt Graz-Karlau mit einem Rasiererlabel.

Eigenrecherche DokRex

<https://volksgruppen.orf.at/hrvati/meldungen/stories/3033587/> / eingesehen am 1. März 2025

<https://www.parlament.gv.at/aktuelles/news/in-einfacher-sprache/30-Jahre-nach-dem-Anschlag-in-Oberwart-Die-Woche-vom-7.-bis-11.-April/> / eingesehen am 1. März 2025

Bundesweit:**Rechts motivierte Tötungsdelikte**

Politisch rechts motivierte Tötungsdelikte in der Bundesrepublik in den Jahren 1990 bis 2023 sind ein Thema der Antwort (5. Februar) der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage. Darin listet die Bundesregierung für den genannten Zeitraum 87 vollendete Tötungsdelikte auf, die dem Bundeskriminalamt (BKA) mit Stand vom 24. Januar 2025 für den Phänomenbereich der »Politisch motivierten Kriminalität (PMK) - rechts« gemeldet wurden. Darüber hinaus wurden dem BKA den Angaben zufolge zwei politisch rechts motivierte Taten mit Todesopfern gemeldet, bei denen es sich nicht um Tötungsdelikte gemäß der Paragraphen 211 und folgende des Strafgesetzbuches handelt.

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Martina Renner, Dr. André Hahn, Gökay Akbulut, weiterer Abgeordneter und der Gruppe Die Linke. Tötungsdelikte in Phänomenbereichen der Politisch motivierten Kriminalität seit 1990, BT-Drs. 20/14905 vom 5. Februar 2025: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/149/2014905.pdf> / eingesehen am 15. Februar 2025

Spanien / Europa:

»Patrioten für Europa« in Madrid

Auf ihrem ersten Gipfeltreffen am 7./8. Februar in Madrid kündigte die rechtsextreme Fraktion »Patrioten für Europa« (PFE) an, dass sie eine »Reconquista« unter dem Motto »Make Europe Great Again« (MEGA) starten wird. Veranstalter war die fremdenfeindliche Partei »Vox«. Vor Ort fanden sich unter anderem der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán und die Präsidentin des »Rassemblement National«, Marine Le Pen, ein. Aus Argentinien grüßte Präsident Javier Milei. Die Fraktion Patrioten für Europa ist mit 84 Abgeordneten die drittstärkste Kraft nach der Europäischen Volkspartei (EVP) und den Sozialisten und Demokraten (S&D) im Europaparlament. Außer der FPÖ, Vox, Orbáns Fidesz, der »ANO«-Partei des tschechischen Ex-Premiers Andrej Babiš haben sich die »Lega« von Italiens Vizepremier Matteo Salvini, die niederländische »Freiheitspartei« von Geert Wilders, die »Dänische Volkspartei«, die portugiesische »Chega« und der belgische »Vlaams Belang« angeschlossen. Dazu kommen noch einzelne Abgeordnete aus Tschechien (»Přísaha a Motoristé«/»Eid und Autofahrer«), Lettland (»Latvia First«) und Griechenland (»Foni Logikis«) sowie eine Satellitenpartei der ungarischen »Fidesz« (KDNP). Ehrengast des Festessens vor dem Gipfeltreffen war Kevin Oberts, Präsident der Heritage Foundation. Der extrem rechte US-amerikanische Thinktank hat sich zum Ziel gesetzt, den »Trumpismus« zu »institutionalisieren«.

Eigenrecherche DokRex

<https://www.arte.tv/de/videos/128766-000-A/rechtspopulisten-treffen-in-madrid/>
eingesehen am 10. Februar 2025

<https://www.tagesschau.de/ausland/europa/spanien-treffen-rechtsaussen-100.html> /
eingesehen am 10. Februar 2025

<https://de.euronews.com/my-europe/2025/02/08/eure-zeit-ist-abgelaufen-rechtspopulisten-beginnen-kampf-gegen-eu-mainstream> / eingesehen am 10. Februar 2025

Hans-Christian Rößler: Aufruf zu einer neuen Reconquista, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 10. Februar 2025, S. 5

Ungarn / Bundesrepublik:

Waffen-SS-Gedenkmarsch

Im Februar kommt es in Budapest anlässlich des sogenannten »Tags der Ehre« jährlich zu NS-glorifizierenden Aufmärschen von Neonazis aus ganz Europa. Der Waffen-SS-Gedenkmarsch gilt als wichtiges Vernetzungstreffen für die europäische Neonazi-Szene. Mit dem seit 1997 stattfindenden Wander-Event wollen Neonazis ihre historischen Vorbilder feiern. Am 10./11. Februar 1945 hatten deutsche und ungarische Truppen und Einheiten der Waffen-SS einen Ausbruch aus dem von der sowjetischen Armee eingekreisten Budapester Burgviertel unternommen. In Neonazi-Kreisen wird dieses Datum als »Tag der Ehre« bezeichnet. Vor Ort sind immer auch Gleichgesinnte aus der Bundesrepublik. Unter den Teilnehmenden am 8. Februar waren Mitglieder der neonazistischen Parteien »Der III. Weg«, »Die Rechte«, »Freie Sachsen« und der »Heimat«-Jugendorganisation »Junge Nationalisten«. Die Europäische Kommission betrachtet die Aufmärsche »als zutiefst besorgniserregend, insbesondere die Verwendung gewaltverherrlichender rechtsextremistischer Symbole«, und ist »fest entschlossen, ihre Befugnisse zu nutzen, um die Achtung der Grundrechte in allen Mitgliedstaaten, einschließlich Ungarn, zu gewährleisten und die in Artikel 2 des Vertrags über die Europäische Union verankerten Werte der Gleichheit und der Achtung der Menschenwürde zu wahren«.

Eigenrecherche DokRex

<https://democ.de/artikel/ss-gedenkmarsch-budapest-2025/> / eingesehen am 15. November 2025

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/E-9-2024-000888_DE.html / eingesehen am 15. November 2025

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/E-9-2024-000888-ASW_DE.html / eingesehen am 15. November 2025

<https://www.derstandard.de/story/3000000256075/tag-der-ehre-in-budapest-neonazis-gehen-wandern-linke-protestieren> / eingesehen am 15. November 2025

Sachsen / Bundesweit:
Neonazi-»Gedenken« in Dresden

Der Jahrestag der alliierten Luftangriffe auf die sächsische Landeshauptstadt Dresden am 13. Februar 1945 jährte sich zum 80. Mal. Dieses Datum ist für die rechtsextreme Szene in der Bundesrepublik seit Jahren zum Ritual ihres »historischen Gedenkens« geworden. Rund 2.000 Rechtsextremisten marschierten in der Elbmetropole auf. Als Anmelder fungierte Lutz Giesen, ehemals Aktivist der neonazistischen »Heimattreuen Deutschen Jugend« (HDJ). Die HDJ wurde 2009 wegen Wesensverwandtschaft mit dem Nationalsozialismus und einer aktiv-kämpferischen Grundhaltung bundesweit verboten. In geschichtsrevisionistischer Lesart wird bei dem rechtsextremen »Gedenken« in Dresden eine übertriebene Zahl an Todesopfern angegeben, um so das Narrativ des »Bombenholocausts« zu pflegen und im Sinne einer Täter-Opfer-Umkehr eine Relativierung des nationalsozialistischen Holocausts anzustreben. Die einstigen NPD-Abgeordneten im sächsischen Landtag Holger Apfel und Jürgen Gansel waren es, die den Begriff vom »Bombenholocaust« mitprägten.

Eigenrecherche DokRex

<https://www.medienservice.sachsen.de/medien/news/1084511/> / eingesehen am 1. März 2025

<https://democ.de/artikel/gedenkmarsch-dresden-2025/> / eingesehen am 9. Dezember 2025

Hessen:
**Fünfter Jahrestag des
 Hanau-Attentats**

Am 19. Februar jährte sich der rassistische Anschlag von Hanau, bei dem neun Menschen ermordet sowie sechs weitere Menschen zum Teil schwer verletzt wurden, zum fünften Mal. Der Anschlag von Hanau hat Gökhan Gültekin, Sedat Gürbüz, Said Nesar Hashemi, Mercedes Kierpacz, Hamza Kurtović, Vili Viorel Păun, Fatih Saraçoğlu, Ferhat Unvar und Kaloyan Velkov das Leben genommen.

<https://19feb-hanau.org/2025/01/19/jahrestag-2025/> / eingesehen am 20. Februar 2025

<https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/kulturstaaatsministerin-roth-zum-fuenften-jahrestag-des-hanau-attentats-die-opfer-des-rassistischen-anschlags-sind-unvergessen-fuer-unser-land--2335776.pdf> / eingesehen am 20. Februar 2025

Berlin / Bundesweit:
**Weidel und die
 »Brandmauertoten«**

»Mit einer von der CDU geführten Linksregierung wird die Migrationswende nicht stattfinden«, führt die Fraktionsvorsitzende der AfD-Bundestagsfraktion Alice Weidel in einem Interview mit der »Jungen Freiheit« wenige Tage vor der Bundestagswahl aus. »Es wird weiter Brandmauertote geben«, kommentiert Weidel. Unter »Brandmauer« versteht die CDU den Ausschluss einer Zusammenarbeit mit der AfD.

»Die Regierung wird nicht halten.« Interview mit Alice Weidel in: Junge Freiheit, 9/2025 vom 21. Februar, S.3.

Bundesweit:
**Bundestagswahl:
 Zuwächse für AfD**

Bei der Bundestagswahl am 23. Februar hat die in Teilen als rechtsextrem eingestufte AfD ihren Stimmenanteil verdoppeln können und ist damit die zweitstärkste Kraft im Bundestag. Die Partei kommt auf 152 Sitze, 69 Abgeordnete mehr als bei der Bundestagswahl 2021. Die AfD erzielte 10.177.318 Erststimmen (20,6 Prozent) und 10.328.780 Zweitstimmen (20,8 Prozent) – jeweils ein Zuwachs von 10,4 Prozent. Im Westen erzielte die AfD 18 Prozent (+10 Prozentpunkte) und im Osten 32 Prozent (+13 Prozentpunkte) und wird damit stärkste Kraft in den ostdeutschen Bundesländern. Bei Arbeiterinnen und Arbeitern gewann die AfD 17 Prozentpunkte hinzu und liegt mit 38 Prozent deutlich vor den Unionsparteien mit 22 Prozent. Die stärkste Verschiebung hat es unter arbeitslosen Wählerinnen und Wählern gegeben. Hier dominiert die AfD mit 34 Prozent (+17 Prozentpunkte).

Eigenrecherche DokRex

<https://www.bundeswahlleiterin.de/bundestagswahlen/2025/ergebnisse/bund-99.html> / eingesehen am 10. März 2025

<https://www.fes.de/bundestagswahl> / eingesehen am 10. März 2025

https://dc.fes.de/fileadmin/user_upload/FES_Analyse_der_Bundestagswahl_2025_DE.pdf / eingesehen am 10. März 2025

Rheinland-Pfalz:

Fotografien aus dem rheinland-pfälzischen Ludwigshafen vom 22. Oktober 1940

Im Februar ist das Buch »Die Tat im Bild. Die Deportation von Jüdinnen und Juden aus der Pfalz nach Gurs« erschienen. Am 22. Oktober 1940, dem letzten Tag des jüdischen Laubhüttenfestes (Sukkot), deportierte die Gestapo mehr als 6.500 Jüdinnen und Juden aus Baden, der Pfalz und dem heutigen Saarland nach Südfrankreich. Die Deportation erfasste nahezu die gesamte jüdische Bevölkerung der Region. Damit endete die jahrhundertealte jüdische Geschichte in Südwestdeutschland weitgehend. Eine im Februar veröffentlichte Fotoserie dokumentiert die Ereignisse dieses Tags in Ludwigshafen, einem von drei Sammelpunkten der Pfalz. Von dort aus wurden 420 Männer, Frauen und Kinder verschleppt. Nachweislich haben 105 Menschen die Internierung überlebt. Mit 21 Aufnahmen gehört die Serie zu den umfangreichsten fotografischen Zeugnissen einer Deportation aus Deutschland. Der Band widmet sich dieser besonderen Bildquelle der nationalsozialistischen Verfolgung von Jüdinnen und Juden und nennt, soweit möglich, die Namen der Opfer. Jedoch ließ sich keiner der abgebildeten Polizisten identifizieren. Wer die Aufnahmen gemacht hat, ist ungewiss, ebenso, wie die Abzüge nach 1945 in den Besitz eines Ehepaares kamen, die als einzige jüdische Überlebende der NS-Verfolgung in Ludwigshafen dauerhaft in die Stadt zurückkehrten. Der ca. 130 Seiten umfassende Band präsentiert auch neue Erkenntnisse über den Kontext und Ablauf der Deportation sowie zur Überlieferung und Nutzung der Bilder.

Stiftung Topographie des Terrors / MARCHIVUM / Stadtarchiv Ludwigshafen (Hrsg.): Die Tat im Bild. Die Deportation von Jüdinnen und Juden aus der Pfalz nach Gurs. Fotografien aus Ludwigshafen vom 22. Oktober 1940, Berlin 2025

Berlin / Bundesweit:

JSUD und AJC Berlin veröffentlichen Lagebericht Antisemitismus an bundesdeutschen Hochschulen

Das American Jewish Committee Berlin Ramer Institute (AJC Berlin) und die Jüdische Studierendenunion Deutschland (JSUD) haben am 27. Februar den Lagebericht »Antisemitismus an deutschen Hochschulen« veröffentlicht. Der Bericht zeigt, dass Antisemitismus deutschlandweit ein ernsthaftes Problem an Universitäten und Hochschulen darstellt und bietet gleichzeitig Handlungsempfehlungen für Verantwortliche im Hochschulkontext und in der Politik.

<https://ajcgermany.org/de/broschueren/jsud-und-ajc-berlin-veroeffentlichen-lagebericht-antisemitismus-deutschen-hochschulen/> eingesehen am 28. Februar 2025

März 2025

Hamburg:
Antifaschistin und Holocaust-Überlebende Peggy Parnass ist tot

Im Alter von 97 Jahren starb am 12. März in Hamburg die Holocaust-Überlebende, Antifaschistin und Ikone der queeren Szene, Peggy Parnass. Die spätere Gerichtsreporterin, Schriftstellerin, Schauspielerin und Fritz-Bauer-Preisträgerin überlebte als Jüdin den Holocaust, weil ihre Eltern sie und ihren kleinen Bruder Gady 1939 mit einem Kindertransport nach Schweden schickten. Ihre Eltern sollte sie nie wiedersehen. Sie wurden im NS-Vernichtungslager Treblinka ermordet. 2013 erschien ihr Buch »Kindheit: Wie unsere Mutter uns vor den Nazis rettete«, das von der brasilianischen Künstlerin Tita do Rego Silva illustriert wurde und als schönstes deutsches Buch des Jahres ausgezeichnet wurde. »Ich will mich nicht unterordnen«, sagte die Journalistin Parnass einmal in einem Interview. Darin blieb sie sich treu bis zum Ende.

Eigenrecherche DokRex

<https://www.mopo.de/hamburg/peggy-parnass-eine-frau-voller-liebe-wut-und-leidenschaft/> / *eingesehen am 15. März 2025*

Russland:
Ein russischer Oligarch und die extreme Rechte in Europa

Auf die Frage »Welche politischen Akteure setzen sich für ein Europa ein, wie Sie es sich wünschen?«, führte Konstantin Malofejew, russischer Oligarch und orthodoxer Influencer, rechtsextremer Milliardär und Medienunternehmer, in einem Interview mit der Wochenzeitung Die Zeit aus: »Da sind Nigel Farage und seine Reform Party in Großbritannien, da ist der Rassemblement National von Marine Le Pen in Frankreich. Und natürlich Viktor Orbán in Ungarn. Giorgia Meloni in Italien nur zum Teil [...]. In Deutschland ist es die AfD. Ich denke, die beste Koalition, die ein Kanzler Friedrich Merz eingehen kann, ist diejenige mit der AfD von Alice Weidel. Das wäre eine Anti-Migrations-Koalition.« Weiter gab der Ehemann von Putins »Beauftragter für Kinderrechte«, gegen die der Internationale Strafgerichtshof Haftbefehl wegen illegaler Kindertransfers verhängt hat, kund: »Europa war eine wichtige Macht in der Welt, aber heute ist Europa nicht mal mehr im Spiel. Das ist das Ergebnis der demokratisch-liberalen Allianz auf dem Kontinent, sie hat dieses Desaster angerichtet. Europa wird ärmer werden. Die europäischen Länder müssen verstehen, dass der christliche Glaube ihre historische Identität ist. Deshalb müssen sie das Problem der Migration beseitigen. Wenn das nicht gelingt, wird Europa nicht mehr Europa sein und Deutschland nicht mehr Deutschland, die Hälfte der Bevölkerung wären dann Afrikaner oder Muslime. Die Nationen Europas müssen zurück zu ihrer nationalen Identität.«

Malofejew bezeichnet sich als orthodoxen Monarchisten, betreibt den nationalistischen Fernsehsender »Zargrad TV« und leitet den verschwörungstheoretisch orientierten Thinktank »Katehon«. Wegen seiner Unterstützung russischer Separatisten in der Ostukraine verhängten die USA und die EU 2014 Sanktionen gegen ihn. Malofejew ist dem Putin-Regime eng verbunden. Westliche Rechte und Putin eint der Kampf gegen vermeintlichen Kulturmarxismus und Dekadenz, der Rückgriff auf Religion, Tradition und nationale Identität.

Eigenrecherche DokRex

Interview mit Konstantin Malofejew, in: Die Zeit vom 13. März 2025, S. 23

Volker Weiß: Das Deutsche Demokratische Reich, Stuttgart 2025

Tansania /
Bundesrepublik Deutschland:
Corona-Leugner findet neue Heimat in Afrika

Als »Mut-Arzt wider die Corona-Lüge« und »BRD-Exilant« wird Bodo Schiffmann in dem neuen rechts-extremen Magazin »Nancy« (Berlin) vorgestellt. Der Arzt war eine Führungsfigur der deutschen Corona-Leugner-Szene. Das selbsternannte »Alternativmedienmagazin« Nancy fungiert quasi als »COMPACT-Magazin« unter neuem Namen. Der Name Nancy stellt einen Bezug zur damaligen Bundesinnenministerin Nancy Faeser her. Die COMPACT-Magazin GmbH wurde im Juli 2024 von Faeser als rechtsextreme Vereinigung verboten. Schwadroniert wird im Interview über »Great Reset«, »Gender-Wahn« und das »Corona-Komplott«. O-Ton Schiffmann: »Es lag bei der Corona-Lüge möglicherweise auch eine Massenhypnose vor, die mit bestimmten Schlüsselbegriffen über das Fernsehen ausgebracht wurde. Man sollte sich alle Fernsehsendungen zu dem Thema in der Anfangszeit nochmal vornehmen und nachschauen, ob dort Lichtsignale oder andere Hinweise darauf sind, dass die Massen in diesen Zombie-Modus hineingetrigger worden sind.« Bei Corona ging es laut Schiffmann »im Grunde um die komplette Kontrolle der Welt«: »Am Werk sind im wesentlichen zwei Dynastien, jetzt mal abgesehen von den Windsors. Das sind die Familien Rothschild und Rockefeller, die in einem Spiel sind, wer jetzt gerade wie gewinnt. Das Spiel ist im Grunde immer dasselbe und verläuft in Zyklen. [...] Das Ganze ging bereits vor dem Ersten Weltkrieg los und unsere

zionistischen Freunde spielen auch eine gewisse Rolle.« Schiffmann, der sich nach Ärger mit der Justiz und Behörden ins afrikanische Tansania abgesetzt hat, ist sich »ziemlich sicher: Mein Telefonbuch hätte der Verfassungsschutz gerne«.

Eigenrecherche DokRex

<https://www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/naency-compact-nachfolge-100.html> /
eingesehen am 2. Mai 2025

»Kein Blatt vor dem Mund«. Interview mit Bodo Schiffmann (»im Exil« in Tansania), in: Nancy. Magazin für die deutsche Ex-Frau und den deutschen Ex-Mann. Nr. 2 (2025), S. 43–48

Israel:
Zweifelhafte Bündnispartner im
Kampf gegen Antisemitismus

Am 26. und 27. März fand in Jerusalem die »International Conference on Combating Antisemitism« statt. Die Veranstaltung wurde vom israelischen Ministerium für Diaspora-Angelegenheiten und den Kampf gegen Antisemitismus unter Führung von Amichai Chikli (Likud) organisiert. Die Konferenz hatte schon vor ihrem offiziellen Start für internationale Schlagzeilen gesorgt. Zahlreiche Vertreter extrem rechter europäischer Parteien waren eingeladen worden. Die AfD wurde nicht berücksichtigt. Zu den Boykottierenden gehörte der deutsche Antisemitismusbeauftragte Felix Klein. Vor Ort war unter anderem Jordan Bardella, Chef des französischen »Rassemblement National« (RN). Der argentinische Präsident Javier Milei ließ eine Grußbotschaft übermitteln. »Insgesamt ist die Annäherung der israelischen Politik an die Parteien der europäischen Rechten durch die Konferenz in Jerusalem ermutigt worden. Man rechnet in Jerusalem damit, dass rechte Parteien sehr bald auch die Außenpolitik ihrer Staaten beeinflussen werden«, so die extrem rechte Zweimonatszeitschrift »CATO« (Berlin). Das »Magazin für neue Sachlichkeit« wertet die »International Conference on Combating Antisemitism« als »Ausgangspunkt für eine langfristige Zusammenarbeit zwischen Israels Regierung und den rechten Parteien zur Bekämpfung des Judenhasses in Europa und im Nahen Osten«.

Eigenrecherche DokRex

<https://k-larevue.com/en/conference-of-shame/> / eingesehen am 1. Juni 2025

Sandro Serafin: Netzwerker der Rechten, in: Junge Freiheit, 15/2025, S. 3

Filip Gaspar: Internationale Konferenz zum Kampf gegen Antisemitismus 2025 in Jerusalem, in: Jüdische Rundschau, 4/2025, S. 4f

Chaim Noll: Israel und die europäische Rechte, in: Cato. Magazin für neue Sachlichkeit, 4/2025, S. 32–34

Baden-Württemberg:
DokRex-Fachtagung
Antisemitismus

Die Bekämpfung von Antisemitismus ist ein Herzensanliegen der 2020 vom baden-württembergischen Landtag ins Leben gerufenen Dokumentationsstelle Rechtsextremismus (DokRex) im Generallandesarchiv Karlsruhe. Am 28. März fand dort die Fachtagung »Antisemitismus: eine Bewährungsprobe für unsere Demokratie« statt. Antisemitismus zeigt sich heute in einer erschreckenden Vielfalt – sei es in politischen Diskursen, in kulturellen Kreisen oder durch Vorurteile in der Gesellschaft. Besonders besorgniserregend ist die Verbreitung von Antisemitismus in den sozialen Medien und der zunehmende Hass gegenüber Israel. Eröffnet wurde die ausgebuchte Tagung vom Präsidenten des Landesarchivs Baden-Württemberg, Gerald Maier, der erklärte, dass Antisemitismus integraler Bestandteil des rechtsextremen Weltbildes sei und die größte Gefahr für Jüdinnen und Juden in der Bundesrepublik nach wie vor von Rechtsextremisten ausgehe. Rechtsextremismus sei eine Bedrohung für uns alle. Wissenschaftsministerin Petra Olschowski betonte in ihrem Grußwort, dass es nun gelte, die Waffen der wehrhaften Demokratie im Kampf gegen den Antisemitismus zu nutzen und zu stärken. 160 Teilnehmer und Referenten aus dem In- und Ausland informierten und diskutierten darüber, in welchen Erscheinungsformen sich Antisemitismus heute äußert, wie er sich von früheren Formen unterscheidet und wie sich Antisemitismus wirksam bekämpfen lässt. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Podiumsdiskussion, Michael Blume (Antisemitismusbeauftragter BW), Rami Suliman (Vorsitzender der Israelitischen Religionsgemeinschaft Baden), Stephan Kramer (Präsident des Thüringer Verfassungsschutzes), Philipp Peyman Engel (Chefredakteur der Jüdischen Allgemeinen) und Petra Pau (ehemalige Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages), waren sich einig darüber, dass die Gewalttaten der islamistischen Hamas als Terrorismus zu benennen sind und Terror kein Befreiungsnationalismus sei. Sie drückten ihre Solidarität mit dem Staat Israel aus, übten aber auch Kritik an der israelischen Regierung, die von den Podiumsteilnehmerinnen und -teilnehmern in Teilen als rechtsextremistisch und völkisch gewertet wurde.

April 2025

Sachsen / Baden-Württemberg:

»Konsensstörung« und die

»Auschwitz-Religion«

Die in Dresden erscheinende rechtsintellektuelle »Vierteljahresschrift für Konsensstörung« mit dem Titel »Tumult« (Druckauflage: 4.000 Exemplare) versteht sich als »wichtige Stimme, die den politischen Konformismus in Zeiten fortschreitender Zersplitterung der Medienzuwendungszeit herausfordert«. In der Tumult-Frühjahrsausgabe findet sich der Artikel »Der Weg in die Auschwitz-Religion« des promovierten Freiburger Philosophen Rudolf Brandner. RECHTS.GESCHEHEN dokumentiert Auszüge aus dem verstörenden Beitrag.

Brandner: »Eine magische, magnetische Anziehungskraft, die wie ein schwarzes Loch alles unterscheidende Denken in sich zu verschlingen droht, geht aus von jener zum Brennpunkt ihrer Negativität erkorenen Brandstelle der modernen Seele: Auschwitz – jenem Ort, dem nun die höchste synthetische Konzentrationsmacht eignet, all ihre nach Befreiung und Erlösung schreienden Befindlichkeiten in sich aufzunehmen und sich als Projektionsraum ihrer sadomasochistischen Phantasmagorien, aller rauschhaften Aufstachelung seelischer Bedürfnisse nach Selbstgeißelung und Büßertum, Rache, Anklage und Strafe, darzubieten. Damit wird Auschwitz zur massenpsychologischen Institution, die der liberalen Entgleisung in die Maßlosigkeit eine Kompensation am Totalitären eines Gefühls bietet – und am totalen Eingenommensein durch einen Schrecken, der schlechthin bannt und auch noch den Verstand und alles klare Denken in Beschlag nimmt, in die religiöse Mystifikation übergeht – die Auschwitz-Religion. Die religionsstiftende Mystifikation einer historischen Tatsache, die alles Übel der Welt in sich zu vereinen scheint, ist nicht neu, im Gegenteil: Sie hat ihr geschichtliches Vorbild am 'Kreuzestod' [...]«.

Weiter versteigt sich Brandner zu den Aussagen: »Die Auschwitz-Religion ersetzt die staatstragende Vernunft (Staatsräson) durch massenpsychologische Gestimmtheit, der jedes objektive Maß politischen Handelns fehlt. Ein präsidialer Oberpriester des Schuldkults durchreist die Lande peinlich um Abbitte flehend. Am Auschwitz-Gedenktag wird der Deutsche Bundestag zur Kirche und feiert eine Messe, um die Absolution vom Bösen in gespielter Andächtigkeit zu begehren.« Brandner schließt mit den Worten: »Auschwitz: das Grab Gottes, wo der getötete Gott seiner Auferstehung harret – und als Gespenst in die Welt hinausgeschickt sein machtpolitisches Unwesen kollektiver Moralhysterie treibt«. Sätze wie Brandpfeile, die auch ein notorischer Holocaust-Leugner und militanter Antisemit wie Horst Mahler nicht ekelhafter formulieren könnte.

Brandner ist Autor des Buches »Die Ideologie der Menschenrechte und das Ethos des Menschseins« (Manuscriptum 2022). Auf »übersichtlichen 108 Seiten« reite Brandner einen »leidenschaftlichen wie sachlichen Angriff auf die Sakralisierung der Menschenrechte«, so die Homepage des 2016 gegründeten rechtsextremen Jungeuropa Verlags (Dresden).

Eigenrecherche DokRex

Rudolf Brandner: Der Weg in die Auschwitz-Religion, in: Tumult. Vierteljahresschrift für Konsensstörung. Dresden Frühjahr 2025, S. 25 - S. 27

<https://www.jungeuropa.de/andere-verlage/weltanschauung/315/die-ideologie-der-menschenrechte-und-das-ethos-des-menschseins> / eingesehen am 20. Juli 2025

Brandenburg / Bundesweit:

COMPACT, Elsässer und

ein Bademantel

Im Shop des rechtsextremen Magazins »COMPACT« wird für einen Bademantel mit den Worten »Mit Eleganz der Staatsmacht entgegentreten!« geworben. Im Rahmen des Verbots der COMPACT-Magazin GmbH hatte bei Chefredakteur und Medienunternehmer Jürgen Elsässer im brandenburgischen Falkensee (Havel) im Juli 2024 eine Hausdurchsuchung stattgefunden. Als Elsässer die Tür öffnete, wurde er im Bademantel fotografiert. »Das Bademantel-Foto ging durch alle Medien – und wurde zum Symbol des Widerstandes«, so die April-Ausgabe von COMPACT. Weiter meint das »Magazin für Souveränität«: »Vor aller Welt wurde nicht Elsässer entblößt, sondern der übergriffige und immer totalitärer agierende Staat, der Oppositionelle drangsaliert und verfolgt.« Der COMPACT-Bademantel »Elsässer« sei ein »echter Hingucker«.

Im Juni hat das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) nach zweitägiger Verhandlung das Verbot der COMPACT-Magazin GmbH aufgehoben, die unter anderem das rechtsextreme Magazin COMPACT herausgibt. Laut Gericht verbreitet COMPACT zwar verfassungsfeindliche Inhalte wie Beiträge zum Thema »Remigration«. Diese seien jedoch bisher »nicht prägend« und somit nicht ausreichend für ein Verbot. Die Anwendung des Vereinsrechts sei jedoch grundsätzlich gerechtfertigt, da COMPACT aktiv eine politische Agenda verfolge. Die COMPACT-Magazin GmbH war auf Basis des Vereinsgesetzes vom Bundesinnenministerium verboten worden, weil sie sich mit ihren Erzeugnissen gegen die verfassungsmäßige Ordnung richte.

COMPACT definiert sich laut Chefredakteur Jürgen Elsässer als »das reichweitenstärkste Medium der Opposition, die stärkste Stimme für die Freundschaft mit Russland und den Frieden in Nahost«. 40.000 Exemplare sollen monatlich verkauft werden, COMPACT-TV auf Youtube zählt 550.000 Abonnenten. Das Magazin für Souveränität fordert die »nationale Souveränität« und den Austritt aus NATO und EU. Die Erstausgabe ist im Dezember 2010 erschienen.

Eigenrecherche DokRex

<https://www.bverwg.de/pm/2025/48> / eingesehen am 25. Juni 2025

Jürgen Elsässer: Freiheit oder Kriegsrecht?, in: COMPACT, Juli 2025 S. 1

COMPACT, April 2025, S. 7

Bayern / Bundesweit:

Vor 80 Jahren: »Führer«-Mord an Widerstandskämpfer Georg Elser

Vor achtzig Jahren – am 9. April 1945 – wurde der schwäbische Schreinergereselle Georg Elser auf Befehl Adolf Hitlers von SS-Oberscharführer Theodor Bongartz im Konzentrationslager Dachau ermordet. Elser war eine herausragende Gestalt des deutschen Widerstandes gegen das NS-Regime. Wäre alles nach Plan verlaufen, hätte er die Weltgeschichte entscheidend verändert. Millionen Menschen wären nicht umgekommen. Doch Hitler verließ am Abend des 8. November 1939 den Münchner Bürgerbräukeller um 13 Minuten zu früh, und als Elsers Bombe um 21.20 Uhr explodierte, riss sie acht Menschen in den Tod, nicht aber Hitler. Im Gegensatz zu den Verschwörern des 20. Juli 1944 wurde Elser in der offiziellen Gedenkkultur der Bundesrepublik bis in die 1990er-Jahre kaum gewürdigt. Mittlerweile erinnern mehrere Dutzend Orte in der Bundesrepublik, darunter Straßen, Plätze und Denkmäler, an Elser. Die Post legte 2003 eine Georg-Elser-Sondermarke auf. Im Berliner Regierungsviertel steht am Spreeufer in der »Straße der Erinnerung« eine Elser-Büste, neben Thomas Mann, Edith Stein und Walther Rathenau.

Eigenrecherche DokRex

<https://hpd.de/artikel/hitler-attentaeter-georg-elser-mann-ohne-ideologie-22987> / eingesehen am 1. Mai 2025

Lesetipps:

Peter Steinbach / Johannes Tuchel: Georg Elser. Der Hitler-Attentäter, Berlin 2010

Wolfgang Benz: Allein gegen Hitler. Leben und Tat des Johann Georg Elser, München 2023

Helmut Ortner: Georg Elser. Der einsame Attentäter – Der Mann, der Hitler töten wollte, Frankfurt am Main 2022

Brandenburg:

Zur Entwicklung der kommunalpolitischen Präsenz der AfD

Die AfD wurde bei den Kommunalwahlen im Juni 2024 mit 25,7 Prozent stärkste Kraft vor CDU und SPD in Brandenburg. Wie stark ist die Partei, welche Chancen hat sie in Zukunft? Das beleuchten zwei Forscher des Potsdamer Moses Mendelssohn Zentrums für europäisch-jüdische Studien. »Ohne Zweifel sind durch die starken Wahlergebnisse die Möglichkeiten der AfD gestiegen, auch auf der Ebene der Kommunen politischen Druck aufzubauen«, schreiben die Rechtsextremismus-experten Gideon Botsch und Christoph Schulze in den Mitteilungen der Emil Julius Gumbel Forschungsstelle. Ihr Fazit: »Aus der deutlich angewachsenen quantitativen kommunalpolitischen Präsenz der Partei können sich durchaus Potenziale ergeben, mithilfe derer Qualifizierungsschritte initiiert werden könnten. Ohne Zweifel sind durch die starken Wahlergebnisse die Möglichkeiten der AfD gestiegen, auch auf der Ebene der Kommunen politischen Druck aufzubauen. Mit Siegen der AfD bei künftigen kommunalen Wahlen wie Landrats- oder Bürgermeisterwahlen ist zu rechnen.«

Gideon Botsch / Christoph Schulze: Zur Entwicklung der kommunalpolitischen Präsenz der AfD. Ein Zwischenbericht aus Brandenburg, in: Mitteilungen der Emil Julius Gumbel Forschungsstelle, Potsdam, April 2025, Ausgabe 14: https://www.mmz-potsdam.de/media/344/download/EJG_Mitteilungen_14.pdf?v=1 / eingesehen am 2. Dezember 2025

Frankreich /
Bundesrepublik Deutschland:
**Neurechter Vordenker plädiert
für »die Idee einer solidarischen
Leistungsgemeinschaft starker
Persönlichkeiten«**

Der neurechte Vordenker und Strategie Benedikt Kaiser, Verfechter des Konzepts des »Solidarischen Patriotismus«, Mitarbeiter diverser AfD-Politiker und vormals Redakteur der »Sezession« und Lektor im »Verlag Antaios«, war Redner bei einer Tagung des neurechten »Instituts Iliade« in Paris am 5. April. Das Institut hat sich dem geistigen Erbe Dominique Venners verschrieben.

Positiven Bezug nahm Kaiser in seiner Rede »Der Europäer: mehr als nur ein Marktteilnehmer!« auf den US-amerikanischen katholischen Kommunitaristen Patrick J. Deneen. Deneen, Berater und Inspirator von US-Vizepräsident J. D. Vance, ist demnach »an einer Wiedereinsetzung von Werten gelegen, an einer gemeinschaftsorientierten, volksverbundenen Renaissance, und zwar explizit jenseits der alles determinierenden Sphäre. Deneen trifft sich wahrscheinlich mit den Granden der Konservativen Revolution in Deutschland um Arthur Moeller van den Bruck, denen es einst darum ging, 'Dinge zu schaffen, die zu erhalten sich lohnt'«. Deneen, so Kaiser, will, im Gegensatz zu Curtis Yarvin oder Elon Musk, den USA eine »nichtmaterialistische, identitätspolitische und gemeinschaftsloyale Sinnstiftung« geben. Religion, Familie und Gemeinwohlstreben sollen in den Fokus rücken, statt die »Reduktion des Ichs auf ein sich selbst unaufhörliches vermarktendes Individuum«. Kaiser plädiert für »Arbeit für die Gemeinschaft im Zeichen organischer Identitäten«.

Fazit seiner Rede beim Institut Iliade: »Es bedarf einer neuen politischen Ökonomie Europas, die sozial, identitär und gemeinwohlorientiert ausgestaltet sein muss: gegen die liberale und marxistische Reduktion des Individuums auf seine Rolle als Marktteilnehmer - für die Idee einer solidarischen Leistungsgemeinschaft starker Persönlichkeiten.« Veröffentlicht wurde die Rede von Kaiser in der FPÖ-nahen Zeitschrift »Freilich« (Graz), dem »Magazin für Selbstdenker«.

Das Institut Iliade widmet sich dem »Wiedererwachen des europäischen Bewußtseins« und der Pflege des Ideenkreises des »rebellischen Herzens«. Gegründet wurde das Institut Iliade 2014 am ersten Jahrestag des Suizids von Dominique Venner. Der 78-jährige rechtsextreme Publizist und politische Aktivist hatte sich am 21. Mai 2013 vor den Augen von Kirchenbesuchern in der Pariser Kathedrale Notre-Dame erschossen. Venner wollte damit »auf die Amerikanisierung und Islamisierung Europas aufmerksam« machen, so der Weblog der rechtsextremen österreichischen Wochenzeitung »Zur Zeit«. Er tötete sich »aus Protest gegen die Einführung der Homo-Ehe in Frankreich«, meint dagegen der Weblog von Sezession. Sezession hatte kurz vor dem Freitod von Venner noch ein Interview mit ihm geführt. Venner führte aus: »Mit anderen Worten: keine politische Aktion von hohem Niveau ist denkbar ohne die Vorbedingung eines identitären Gedächtnisses, das fähig ist, sie zu lenken. Aber Worte reichen dann nicht aus. Man muß Worte durch Taten bekräftigen können, man muß das Leben einsetzen, und dies muß bis zur Bereitschaft reichen, das Leben zu opfern, wenn es erforderlich erscheint.« Venner hinterließ einen Brief, um seine Tat zu erklären: »Da jedoch am Abend meines Lebens mein französisches und europäisches Vaterland in großer Gefahr schwebt, habe ich mich entschlossen zu handeln, solange es meine Kräfte noch zulassen. Während viele Menschen sich zu Sklaven ihres Lebens machen, verkörpert meine Geste eine Ethik des Willens. Ich übergebe mich dem Tod, um die trägen Geister aus ihrem Dämmer Schlaf zu wecken. Ich erhebe mich gegen den Fatalismus. Ich erhebe mich gegen die Seelen zerstörenden Gifte und gegen den Angriff individueller Begierden auf die Anker unserer Identität, besonders auf die Familie, die intime Säule unserer Jahrtausende alten Zivilisation. Ebenso wie ich für die Identität aller Völker in ihren Heimatländern eintrete, erhebe ich mich zugleich gegen das vor unseren Augen begangene Verbrechen der Ersetzung unserer Völker durch andere. Ich verzichte auf den Rest Leben, der mir noch bleibt, für einen grundlegenden Akt des Protestes.«

Eigenrecherche DokRex

Benedikt Kaiser: Der Europäer: mehr als nur ein Marktteilnehmer! Rede von Kaiser bei einer Tagung des Instituts Iliade in Paris am 5. April 2025. Darin plädiert er für eine neue politische Ökonomie Europas, in: Freilich. Das Magazin für Selbstdenker. Juni 2025, S. 56-61

<https://institut-iliade.com/das-franzosische-iliade-institut-tagt-in-paris-erinnerung-an-dominique-venner/> eingesehen am 20. April 2025

<https://zurzeit.at/index.php/venner-gedenkfeier-verboten-meinungsfreiheit-in-frankreich-ist-ein-luxusgut/> eingesehen am 20. April 2025

<https://sezession.de/38844/man-mus-das-leben-einsetzen-interview-mit-dominique-venner/> eingesehen am 20. April 2025

<https://pi-news.net/2025/04/benedikt-kaiser-die-afd-sollte-eine-nachwuchsschmiede-aufbauen/> eingesehen am 20. April 2025

Berlin:

**Antiziganismus: Höchste Fallzahl
seit Projektbeginn**

Die Dokumentationsstelle Antiziganismus (DOSTA/MIA Berlin) verzeichnet mit 247 dokumentierten Vorfällen für das Jahr 2024 die höchste Fallzahl in der Bundeshauptstadt seit Beginn des Projekts im Jahr 2014. »Wir erleben zurzeit eine politische Lage, in der rechtsradikale Einstellungen der gesellschaftlichen Mitte offen kommuniziert und gelebt werden, was sich in den Fallmeldungen widerspiegelt. Die meisten Vorfälle ereigneten sich in den drei Lebensbereichen Kontakt zu Behörden (49 Vorfälle), im Bildungsbereich (47 Vorfälle) und in der Öffentlichkeit (45 Vorfälle)«, erklärt Projektleiterin Violeta Balog. In den letzten elf Jahren der Erfassung von antiziganistischen Vorfällen hat die DOSTA/MIA Berlin insgesamt 1.749 Fälle in den verschiedensten Lebensbereichen dokumentiert. Durch die jahrelange Erfassung konnte das Projekt dazu beitragen, dass Antiziganismus zunächst überhaupt thematisiert und im Laufe der Jahre sichtbarer geworden ist. DOSTA ist seit Juli 2022 Teil der bundesweiten Melde- und Informationsstelle Antiziganismus (MIA).

<https://amarofo.de/2025/04/15/pressemitteilung-vom-15-april-2025-kurzbericht-2024-dosta-mia-berlin-hoechste-fallzahl-seit-projektbeginn-und-rechtsradikale-tendenzen/?cookie-state-change=1763892440305> / eingesehen am 15. April 2025

<https://amarofo.de/wp-content/uploads/2025/04/DOSTA-Kurzbericht-2024-final.pdf> / eingesehen am 15. April 2025

USA:

**Vor 30 Jahren:
Rechtsextremer Bombenanschlag
in Oklahoma City**

Vor 30 Jahren, am 19. April 1995, verübte der Rechtsextremist Timothy McVeigh einen der schwersten Anschläge in der Geschichte der USA. Beim Bombenattentat auf das Bundesgebäude Murrah Federal Building in Oklahoma City starben 168 Menschen, darunter 19 Kinder, mehr als 500 Menschen wurden zum Teil schwer verletzt. Unterstützt wurde der Golfkriegsveteran dabei von Terry Nichols und Michael Fortier. Die Bombe war ein 2,4 Tonnen schwerer, aus Ammoniumnitrat (Mineraldünger) und mehreren hundert Litern Nitromethan (Dragster-Kraftstoffzusatz) selbst hergestellter Sprengsatz, der in einen gemieteten Lkw geladen worden war.

Inspirierte wurde McVeigh für den Anschlag durch das rechtsterroristische Standardwerk »The Turner Diaries«. Dieser in Tagebuchform geschriebene Roman wurde von dem US-amerikanischen Neonazi William Pierce unter dem Pseudonym Andrew McDonald 1978 verfasst. Der fiktive Erlebnisbericht eines weißen Patrioten namens Earl Turner beschreibt den Fortgang einer »weißen Revolution«, die mit einem Anschlag auf das FBI-Hauptquartier ihren Anfang nimmt. Das seit 2006 in Deutschland indizierte Buch gilt als Standardwerk der weißen separatistischen Bewegung in den USA. »Nur die Anschläge vom 11. September waren noch tödlicher«, so die Bundeszentrale für politische Bildung.

Darauf hinzuweisen ist an dieser Stelle, dass 1921 ein weißer Mob, angeführt von Aktivisten des Ku-Klux-Klans das größtenteils von schwarzen Menschen bewohnte Viertel Greenwood im ca. 100 Meilen von Oklahoma entfernten Tulsa verwüstete. Hunderte Menschen starben. Das Massaker ist einer der folgenreichsten Übergriffe auf Afroamerikaner und Afroamerikanerinnen in der Geschichte der USA.

Trotz seiner historischen Dimension ist das Attentat von Oklahoma bis heute nur begrenzt Teil der gesellschaftlichen Erinnerung. Während es in Oklahoma City eine lokale Gedenkkultur gibt, fehlt auf nationaler Ebene eine breitere Auseinandersetzung mit der Tat, ihrer Ideologie und ihren Folgen. Zum Jahrestag im April äußerte sich die Trump-Administration nicht öffentlich zum Anschlag. Exakt zwei Jahre vor dem Anschlag in Oklahoma City hatte das FBI das Hauptquartier der Sekte Branch Davidians um ihren militanten Führer David Koresh im texanischen Waco gestürmt. 76 Menschen kamen laut FBI ums Leben. Vor Gericht behauptete McVeigh, er habe aus Rache für die Waco-Aktion gehandelt. Im Juni 1997 sprach ein Bundesgericht in Denver die Todesstrafe für McVeigh aus. McVeigh wurde 2001 mit der Giftspritze in einem Staatsgefängnis im US-Staat Indiana hingerichtet. Zu den wichtigsten rechtsextremen Zahlen- und Buchstabencodes zählt »168:1« das sich auf das Bombenattentat von Mc Veigh bezieht. In menschenverachtender Weise wird mit dem Code wie bei einem Fußballspiel das »Ergebnis« dieses Anschlages als Erfolg gefeiert, da eben 168 Opfer einem toten Rechtsextremisten gegenüberstehen.

Eigenrecherche DokRex

Elektronischer Rundbrief der Bundeszentrale für politische Bildung vom 7. August 2025: (Nicht)erinnern an rechten Terror: 30 Jahre Oklahoma City Bombing. Online-Veranstaltung über Erinnerungskultur und gesellschaftliche Verdrängung rechter Gewalt

<https://www.fbi.gov/history/famous-cases/oklahoma-city-bombing> / eingesehen am 10. Oktober 2025

Bundesweit:
**Einstellungen zur gegenwärtigen
 NS-Erinnerung: »Schlussstrich«
 unter die deutsche Erinnerungs-
 kultur**

Erstmals wünscht sich eine relative Mehrheit der Bevölkerung einen erinnerungskulturellen »Schlussstrich« unter die deutsche NS-Vergangenheit, wie aus der neuen Memo-Studie der Stiftung Erinnerung Verantwortung Zukunft (EVZ) hervorgeht. Nur 42,8 Prozent der Befragten gaben an, es sei ihnen wichtig, die Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus lebendig zu halten. Den Ergebnissen zufolge stimmten 38,1 Prozent der dafür Befragten der These stark oder eher zu, dass es »Zeit für einen Schlussstrich unter die Zeit des Nationalsozialismus« sei. 37,2 Prozent lehnten das eher oder stark ab. Der »Schlussstrich«-Aussage stimmten laut Studie am ehesten Menschen im mittleren Altersbereich sowie AfD-Wähler zu. Jüngere und Ältere sowie Menschen mit höherem Bildungsabschluss lehnten die Aussage eher ab. Besorgniserregend sind die Befunde zu Antisemitismus und Geschichtsrevisionismus. So war gut ein Viertel der Befragten (25,9 Prozent) der Auffassung, Jüdinnen und Juden nutzten die Erinnerung an den Holocaust zu ihrem persönlichen Vorteil aus. Bei der Befragung gaben 44,8 Prozent an, sich darüber zu ärgern, »dass den Deutschen auch heute noch die Verbrechen an den Juden vorgehalten werden«.

»Antisemitische, rechtspopulistische und geschichtsrevisionistische Haltungen haben im Vergleich zu früheren Befragungen merklich zugenommen und sind nun endgültig wieder in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Wir sehen sie in allen Bevölkerungsschichten und gesellschaftlichen Gruppen«, erläutert der Leiter der Studie, Prof. Dr. Jonas Rees, Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung und Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt, Universität Bielefeld. 63,8 Prozent der Befragten sehen im Rechtsextremismus eine große oder sehr große Gefahr für die deutsche Gesellschaft. Dr. Andrea Despot konstatiert aus diesen Befunden der »Gedenkanstoß MEMO-Studie«: »Vergangenheitsbetrachtung und gegenwartsbezogene Einstellungen scheinen sich voneinander zu entkoppeln. Die Relevanz historischer Kenntnisse für das heutige Handeln sollten Akteur:innen der historisch-politischen Bildung in neuen Formaten der Vermittlung stärker hervorheben.« Für die Studie untersuchten die Stiftung EVZ und das Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung in einer repräsentativen Online-Befragung das kritische Geschichtsbewusstsein in der Bundesrepublik.

<https://www.stiftung-evz.de/was-wir-foerdern/gedenkanstoss-memo-studie> / eingesehen am 29. April 2025

<https://aktuell.uni-bielefeld.de/2025/04/29/gedenkanstoss-memo-studie-warnt-vor-schwindender-erinnerung/> / eingesehen am 29. April 2025

https://www.stiftung-evz.de/assets/1_Was_wir_f%C3%B6rdern/Bilden/Bilden_fuer_lebendiges_Erinnern/MEMO_Studie/Gedenkansto%C3%9F/Gedenkansto%C3%9F_MEMO-Studie_2025_2._Auflage.pdf / eingesehen am 29. April 2025

<https://live0.zeit.de/zeit/EinstellungderDeutschenzurNSZeit.pdf> eingesehen am 2. Dezember 2025

Mai 2025

Österreich / Bundesrepublik:
Maaßen ganz rechts

Rede und Antwort stand Hans-Georg Maaßen, abgesetzter Verfassungsschutzpräsident, der FPÖ-nahen Wiener Wochenzeitschrift »Zur Zeit«. Nichtregierungsorganisationen (NGOs) sind Maaßen ein Dorn im Auge: »Diese NGOs sind tatsächlich Organisationen, die dem links-grünen politischen Vorfeld zuzurechnen sind. Dabei agieren sie taktisch geschickt, indem sie eine Art Parallelstruktur zur Regierungsebene aufgebaut haben und Aufgaben erfüllen, die eigentlich der Staat nicht wahrnehmen darf. Dazu gehört die Verfolgung politischer Gegner der Linken, Oppositionsbekämpfung mit Steuergeldern sozusagen.« Feindbild von Maaßen scheint die engagierte Zivilgesellschaft zu sein: »Wenn wir heute das Agieren von NGOs im 'Kampf gegen rechts' sehen und dann betrachten, was in totalitären oder autoritären Staaten deren Geheimdienste an Aktivitäten entfalten, dann wird man beim Vergleich zu einer ganzen Reihe von Gemeinsamkeiten kommen.« Die Berichterstattung des Recherchenetzwerkes CORRECTIV über das konspirative Potsdamer »Remigrations«-Treffen im Landhaus Adlon vom November 2023 kommentierte der einstige oberste Verfassungsschützer mit den Worten: »Das war eine großangelegte, choreografisch vorbereitete Inszenierung zur Diffamierung politischer Gegner im sogenannten 'Kampf gegen rechts'.«

Das Interview mit Maaßen führte Bernd Kallina, Alter Herr der pflichtschlagenden Münchner Burschenschaft »Danubia« und Vizevorsitzender des vom Verfassungsschutz als »gesichert rechts-extremistisch« eingestuften Vereins »Staats- und wirtschaftspolitische Gesellschaft« (SWG; Sitz: Hamburg). Das Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) Hamburg teilte 2023 hinsichtlich der SWG mit: »Die vorliegenden tatsächlichen Anhaltspunkte für rechtsextremistische, geschichtsrevisionistische und die parlamentarische Demokratie und den Rechtsstaat verächtlich machende Aktivitäten konnten nach eingehender nachrichtendienstlicher Ermittlung und Auswertung verdichtet werden.« Medieninhaber von Zur Zeit ist die »W 3« Verlagsgesellschaft m.b.H. & Co Verlag KG. Einer der ZZ-Herausgeber ist der ehemalige FPÖ-Europaparlamentarier Andreas Mölzer. Zu den Gesellschaftern zählt auch die Junge Freiheit Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft m.b.H. um JF-Chefredakteur Dieter Stein.

Eigenrecherche DokRex

<https://www.hamburg.de/politik-und-verwaltung/behoerden/behoerde-fuer-inneres-und-sport/aemter/landesamt-fuer-verfassungsschutz-hamburg/rechtsextremismus/swg/> / eingesehen am 16. Dezember 2025

»Correctiv« agiert wie ein privater Geheimdienst. Interview mit Hans-Georg Maaßen, in: Zur Zeit, Nr. 19 vom 10. bis 16. Mai 2025, S. 18-20

<https://zurzeit.at/index.php/impressum/> / eingesehen am 1. Juni 2025

Bundesweit:
Bundesamt für Verfassungsschutz stuft die AfD als »gesichert rechts-extremistische Bestrebung« ein

Das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) stuft die »Alternative für Deutschland« (AfD) seit dem 2. Mai aufgrund der die Menschenwürde missachtenden, extremistischen Prägung der Gesamtpartei als »gesichert rechtsextremistische Bestrebung« ein. Bereits seit 2021 galt die Partei als rechtsextremer Verdachtsfall. Die Einstufung als gesichert rechtsextremistisch bedeutet, dass das BfV nicht mehr bloß Anhaltspunkte, sondern belastbare Erkenntnisse für verfassungsfeindliche Bestrebungen sieht. Vor der Entscheidung hat das BfV ein rund 1.110 Seiten starkes Gutachten zu der Partei erstellt.

DokRex dokumentiert Auszüge der Presseerklärung des BfV: »Das in der Partei vorherrschende ethnisch-abstammungsmäßige Volksverständnis ist nicht mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung vereinbar. Es zielt darauf ab, bestimmte Bevölkerungsgruppen von einer gleichberechtigten gesellschaftlichen Teilhabe auszuschließen, sie einer nicht verfassungskonformen Ungleichbehandlung auszusetzen und ihnen damit einen rechtlich abgewerteten Status zuzuweisen. Konkret betrachtet die AfD zum Beispiel deutsche Staatsangehörige mit Migrationsgeschichte aus muslimisch geprägten Ländern nicht als gleichwertige Angehörige des durch die Partei ethnisch definierten deutschen Volkes.«

Das BfV konstatiert: »Dieses ausgrenzende Volksverständnis ist Ausgangspunkt und ideologische Grundlage für eine kontinuierliche Agitation gegen bestimmte Personen oder Personengruppen, mit der diese pauschal diffamiert und verächtlich gemacht sowie irrationale Ängste und Ablehnung ihnen gegenüber geschürt werden. Dies zeigt sich in der Vielzahl fortlaufend getätigter fremden-, minderheiten- sowie islam- und muslimfeindlichen Äußerungen von führenden Funktionärinnen und Funktionären der Partei. Insbesondere die fortlaufende Agitation gegen Geflüchtete beziehungsweise Migrantinnen und Migranten befördert die Verbreitung und Vertiefung von Vorurteilen, Ressentiments und Ängsten gegenüber diesem Personenkreis. Die Abwertung der vorgenannten

Personengruppen zeigt sich auch in der pauschalisierenden Verwendung von Begriffen wie »Messermigranten« oder in der generellen Zuschreibung einer ethnokulturell bedingten Neigung zu Gewalt durch führende Mitglieder der AfD.«

BfV-Vizepräsident Sinan Selen und Vizepräsidentin Dr. Silke Willems erklären hierzu: »Wir sind zu der Überzeugung gelangt, dass es sich bei der Alternative für Deutschland um eine gesichert rechtsextremistische Bestrebung handelt. Dieser Befund fußt auf einer äußerst sorgfältigen gutachterlichen Prüfung, die einen Zeitraum von rund drei Jahren umfasst. Wir haben dabei eine Vielzahl von Aussagen und Positionen hochrangiger Parteivertreterinnen und -vertreter aus dem gesamten Bundesgebiet berücksichtigt und auch neueste organisatorische Entwicklungen mit in das Gutachten einbezogen. Maßgeblich für unsere Bewertung ist das die AfD prägende ethnisch-abstammungsmäßige Volksverständnis, das ganze Bevölkerungsgruppen in Deutschland abwertet und in ihrer Menschenwürde verletzt. Dieses Volksverständnis konkretisiert sich in einer insgesamt migranten- und muslimfeindlichen Haltung der Partei.«

Die beiden AfD-Vorsitzenden, Tino Chrupalla und Alice Weidel, schreiben in einer Mitteilung, die AfD als Oppositionspartei werde nun »kurz vor dem Regierungswechsel öffentlich diskreditiert und kriminalisiert«. Das sei erkennbar politisch motiviert. Der Deutsche Journalisten-Verband (DJV) hat die Medien dazu aufgefordert, ihre Berichterstattung über die AfD zu ändern. »Selbstverständlich müssen wir auch weiter über die AfD berichten«, sagte DJV-Bundesvorsitzender Mika Beuster: »Doch sie ist keine normale Partei aus dem demokratischen Spektrum, daher erfordert sie einen angepassten Umgang in der Berichterstattung. Wir Journalisten müssen die völkischen, rassistischen und rechts-extremen Absichten dieser Partei deutlicher hervorheben.«

Nach der Einstufung der AfD als gesichert rechtsextremistisch wird auch über mögliche Folgen für AfD-Mitglieder im Staatsdienst und die staatliche Parteienfinanzierung debattiert.

Im Rechtsstreit um die Einstufung der AfD als rechtsextremistisch hat der Verfassungsschutz im Mai eine »Stillhalteusage« abgegeben. Bis zu einem Gerichtsurteil wird der Nachrichtendienst die Aussage nicht öffentlich wiederholen.

<https://www.lto.de/recht/nachrichten/n/afd-einstufung-rechtsextremistisch-bfv-verfassungsschutz/> / eingesehen am 2. Dezember 2025

<https://rsw.beck.de/zeitschriften/nvwz/meldung/2025/05/05/verfassungsschutz-stuft-afd-als-gesichert-rechtsextremistisch-ein/> / eingesehen am 2. Dezember 2025

<https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/afd-reaktionen-einstufung-verfassungsschutz-100.html> / eingesehen am 5. Mai 2025

<https://www.tagesschau.de/newsticker/liveblog-afd-verfassungsschutz-100.html> / eingesehen am 5. Mai 2025

Bundesweit:

App zeigt Deutschland-Karte mit NS-Verbrechen

»Nazi Crimes Atlas – Digitaler Atlas NS-Verbrechen« heißt die seit dem 8. Mai freigeschaltete interaktive Gratis-App zur Erinnerung an nationalsozialistische Gräueltaten. Es solle der gesellschaftlichen Aufklärung dienen und gegen Antisemitismus und Rassismus wirken. Interessierte können auf einer digitalen Landkarte zu rund 25.000 juristisch belegten Nazi-Verbrechen an etwa 8.000 Orten im heutigen Deutschland recherchieren. Über einen Klick auf den Pin werden die Informationen zu historischen Fakten in Text und Bild sowie Angaben zu den Quellen eingeblendet. Die Daten umfassen die nach dem Krieg strafrechtlich verfolgten NS-Verbrechen bis 1945 sowie Quellen und Datensammlungen zum Holocaust, die die Tatorte von NS-Verbrechen belegen. Für weitere Informationen werden Archive der Gedenkstätte Yad Vashem, der Arolsen Archives und der Zentralen Stelle in Ludwigsburg genutzt. Der Atlas dokumentiert die Fälle von NS-Unrecht an tausenden Orten in Deutschland. Nach Angaben des Vereins dieKunstBauStelle mit Sitz in Landsberg am Lech, der mit verschiedenen Projekten immer wieder an die jüngere deutsche Geschichte erinnert, soll das Projekt kontinuierlich erweitert und auch auf das europäische Ausland ausgedehnt werden. Gefördert wird das Projekt von der Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft mit Sitz in Berlin.

<https://social.bund.de/@evzfoundation/114539491328437892> / eingesehen am 29. Mai 2025

<https://nazicrimesatlas.org/the-project/> / eingesehen am 29. Mai 2025

Bundesweit / Österreich:
Reichsbürgervereinigung
»Königreich Deutschland«

Am 13. Mai 2025 hat das Bundesministerium des Innern (BMI) die »Reichsbürger«-Vereinigung »Königreich Deutschland« (KRD), einen Fantasiestaat des gelernten Kochs und Karatelehrers Peter Fitzek, verboten. Das KRD wurde 2012 im sachsen-anhaltischen Wittenberg von seinem »Obersten Souverän« Fitzek ausgerufen: Dieser ließ sich mit Schwert und Fastnachtstkostüm zum König von Deutschland krönen und erklärte ein verlassenes Krankenhausgelände zu seinem Staatsgebiet. Fitzeks Anhänger glauben an eine breite Palette von Verschwörungstheorien, vermischt mit rechts-extremem und antisemitischem Gedankengut. Die rechte Sekte verstand sich laut Eigenangaben als »eine Basisdemokratie in Verbindung mit einer Räterepublik und einem repräsentativen König«, als angeblich völkerrechtswirksam gegründeter »Gegenstaat« unter monarchisch-absolutistischer Führung Fitzeks, der sich durch Sezession von der Bundesrepublik Deutschland abgespalten habe.

In sieben Bundesländern – Baden-Württemberg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen – wurden Liegenschaften des Vereins sowie Wohnungen führender Mitglieder durchsucht. Beschlagnahmt wurden das »Kanzleihlehnst Halsbrücke« (Sachsen), das »Kneipp-Kurhotel Wiesenbeek« in Bad Lauterberg im Harz (Niedersachsen) und der »Käseturm« in Gera (Thüringen). Darüber hinaus fand eine weitere Durchsuchung in Solothurn, Schweiz, statt. Ihr Anführer Fitzek wurde in der Gemeinde Halsbrücke festgenommen. Fitzek, bereits mehrfach verurteilt, war im September 2024 wegen Körperverletzung zu einer acht-monatigen Haftstrafe verurteilt worden. Zwar legte Fitzek Revision gegen das Urteil ein, doch diese blieb erfolglos. Der offene Haftbefehl wurde nun vollstreckt. Gegen Fitzek laufen auch Ermittlungen wegen illegaler Bank- und Versicherungsgeschäfte. Neben Fitzek wurden drei weitere mutmaßliche Rädelsführer des Vereins festgenommen. Zwei der Festnahmen erfolgten im Landkreis Mittelsachsen, je eine weitere in den Landkreisen Oder-Spree in Brandenburg und im rheinland-pfälzischen Kreis Bad Dürkheim.

Das »Königreich Deutschland« galt als mitgliederstärkste und aktivste Gruppierung im Spektrum der »Reichsbürger« und »Selbstverwalter« in der Bundesrepublik. Nach eigenen Angaben habe es über zirka 6.000 Mitglieder verfügt. Wie die Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage weiter ausführt, geht sie von einer Mitgliederzahl von zuletzt rund 1.000 Mitgliedern aus. Das Vereinsverbot untersagt jede Fortführung der Vereinsaktivitäten durch die bisherigen Mitglieder und Unterstützungsaktivitäten Dritter zugunsten des verbotenen Vereins. Verstöße hiergegen sind Straftaten nach § 20 Vereinsgesetz (bis zur Bestandskraft des Verbots) bzw. nach § 85 Strafgesetzbuch (ab Bestandskraft des Verbots).

Eigenrecherche DokRex

<https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2025/05/verbot-koenigreich-deutschland.html> / eingesehen am 13. Mai 2025

<https://www.tagesschau.de/inland/regional/badenwuerttemberg/swr-razzia-zu-koenigreich-deutschland-polizei-durchsucht-anwesen-in-mainhardt-100.html> / eingesehen am 13. Mai 2025

<https://www.swr.de/swraktuell/rheinland-pfalz/verbot-reichsbuerger-verein-koenigreich-deutschland-dobrindt-razzia-festnahme-bad-duerkheim-100.html> / eingesehen am 13. Mai 2025

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ferat Koçak, Clara Bünger und der Fraktion Die Linke. Verbot der Reichsbürgergruppe »Königreich Deutschland«, BT-Drs. 21/414 vom 5. Juni 2025: <https://dserver.bundestag.de/btd/21/004/2100414.pdf> / eingesehen am 14. Juni 2025

<https://www.luzernerzeitung.ch/schweiz/reichsbuerger-razzien-und-verhaftungen-auch-in-der-schweiz-deutsche-regierung-verbietet-das-koenigreich-deutschland-ld.2771721> / eingesehen am 14. Juni 2025

<https://koenigreichdeutschland.org/de/> / eingesehen am 13. Mai 2025 [inzwischen abgeschaltet]

Italien / Bundesrepublik / Europa:
»Remigrations«-Aktivisten
in Mailand

Unter dem Titel »Remigration Summit 25« fand am 17. Mai in dem von der Rechts-Partei »Lega« regierten Ort Gallarate bei Mailand ein in rechtsextremen Kreisen beworbener sogenannter »europäischer Remigrationsgipfel« mit rund 300 Teilnehmern statt. Organisiert wurde der Kongress von der italienischen Gruppe »Azione Cultura Tradizione« (»Aktion, Kultur, Tradition«) und dem Aktivistin Andrea Ballarati, einem ehemaligen Mitglied der Jugendorganisation der Partei »Fratelli d'Italia«. In die Organisationsvorbereitungen eingebunden waren auch der Portugiese Afonso Gonçalves und der Österreicher Martin Sellner. Vor Ort waren Vertreterinnen und Vertreter unterschiedlicher rechtsextremer Parteien und Organisationen aus Belgien, der Bundesrepublik, Dänemark, Frankreich, Italien, den Niederlanden, Österreich, Portugal, der Schweiz und Spanien.

Zum deutschen Teilnehmerfeld des »Remigration Summit 25« zählten Personen, die der »Identitären Bewegung Deutschland« (IBD), der »COMPACT-Magazin GmbH« sowie der Partei »Alternative für Deutschland« (AfD) zurechenbar sind. Ziel des Treffens, so Sellner, Kopf der österreichischen Identitären Bewegung, war es, »den Begriff Remigration aus der Theorie in die Wirklichkeit zu holen – auf eine internationale Bühne«. Man wollte zeigen, »dass Remigration kein Nischenthema mehr ist, sondern schon längst der politische Schlüsselbegriff für die Zukunft Europas«. Sellner fordert »Remigration« für »nicht-assimilierte Staatsbürger« über »Anpassungsdruck« und »maßgeschneiderte Gesetze« als »Jahrzehnteprojekt«.

Der Begriff »Remigration« wird in der Bundesrepublik insbesondere von der IBD verbreitet und lässt sich als Handlungsanweisung aus dem von ihr vertretenen Konzept des »Ethnopluralismus« ableiten. Dieses Konzept basiert auf der Vorstellung einer staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung in einem ethnisch und kulturell homogenen Staat. Mit der Forderung nach »Remigration« zielt die IBD auf die Herstellung größtmöglicher ethnokultureller Homogenität ab. Im Interview mit der rechtsextremen Monatszeitschrift »Zuerst!« führte Sellner aus, dass »der Gipfel« ein »strategischer Meilenstein, ein erster Schritt zu einer europäischen Lobby für Remigration« gewesen sei. Damit sei eine »europäische Lobby für Remigration [...] geboren«.

Medienangaben zufolge waren aus der Bundesrepublik neben der brandenburgischen AfD-Landtagsabgeordneten Lena Kotré und ihrem Fraktionskollegen Fabian Jank unter anderem Vincenzo Richter (Bundesleiter Identitäre Bewegung Deutschland), Maximilian Märkl (Sprecher Identitäre Bewegung Deutschland) und Paul Klemm (COMPACT-TV) vor Ort. Auf der Rednerinnenliste standen neben Kotré: Eva Vlaardingerbroek (Niederlande), Cyan Quinn (»White Papers Institute«, USA), Dries Van Langenhove (Belgien, »Schild & Vrienden«), John MacLoughlin (»National Party«, Irland), Pedro Faria (»Chega«, Portugal), Jacky Eubanks (»GOP«, USA), Kenny Smith (UK, »Home-land Party«), Hilaire Bouyé (Frankreich, »Reconquête«), Frederik Jansen (Niederlande, »Forum für Demokratie«), Jean-Yves Le Gallou (Frankreich, »Institut Iliade«) und Afonso Gonçalves (Portugal, »Reconquista«).

Eigenrecherche DokRex

<https://correctiv.org/aktuelles/neue-rechte/2025/08/04/remigration-summit-2025-afd-identitaere-bewegung-sellner-kotre/> / eingesehen am 5. August 2025

<https://www.belltower.news/italien-rechtsextreme-aus-ganz-europa-beim-remigrations-gipfel-160187/> / eingesehen am 5. August 2025

<https://correctiv.org/aktuelles/neue-rechte/2025/08/04/remigration-summit-2025-afd-identitaere-bewegung-sellner-kotre/> / eingesehen am 30. September 2025

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Clara Bünger, Anne-Mieke Bremer, Violetta Bock, weiterer Abgeordneter und der Fraktion Die Linke. Erkenntnisse der Bundesregierung zur Veranstaltung »Remigration Summit 25«, BT-Drs. 21/1729 vom 22. September 2025: <https://dserver.bundestag.de/btd/21/017/2101729.pdf> / eingesehen am 30. September 2025

Paul Klemm: Aperol statt Ausreiseverbot, in: COMPACT, Juli 2025 S. 44-47

»Remigration ist möglich«. Interview mit Martin Sellner, in: Zuerst! Juli 2025, S.46f

<https://sezession.de/70232/metapolitischer-sieg-remigration-summit-25/> / eingesehen am 5. August 2025

**Bundesweit:
Politisch motivierte Kriminalität:
höchster Anstieg seit Beginn
der Erfassung**

Die Zahl der politisch motivierten Straftaten ist im Jahr 2024 weiter angestiegen und erreicht damit einen neuen Höchststand. Insgesamt wurden 84.172 Straftaten erfasst – so viele wie nie zuvor. Die aktuellen Zahlen veröffentlichte das Bundeskriminalamt (BKA) gemeinsam mit dem Bundesministerium des Innern (BMI) am 20. Mai 2025. Rechtsmotiviert Straftaten nahmen mit einer Steigerung von 47,8 Prozent am deutlichsten zu und machen mehr als die Hälfte aller polizeilich registrierten Taten aus. Der Anstieg ist insbesondere auf die Vielzahl der gemeldeten Propagandadelikte zurückzuführen. Aber auch die rechtsmotivierten Gewaltstraftaten stiegen im Jahr 2024 deutlich um 17,2 Prozent – ein Beleg für die hohe und weiterhin zunehmende Gewaltbereitschaft. Hasskriminalität nimmt weiter zu. Innerhalb der Hasskriminalität steigen die antisemitischen Straftaten erneut an (+20,8 Prozent) und erreichen mit 6.236 Fällen einen neuen Höchststand. Amts- und Mandatstragende sowie Parteipräsidenten und -mitglieder stehen nach wie vor als Angriffsziel deutlich im Fokus von Straftaten.

Das BKA ordnet politisch motivierter Kriminalität -rechts- Straftaten zu, »wenn in Würdigung der Umstände der Tat und/oder der Einstellung des Täters Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie

nach verständiger Betrachtung (z. B. nach Art der Themenfelder) einer 'rechten' Orientierung zuzurechnen sind, ohne dass die Tat bereits die Außerkraftsetzung oder Abschaffung eines Elementes der freiheitlichen demokratischen Grundordnung (Extremismus) zum Ziel haben muss«. Wesentlicher Kerngedanke einer »rechten« Ideologie sei »die Annahme einer Ungleichheit/Ungleichwertigkeit der Menschen«, so das BKA. Dazu rechnet das BKA insbesondere Taten, »wenn Bezüge zu völkischem Nationalismus, Rassismus, Sozialdarwinismus oder Nationalsozialismus ganz oder teilweise ursächlich für die Tatbegehung waren«. Diese politisch motivierten Straftaten, so das Bundeskriminalamt, seien in der Regel als »rechtsextremistisch« zu qualifizieren.

https://www.bka.de/DE/UnsereAufgaben/Deliktsbereiche/PMK/PMKZahlen2024/PMKZahlen2024_node.html#doc246848bodyText1 / eingesehen am 1. Juni 2025

https://www.bka.de/DE/UnsereAufgaben/Deliktsbereiche/PMK/PMKrechts/PMKrechts_node.html / eingesehen am 1. Juni 2025

USA /
Bundesrepublik Deutschland:
Antisemitischer Doppelmord

Am Abend des 21. Mai wurde ein junges Paar, das kurz vor der Verlobung stand, Yaron Lischinsky und seine Kollegin Sarah Milgrim, zwei Mitarbeitende der israelischen Botschaft in Washington, beim Verlassen einer Veranstaltung in der Nähe des Capital Jewish Museum erschossen. Lischinsky (28) stammt ursprünglich aus Fürth im bayerischen Regierungsbezirk Mittelfranken. Er war Mitgründer des Jungen Forums (JuFo) der Deutsch-Israelischen Gesellschaft (DIG). Als 16-Jähriger emigrierte Lischinsky mit seiner Familie nach Israel. Der Täter Elias Rodriguez (30) aus Chicago skandierte nach seiner Festnahme den Slogan »Free Palestine!« Die beiden Opfer waren offenbar Teil eines Empfangs von ACCESS, einer Unterorganisation des American Jewish Committee (AJC) mit dem Titel »Young Diplomats Reception«. Wenige Tage später wurde in Washington eine friedliche Demonstration zur Freilassung der Geiseln aus Gaza mit Molotow-Cocktails beworfen. Zahlreiche Demonstrierende wurden verletzt.

<https://www.stiftung-bayerische-gedenkstaetten.de/presse/stiftungsdirektor-karl-freller-verurteilt-antisemitisch-motivierte-tat> / eingesehen am 25. Mai 2025

<https://www.stern.de/panorama/verbrechen/yaron-lischinsky---sarah-milgrim--wer-waren-die-opfer-von-washington--35747682.html> / eingesehen am 25. Mai 2025

<https://www.juedische-allgemeine.de/politik/ein-nuernberger-bub/> / eingesehen am 25. Mai 2025

Ungarn / USA:
CPAC-Vernetzungstreffen:
»Das Zeitalter der Patrioten«

Unter dem Motto »Das Zeitalter der Patrioten« fand am 29. Mai in der ungarischen Hauptstadt ein Treffen der »Conservative Political Action Conference Hungary« (CPAC Hungary) statt. CPAC Hungary wurde 2022 als Ableger der US-amerikanischen CPAC gegründet und soll für Europas extreme Rechte einen »Übergang zu Aktivismus und Proaktivität« markieren. An der bislang größten CPAC-Veranstaltung in Europa nahmen 600 internationale Gäste teil. CPAC-Veranstaltungen finden in den USA seit 1973 statt, seit einigen Jahren auch in Ungarn. Die Organisatoren und Gastgeber bekennen sich zu »Gott, der Heimat und der Familie«.

In Budapest trafen sich »konservative Vordenker, jüdische Intellektuelle und patriotische Kräfte aus Europa, Israel und den USA«, so die nationalreligiöse Monatszeitung »Jüdische Rundschau«. Die Jüdische Rundschau versteht sich als Gegengewicht zur liberalen Wochenzeitung Jüdische Allgemeine, die vom Zentralrat der Juden in Deutschland herausgegeben wird. CPAC sei »das größte im energisierenden Format abgehaltene, aber auch inhaltlich-substanzielle und von linken Journalisten auch als 'ultra-konservativ' bezeichnete Netzwerktreffen rechter politischer Kräfte der Welt«, merkt die rechtsextreme österreichische Zeitschrift »Zur Zeit« an. Die FPÖ hielt nach dem Treffen fest: »Die EU muss zurück zu den Wurzeln – mehr Freiheit für die Mitgliedsstaaten statt Brüsseler Bevormundung! Das wurde bei der CPAC 2025 in Budapest von den Patrioten hervorgehoben. Das Zeitalter der Patrioten ist angebrochen! Man kann uns nicht aufhalten.«

Videobotschaften überbrachten Donald Trump, Steve Bannon und Matteo Salvini. Die Begrüßungsrede hielt Viktor Orbán. Orbán »würdigte vor allem, daß es gut sei, daß es 'anständige Deutsche' gebe, die ihr Land mehr liebten als Brüssel«, weiß die »Junge Freiheit« zu berichten. FPÖ-Bundesparteiobermann Herbert Kickl sprach über die »zunehmende Bedrohung nationalstaatlicher Souveränität durch globalistische Strukturen und rief zum gemeinsamen politischen Widerstand auf«. Ungarn sei »heute nicht nur ein Land – es ist ein Symbol. Ein Inbegriff von Unbeugsamkeit, Standhaftigkeit und nationalem Selbstbewusstsein. Ich danke Ministerpräsident Viktor Orbán und dem ungarischen Volk für ihre konsequente Haltung gegen den zentralistischen Kurs aus Brüssel.

Heute beginnt hier der politische Fight Club – ein entschlossener Einsatz für Heimat, Freiheit, Wahrheit und Tradition gegen ideologisch verblendete Globalisten, die Demokratie, Recht und Ordnung zunehmend untergraben. Die Patrioten Europas stehen auf. Wir erheben uns!«, so Kickls Appell.

Unter den Rednern war auch Yair Netanjahu, Sohn des israelischen Premierministers. Während die AfD in den vergangenen Jahren keine Rolle bei der CPAC gespielt hatte, waren diesmal zahlreiche Vertreter angereist; unter anderem die ehemalige stellvertretende Bundessprecherin Beatrix von Storch, der stellvertretende Vorsitzende der Bundestagsfraktion Markus Frohnmaier, der Bundestagsabgeordnete Jan Nolte und der Europaabgeordnete Petr Bystron. Neben Paul Klemm (»COMPACT TV«) und Dieter Stein (»Junge Freiheit«) war auch Hans-Georg Maaßen vor Ort. Eine der Hauptreden hielt Alice Weidel. Die AfD habe »Anschluss gefunden. International. Sichtbar. Anerkannt«, kommentierte die Jüdische Rundschau. Die »Konterrevolution« habe begonnen, rief Miklós Szánthó (Vorsitzender CPAC Hungary und Generaldirektor des Center for Fundamental Rights). Die CPAC-Treffen in Budapest seien »kein rückwärtsgewandtes Projekt«, sondern »ein Labor für Europas Zukunft. Wer vor Ort war, spürte: Der Wind dreht sich. Nicht mehr Brüssel, sondern Budapest gibt die Richtung vor«, konstatiert die Jüdische Rundschau.

Keine Begeisterung für das CPAC-Treffen in Budapest zeigte der Höcke-Intimus und AfD-Vordenker Götz Kubitschek. Das Treffen sei eine »transatlantisch-realpolitische Heerschau patriotischer Partei- und Lobbygrößen [...], erstmals mit Weidel prominent am Mikrofon, das Ganze umstellt von konservativen Israelis und jüdischen Amerikanern, die ich nur deshalb so bezeichne, weil sie an ihrer doppelten Loyalität nicht den Hauch eines Zweifels lassen«. Kubitschek weiter: »Es gibt Berichte von Teilnehmern an dieser Konferenz, die der europäische Ableger einer jahrzehntealten US-amerikanischen Initiative ist. Diese Berichte sind zum einen Belege einer Kursänderung der AfD und zum anderen die Kritik an einer solchen Kursänderung. Dieser Kurs ist gekennzeichnet durch transatlantische Ausrichtung, Westbindung, eine klare Trennung von Russland, liberalen Konservatismus, die Verengung der Überfremdungsproblematik auf radikal-islamische Einwanderung, die Übernahme der israelischen Staatsraison, kommunitaristische Modelle und das, was als 'Civic nationalism' noch viel zu wenig bekannt ist.« Fazit von Kubitschek: »Mit anderen Worten: Das ist kein deutscher Standpunkt.«

Eigenrecherche DokRex

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20250529_OTS0022/fpoe-kickl-europaeische-patrioten-ruecken-zusammen-kampfansage-an-globalismus-und-entmuendigung / eingesehen am 1. Oktober 2025

<https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/9992> / eingesehen am 1. Oktober 2025

Christian Machek: Rechter Schulterchluss, in: Zur Zeit, 25/2025, S. 33

<https://juedischerundschau.de/article.2025-07.cpac-budapest-2025-wenn-jerusalem-und-athen-marschieren.html> / eingesehen am 1. Oktober 2025

<https://jungefreiheit.de/politik/ausland/2025/cpac-2025-ist-gestartet-%E2%80%92-und-die-jf-ist-vor-ort/> eingesehen am 1. Oktober 2025

https://www.youtube.com/watch?v=Q8SKNO9J_Dc / eingesehen am 1. Oktober 2025

<https://sezession.de/70260/die-fliessrichtung-der-partei> / eingesehen am 1. Oktober 2025

Juni 2025

Bundesweit:

Zentralrat Deutscher Sinti und Roma begrüßt Benennung von Michael Brand zum Antiziganismus-Beauftragten – Gedenktag für die ermordeten Sinti und Roma empfohlen

Der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma begrüßt die Benennung von Michael Brand (CDU), bislang Staatssekretär im Bundesfamilienministerium, zum neuen Antiziganismusbeauftragten. Der im Dezember 2023 dem Bundestag vorgelegte achthundertseitige Bericht der Unabhängigen Kommission Antiziganismus habe deutlich gemacht, dass der Antiziganismus, der von den Nationalsozialisten »zu einer Rassenideologie geformt wurde, unkritisch durch den demokratischen Rechtsstaat in seiner Bürokratie übernommen und dadurch zu einer zweiten Verfolgung von Sinti und Roma wurde«, so der Vorsitzende des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma, Romani Rose. Diese notwendige historische Aufarbeitung und Koordination des Berichts der Unabhängigen Kommission sei wichtig für die Gleichberechtigung der deutschen Sinti und Roma mit ihrer 600-jährigen Geschichte und als anerkannte nationale Minderheit in unserem Land. Der jetzige Antiziganismusbeauftragte Michael Brand sagte in der Bundestagsdebatte im Dezember 2023: »Umso mehr werden wir bis in die Gegenwart hinein verbreitete Diskriminierung gegen deutsche Mitbürgerinnen und Mitbürger, die Sinti und Roma sind, aktiv und konkret bekämpfen und zurückdrängen. Das sind wir nicht nur allen schuldig, die Opfer oder Nachkommen von Opfern dieses nationalsozialistischen Horrors sind; wir sind es auch uns selbst schuldig.« Brand sagte damals weiter: »Statt Diskriminierung wollen wir die wertvollen kulturellen, gesellschaftlichen und menschlichen Beiträge von Sinti und Roma für unsere Gesellschaft so gewürdigt und respektiert sehen, wie sie es verdient haben.«

Als »Unterrichtung« liegen seit März »Tätigkeitsbericht und Handlungsempfehlungen des Beauftragten der Bundesregierung gegen Antiziganismus und für das Leben der Sinti und Roma in Deutschland«, Mehmet Gürcan Daimagüler, vor. Darin empfiehlt der Beauftragte der Bundesregierung, den 2. August »als Gedenktag für die ermordeten Sinti* und Roma* nicht nur auf europäischer Ebene, sondern auch weltweit anzuerkennen« und hierzu eine Initiative im Rahmen der Vereinten Nationen einzubringen. Auch plädiert er dafür, sich für eine stärkere Verankerung des 2. August als Gedenktag in Deutschland und Europa einzusetzen.

<https://zentralrat.sintiundroma.de/zentralrat-deutscher-sinti-und-roma-begruesst-die-benennung-von-michael-brand-zum-beauftragten-der-bundesregierung-gegen-antiziganismus/> eingesehen am 13. Juni 2025

Unterrichtung durch den Beauftragten der Bundesregierung gegen Antiziganismus und für das Leben der Sinti und Roma in Deutschland. Tätigkeitsbericht und Handlungsempfehlungen des Beauftragten der Bundesregierung gegen Antiziganismus und für das Leben der Sinti und Roma in Deutschland. Den Perspektivwechsel fortführen: Gegen Antiziganismus und für die gleichberechtigte Teilhabe von Sinti und Roma*, BT-Drs. 20/15140 vom 21. März 2025: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/151/2015140.pdf> / eingesehen am 13. Juni 2025*

Bundesweit:

Antiziganismus: Zahl der Vorfälle ist 2024 im Vergleich zum Vorjahr um ca. 40 Prozent gestiegen

In der Bundesrepublik sind im Berichtsjahr 2024 die gemeldeten Fälle verbaler und körperlicher Gewalt gegen Sinti und Roma erneut stark gestiegen. Sinti und Roma erleben Ausgrenzung, Diskriminierung und Gewalt – oft mitten im Alltag und zunehmend durch staatliche Institutionen.

Die Melde- und Informationsstelle Antiziganismus e. V. (MIA) dokumentiert in ihrem dritten Jahresbericht 1.678 Vorfälle, wie sie bei einer Pressekonferenz am 23. Juni in Berlin mitteilte. 2023 waren es nur 1.233 registrierte Vorfälle. Die Vorfallzahl ist damit im Vergleich zum Vorjahr um ca. 40 Prozent gestiegen. Die Zahlen stammen aus der bundesweiten Arbeit der MIA-Bundesgeschäftsstelle sowie der sechs regionalen Meldestellen in Bayern, Berlin, Hessen, Rheinland-Pfalz, Sachsen und Schleswig-Holstein. Antiziganistische Äußerungen, die unter »verbale Stereotypisierung« erfasst werden, bildeten mit 856 Fällen die häufigste Vorfalldart im Jahr 2024. Darüber hinaus reichten die Vorfälle von Diskriminierung (666 Fälle) über Angriffe (57) bis hin zu extremer Gewalt (10 Fälle). Betroffene erleben antiziganistische Gewalt und Diskriminierung in nahezu allen Lebensbereichen. In 94 Fällen war ein direkter Bezug zur NS-Vergangenheit erkennbar: Wohnungstüren und Hauswände wurden mit rechter Propaganda beschmiert, Friedhöfe und Denkmäler geschändet, der nationalsozialistische Völkermord an Sinti und Roma geleugnet, verharmlost oder sogar glorifiziert. Guillermo Ruiz, Geschäftsführer von MIA, wertet die hohe Zahl antiziganistischer Vorfälle im Jahr 2024 als »ein alarmierendes Signal«. Es sei »höchste Zeit, dass Politik und Gesellschaft konsequent handeln«. Antiziganismus dürfe in der Bundesrepublik »keinen Platz haben«.

<https://www.antiziganismus-melden.de/wp-content/uploads/2025/06/MIA-JB-2024.pdf> / eingesehen am 23. Juni 2025

Bundesweit:
**RIAS-Jahresbericht 2024
 erschienen. Anstieg anti-
 semitischer Vorfälle**

Der aktuelle Jahresbericht des Bundesverbands der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus (RIAS) zeigt, dass die Zahl antisemitischer Vorfälle in der Bundesrepublik 2024 massiv zugenommen hat. Der RIAS-Jahresbericht für 2024 wurde am 4. Juni in der Bundespressekonferenz in Berlin vorgestellt. Mit 8.627 dokumentierten antisemitischen Vorfällen verzeichnet der Bericht einen Anstieg um fast 77 Prozent gegenüber dem Vorjahr – rechnerisch knapp 24 Vorfälle pro Tag. Dazu zählen acht Fälle extremer Gewalt, 186 Angriffe und 300 Bedrohungen. Mit 544 Vorfällen wurde die höchste Anzahl antisemitischer Vorfälle mit rechtsextremem Hintergrund seit 2020 dokumentiert. Die erfassten Vorfälle stellen nur einen Ausschnitt der Wirklichkeit dar – viele antisemitische Vorfälle werden nie gemeldet oder registriert.

Der Bundesverband RIAS macht Antisemitismus durch systematische Erfassung sichtbar und bringt die Perspektiven der Betroffenen in den öffentlichen Diskurs ein. Über die Meldeseite www.report-antisemitism.de können Betroffene antisemitische Vorfälle melden – auch unterhalb der strafrechtlichen Schwelle.

Der vollständige Jahresbericht kann hier eingesehen werden: https://report-antisemitism.de/documents/04-06-25_RIAS_Bund_Jahresbericht_2024.pdf / eingesehen am 2. Dezember 2025

Berlin:
Sommerfest der »Jungen Freiheit«

Am 14. Juni veranstaltete die Berliner Wochenzeitung Junge Freiheit (JF) ihr jährliches Sommerfest in Berlin-Wilmersdorf. Unter den rund 500 Gästen waren der ehemalige Verfassungsschutzpräsident Hans-Georg Maaßen sowie AfD-Politiker wie Tino Chrupalla und Irmhild Boßdorf. Das JF-Sommerfest ist ein Vernetzungstreffen, bei dem Politiker und Publizisten sowie Leser und Unterstützer der Zeitung zusammenkommen.

<https://www.nius.de/gesellschaft/news/antifa-junge-freiheit-sommerfest-hardy-krueger-katia-pacheco-vasquez-foto-journalismus/968c1b26-f1cb-4727-8fab-27334f8241b3> / eingesehen am 19. Juni 2025

Bundesrepublik / Tschechien:
**Deutsche Rechtsextremisten bei
 Sonnenwendfeier in Tschechien**

Am 21. Juni 2025 haben bundesdeutsche Rechtsextremisten und Lokalpolitiker mit Nähe zur »Alternative für Deutschland« (AfD) an einer Sonnenwendfeier in Tschechien teilgenommen. Vielfach stehen solche Sonnenwendfeiern in den Traditionen von völkischer Bewegung und Nationalsozialismus.

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ferat Koçak, Clara Bünger, Doris Achelwilm, weiterer Abgeordneter und der Fraktion Die Linke. Teilnahme deutscher Rechtsextremer an Sonnenwendfeier in Tschechien, BT-Drs. 21/2330 vom 20. Oktober 2025: <https://dserver.bundestag.de/btd/21/023/2102330.pdf> / eingesehen am 25. Oktober 2025

Ungarn / Bundesrepublik / Weltweit:
**»Pride« trotz Viktor Orbans
 Versammlungsverbot.
 Queerfeindlichkeit nimmt
 weltweit zu**

Ein Hauptkampffeld und Mobilisierungsthema der extremen Rechten von Washington über Berlin nach Budapest ist der »Pride Month«. Weltweit feiert die Community der LGBTQ während des »Pride Month« im Juni einen Monat lang den offenen Umgang mit ihrer sexuellen Identität. Sie machen mit Demonstrationen und Protesten aber auch auf Ungerechtigkeiten, Stigmatisierungen und Ausgrenzungen aufmerksam, die queere Menschen noch immer erfahren. Rund 200.000 Menschen haben sich am 28. Juni auf der vom Budapester Bürgermeister Gergely Karacsony zum »Freiheitsfest« erklärten Pride zusammengefunden. Weil die Parade durch die Stadt ausgerichtet wurde, konnte das von Regierungschef Viktor Orban verhängte polizeiliche Versammlungsverbot ausgehebelt werden. Nach ungarischem Recht fällt eine kommunale und staatliche Feier, zu der Karacsony die Pride-Parade erklärte hatte, nicht unter das Versammlungsgesetz. Unter dem Vorwand des Kinderschutzes schränkt die rechtsnationalistische Regierung in Ungarn seit Jahren die Rechte von LGBTQ-Menschen ein.

Die queerfeindliche Agenda lehnt die gesellschaftliche Anerkennung von Diversität in Bezug auf sexuelle Orientierung sowie alternative Partnerschafts- und Familienmodelle ab. Vertreten wird die Auffassung, einem drohenden »Volkstod« ausgesetzt zu sein, der nur durch die ethnisch reine Familie und traditionelle Ehe zwischen Mann und Frau abzuwenden sei. Die extreme Rechte verbreitet dieses Ideologem vor allem im digitalen Raum, setzt es aber auch durch Aktionen in der realen Welt um. Dazu gehörten im Berichtsjahr bundesweit Störaktionen gegen Veranstaltungen des Christopher Street Day (CSD). Diese wurden häufig aus dem rechtsextremen Parteienspektrum organisiert, aber auch von jungen gewaltorientierten rechtsextremen Online-Gruppierungen, die sich alle durch ihre Vernetzung auf Social-Media-Plattformen (vor allem Instagram und TikTok) auszeichneten, und neu entstandenen extrem rechten Jugendgruppen wie die »Deutsche Jugend

Voran«. Deutlich stärker als im Vorjahr versuchte die etablierte rechtsextreme Gruppe »Junge Nationalisten«, die Jugendorganisation der rechtsextremen Kleinstpartei »Die Heimat«, von der letztjährigen Dynamik der Anti-CSD-Mobilisierung zu profitieren und die Aufmärsche für ihre Propaganda- und Rekrutierungszwecke zu nutzen.

Im Vergleich zu früheren Jahren stieg das Mobilisierungspotenzial zu den Störaktionen gegen den CSD. Das Bundeskriminalamt zählte 2024 mit mehr als 2.100 Straftaten gegen lesbische, schwule, bisexuelle, trans- und intergeschlechtliche Menschen einen Höchststand (2023: 1.785 Fälle, 2022: 1.188 Fälle).

Weit über 2,3 Millionen Menschen sind 2025 auf den CSDs von Köln bis Eisenhüttenstadt und von Flensburg bis Berchtesgaden für die Rechte queerer Menschen aufgestanden und haben Flagge in der Öffentlichkeit gezeigt. Während der CSD-Saison kam es bundesweit bei nahezu jedem zweiten CSD zu Angriffen oder Störungen, von denen fast die Hälfte rechtsextremen Tätern zugeordnet werden konnte. Die Vorfälle reichten von rechtsextremen Gegendemonstrationen mit teils mehreren hundert Teilnehmenden über Verhinderungsversuche durch rechtsextreme Kommunalpolitiker bis hin zu körperlicher Gewalt, Hatespeech, Online-Hetze und Sachbeschädigungen. Der Anti-CSD-Aufmarsch mit den meisten rechtsextremen Teilnehmenden fand auch in diesem Jahr wieder in Bautzen statt (450), gefolgt von Magdeburg und Grevesmühlen (jeweils 350).

In Ostdeutschland hat es 2024 besonders viele Störungen von CSD-Veranstaltungen durch rechtsextreme Gruppen gegeben. Dem Monitoring-Bericht der Amadeu Antonio Stiftung zufolge hat es bei rund zwei Dritteln der 62 in Ostdeutschland stattgefundenen CSD-Demonstrationen Störungen wie körperliche Angriffe, Sachbeschädigungen, Einschüchterungen und Anfeindungen gegeben. In Westdeutschland habe die Quote bei 37 Prozent gelegen. »Das Blatt wendet sich in Richtung Normalität. Die lautstarken LGBTQ+-Aktivistengruppen bekommen endlich den notwendigen Widerstand gegen ihre die Realitäten verweigernden, ideologischen Absurditäten zu spüren«, so das neurechte Internetportal »Blaue Narzisse«. »Der LGBT-Hype hat seinen Höhepunkt überschritten«, glaubt das rechtsextreme Internetportal »Zuerst!« zu wissen.

Während die queere Gemeinschaft mit den Regenbogenfarben die Vielfalt feiert, nutzt die extreme Rechte die Farben der Deutschlandflagge als Ausdruck von Nationalstolz und ihrer ablehnenden Haltung gegenüber der queeren Lebensweise.

Eigenrecherche DokRex

<https://budapestpride.hu/en/our-projects-2/> / eingesehen am 2. Juli 2025

<https://www.tagesschau.de/ausland/europa/budapest-pride-eu-100.html> / eingesehen am 2. Juli 2025

<https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/angriffe-auf-csds-erreichen-2025-rekordniveau-151491/> eingesehen am 28. Oktober 2025

<https://www.diesachsen.de/gesellschaft/bericht-csd-demos-im-osten-im-fokus-rechtsextremer-3068739/> eingesehen am 28. Oktober 2025

<https://www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/queer-beauftragte-bundesregierung-csd-100.html> / eingesehen am 28. Oktober 2025

<https://www.spiegel.de/panorama/afd-und-queere-als-feindbild-rechtsextreme-angriffe-auf-lgbtqia-nehmen-zu-a-c1450602-621a-4969-a636-52d8e399371e> / eingesehen am 9. Dezember 2025

<https://www.volksverpetzer.de/analyse/csd-karte-2025/> / eingesehen am 23. November 2025

Verfassungsschutzbericht des Landes Schleswig-Holstein 2024, S. 77f

Keine Entwarnung: Rechtsextreme Anti-CSD-Aufmärsche zwischen Fragmentierung und Kontinuität. CEMAS Research Paper, November 2025: <https://assets.ctfassets.net/jxoi5zxb0flm/7VYQYyKpeHV3RXLbLv0Nz/fd0854b59e6d93ac39b1706f750b88d7/CeMAS-ResearchPaper-Anti-CSD-2025.pdf> / eingesehen am 10. November 2025

<https://www.blauenarzisse.de/die-woke-front-der-trans-ideologen-bekommt-endlich-gegenwind/> / eingesehen am 28. Oktober 2025

<https://zuerst.de/2025/06/28/der-lgbt-hype-verblasst-schweizer-unternehmen-distanzieren-sich-von-pride-events/> / eingesehen am 28. Oktober 2025

Bundesweit:
**2024: Politisch rechts motivierte
 Kriminalität**

Im Phänomenbereich der politisch rechts motivierten Kriminalität sind für das Jahr 2024 im Oberthemenfeld »Hasskriminalität« und Unterthemenfeld »Ausländerfeindlich« laut Bundesregierung 7.568 Tatverdächtige ermittelt worden. Davon hatten 7.372 die deutsche Staatsangehörigkeit und 196 eine andere Staatsangehörigkeit, wie die Bundesregierung in ihrer Antwort (27. Juni 2025) auf eine Kleine Anfrage weiter ausführt.

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Martin Hess, Dr. Gottfried Curio, Dr. Bernd Baumann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD. Ausländerfeindliche Straftaten und die Erfassung nichtdeutscher Tatverdächtiger, BT-Drs. 21/716 vom 27. Juni 2025: <https://dserver.bundestag.de/btd/21/007/2100716.pdf> / eingesehen am 4. Juli 2025

Bundesweit:
**Digitales Mahnmal Net Olam:
 Dokumentation von Schändungen
 jüdischer Friedhöfe**

Die Online-Plattform des Projekts »Net Olam« macht erstmals bundesweit Schändungen jüdischer Friedhöfe sichtbar. Das Salomon Ludwig Steinheim-Institut für deutsch-jüdische Geschichte an der Universität Duisburg-Essen hat dafür über 2.000 Fälle an 2.200 Begräbnisstätten untersucht – und Angriffe aller Art auf Gräber, Gebäude und Anlagen in Katalog- und Kartenform dokumentiert. Dabei zeigte sich eine große Heterogenität der Fälle: von eindeutig antisemitischen Straftaten, zumeist aus dem rechtsextremen Spektrum, über Fälle mit unklarem Hintergrund bis hin zu solchen, bei denen Antisemitismus nicht primäres Tatmotiv war. Festzuhalten bleibt, dass die Kontinuität und enorme Anzahl an Schändungen eine ungebrochene Kontinuität des Antisemitismus bis heute belegen. Ein erhöhtes Schändungsrisiko zeigt sich dabei an bestimmten Tagen, wie z. B. an Ostern oder am geschichtsträchtigen 9. November. Das digitale Mahnmal ist ab sofort online. »Antisemitismus ist kein abgeschlossenes Kapitel der deutschen Geschichte, sondern reicht bis in die Gegenwart. Gerade in Zeiten zunehmender antisemitischer Angriffe ist es wichtig, darauf hinzuweisen«, betont Helge-Fabien Hertz, Verbundkoordinator und Projektleiter von Net Olam am Salomon Ludwig Steinheim-Institut. »Net Olam« soll Antisemitismus sichtbar machen und auf die Friedhof-Schändungen aufmerksam machen. Die Plattform will außerdem dazu beitragen, jüdische Friedhöfe vor künftigen Angriffen zu schützen.

<https://www.uni-due.de/2025-06-27-net-olam-digitales-mahnmal> / eingesehen am 1. Juli 2025

<https://www.fona21.org/verbundprojekte/net-olam> / eingesehen am 1. Juli 2025

<https://www1.wdr.de/nachrichten/ruhrgebiet/mahnmal-net-olam-schaendungen-juedischer-friedhoe-fe-uni-duisburg-essen-100.html> / eingesehen am 1. Juli 2025

Neue Fälle können an die Kontaktadresse net-olam@steinheim-institut.org gemeldet werden. Weitere Informationen: <https://map.net-olam.de/> / eingesehen am 2. Dezember 2025

Juli 2025

Berlin: AfD-Spitzenverdiener

Per Fraktionsbeschluss haben sich die AfD-Fraktionschefs Alice Weidel und Tino Chrupalla die eigenen Bezüge von monatlich 6.000 auf 12.000 Euro erhöht. Diese Summe erhalten sie zusätzlich zu ihrer Abgeordnetendiät von rund 12.000 Euro. Zu den dann 24.000 Euro kommt noch die steuerfreie monatliche Pauschale von gut 5.300 Euro für Kosten zur Ausübung des Mandats hinzu, die jedem Abgeordneten zusteht. Damit verfügen Weidel und Chrupalla in ihrer Funktion über knapp 30.000 Euro monatlich. Auch dem Rest des zwölfköpfigen AfD-Fraktionsvorstands (Ausnahme Ehrenvorsitzender Alexander Gauland) wird die Zulage verdoppelt. Bisher erhielten die stellvertretenden Fraktionschefs und Parlamentarischen Geschäftsführer ihre Abgeordnetendiäten plus 25 Prozent davon zusätzlich als Funktionszulage – also zusätzlich rund 3.000 Euro. Nun werden 6.000 Euro pro Monat an sie fließen. Das ergibt gemeinsam mit den Abgeordnetendiäten rund 18.000 Euro pro Monat. Mit mindestens 123.094.065,40 Euro finanzieren die deutschen Steuerzahler im Rahmen der staatlichen Parteienfinanzierung im Jahr 2025 die vom Bundesamt für Verfassungsschutz als gesichert rechtsextremistisch eingestufte Partei. Dazu kommen weitere Millionen auf Länderebene. Sowohl programmatisch als auch in ihrer parlamentarischen Praxis steht die AfD für eine Umverteilung von unten nach oben.

Eigenrecherche DokRex

<https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/afd-zulagen-bundestag-100.html> /
eingesehen am 1. Juli 2025

https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/innenpolitik/id_100797690/afd-fraktion-weidel-und-chrupalla-verdoppeln-sich-das-gehalt.html / eingesehen am 1. Juli 2025

<https://www.deutsche-apotheker-zeitung.de/news/artikel/2024/01/25/adexa-afd-ist-partei-der-spitzenverdiener> / eingesehen am 1. Juli 2025

<https://www.belltower.news/steuergelder-fuer-rechtsextremismus-ueber-120-millionen-euro-fuer-die-afd-160223/> / eingesehen am 1. Juli 2025

Brandenburg / Irland: AfD-Treffen mit Antisemiten

Anfang Juli haben Lena Kotré und Fabian Jank, zwei Brandenburger AfD-Landtagsabgeordnete, den irischen Rechtsextremisten und YouTuber Keith Woods – bürgerlich Keith O'Brien –, der von »jüdischer Macht« und »rassischem Nationalismus« spricht, im Potsdamer Landtag empfangen. Kotré ist stellvertretende Vorsitzende der AfD-Landtagsfraktion, Jank ist deren landwirtschafts-politischer Sprecher. Woods fällt seit Jahren immer wieder mit antisemitischen Äußerungen auf und ist vernetzt mit international bekannten Holocaust-Leugnern. Er ist überzeugt, dass Juden zu viel Macht hätten. Woods hat auf der Plattform X mehr als 244.000 Follower.

<https://www.welt.de/politik/deutschland/article68ecaaa60bda2290ccea9495/afd-treffen-mit-antisemiten-pruefen-sie-im-vorfeld-sorgfaeltig-mit-wem-ein-gespraech-stattfindet.html> /
eingesehen am 15. Oktober 2025

Bundesweit: Podcastepisode »Asylunterkunft verhindern: eine Anleitung«

Die Podcastepisode »Asylunterkunft verhindern: eine Anleitung« des rechtsextremen Vereins »Ein Prozent e. V.« erklärt, »wie Bürger wirksam gegen die Errichtung oder den Betrieb von Asylunterkünften in ihrer Gemeinde vorgehen können. Keine Parolen – sondern fünf konkrete Ansatzpunkte: von Baurecht über Öffentlichkeitsarbeit bis Brandschutz«. Demnach berichten Philip Stein und Michael Schäfer aus »jahrelanger Erfahrung und von bereits umgesetzten Erfolgen«. Wer »Fakten, Werkzeuge und Beispiele« suche, »um auf legalem Weg etwas zu verändern, bekommt hier das nötige Rüstzeug an die Hand – als wichtige Ergänzung zum notwendigen Protest.« Der Burschenschafter Stein, Kopf des rechtsextremen »Jungeuropa-Verlags«, leitet »Ein Prozent e. V.« (offizieller Sitz: Görlitz, inoffizieller Sitz: Dresden), ein Kampagnennetzwerk, das der »Identitären Bewegung« nahesteht. Ein Prozent e. V. vertritt einen ethnisch-abstammungsmäßig definierten Volksbegriff, weist eine migranten- und muslimfeindliche sowie rassistische ideologische Ausrichtung auf, verbreitet antisemitische Narrative und propagiert das verschwörungstheoretische Konzept des »Großen Austauschs«. Ziel des Vereins ist die metapolitische Erringung der kulturellen Hegemonie und damit die Etablierung einer entsprechenden »Gegenkultur«. Der Protest gegen Asylunterkünfte, so Ein Prozent, sei ein »legitimer Ausdruck bürgerschaftlicher Selbstbestimmung«, der »sehr erfolgreich sein« könne. »Baurecht, Brandschutz, Bürgeranfragen und die Frage der Gemeinnützigkeit bieten klare Ansätze für alle, die nicht nur zuschauen, sondern handeln wollen. Sie

sind die perfekten Ergänzungen zu starken Protesten und Infoveranstaltungen. Wir müssen nur selbstbewusster werden und unser Handwerkszeug erweitern!« Michael Schäfer (»Hydra Comics«) war ehemals Bundesvorsitzender der NPD-Jugendorganisation »Junge Nationaldemokraten« (JN).

Eigenrecherche DokRex

Verfassungsschutzbericht des Bundes 2024, S.91

https://podcast.einprozent.de/asylunterkunft-verhindern-eine-anleitung-michael-schaefer-und-philipstein-im-gespraech-858/?mc_cid=d71156dec8 / eingesehen am 4. Juli 2025

https://www.einprozent.de/blog/aktiv/nein-zum-heim-ansatzpunkte-fuer-buergerinitiativen/3289?mc_cid=d71156dec8 / eingesehen am 4. Juli 2025

Bundesrepublik / Schweiz:
**»Brief aus dem Schweizer Exil.
 Gedanken eines Republik-
 flüchtlings«**

In der Juli-Ausgabe der rechtslibertären Monatsschrift »eigentümlich frei« (ef) findet sich der Beitrag »Brief aus dem Schweizer Exil. Gedanken eines Republikflüchtlings«. Der »Republikflüchtling« konnte scheinbar unbeschadet die Grenzen der aus seiner Sicht totalitären Bundesrepublik gerade noch verlassen. Er schreibt allen Ernstes: »Diktaturen und Tyranneien fallen nicht vom Himmel. Sie entstehen langsam, schrittweise. Hätte man einen typischen Deutschen 1935 gefragt, ob ihm klar ist, dass er in einer Diktatur lebt, dann hätte die weit überwiegende Mehrheit mit Nein geantwortet. Die Deutschen Anno Domini 2025 sind um keinen Deut schlauer«, so der Autor Markus Krall. Krall, Volkswirt, »Crash-Prophet«, Buchautor, Ex-Geschäftsführer des Degussa Goldhandel und zeitweilig Mitglied der »WerteUnion«, sei für »Verschwörungsideologen« eine »Art Popstar«, so die Tagesschau. Zeitweilig stand Krall auch im Austausch mit Heinrich XIII. Prinz Reuß, der inzwischen als mutmaßlicher Rechtsterrorist angeklagt ist. Gemeinsam fuhren Krall und Reuß offenbar zu mehreren geheimen Treffen.

Weiter orakelt Krall: »Schauen wir uns das Deutschland unserer Tage an, dann springen einen die Parallelen zwischen 'unserer Demokratie' und den beiden Diktaturen des 20. Jahrhunderts, der Nazi-Herrschaft und dem bolschewistischen DDR-Totalitarismus, geradezu an: Beide Diktaturen schalteten die Medien vollkommen gleich. Was 1940 der Volksempfänger war, ist heute der öffentlich-rechtliche Rundfunk (ÖRR)«. Ungeniert betreibt Krall die Gleichsetzung des bundesdeutschen Rechtsstaates mit totalitären Systemen. Die sogenannte Brandmauer gegen die AfD setzt Krall mit der antisemitischen Vernichtungspolitik der Nationalsozialisten gleich: »Das 'Kauft nicht bei Juden' ist gleich in doppelter Gestalt zurückgekehrt, in Form des Boykotts von Waren aus Israel und der Aussperrung von Mitgliedern und Sympathisanten der Opposition von Kirchen, Veranstaltungsräumen und vor allem aus der Gesellschaft aller guten und rechtschaffenen Menschen«. Krall schließt seine geschichtsrevisionistischen Gleichsetzungen: »Die Zensur ist wieder da und mit ihr das 'Heimtücke-gesetz' von 1934, das 'Hass und Hetze' (stand wirklich so da drin) gegen den Staat und die Politiker der einzigen noch legalen Partei unter Strafe stellte, die Rollkommandos des Staatsschutzes stehen für Gedanken- und Meinungsverbrechen nicht nur vor der Tür, sondern hinter der eingetretenen.« Die Monatsschrift »eigentümlich frei« zeigt weltanschauliche und personelle Überschneidungen mit der Neuen Rechten. Herausgeber und Chefredakteur ist André Lichtschlag. Sitz der »Lichtschlag Medien und Werbung KG« ist das nordrhein-westfälische Meerbusch.

Eigenrecherche DokRex

<https://www.tagesschau.de/investigativ/ndr-wdr/werteunion-partei-gruendung-maassen-100.html> / eingesehen am 25. Juli 2025

<https://www.belltower.news/lexikon/eigentuemlich-frei> / eingesehen am 25. Juli 2025

Markus Krall: Brief aus dem Schweizer Exil. Gedanken eines Republikflüchtlings, in: »eigentümlich frei«, Nr. 254 vom Juli 2025, S. 34f

Kroatien:
Politreligiöses »Thompson«-Konzert

»Gelobt seien Jesus und Maria, liebes Volk! Danke, dass ihr so zahlreich gekommen seid« – mit diesen Worten eröffnete der »heimattreue« (»Zuerst!«) kroatische Sänger, christliche Nationalist und politische Akteur Marko Perković, der sich den Künstlernamen »Thompson« zugelegt hat, am 5. Juli in der kroatischen Hauptstadt Zagreb ein Konzert vor rund einer halben Million Fans. Ganz Europa fordere er dazu auf, »zu seiner Tradition, zu seinen christlichen Wurzeln zurückzukehren. Nur dann kann Kroatien wieder stark sein«. Der Künstlername ist eine Anspielung auf eine Maschinenpistole, die er als Freiwilliger im Kroatien-Krieg in den 1990ern benutzt hat. Thompson nutzte die Veranstaltung, um neben seiner Musik auch politische und religiöse Standpunkte zu vermitteln – mit Verweisen auf christliche Werte, patriotische Gesinnung und einem Appell zur Rückbesinnung auf kroatische Traditionen. Perković wird seit Jahren vorgeworfen, nationalistische und revisionistische Positionen zu vertreten und die Vergangenheit des faschistischen Ustaša-Regimes zu verherrlichen. Dennoch genießt er in seiner Heimat enorme Popularität. Die Ustaša war für den Tod von rund 400.000 Juden, Serben, Roma und Andersdenkenden im Zweiten Weltkrieg verantwortlich. Die Hundertausenden von Konzertbesuchern riefen immer wieder »Za dom spremni!« (»Für die Heimat bereit!«) – den Wahlspruch und Gruß der Ustaša. Ein pauschales Verbot des Grußes existiert nicht. Stattdessen entscheidet das kroatische Verfassungsgericht seit Jahren im Einzelfall, ob es sich um ein »verfassungsfeindliches Verhalten« handelt – oder um »kulturelle Ausdrucksform«.

Das Medium »Index« veröffentlichte 2004 eine Tonaufnahme, auf der zu hören ist, wie Thompson ein Lied singt, das die Massentötung von Serben, Juden und Roma in den Todeslagern Jasenovac und Stara Gradiška verherrlicht.

Thompson trug während des Konzerts ein T-Shirt mit der Zahl »03941158« – der ehemaligen Häftlingsnummer des nationalistischen Terroristen Zvonko Bušić. Dieser hatte 1976 ein Flugzeug entführt und eine Bombe im Grand Central Terminal in New York deponiert, bei deren Entschärfung ein Polizist ums Leben kam. Nach 32 Jahren Gefängnisarrest wurde Bušić 2008 entlassen und kehrte nach Kroatien zurück.

Die serbischen Behörden kritisierten den Auftritt des kroatischen Sängers scharf und verurteilten die mangelnde Reaktion der Europäischen Union. »Obwohl mehr als 24 Stunden vergangen sind, gibt es von der EU weder eine Reaktion noch eine Verurteilung der beunruhigenden Manifestationen des Faschismus im benachbarten Mitgliedsland«, sagte ein Sprecher des serbischen Parlaments.

In der rechtsklerikalen Monatszeitschrift »CATO« (Berlin) wurde enthusiastisch über das Konzert von Thompson berichtet: »In einer Zeit, in der kulturelle Ordnung zerfällt und jede feste Bindung mißtrauisch beäugt wird, wurde Thompsons Musik zu einem sichtbaren Gegenbild. Sie stand für Verwurzelung, für Erinnerung, für ein Maß, das nicht aus Moden erwächst.« Wesentlicher Initiator der Gründung des Magazins war der »Junge Freiheit«-Stammautor Karlheinz Weißmann, Kuratoriumsmitglied der AfD-nahen »Desiderius-Erasmus-Stiftung« und ehemals wissenschaftlicher Leiter des »Instituts für Staatspolitik« (Schnellroda). Perković hat mittlerweile in einigen Ländern Auftrittsverbot.

Eigenrecherche DokRex

<https://www.stopptdierechten.at/2025/07/08/melange-kw-27-25-teil-2-lgbtq-hass-aus-altenmarkt-und-faschistisches-aus-zagreb/> / eingesehen am 4. Dezember 2025

<https://www.kosmo.at/thompson-provoziert-mit-terror-botschaft-auf-t-shirt-foto/> / eingesehen am 10. Juli 2025

<https://www.blick.ch/people-tv/international/saenger-gilt-als-rechtsextrem-auftritt-von-marko-perkovic-zieht-konsequenzen-nach-sich-id21043327.html> / eingesehen am 12. Juli 2025

<https://www.agenzianova.com/de/news/Serbien-wirft-Kroatien-vor--den-Faschismus-zu-verherrlichen.-Stille-Situation-beim-Thompson-Konzert./> / eingesehen am 8. Juli 2025

<https://zuerst.de/2025/07/26/nach-thompson-konzert-in-zagreb-18-000-oesterreicher-unter-verdacht/> / eingesehen am 27. Juli 2025

Filip Gaspar: Die Rückkehr der Form, in: CATO. Magazin für neue Sachlichkeit. Oktober / November 2025, S. 58-62

Christian Machek: Rechter Schulterchluss, in: Zur Zeit, 25/2025, S. 33

Berlin / Brandenburg:
**Digitales Archiv zu jüdischen
 Autoren in Berlin während der
 NS-Zeit**

Am 7. Juli 2025 hat die Europa-Universität Viadrina in Frankfurt an der Oder nach zehnjähriger Arbeit das Portal »Digitales Archiv jüdischer Autorinnen und Autoren in Berlin 1933–1945 (DAjAB)« eröffnet. Es informiert über mehr als 1.000 jüdische Autorinnen und Autoren. Das Portal umfasst derzeit rund eine Million gespeicherte Informationen, um dem vergessenen literarischen Feld jener Jahre Konturen zu geben. Neben detaillierten biografischen Informationen zu den Personen werden deren vielfach nach 1945 nicht wieder aufgelegte Bücher, Zeitungs- und Zeitschriftenbeiträge und ausgewählte Sekundärliteratur aufgeführt. Darüber hinaus befinden sich bereits mehr als 4.000 digitalisierte Werke aus den Jahren 1933 bis 1945 sowie Originaldokumente und Nachlassmaterialien, Fotografien und Interviews in dem Portal. Hinzu kommen mehr als 1.000 kulturelle Veranstaltungen, Aktivitäten von etwa 2.200 Organisationen sowie Informationen über nahezu 2.800 Orte jüdischen Lebens in Berlin und dem Berliner Umfeld. Damit wird erstmals ein umfassender Zugang zu Leben und Werk jüdischer Autorinnen und Autoren möglich, die nach 1933 im nationalsozialistischen Berlin unter den Bedingungen antisemitischer Ausgrenzung und Verfolgung lebten und arbeiteten.

<https://dajab.de/> / eingesehen am 20. August 2025

<https://www.europa-uni.de/de/universitaet/kommunikation/newsportal/2025-1/mi-20250630-archiv-juedischer-autoren-dajdb/index.html> / eingesehen am 20. August 2025

<https://www.berlinerarchive.de/neues-portal-zu-juedischen-autorinnen-und-autoren-in-berlin-1933-1945/> eingesehen am 20. August 2025

Bundesweit:
**Reichweite: TV-Kanal der
 »Jungen Freiheit«**

Mit Stand Juli hat der TV-Kanal der extrem rechten Wochenzeitung »Junge Freiheit« (JF) bei Youtube 172.000 Abonnenten. Abrufbar sind 1.229 Videos. Mit Stand November: 192.000 Abonnenten, 1.424 Videos.

https://www.youtube.com/@Junge_Freiheit / eingesehen am 3. Juli 2025

Bayern / Bundesweit:
**Bundesparteitag der
 »WerteUnion«**

Am ersten Juli-Wochenende führte die »WerteUnion« in Aschaffenburg ihren Bundesparteitag durch. Jörg Meuthen (zuvor Zentrum, AfD), stellvertretender Bundesvorsitzender, skizzierte die Ziele der Partei: »Wir wollen einen Gegenentwurf zu dem grassierenden Irrsinn, eine zutiefst menschliche und freiheitliche Gesellschaft und kein Untertanen-Kollektiv.« Er sprach sich laut Pressemitteilung der WerteUnion gegen »ungesteuerte Migrationspolitik« und »sozialistische Umerziehung und Gängelung« aus, wandte sich gegen »Umweltverschandelung durch Windkraftanlagen« und führte aus: »Wer sich nicht jeden Tag gegen Übergriffigkeit des Staates verteidigt, wird verlieren.« Hans-Georg Maaßen, Noch-Bundesvorsitzender der Partei, forderte, der Staat müsse »die Finger aus unserem Leben herausnehmen« und zurückgebaut werden. Die Unterstützung der NGOs, der »finanzierten politischen Vorfelddorganisationen«, müsse gestoppt werden.

Die WerteUnion wurde am 25. März 2017 in Schwetzingen (bei Mannheim) unter dem Namen »Freiheitlich Konservativer Aufbruch« als Verein innerhalb der Unionsparteien gegründet. Die Parteigründung fand am 17. Februar 2024 auf einem Rheinschiff nahe Bonn statt. »Als neu gegründete Partei nehmen wir unseren Platz mitte-rechts im Parteienspektrum der Bundesrepublik ein«, sagte Maaßen und begründete: »Die Unionsparteien haben diesen freiheitlich-konservativen Anspruch gänzlich aufgegeben, denn sie verharren mit Friedrich Merz weiterhin auf dem von Merkel eingeschlagenen Linkskurs.«

Eigenrecherche DokRex

<https://werteunion.de/werteunion-verabschiedet-programm-und-komplettiert-den-vorstand/> eingesehen am 10. Juli 2025

<https://werteunion.de/geschichte/> / eingesehen am 10. Juli 2025

Sachsen-Anhalt:
**Sommerfest des »Verlag Antaios«
 mit einschlägigen Akteuren**

Der Bundesregierung ist bekannt, dass bei dem im Juli stattgefundenen Sommerfest des rechtsextremen »Verlags Antaios« (Sachsen-Anhalt) mehrere Personen vor Ort waren, die der »Identitären Bewegung Deutschland« (IBD) zugerechnet werden. Wie aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage hervorgeht, nahm an der Veranstaltung eine niedrige bis mittlere zweistellige Anzahl an Personen teil, die im Verfassungsschutzbericht 2024 genannten Parteien oder Organisationen beziehungsweise Gruppierungen zugerechnet werden können. »Nach vorliegenden Erkenntnissen handelt es sich um Personen, welche dem 'Verlag Antaios', dem aufgelösten und

neustrukturierten 'Institut für Staatspolitik' (IfS), der 'IBD', dem Verein 'Ein Prozent e. V.', der Partei 'Alternative für Deutschland' (AfD, Verdachtsfall) und ihrer ehemaligen Jugendorganisation 'Junge Alternative' (JA) sowie der Partei 'Die Heimat' zugerechnet werden können«, informiert die Bundesregierung.

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Clara Bünger, Anne-Mieke Bremer, Violetta Bock, weiterer Abgeordneter und der Fraktion Die Linke. Sommerfest des »Verlag Antaios« in Schnellroda 2025, BT-Drs. 21/1815 vom 24. September 2025: <https://dserver.bundestag.de/btd/21/018/2101815.pdf> / eingesehen am 10. Oktober 2025

**Bundesweit:
203 Todesopfer rechtsextremer
Gewalt seit 1990**

Die Wochenzeitung Die Zeit hat eine neue Version ihrer Langzeitrecherche zu Todesopfern rechtsextremer Gewalt veröffentlicht. Demnach gab es seit 1990 mindestens 203 Todesopfer rechter Gewalt und damit 86 Tote mehr als nach den offiziellen Zahlen bundesdeutscher Behörden. Hinzu kommen 74 weitere Fälle, bei denen ein rechtsextremes Motiv wahrscheinlich ist, aber nicht komplett geklärt werden konnte. Besonders häufig fehlen in den offiziellen Zahlen tödliche Angriffe aus sozialdarwinistischen Motiven und auf Wohnungslose. Als Grund für die eklatanten Lücken in den offiziellen Statistiken wird unter anderem genannt, dass rechte Gewalt von der Polizei zu häufig nicht als solche erkannt wird sowie, dass Staatsanwaltschaften und Gerichte häufig nicht konsequent die Gesinnung und Motive von Tätern berücksichtigen.

<https://www.zeit.de/gesellschaft/2025-07/todesopfer-rechter-gewalt-faelle-statistik-personen/> komplettansicht / eingesehen am 8. Juli 2025

**Baden-Württemberg:
Landtag: Geschlossene Türen für
extrem rechte Influencer**

Die Präsidentin des Landtags von Baden-Württemberg, Muhterem Aras (Grüne), hat der AfD-Landtagsfraktion verboten, einen für den Abend des 12. Juli geplanten »Influencer Day« im Landesparlament abzuhalten. Aras begründete dies in einem Schreiben an die AfD mit der Anwesenheit der Influencer Boris von Morgenstern, Leonard Jäger alias »Ketzer der Neuzeit« und Miro Wolsfeld alias »Unblogd«. Demnach habe das Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) mitgeteilt, »daß diese drei Personen bundesweit aktive und im Verfassungsschutzverbund bekannte Extremisten aus den Bereichen 'Rechtsextremismus' und 'Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates'« seien. Die Antwort der AfD ließ nicht lange auf sich warten: »Die Landtagspräsidentin ist hier wieder einmal einen Schritt zu weit gegangen. Sie untersagt drei Medienschaffenden kurzerhand den Zutritt zum Landtag, und das auf einer völlig fadenscheinigen Grundlage. 'Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates' ist weiterhin ein völlig unscharfer Begriff und auch kein strafrechtlich relevanter Tatbestand«, sagte Fraktionschef Anton Baron der extrem rechten Wochenzeitung »Junge Freiheit«. Auf Facebook gab die AfD-Landtagsfraktion kund: »Der Verfassungsschutz wird als politisches Kampfmittel missbraucht. Junge, freie Stimmen werden systematisch stigmatisiert. Eine demokratisch gewählte Fraktion wird öffentlich blockiert, weil sie die falsche Meinung vertritt.«

<https://www.schwaebische.de/regional/baden-wuerttemberg/graeber-auf-juedischem-friedhof-beschiert-3582940> / eingesehen am 5. August 2025

<https://ansage.org/verfassungsschutz-vs-youtube-stars-hausverbot-im-stuttgarter-parlament-fuer-freiheitliche-influencer/> / eingesehen am 15. Juli 2025

<https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2025/verfassungsschutz-nimmt-beliebte-youtube-stars-in-visier/> / eingesehen am 15. Juli 2025

<https://www.facebook.com/AfDFraktionBW/posts/1303435447805723> / eingesehen am 15. Juli 2025

**Bayern / Bundesweit:
Langjähriger NPD-Bundes-
vorsitzender Udo Voigt verstorben**

Udo Voigt, Parteivorsitzender der NPD (2023 in »Die Heimat« umbenannt) von 1996 bis 2011, ist tot. Der 1952 im Rheinland geborene Voigt, seit 1968 Mitglied der 1964 gegründeten NPD, starb am 17. Juli in Berlin. Sein Vater war Hitlerjunge, SA-Mitglied, Stabsgefreiter der Wehrmacht. Er kam 1949 aus russischer Gefangenschaft zurück. 1987 beendete Voigt sein Studium als Politologe. Bei dem Staats- und Völkerrechtler Dieter Blumenwitz legte er sein Diplom ab. Im Buch »Einer für Deutschland. Als Europaabgeordneter in Strassburg und Brüssel«, herausgegeben von der rechtsextremen Vereinigung »Europa Terra Nostra«, heißt es dazu: »Dem Studenten Udo Voigt war Professor Blumenwitz als aufrechter Verfechter deutscher Interessen bekanntgeworden. So führte Blumenwitz in den siebziger Jahren vor dem Bundesverfassungsgericht einen erfolgreichen Prozeß gegen die sozialliberale Regierung. Sein dort errungener Erfolg zwang die öffentlich-rechtlichen

Fernsehsender ARD und ZDF damals dazu, auf den Wetterkarten Deutschland nicht länger in den BRD-Grenzen, sondern in den Grenzen des Deutschen Reiches vom 31. Dezember 1937 zu zeigen.« Voigt fühlte sich »geehrt, als sich Professor Blumenwitz, dem seine NPD-Aktivitäten bekannt waren, bereit erklärte, ihn bei der Erstellung seiner Diplomarbeit zu begleiten«, so das Buch.

Blumenwitz war in extrem rechten Kreisen damals sehr bekannt. 1979 war er nach Chile gereist und hatte das Regime von Diktator Augusto Pinochet bei der Ausarbeitung einer neuen Verfassung beraten. Außerdem unterstützte er 1980 gutachterlich die in Chile ansässige deutsche Politsekte »Colonia Dignidad« im Prozess gegen die Menschenrechtsorganisation Amnesty International, die gegen die Sekte Vorwürfe wegen Menschenrechtsverletzungen und Folter erhoben hatte. Ebenso besuchte er deren Siedlung.

Voigt war von 1986 bis 1993 Leiter des Amtes Bildung im nationaldemokratischen Bildungszentrum in »Iseo« in Oberitalien. 1996 (bis 2011) übernahm er den Vorsitz der NPD, als sie ideologisch, finanziell und organisatorisch (3.500 Mitglieder) brachlag. Voigt hob Abgrenzungsbeschlüsse zu neonationalsozialistischen Gruppierungen auf.

Bei einer Gedenkfeier zum Tode des spanischen Diktators Francisco Franco zeigte Voigt im November 2005 in Madrid bei einer öffentlichen Rede den faschistischen Gruß. 2007 sagte Voigt in einem Interview mit dem ARD-Politikmagazin Report Mainz wörtlich zum Thema Holocaust: »Die sechs Millionen kann nicht stimmen. Es kann maximal 340.000 in Auschwitz umgekommen sein. Da sagen zwar die Juden immer, auch wenn nur ein Jude umgekommen ist, weil der Jude ist, ist das ein Verbrechen. Aber es ist natürlich ein Unterschied, ob wir für sechs Millionen zahlen oder für 340.000. Das sage ich dann entsprechend wieder dagegen. Und dann ist auch irgendwann die Einmaligkeit dieses großen Verbrechens – angeblich eines großen Verbrechens – dann fällt auch die Einmaligkeit weg [...] Na gut, aber es wird keiner mich daran hindern, wenn ich im nächsten Deutschen Bundestag sitzen werde, was ich dort in einer freien Rede als Abgeordneter sage. Ich kann dafür noch nicht mal bestraft werden. Dann müssten sie erst die entsprechenden Gesetze ändern, das haben sie ja bis jetzt noch nicht gemacht.« Außerdem forderte Voigt im Interview die Rückgabe ehemals deutscher Gebiete: »Pommern, Westpreußen, Ostpreußen, Schlesien, ob das Königsberg ist, ob das Danzig ist, ob das Breslau sind, das sind alles deutsche Städte für uns [...] auf die wir natürlich Anspruch erheben.«

2008 führte Voigt aus: »Wenn wir dereinst die Regierung stellen, werden wir natürlich Minister, Abgeordnete wie auch Beamte daraufhin überprüfen lassen, ob sie im Rahmen ihres Amtseides zum Wohl des deutschen Volkes gehandelt haben. Die Angst erwischt und eines schönen Tages vielleicht sogar bestraft zu werden, ist also begründet und sollte uns schon bald Millionen neue Wähler zutreiben, die mit denen da oben noch eine Rechnung offen haben.«

Vorgänger im Amt des NPD-Bundesvorsitzenden war Günter Deckert. In einer Mail an einen Gleichgesinnten teilte Voigt am 13. März 2007 mit: »Persönliche Anmerkung nur für dich bestimmt: Du weißt, daß ich Herrn D. für einen Charakterlumpen ohnegleichen und dazu für ein Schwein halte, der unserer Sache riesigen Schaden zugefügt hat und dabei einer der Wenigen ist, für den sich das finanziell ausgezahlt hat. [...] Wer für so einen Typen noch Sympathien hat, der möge mit ihm gehen.«

2014 (bis 2019) zog Voigt für die NPD ins Europäische Parlament ein. Seiner Mannschaft in Brüssel, Straßburg und hierzulande gehörten an: Karl Richter, Bettina Bieder, Susann Starke, Florian Stein, Uwe Meenen, Frank Rohleder, Bob Verreycken, Rainer Schütt, Christian Schmidt, Kersten Radzimanowski (langjähriger CDU-Funktionär in der DDR, stellvertretender amtierender Außenminister der DDR). Im Rahmen seiner Mitgliedschaft im Parteienbündnis »Alliance for Peace and Freedom« reiste der Europaparlamentarier im Juni 2015, Februar 2018 und März 2019 in den Libanon und traf dort Repräsentanten der islamistischen »Hizb Allah«.

Eigenrecherche DokRex

Interview mit Udo Voigt, Fernsehmagazin »Report Mainz«, 10. Dezember 2007

Toralf Staud: Glatze mit Scheitel, in: Die Zeit vom 16. Dezember 2004, S.8

Eckhard Jesse: Biographisches Porträt: Udo Voigt, in: Uwe Backes / Eckhard Jesse (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 18, Baden Baden 2006, S. 207-219

https://udovoigt.de/?page_id=827 / eingesehen am 20. Juli 2025

Udo Voigt: Einer für Deutschland. Als Europaabgeordneter in Strassburg und Brüssel, Berlin 2018

Udo Voigt: Die Etablierten: Ein Leben mit der Angst im Nacken, auf: www.npd.de vom 17. Juli 2008

Bundesweit:
Vor 100 Jahren:
»Mein Kampf« erschienen

Am 18. Juli 1925 erschien im Münchner »Eher-Verlag« der erste Band von Adolf Hitlers »Mein Kampf«, im Folgejahr der zweite. Den ersten Teil seines rund 800 Seiten umfassenden zweibändigen Werkes hatte Hitler während seiner Festungshaft in Landsberg verfasst. Den zweiten Band schrieb er nach seiner Haftentlassung, zum größten Teil auf dem Obersalzberg. In 18 Sprachen übersetzt, verkaufte sich die Hetzschrift über zwölf Millionen Mal bis zum Ende der NS-Diktatur. Vielfach wurde das Buch auch verschenkt, etwa an Brautpaare auf dem Standesamt.

Der spätere Diktator legt darin seine Vernichtungsfantasien offen. Seinen Autor machte »Mein Kampf« zum mehrfachen Millionär. Während der erste Band Hitlers Werdegang nachzeichnet, beschreibt der zweite Band die politische Programmatik für die NSDAP. »Mein Kampf« ist damit »Autobiografie, ideologisches Programm, Parteigeschichte, Hetzschrift und Anleitung zur Erringung der Macht in einem«, so das Institut für Zeitgeschichte (IfZ). Gegründet wurde das IfZ 1949, um als erstes Institut die nationalsozialistische Diktatur wissenschaftlich zu erforschen. Seit 2022 gibt es von »Mein Kampf« eine kostenfreie digitale Fassung: www.mein-kampf-edition.de. Mehr als 3.700 Kommentare ordnen das Machwerk wissenschaftlich ein und kontrastieren Hitlers Ideen und Behauptungen mit den Ergebnissen der modernen Forschung.

Eigenrecherche DokRex

<https://www.deutschlandfunk.de/18-07-1925-adolf-hitlers-hetzschrift-mein-kampf-erscheint-100.html> / eingesehen am 25. Juli 2025

<https://www.dw.com/de/adolf-hitler-buch-mein-kampf-nationalsozialistische-ideologie-hundert-jahre-rechte-gefahr-twitter-x/a-73233090> / eingesehen am 25. Juli 2025

<https://www.ifz-muenchen.de/aktuelles/artikel/100-jahre-hass-und-hetze> / eingesehen am 25. Juli 2025

<https://www.fr.de/politik/vor-100-jahren-erschien-hitlers-hetzschrift-bis-heute-eine-mahnung-sich-zu-erinnern-93841338.html> / eingesehen am 25. Juli 2025

Bundesrepublik / Israel:
75 Jahre Zentralrat der Juden in Deutschland

Vor 75 Jahren, am 19. Juli 1950, wurde in Frankfurt am Main der Zentralrat der Juden in Deutschland gegründet. Mitte der 1950er-Jahre lebten etwa 15.000 Jüdinnen und Juden im Nachkriegsdeutschland, darunter im Land verbliebene »Displaced Persons«, aus dem Exil Zurückgekehrte und Einwanderer aus Osteuropa. Das Gedenken an die in der NS-Zeit ermordeten sechs Millionen Juden war von Anfang an ein zentrales Anliegen des Zentralrats. Heute mahnt der Zentralrat die gesellschaftliche, religiöse und politische Vertretung jüdischen Lebens in der Bundesrepublik, dass Antisemitismus in vielen Formen auftritt – von rechtsextrem bis islamistisch, linksextrem oder intellektuell verbrämt als sogenannte Israelkritik. Dabei sei es durchaus legitim, Kritik an der Regierungspolitik Israels zu äußern. Antisemitisch motivierte Attacken und entsprechende terroristische Aktivitäten gab es seit dem Bestehen des Zentralrats der Juden in Deutschland immer wieder: so die Schändung der Kölner Synagoge 1959, der Brandanschlag auf das jüdische Altenheim 1970 in München, der Mord an dem jüdischen Verleger Shlomo Lewin und dessen Lebensgefährtin Frieda Poeschke 1980 in Erlangen, den von Rechtsextremen verübten Brandanschlag auf die Lübecker Synagoge 1994, den Bombenanschlag in Düsseldorf-Wehrhahn und den Angriff auf die Düsseldorfer Synagoge 2000, nicht zuletzt den Anschlag auf die Synagoge in Halle an Jom Kippur 2019. Der Zentralrat der Juden in Deutschland vertritt heute rund 90.000 Jüdinnen und Juden in mehr als 100 Gemeinden.

Anlässlich des Jahrestages erklärte Kulturstaatsminister Wolfram Weimer: »Die Gründung des Zentralrats der Juden nur wenige Jahre nach der Shoa, war ein Wunder der deutschen Geschichte – und ein Geschenk, das uns verpflichtet. Seine Stimme ist unersetzlich. Wer glaubt, jüdisches Leben sei ein historisches Anhängsel, hat weder unsere Vergangenheit verstanden, noch unsere Gegenwart begriffen. Der Zentralrat ist heute mehr als eine Stimme jüdischen Lebens in Deutschland, er ist ein moralischer Seismograf für unser demokratisches Selbstverständnis.«

»Überflüssig«, »selbstgerecht und autoritär«, den »Realitäten nicht mehr gewachsen«, sei der Zentralrat der Juden in Deutschland. Dies war anlässlich dessen Gründungsgeburtstages in der neurechten Wochenzeitung »Junge Freiheit« (JF) unter der Überschrift »Selbstgerecht und autoritär. Zentralrat der Juden« zu lesen: »Was trägt der Zentralrat, was tragen die von ihm gelenkten Gemeinde-Funktionäre bei zum öffentlichen Diskurs in Deutschland, außer brav zu repetieren, was ihnen die Bundesregierung vorgibt?« Die JF weiter: »Josef Schuster und Kompagnons sind nicht die Sprecher der Juden in Deutschland, sondern von der Bundesregierung bezahlte Funktionäre zum Vortäuschen eines aktiven jüdischen Lebens, das sie selbst unterdrücken.«

<https://www.zentralratderjuden.de/presseerklarungen/75-jahre-im-einsatz-fuer-demokratie/> / eingesehen am 20. September 2025

<https://www.juedische-allgemeine.de/politik/stimme-der-demokratie/> / eingesehen am 20. September 2025

<https://www.juedischesmuseum.de/blog/75-jahre-zentralrat-der-juden/> / eingesehen am 20. September 2025

BPA Pressemitteilung 75 Jahre Zentralrat der Juden – Kulturstatsminister Weimer: »Die Gründung des Zentralrats der Juden war ein Wunder der deutschen Geschichte« vom 18. Juli 2025

Chaim Noll: Selbstgerecht und autoritär. Zentralrat der Juden: Vor 75 Jahren gegründet, ist er heute den Realitäten nicht mehr gewachsen, in: Junge Freiheit, Nr. 30 vom 18. Juli 2025, S. 19

Bayern / Bundesweit:
**Eine akustische Erinnerung
an die Weiße Rose**

Mit Freude präsentiert die Weiße Rose Stiftung e. V. seit Juli auf ihrem YouTube-Kanal Ausschnitte aus Interviews mit Familienangehörigen und Personen, die sich an der Verteilung der Flugblätter der Weißen Rose beteiligten. Der Bayerische Rundfunk (BR) produzierte in seinen Studios rund 50 ein- bis zweiminütige Tonaufnahmen. Dazu gehören Erinnerungen von Familienmitgliedern wie Anneliese Knoop-Graf und Clara Huber sowie Berichte von Mitgliedern des Widerstandskreises, wie Franz J. Müller, Heiner Guter und die Geschwister Hirzel. Senta Berger, Gert Heidenreich und Udo Wachtveitl lesen aus Briefen und Flugblättern der Weißen Rose. Die 1987 von verurteilten Mitgliedern und Familienangehörigen der Widerstandsgruppe sowie weiteren Unterstützern gegründete Weiße Rose Stiftung e. V. hat die Aufgabe, an den Widerstand der Weißen Rose gegen den Nationalsozialismus zu erinnern, ihn und die Handelnden zu würdigen sowie Zivilcourage, individuelle Verantwortung und demokratisches Bewusstsein in heutiger Zeit zu fördern.

www.weisse-rose-stiftung.de/ / eingesehen am 25. Juli 2025

<https://www.youtube.com/@WeieRoseStiftungeV> / eingesehen am 25. Juli 2025

<https://www.weisse-rose-stiftung.de/neu-in-unserem-youtube-kanal/> / eingesehen am 25. Juli 2025

Baden-Württemberg / Bundesweit:
»Reichsbürger«-Aufmarsch

Am 26. Juli 2025 marschierten in der Karlsruher Innenstadt rund 350 »Reichsbürger« zum »sechsten großen Treffen der Bundesstaaten, Heimath und Weltfrieden« auf. Die Teilnehmenden des »Großen Treffens der 25 + 1 Bundesstaaten« berufen sich auf die Verfassung des deutschen Kaiserreiches von 1871. Dieses umfasste 25 Bundesstaaten. Das »+1« beschreibt das als Reichsland bezeichnete Elsass-Lothringen, das dem Kaiser direkt unterstand. Bundesweit schätzt der Verfassungsschutz die Zahl der »Reichsbürger« und »Selbstverwalter« für das Jahr 2025 auf rund 26.000. Landesweit gehören diesem Spektrum laut Sicherheitsarchitektur Baden-Württemberg rund 4.200 Personen an. Der Auftakt der »Treffen der Bundesstaaten« war 2023 mit 1.200 »Reichsbürgern« in Magdeburg. Dresden, Gera, Schwerin und München folgten. Der Thüringer Frank Haußner glorifizierte in seiner Rede in Karlsruhe den mutmaßlichen Rädelsführer der »Patriotischen Union«, Heinrich XIII. Prinz Reuß, einen »politischen Gefangenen dieser BRD«.

Die »Reichsbürger«-Gruppierung um Reuß hatte mutmaßlich einen gewaltsamen Umsturz der Bundesrepublik Deutschland vorbereitet. Nach der Großrazzia vom 7. Dezember 2022 gegen die »Patriotische Union« hatte Haußner auf einer Demonstration gesagt, die Verhafteten handelten »in der Sorge um die Zukunft unseres Volkes« und seien »politische Gefangene einer links-grünen Parteiendiktatur«. Haußner ist mit dem thüringischen AfD-Politiker Björn Höcke per du. Beide traten schon mehrfach gemeinsam auf Demonstrationen auf. In Karlsruhe gab sich der Dachdeckermeister aus Zeulenroda großdeutschen Träumereien hin: »Wir verstehen uns als Volk entsprechend unserer Abstammung und unserer angestammten Siedlungsgebiete von der Maas bis an die Memel, von der Etsch bis an den Belt.« Weiter bezeichnete Haußner in seiner Rede Politiker als Verräter und kündigte an: »Alle bis hinunter ins kleinste Landratsamt werden ihrer gerechten Strafe zugeführt.«

Als Anmelderin des »Reichsbürger«-Meetings fungierte die Karlsruherin Johanna B., eine »Körpertherapeutin aus Leidenschaft«, wie ihre Homepage ausweist. B. ist im Zeitgefühl etwas aus dem Takt geraten. O-Ton B.: »Ich bin Staatsangehörige des Großherzogtums Baden nach dem Gesetz von 1871.« Das Großherzogtum Baden war von 1806 bis 1871 ein souveräner Staat gewesen. In ihrer Rede auf dem Schlossplatz erklärte B., die Versammlungen würden das »Bedürfnis nach Freiheit« befriedigen. Und die Verfassung von 1871 würde Ordnung und Sicherheit erzeugen. Mobilisiert hatte B. für die Kundgebung auf Telegram: »Gerade JETZT! So viele unserer Mitmenschen wissen nicht mehr weiter, haben Angst, sind überfordert und verwirrt – Sie brauchen eine Lösung, bevor sich Zynismus und Lethargie noch mehr in die Herzen fressen. Die Bereitschaft, unsere Botschaft zu hören könnte nicht größer sein als in diesen Tagen!« B. weiter: »Also, ihr Wunderbaren! Handy aus, Laptop zu, runter vom Sofa und RAN AN DIE MENSCHEN! Wir und unsere Botschaft wurden nie so dringend gebraucht wie in diesen Tagen! Fluten wir zum nächsten Bundesstaatentreffen in

Karlsruhe den Schlossplatz.« Gegen das »Reichsbürger«-Treffen demonstrierte ein breites zivilgesellschaftliches und überparteiliches Bündnis, dem unter anderem das Badische Landesmuseum, der AWO-Kreisverband Karlsruhe-Stadt e. V. und die Stadt Karlsruhe angehören.

Eigenrecherche DokRex

Georg Keller: Kaiserfans beklagen sich über Lautstärke. Bei der »Reichsbürger«-Demo auf dem Schlossplatz und dem Umzug bleibt es friedlich, in: *Badische Neueste Nachrichten* vom 28. Juli 2025, S. 31

<https://bnn.de/karlsruhe/karlsruhe-stadt/johanna-baumann-aus-karlsruhe-will-das-deutsche-reich-zurueck> / eingesehen am 5. August 2025

<https://www.tagesschau.de/inland/regional/badenwuerttemberg/swr-reichsbuerger-und-gegenproteste-in-karlsruhe-das-ist-die-aktuelle-lage-100.html> / eingesehen am 5. August 2025

<https://www.verfassungsschutz-bw.de/Lde/Startseite/Meldungen+und+Archiv/Bundesstaatentreffen+KA/> / eingesehen am 5. August 2025

<https://www.kontextwochenzeitung.de/gesellschaft/748/mit-kaiser-gegen-staatssimulation-10364.html> / eingesehen am 5. August 2025

https://www.verfassungsschutz-bw.de/Lde/Startseite/Arbeitsfelder/Zahlen_+Daten_+Fakten+RB+und+SVw/ / eingesehen am 5. August 2025

<https://www.skan-johanna-baumann.de/> / alle eingesehen am 5. August 2025

<https://t.me/DasgrosseTreffenderBundesstaaten/54233> / eingesehen am 5. August 2025

Österreich / Bundesrepublik / Schweiz / Niederlande / Italien:
Identitärer Aufmarsch in Wien. Niederländischer Demoteilnehmer wegen Verdachts der Vorbereitung eines terroristischen Anschlags festgenommen

Am 26. Juli 2025 marschierten rund 350 Rechtsextremisten bei einem von der »Identitären Bewegung Österreich« (IBÖ) organisierten Aufmarsch in Wien auf. Unter den Teilnehmenden waren auch Gleichgesinnte aus der Schweiz, Frankreich und der Bundesrepublik. Martin Sellner hielt Reden und skandierte »Remigration«. Zu den Klängen von Gigi D'Agostinos »L'amour toujours« wurde von einigen Demoteilnehmenden offen »Deutschland den Deutschen – Ausländer raus!« gegrölt. Manuel Corchia (»Junge Tat«) beklagte in seiner Rede, dass sich auch in der Schweiz »der Bevölkerungsaustausch in schwerster Härte« zeige. »Remigration«, so Corchia, sei »nicht nur eine oberflächliche Behandlung unserer Probleme, sondern die fundamentale Lösung«. Aus Italien war Andrea Ballarati, Organisator der »Remigrations-Konferenz« vom 17. Mai in Mailand, angereist. Ballarati war Mitglied der Jugendorganisation der Partei »Fratelli d'Italia«, die er 2022 verließ, um die Gruppe »Azione Cultura Tradizione« zu gründen, eine Art italienischer Ableger der Identitären Bewegung. Am Vortag der Demonstration hatten die Identitären zu einem Kampfsportabend im Wiener Stadtteil Margareten geladen. Vor Ort war auch Götz Kubitschek.

An vorderster Front bei der Wiener Demonstration war der 24-jährige Niederländer T. D. aufmarschiert, organisiert im »Geuzenbond«, einer rechtsextremen, von den Behörden den »Active Clubs« zugerechneten Jugendorganisation mit etwa 20 Mitgliedern. Wenige Wochen später, am 14. August, wurde dieser von den dortigen Behörden in der Nähe von Amsterdam festgenommen. Der Verdacht: Vorbereitung eines terroristischen Anschlags, illegaler Besitz von Waffen und Munition sowie Herstellung von Waffenteilen.

Zwischenzeitlich wurde der Vorwurf der Vorbereitung eines Terroranschlags fallengelassen. T. D. bleibt aber in Haft, weil ihm der Besitz und die Herstellung verbotener Waffen und Munition vorgeworfen werden.

Eigenrecherche DokRex

<https://www.belltower.news/oesterreich-internationale-rechtsextreme-marschieren-durch-wien-161477/> / eingesehen am 4. Dezember 2025

<https://www.derstandard.at/story/3000000281217/freiheitliche-marschierten-mit-identitaeren/> / eingesehen am 29. Juli 2025

<https://www.stopptdierechten.at/2025/08/18/von-der-identitaeren-demo-in-wien-in-die-niederlande-rechtsterrorverdaechtiger-festgenommen/> / eingesehen am 18. August 2025

<https://www.derstandard.at/story/3000000283815/in-wien-aufmarschierter-rechtsextremer-wegen-terrorverdachts-in-niederlanden-festgenommen?ref=niewidget> / eingesehen am 18. August 2025

Berlin / Bundesweit:
**RAF-Gründer, Linksterrorist,
 Holocaust-Leugner und
 Hitler-Verehrer Horst Mahler
 ist gestorben**

Erst gehörte er zu den Verteidigern der Frankfurter Kaufhaus-Brandstifter Andreas Baader und Gudrun Ensslin, dann zu den Gründern der Rote Armee Fraktion (RAF), in den 1990er-Jahren wurde der Jurist zum szenebekannten Neonazi, Geschichtsrevisionisten, selbst ernannten »Reichsbürger« und militanten Antisemiten. Er vertrat als Anwalt die NPD im ersten Verbotsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht und war einer der Wahlverteidiger im Mannheimer Prozess gegen den international agierenden Holocaust-Leugner Ernst Zündel. Mahler zählte zu den führenden Köpfen des »Deutschen Kollegs«, das eine neonationalsozialistische Reichsbürger-Ideologie vertrat. Am 27. Juli ist der langjährig wegen Volksverhetzung und Holocaust-Leugnung verurteilte und knast-erfahrene Hitler-Verehrer Horst Mahler im Alter von 89 Jahren gestorben.

Nach der Befreiung vom Nationalsozialismus wuchs Mahler zunächst im sachsen-anhaltischen Dessau-Roßlau auf. Seine aus Schlesien geflüchteten Eltern waren überzeugte Nationalsozialisten, der Vater beging 1949 Suizid. Daraufhin siedelte die Familie nach West-Berlin über. An der Freien Universität Berlin studierte Mahler Jura und schloss sich der schlagenden Studentenverbindung »Landmannschaft Thuringia Berlin« an. Er trat in die SPD ein und aus der Burschenschaft aus. 1970 wurde er Gründungsvater der RAF und wegen Beteiligung an verschiedenen Banküberfällen mit linksterroristischem Hintergrund zu 14 Jahren Gefängnis verurteilt.

Der antim Amerikanische Linksterrorist Mahler war ein entschiedener Antizionist. Nach dem Münchner Attentat führte Mahler am 9. Oktober 1972 aus: »Die mutige Kommandoaktion der Opferbereiten des 'Schwarzen September' gegen die israelische Olympiamannschaft im besonderen und gegen die Olympiade als imperialistische KdF-Show im allgemeinen ist vollendeter Ausdruck einer 'strategischen Linie.'« Weiter schwadronierte Mahler in seinem Statement von einer »Symbiose von Zionismus und Imperialismus«. Die Verantwortung für den Tod der israelischen Sportler lag Mahler zufolge »einzig und allein bei den Regierungen Israels und der Bundesrepublik. Sie allein hatten ein Interesse am Tod der Geiseln, um vor einer uninformatierten Weltöffentlichkeit weiterhin die Tatsache zu verschleiern, daß die Zionisten ihren Raub- und Eroberungskrieg gegen das palästinensische Volk mit faschistischen Methoden fortsetzen, daß sie sich zynisch über alle Entschließungen der Vereinten Nationen hinwegsetzen: daß die Bundesregierung im Rahmen ihrer imperialistischen Strategie die Auslöschung des palästinensischen Volkes finanziert. Zwischen dem zionistischen Israel und dem palästinensischen Volk herrscht der Kriegszustand«.

Während seiner Inhaftierung setzte sich Mahler intensiv mit der Hegel'schen Logik auseinander und distanzierte sich von der RAF. Durch Hegels Philosophie der Dialektik habe er erst verstanden, dass er ein »völlig neues Verhältnis zum Nationalismus und Nationalsozialismus« entwickeln könne. Aus dem Linksextremisten Mahler wurde nach und nach der Nationalsozialist Mahler.

In ultrarechten Kreisen tauchte Mahler »offiziell« erstmals Ende 1997 auf. Anlässlich des 70. Geburtstages des reaktionären Sozialphilosophen Günter Rohrmoser (Gründungsinitiator des unionsnahen »Studienzentrums Weikersheim«) hielt er im Stuttgarter »Waldhotel« die Laudatio. Anwesend war auch der einstige Mentor Rohrmosers, der ehemalige NS-Marinerichter und spätere baden-württembergische Ministerpräsident Hans Filbinger (CDU). Offen ins militante Neonazi-Spektrum begab sich Mahler gemeinsam mit dem früheren Rechtsterroristen Peter Naumann am 20. März 1999. Als Referentenduo traten beide bei einer konspirativ organisierten Saalveranstaltung der »Kameradschaft Karlsruhe« (»Nationaler Widerstand Karlsruhe«), der führenden Neonazi-Kameradschaft im südwestdeutschen Raum, vor ca. 200 Neonazis und Skinheads auf.

Im Jahr 2000 wurde er Mitglied der »Nationaldemokratischen Partei Deutschlands« (NPD). In einer Presseerklärung äußerte Mahler, er halte das Grundgesetz für ein »Provisorium für die Übergangszeit bis zur Wiederherstellung der Handlungsfähigkeit des Deutschen Reiches«.

Im Dezember 2006 wandte sich Mahler anlässlich der internationalen Konferenz von Holocaust-Leugnern in Teheran an den iranischen Präsidenten Ahmadinedschad. In seinem Brief beglückwünschte Mahler den Präsidenten zu der Tagung, pries sie gar als »weltgeschichtliche Tat«. Sie habe der Wahrheit die Tore weit geöffnet. Mahler beendete seinen Brief an Ahmadinedschad: »Ihr Ihnen sehr ergebener Horst Mahler, in Geschäftsführung ohne Auftrag für das von jüdischen Vasallen vorübergehend handlungsunfähig gemachte Deutsche Reich.«

Seit 2009 verbüßte Mahler in der Justizvollzugsanstalt (JVA) Brandenburg/Havel zwei Gesamtstrafen in Höhe von insgesamt zehn Jahren und zwei Monaten Haft wegen Volksverhetzung und Holocaust-Leugnung. Seine Haftstrafen nutzte er zum Verfassen von antisemitischen Traktaten wie »Das Ende der Wanderschaft – Gedanken über Gilad Atzmon und die Judenheit«. In dem rund 400-seitigen pseudo-philosophisch-religiösen Machwerk, niedergeschrieben von November 2012 bis März 2013 in der JVA, propagiert Mahler »die Idee des Nationalsozialismus« für den »Weg der Rettung aus der judaisierten Welt«.

Im April 2017 sollte Mahler eine Reststrafe verbüßen. Stattdessen setzte er sich nach Ungarn ab, wo er um politisches Asyl nachsuchte. Dem Asylbegehren wurde nicht stattgegeben und Mahler im

Juni 2017 deutschen Polizeibeamten übergeben, um zur Verbüßung seiner Reststrafe wieder in die JVA Brandenburg gebracht zu werden.

2019 verfasste Mahler einen »Offenen Brief an die Söhne des Bundes B'nai Brith« (Fehler im Original). In dem mehrseitigen Schreiben an B'nai B'rith, der größten jüdischen internationalen Vereinigung, wähnt sich Mahler im »Heiligen Krieg« mit der »Judenheit«. »Fundament« ihrer von ihm herbeifantasierten »Weltherrschaft« sei die »Holocaust-Kirche«. Unumwunden erklärt Mahler: »Der 'Holocaust' ist keine Tatsache – schon gar nicht offenkundig.« Die Bundesrepublik bezeichnet Mahler in dem wirren Schreiben als »Unrechtsstaat«, dem der selbst ernannte »Reichsbürger« gleichzeitig den Status des Staates abspricht. Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) in Karlsruhe diffamiert Mahler als »Organ der jüdischen Fremdherrschaft über das deutsche Volk«. Mahler schließt sein Schreiben an B'nai B'rith mit den Worten: »In diesem Krieg ist jeder Gewinner und Verlierer. Gegenwärtig seid ihr Gewinner und wir Verlierer. Für uns ist das die günstigere Ausgangslage; denn der Verlierer lernt und ist der Gewinner von morgen. Ihr aber verfault an der Sonne des Sieges. Amen! So sei es!«

Im Oktober 2020 wurde Mahler aus dem Gefängnis entlassen und lebte im brandenburgischen Kleinmachnow bei Berlin. Zu seinem Tod schrieb »Die Heimat« (vormals NPD): »Als kompromissloser Verteidiger des Rechts und leidenschaftlicher Vorkämpfer für Deutschland prägte er über Jahrzehnte nicht nur die juristische, sondern auch die politische Landschaft unseres Vaterlandes. Seine klare Haltung und sein unermüdlicher Einsatz für die nationale Sache werden uns stets Vorbild sein.« Die »Freundeskreise« der neonationalsozialistischen »Gefangenenhilfe« gaben kund: »Mit Horst Mahlers Tod hat ein weiterer Großer unserer Bewegung die weltliche Bühne verlassen. Jetzt obliegt es auch uns, sein Andenken hochzuhalten und seine Arbeit fortzuführen.«

Eigenrecherche DokRex

<https://www.gefangenenhilfe.info/solidaritaet/heute-ging-horst-mahler-auf-die-grosse-wanderschaft/>
eingesehen am 4. Dezember 2025

<https://die-heimat-thueringen.de/2025/07/27/nachruf-fuerr-ein-kaempfer-fuer-deutschland/>
eingesehen am 4. Dezember 2025

Nordrhein-Westfalen: Vor 25 Jahren: Der Wehrhahn-Anschlag

Am 27. Juli 2000 explodierte am Düsseldorfer S-Bahnhof Wehrhahn eine ferngezündete Bombe. Zwölf Menschen wurden verletzt, eine schwangere Frau verlor ihr ungeborenes Kind. Alle Betroffenen kamen aus Ländern der ehemaligen Sowjetunion. Viele von ihnen waren jüdisch und auf dem Weg von einem Sprachkurs. Erst über 17 Jahre später wurde ein zum Zeitpunkt des Anschlags aktiver Düsseldorfer Neonazi angeklagt, jedoch im Juli 2018 freigesprochen. 2021 hatte der Bundesgerichtshof (BGH) den Freispruch des Landgerichts von 2018 bestätigt. Im Gegensatz zum Landgericht hatte der damalige Oberstaatsanwalt keine Zweifel an der Täterschaft des Neonazis, für den er wegen »erdrückender Beweislage« lebenslange Haft beantragt hatte.

Bis heute ist die Tat nicht aufgeklärt. Mit großem zeitlichem Abstand wurde der Anschlag wieder öffentlich thematisiert, vor allem durch das Engagement von Überlebenden, Initiativen und Forschung.

<https://wehrhahn-erinnern.de/> eingesehen am 28. Juli 2025

<https://verband-brg.de/folge-55-25-jahre-nach-dem-wehrhahn-anschlag/> / eingesehen am 28. Juli 2025

<https://www.juedische-allgemeine.de/politik/die-wunde-25-jahre-wehrhahn-anschlag/>
eingesehen am 28. Juli 2025

Nordrhein-Westfalen: Brandstifter verurteilt. Kein rassistisches Motiv?

Am 30. Juli verhängte das Wuppertaler Landgericht lebenslange Haft und Sicherungsverwahrung gegen den 40-jährigen Deutschen Daniel S. Er hatte am frühen Morgen des 25. März 2024 ein Wohngebäude in Solingen in Brand gesetzt, das Ehepaar Kancho und Katya Zhilova mit ihren Töchtern Galia und Emily starben. Die Eltern zählten in Bulgarien zur türkischen Minderheit. Ein weiteres Ehepaar sprang mit seinem Baby aus dem Fenster und überlebte schwer verletzt. Alle Betroffenen waren Menschen mit Einwanderungsgeschichte. Die Nebenklage kritisiert, dass kein rassistisches Motiv festgestellt wurde, obwohl der Täter sich in der Vergangenheit mehrfach rassistisch geäußert, NS-Literatur in der Wohnung sowie ein rassistisches Gedicht an der Garagenwand hängen hatte. Auch im Verhalten des Täters im Internet fanden sich Hinweise auf eine rechtsextreme Gesinnung: wiederholte Suchanfragen zu NS-Waffen, zur AfD, zum Hetzmotto »Ausländer raus«, sowie zu NS-Songs, Konzerten der Wehrmacht und Videos des rechtsextremen Magazins »COMPACT«. Solingen war bereits einmal Tatort eines rassistischen Brandanschlags. 1993 starben fünf Mitglieder der Familie Genç, als rechtsextreme Jugendliche ihr Haus anzündeten.

<https://taz.de/Prozess-zu-rassistischem-Brandanschlag/!6099507/> / eingesehen am 30. Juli 2025

NSU-Watch – Der Newsletter 17 – August 2025

Bundesweit:
**Bundeszentrale für politische
 Bildung: Neues Dossier
 »Der NSU-Komplex«
 veröffentlicht**

Seit der Selbstenttarnung der rechtsterroristischen Gruppierung »Nationalsozialistischer Untergrund« (NSU) im Jahr 2011 setzt sich die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) in verschiedenen Formaten mit dem NSU-Komplex auseinander. Ein aktualisiertes bpb-Dossier ist unterteilt in vier Themenschwerpunkte: »Rechter Terror und die Taten des NSU«, »Perspektiven von Angehörigen und Betroffenen«, »Fehler und Versäumnisse des Staates und der Gesellschaft« sowie »Aufarbeitungsprozesse«.

Das Dossier: www.bpb.de/nsu-komplex / eingesehen am 4. Dezember 2025

Bundesweit / Österreich:
NGO-Bashing

Extrem rechte Kreise im deutschsprachigen Raum klagen – wider besseres Wissen – immer aggressiver an, dass der Staat mit seinen Fördermitteln vor allem die linke Zivilgesellschaft in Form von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) unterstütze. Die Zivilgesellschaft umfasst alle nichtstaatlichen Verbände oder Gruppen, die weder gewinnorientiert noch von parteipolitischen Interessen abhängig sind. Die mit Abstand größten Fördersummen gehen an Sport- und Wohlfahrtsverbände.

»Der NGO-Komplex. Wie die Politik unser Steuergeld verprasst« ist der Titel des Buches von Björn Harms. Harms arbeitet für das sogenannte Nachrichtenportal »NiUS«. Davor war er für die »Junge Freiheit« tätig. NGOs seien »der zentrale Antreiber einer ideologisch geprägten Ausgabenpolitik«, schreibt die »Bibliothek des Konservatismus« in der Einladung zu einem entsprechenden Vortragsabend mit Harms im Mai 2025 in Berlin. Wenn es einen tatsächlichen Politikwandel in Deutschland geben solle, dann müsse der »NGO-Sumpf trockengelegt werden«, führte Harms bei seinem Referatsauftritt aus. »Großes Lob« und »heftige Leseempfehlung« für das Buch gab es beim Blog von »Sezession«. Demnach nehmen die Buchkapitel den »kontrollierenden Staat« (die Bevölkerung als Therapieobjekt) unter die Lupe, zweitens den 'linken Staat' (die Nähe der Politik zur militanten Linken), drittens den 'aktivistischen Staat' (NGOs als Denunzianten, Diskurswächter, Trans- und Klima-Lobbyisten) und viertens den 'grenzenlosen Staat' (selbsterklärend – die Einwanderungslobbys)«. Rede und Antwort stand Harms auch dem verschwörungsmythischen österreichischen Sender »AUF1«. Im AUF1-Interview erklärte er, »wie staatliche Gelder gezielt genutzt werden, um linke Ideologie zu fördern und oppositionelle Stimmen zu schwächen«, so der Sender. Und er schilderte, »welche Rolle dabei der 'tiefe Staat' spielt und warum auch vermeintlich konservative Parteien wie die CDU diesen Komplex unangetastet lassen«.

Im Juni 2025 brachte die AfD-Fraktion im Bundestag einen Gesetzentwurf zum »Verbot der Finanzierung von parteinahen Nichtregierungsorganisationen aus öffentlichen Mitteln« ein. »Die Gefährdung des demokratischen Prozesses durch die Einflussnahme staatlich geförderter Akteure kann nur ausgeschlossen werden«, so die AfD, »indem solche finanzielle Förderung gesetzlich verboten wird. Zugleich wird damit die Unabhängigkeit solcher Akteure von der Regierung sichergestellt, was der Eigenbezeichnung als 'NGO'« entspreche. Am 28. November führte die AfD-nahe »Desiderius-Erasmus-Stiftung« in Frankfurt am Main einen Vortragsabend zum Thema »Das NGO-Schattenimperium« durch. Geworben wurde für die Veranstaltung mit den Worten: »Wie der Staat mit Milliarden Euro linke Lobbys pöppelt, mit der Alimentation angeblicher Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs) aber Rechtsstaat sowie Meinungsfreiheit aufs Spiel setzt und ein volkspädagogisches, denunziatorisches Schattenimperium heranzüchtet.«

In Österreich hat die FPÖ NGOs den Kampf angesagt und stellt diese unter Generalverdacht einer angeblichen linken Weltverschwörung. Nach einer parlamentarischen Anfrage zu staatlichen Förderungen an bestimmte Organisationen hat die FPÖ im November 2025 auch einen Unter-Ausschuss im Parlament beantragt. Im Parlament fragt die FPÖ neben Menschenrechts- und Frauenorganisationen auch Organisationen ab, die sich wie das Mauthausen Komitee Österreich (MKÖ) für die mahnende Erinnerung an NS-Verbrechen einsetzen. Das Mauthausen Komitee ist für die FPÖ eine der »bösen NGOs«. Im Titel der Anfrage nach staatlichen Förderungen bezichtigt sie das MKÖ der »politischen Meinungsmache«. Das MKÖ wurde 1997 vom Österreichischen Gewerkschaftsbund und von der Österreichischen Bischofskonferenz mit dem Bundesverband der Israelitischen Kultusgemeinden Österreichs als Partner in Form eines Vereins als Nachfolgeorganisation der Österreichischen Lagergemeinschaft Mauthausen gegründet. Im Oktober 2025 hatte die FPÖ im Parlamentsrestaurant zu einem Vortrag namens »Der NGO-Komplex – Wie die EU ihre eigene Zivilgesellschaft finanziert« für Mitglieder der rechtsextremen Fraktion »Patrioten für Europa« im Europaparlament eingeladen. FPÖ-Bundesobmann Herbert Kickl bezeichnet NGOs als angebliche »Propagandainstrumente einer politischen Schattengesellschaft«, als »Teil der Macht für Umerziehungsprogramme und

betreutes Denken«, als »Vertreter von Regenbogenkult und Klimaschutzreligion« und als »Heuchler, die die Gesellschaft mit Moralin fluten«.

Hannes Amesbauer, FPÖ-Soziallandesrat in der Steiermark, ordnete im Sommer eine umfassende Streichung von Fördergeldern für etwa 40 Sozial- und Kulturorganisationen an. Unter den betroffenen Organisationen befinden sich die Caritas-Projekte Divan und CariM, der Frauen- und Mädchenverein Mafalda sowie Initiativen für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge des Vereins ISOP. Amesbauer selbst rechtfertigt seine Entscheidung mit der Notwendigkeit, den »Förder-Dschungel« bei den NGOs zu lichten, weiß das rechtsextreme Internetportal »Zuerst!« zu berichten.

Die Kürzungen im Sozialbereich sorgten postwendend bei NGOs für Konsequenzen bei Einrichtungen, die sich mit Integration, Bildungsarbeit oder Antidiskriminierung befassen. Angebote wurden gestrichen und erste Kündigungen ausgesprochen.

Auch die FPÖ-nahe österreichische Wochenzeitung »Zur Zeit« (ZZ) hat sich dem Kampf gegen NGOs verschrieben. »Linke« NGOs seien »alles andere als unabhängig. Sie sind Teil des Machtkartells des Mainstreams und für dieses unverzichtbare Instrumente zur Durchsetzung einer globalistischen Agenda – sei es im Klimabereich, sei es, um Stimmung für Asylanten zu machen, sei es im 'Kampf gegen Rechts'. Und deshalb werden linke NGOs auch großzügig mit Steuergeld gefördert.« NGOs sollen demnach »den Weg zum Great Reset ebnen« und seien die »Handlanger des politmedialen Establishments«.

In einem ZZ-Interview behauptet der deutsche Journalist Michael Grandt, Autor des 2025 beim rechts-esoterischen »Kopp Verlag« (Rottenburg am Neckar) erschienenen Buches »Staatsgeheimnis NGO Finanzierung«: »Es werden ja ausschließlich linke NGOs gefördert, die auch die links-woke Ideologie weiterverbreiten, migranten-, EU-, lesben- und schwulenfreundlich sind, also die politisch korrekte Regierungspropaganda machen.« Grandt weiter: »Man muss aber dringend die Gemeinnützigkeit der NGOs und ihre politische Neutralität prüfen und zukünftig nur solche NGOs mit Steuergeldern alimentieren, die das auch einhalten. [...] Das wird aber auch durch die gegenwärtige Regierung nicht geschehen.« In die gleiche Kerbe haut Grandt in seinem Buch »Staatsgeheimnis NGO Finanzierung«: »Staatliche Steuergelder (als 'Förderungen' umschrieben) erhalten vor allem linke, Lesben-, Queer- und Trans-NGOs, daneben NGOs, die sich für Flüchtlinge, Asylanten, Muslime und gegen Internetzensur einsetzen, und natürlich alles, was irgendwie nach 'Kampf gegen rechts' riecht.« Fazit von Grandt: »Bei vielen mit Steuergeldern finanzierten linken NGOs ist eine politische Neutralität nicht gewährleistet, und deshalb sollten sie [...] dringend ihren Gemeinnützigkeitsstatus und ihre staatlichen Fördergelder verlieren.« Das 352 Seiten umfassende Machwerk wird auch den Lesern von »Mensch und Maß«, dem Sprachrohr des rechtsextremen Vereins »Bund für Gotterkenntnis« (Ludendorffer), zur Lektüre empfohlen.

Eigenrecherche DokRex

Andrea Böhm / Petra Pinzler: *Der Staat pöppelt nur die Linken? Von wegen!*, in: *Die Zeit*, Nr. 39 vom 11. September 2025, S. 8

<https://dserver.bundestag.de/btd/21/005/2100577.pdf> / eingesehen am 25. Juni 2025

<https://www.belltower.news/der-ngo-komplex-spiegel-bestsellerliste-listet-rechtsextremes-framing-160351/> / eingesehen am 26. August 2025

<https://kontrast.at/fpoe-gegen-ngos-ausschuss/> / eingesehen am 19. November 2025

<https://erasmus-stiftung.de/das-ngo-schattenimperium/> / eingesehen am 23. November 2025

<https://zuerst.de/2025/07/08/steiermark-fpoe-streicht-sozial-und-kulturfoerderung-fuer-linke-organisationen/> eingesehen am 9. Juli 2025

Werner Reichel / Bernhard Tomaschitz: *Die unheimliche Macht der NGOs*, in: *Zur Zeit*, 29/2025, S. 16-19, S. 22-24.

Interview mit Michael Grandt: »Drecksarbeit« für die Regierung von steuerlich alimentierten NGOs, in: *Zur Zeit*, 29/2025, S. 20-22

Michael Grandt: *Staatsgeheimnis NGO Finanzierung. Milliarden an Steuergeldern für linke und linksextreme Aktivisten*, Rottenburg (Kopp Verlag) 2025, S. 345f

Björn Harms: *Der NGO-Komplex. Wie die Politik unser Steuergeld verprasst*, München 2025

Redaktion Mensch und Maß: *Weihnachten naht: Buchempfehlungen*, in: *Mensch und Maß* 10/2025, S. 506.

<https://www.bdk-berlin.org/veranstaltungsberichte/der-ngo-komplex-als-instrument-des-therapeutischen-staates-video-podcast> / eingesehen am 26. August 2025

<https://sezession.de/70301/kritik-der-woche-77-der-ngo-komplex> / eingesehen am

<https://auf1.tv/nachrichten-auf1/journalist-klaert-auf-so-foerdert-der-tiefe-staat-den-ngo-komplex-in-deutschland/> eingesehen am 16. Oktober 2025

August

Baden-Württemberg:
»In der AfD wirken zunehmend
Verfassungsfeinde.«

»Aus guten Gründen beobachten wir den Landesverband Baden-Württemberg dieser Partei. Wir erkennen eine eindeutige Richtung. In der AfD wirken zunehmend Verfassungsfeinde«, konstatierte Beate Bube, Präsidentin des baden-württembergischen Landesamtes für Verfassungsschutz in einem Interview mit dem »Staatsanzeiger«, der Wochenzeitung für Wirtschaft, Politik und Verwaltung in Baden-Württemberg.

<https://www.staatsanzeiger.de/nachrichten/politik-und-verwaltung/kein-extremismusbereich-faellt-bei-uns-hinten-runter/> eingesehen am 2. August 2025

Baden-Württemberg:
**Antisemitische Attacken
in Baden-Baden und Rastatt**

Am Willy-Brandt-Platz in der Innenstadt von Baden-Baden wurde am ersten Augustwochenende ein jüdischer Gedenkstein umgeworfen. Das rund zwei Meter hohe Mahnmal aus Sandstein und Beton erinnert an die Verfolgung von Juden in der Zeit des Nationalsozialismus. Wegen der Größe der Säule und der stabilen Betonverankerung geht die Polizei davon aus, dass das Mahnmal nicht alleine mit Körperkraft umgeworfen wurde. Möglicherweise seien ein Fahrzeug und eine Kette verwendet worden, um die Säule umzustürzen. Am Gedenkstein gibt es laut Polizei Beschädigungen, die auf den Einsatz einer Kette hindeuten. Der Sockel wurde zerstört.

Bereits im Mai hatten Unbekannte mehrere Stellen in Rastatt mit politischen Parolen und verbotenen NS-Symbolen beschmiert; unter anderem wurde der jüdische Friedhof mit israelfeindlichen Parolen und verbotenen Symbolen verunstaltet. Ein Gebäude in der Nähe des jüdischen Friedhofs wurde mit dem Schriftzug »Terrorstaat Israel« besprüht. Zudem soll ein durchgekreuzter Davidstern zu sehen sein.

<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/karlsruhe/baden-baden-juedisches-mahnmal-umgeworfen-100.html> / eingesehen am 5. August 2025

<https://www.schwaebische.de/regional/baden-wuerttemberg/graeber-auf-juedischem-friedhof-beschiert-3582940> / eingesehen am 5. August 2025

Baden-Württemberg /
Sachsen-Anhalt / Hessen:
**AfD-Bundestagsabgeordnete
Baum trifft im Gefängnis auf
angeklagten »Reichsbürger«.
Eder – Besuch bei »Reichsbürgerin«
Malsack-Winkemann**

Am 6. August besuchte die AfD-Bundestagsabgeordnete Christina Baum den im Zuge der »Reichsbürger«-Prozesse angeklagten Ex-Bundeswehroffizier Maximilian Eder, vormals Angehöriger des Kommandos Spezialkräfte (KSK), einer Elite-Einheit der Bundeswehr, in der Justizvollzugsanstalt Frankfurt am Main. Eder und weitere Angeklagte müssen sich seit dem 21. Mai 2024 vor dem Oberlandesgericht Frankfurt am Main verantworten. Sie gelten nach Ansicht der Bundesanwaltschaft als Köpfe des mutmaßlichen rechtsterroristischen Netzwerks um Heinrich XIII. Prinz Reuß. Eder wird seitens der Anklage vorgeworfen, einen bewaffneten Sturm auf das Reichstagsgebäude in Berlin geplant zu haben. Zu diesem Zweck soll er auch versucht haben, weitere Militärangehörige anzuwerben. Eder gehörte Ermittlern zufolge zur Führung des »militärischen Arms« der Verschwörer. Dieser sollte den demokratischen Rechtsstaat auch auf Ebene der Gemeinden, Kreise und Kommunen »beseitigen«, hieß es später von der Bundesanwaltschaft. Eder nahm vor seiner Festnahme an Querdenker-Demos teil. Er sagte Sätze wie: »Man sollte das KSK mal nach Berlin schicken und hier ordentlich aufräumen.« Eder berichtete Baum im Gespräch, dass seine Hauptaktivitäten »sich in letzter Zeit insbesondere auf die 'satanisch-rituelle Pädophilie' gerichtet« hätten. Baum: »Ich gestehe gerne, dass ich mich mit diesem Thema nicht intensiver beschäftigen kann und will, weil es meine Vorstellungskraft von menschlichen Grausamkeiten übersteigt und mich psychisch zu stark belastet. Doch auch hierbei gilt: Wegschauen macht es nicht ungeschehen und deshalb hoffe ich, dass Herr Eder möglichst bald seine Nachforschungen wieder aufnehmen kann.« Baums »persönliches Fazit« des Besuchs: »Die Anklage ist so absurd, dass es schon fast zum Himmel schreit. Möge die Gerechtigkeit siegen und die Richter hoffentlich bald 'im Namen des deutschen Volkes' urteilen«.

Vor ihrem Besuch beim »Reichsbürger« Eder hatte Baum im Mai die ebenfalls in diesen Zusammenhängen angeklagte ehemalige Berliner Richterinnen und frühere AfD-Bundestagsabgeordnete Birgit Malsack-Winkemann im Gefängnis besucht. Nach dem Besuch bei der inhaftierten »Reichsbürgerin« gab Baum beim rechtsextremen »COMPACT online« kund, dass es Malsack-Winkemann »mental schlecht« gehe, da »sie davon ausgeht, dass sie zu einer hohen Strafe verurteilt wird.« Baum: »Man kann sich nach so langer Zeit der Ermittlungen gar nicht mehr erlauben, zuzugeben, dass an der ganzen Sache nichts dran ist. Der Gesichtsverlust wäre zu groß.«

Baum wurde im Oktober 2024 auf dem Aufstellungsparteitag der AfD Baden-Württemberg zur Bundestagswahl 2025 in Ulm nicht erneut auf die Landesliste gewählt. Sie trat stattdessen im

Bundestagswahlkreis Harz in Sachsen-Anhalt als Direktkandidatin an und gewann ein Mandat. Die Unterstützung des »Reichsbürgers« Eder scheint ein Herzensanliegen der AfD-Bundestagsabgeordneten Baum zu sein. So fand am 22. April 2023 in Freiburg eine AfD-Demonstration unter dem Motto »Dem Frieden eine Chance« statt. Es redete unter anderem Baum, die eine Schweigeminute für Eder initiierte, der »wegen eines angeblichen Putschs oder was auch immer« (Baum) in einen Hungerstreik getreten sei.

Eigenrecherche DokRex

Verfassungsschutzbericht des Landes Baden-Württemberg 2023, S. 59

https://www.compact-online.de/reichsbuerger-putsch-afd-abgeordnete-besucht-inhaftierte/?mc_cid=4d79b0a77c / eingesehen am 20. Mai 2025

<https://www.anonymousnews.org/deutschland/besuch-bei-ksk-gruender-maximilian-eder-in-der-jva-frankfurt> / eingesehen am 12. August 2025

Sachsen-Anhalt / Brandenburg:
»COMPACT«-Sommerfest

Am 9. August feierte die COMPACT-Redaktion auf dem Rittergut Nöbeditz des ehemaligen AfD-Politikers André Poggenburg im sachsen-anhaltischen Stößen zum dritten Mal ihr Sommerfest unter dem Motto »Für Frieden und Freiheit – das große Stelldichein der patriotischen Opposition«. Einer der Redner war Christoph Berndt, AfD-Fraktionschef in Brandenburg. Berndt dachte laut über die Zeit nach einer Machtübernahme durch die AfD nach. Zwar wolle er dann »keine Lager« für politische Gegner, wohl aber Zwangsarbeit: »Arbeit gibt's genug. Die Arbeit gibt's auch für diejenigen, die überzeugte AfD-Hasser sind«, sagte Berndt. »Wir werden die nicht ins Gefängnis sperren, nicht ins Lager sperren, aber wir werden ihnen andere Aufgaben zuweisen«, fuhr er fort. Der neonazistische Liedermacher Frank Rennicke, vormals NPD-Präsidentschaftskandidat, nahm ebenfalls an dem Fest teil. Rennicke war Jugendführer bei der HJ-Imitation »Wiking-Jugend« (WJ), die wegen Wesensverwandtschaft mit dem Nationalsozialismus verboten wurde.

Eigenrecherche DokRex

<https://www.belltower.news/compact-sommerfest-stelldichein-von-npd-und-afd-161605/> / eingesehen am 12. August 2025

<https://pi-news.net/2025/08/jetzt-live-compact-sommerfest-stelldichein-der-patriotischen-opposition/> / eingesehen am 12. August 2025

Thüringen / DDR:
**Vor 50 Jahren:
Rassistische Gewalt in Erfurt**

Rassistische Gewalt gab es in Ostdeutschland bereits vor dem Mauerfall – aus dem öffentlichen Bewusstsein sind die Geschehnisse verschwunden. Vor 50 Jahren, am 10. August 1975, begannen bei einem Volksfest vor dem Erfurter Dom St. Marien die pogromartigen Ausschreitungen, bei denen über mehrere Tage algerische Arbeitsmigranten von hunderten Erfurterinnen und Erfurtern bedroht, verfolgt, gehetzt und angegriffen wurden. Mit Holzlatten und Messern bewaffnet, versuchte der Mob die Wohnheime dieser Arbeiter anzugreifen. Rund 300 Personen, überwiegend Männer, jagten rund 25 Vertragsarbeiter unter Gebrüll wie »Schlagt die Algerier tot!« durch die Straßen. Zuvor war bei einem Volksfest das Gerücht aufgekommen, Algerier würden deutsche Frauen sexuell belästigen. Ausschreitungen gegen Algerier, Angolaner, Kubaner, Mosambikaner und Vietnamesen gab es unter anderem auch in Niesky, Brandenburg an der Havel und Merseburg. Rechtsextreme Übergriffe wurden in der DDR als »Rowdytum« abgetan. Nach der deutsch-deutschen Vereinigung fanden rassistische Ausschreitungen unter anderem in Hoyerswerda (1991) und Rostock-Lichtenhagen (1992) statt. Der Hassausbruch in Erfurt gilt als erste massive rassistisch motivierte Ausschreitung nach 1945 auf deutschem Boden.

Eigenrecherche DokRex

Johannes Schütz: »Rette sich, wer kann!«. Die rassistische Gewalt eskaliert in Ostdeutschland schon viele Jahre vor dem Mauerfall – so wie in Erfurt im August 1975, in: *Die Zeit*, Nr. 33 vom 7. August 2025, S. 31

Anne Fromm / Jan Daniel Schubert / Daniel Schulz: Vom Verschwinden des 10. August, in: *wochentaz* vom 9.-15. August 2025, S. 28

Bundesweit:

**Datenbank über Opfer von
NS-Menschenversuchen und
Euthanasie veröffentlicht**

Am 18. August 1939 begannen die Nationalsozialisten nach einem Runderlass (Erfassung von Menschen in Heil- und Pflegeanstalten) des Reichsinnenministeriums mit der systematischen Ermordung von kranken Kindern und Kindern mit Behinderung sowie kurze Zeit später auch von Erwachsenen das »Euthanasieprogramm Aktion T4«. Schätzungen zufolge wurden in ganz Europa etwa 300.000 Menschen mit psychischen Erkrankungen oder Behinderungen ermordet, die den Nationalsozialisten als nicht nützlich für die Gesellschaft galten. Bislang gab es keine umfassende Datenbank, die NS-Opfer im medizinischen Kontext systematisch erfasst und beschreibt, was den Menschen angetan wurde und von wem. Dieser Aufgabe haben sich die Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina und die Max-Planck-Gesellschaft (MPG) mit der nun präsentierten Online-Datenbank »Victims of Biomedical Research under National Socialism« verschrieben und somit den Opfern ihre Geschichte zurückgeben. Der Gedanke dahinter ist: Ein Mensch ist erst vergessen, wenn sein Name vergessen ist. Bisher hat das Forschungsteam um den Historiker Paul Weindling von der Oxford Brookes University 366 Versuchsreihen unethischer Experimente und 30.274 Opfer identifiziert. Die Datenbank umfasst rund 16.000 Profile von Menschen, die im Nationalsozialismus Opfer erzwungener medizinischer Forschung wurden. Die Datenbank ermöglicht, dass Opfer mit mehreren Versuchsreihen und Orten identifiziert und verknüpft werden können. Sie enthält zudem mehr als 13.000 Profile von Menschen, deren Schicksale noch nicht abschließend erforscht sind. Die Pressekonferenz fand am 86. Jahrestag des Beginns der systematischen Ermordung behinderter und kranker Menschen im nationalsozialistischen Deutschland statt. MPG-Präsident Patrick Cramer betonte angesichts dieser Vergangenheit: »Die Geschichte zeigt uns, wozu Menschen fähig sein können, wenn ein autokratischer Staat ein geltendes humanitäres Wertesystem zugunsten von Rasseideologie und Fanatismus negiert.«

<https://idw-online.de/de/news856846> / eingesehen am 15. Dezember 2025

<https://ns-medical-victims.org> / eingesehen am 25. August 2025

<https://www.dw.com/de/neue-datenbank-zum-schicksal-von-euthanasie-opfern-der-ns-zeit/a-73703959> / eingesehen am 25. August 2025

<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/datenbank-zeigt-orte-und-opfer-der-ns-medizinverbrechen-100.html> / eingesehen am 25. August 2025

<https://www.mpg.de/25228739/opfer-datenbank-geht-online> / eingesehen am 25. August 2025

<https://www.aerzteblatt.de/news/datenbank-uber-opfer-medizinischer-forschung-in-ns-zeit-veroeffentlicht-376cb5f1-4994-497d-9491-72a47cab6bfc> / eingesehen am 25. August 2025

Hessen / Bundesweit:

**Der Frankfurter Auschwitz-
Prozess endete vor 60 Jahren**

Nach heutigem Forschungsstand wurden in Auschwitz rund 1,1 Millionen Menschen ermordet. Vor 60 Jahren, am 19. und 20. August 1965, endete in Frankfurt am Main der bis dahin größte Prozess gegen NS-Verbrecher in der Bundesrepublik. Beim ersten (von drei) Auschwitz-Prozessen berichteten 359 Zeugen und Zeuginnen aus 19 Ländern detailliert von Folter, Misshandlung, Tötungen und Mord. Begonnen hatte die Hauptverhandlung des ersten Verfahrens am 20. Dezember 1963. Zwar fielen die Urteile vom August 1965 gegen einen Großteil der 22 Angeklagten, Mitglieder der Lager-Gestapo, Aufseher, Sanitäter und KZ-Ärzte, mild aus (ab drei Jahren Gefängnis, in drei Fällen Freispruch, nur in sechs Fällen lebenslang) – aber der Prozess markierte den Beginn einer verstärkten Debatte um die Notwendigkeit von Aufarbeitung, anstatt einen Schlussstrich unter die Vergangenheit zu ziehen. Zusammen mit dem Eichmann-Prozess in Jerusalem war der Frankfurter Auschwitz-Prozess der erste entscheidende Einschnitt, sich den Verbrechen des nationalsozialistischen Deutschlands zu stellen. Maßgebliche Kraft hinter beiden Prozessen war der hessische Generalstaatsanwalt Fritz Bauer.

Als Vorläuferprozess der Auschwitz-Prozesse gilt der Ulmer Einsatzgruppen-Prozess. Am 28. April 1958 wurde der Prozess gegen Mitglieder der »Einsatzgruppe Tilsit« vor dem Ulmer Schwurgericht eröffnet, 60 Verhandlungstage folgten und mehr als 180 Zeugen wurden gehört. Wegen Beihilfe zum Mord wurden die zehn Angeklagten zu insgesamt 70 Jahren Haft verurteilt. Einsatzgruppen wurden vom NS-Regime gezielt für die Vernichtungspolitik im Schatten der Wehrmacht eingesetzt.

<https://www.auschwitz-prozess.de> / eingesehen am 4. Dezember 2025

<https://www.juedische-allgemeine.de/politik/kein-einziges-menschliches-wort/> / eingesehen am 4. Dezember 2025

<https://www.ref.ch/news/justiz-geschichte-deutschland-frankfurt-auschwitz-prozess-holocaust/> / eingesehen am 23. August 2025

Elisabeth Zoll: Niemand wollte es gewesen sein, in: Südwestpresse vom 31. Oktober 2025

Bundesweit:
**Zahl rechtsextremistischer
 Vorfälle bei der Bundeswehr
 stark gestiegen**

In der Bundeswehr wurden 2024 deutlich mehr rechtsextreme Vorfälle verzeichnet als im Vorjahr. Auch die Zahl der Entlassungen wegen Rechtsextremismus nahm stark zu. Gab es 2023 noch 63 Entlassungen, sind es ein Jahr später bereits 97. Insgesamt listet das Bundesverteidigungsministerium 280 rechtsextreme Verdachtsfälle auf – rund 30 Prozent mehr als 2023. Aus Einzelfallaufklösungen des Ministeriums für die beiden Jahre 2023 und 2024 geht hervor, dass Soldaten unter anderem für das Zeigen des Hitlergrußes, das »Singen rassistischer Parolen« oder antisemitische und »nationalsozialistische Äußerungen« entlassen wurden. Seit 2015 seien insgesamt 975 Verdachtsfälle wegen Rechtsextremismus in der Bundeswehr gemeldet worden, 852 hätten Soldaten und 54 Zivilangestellte der Bundeswehr betroffen. In 401 Fällen habe sich der Verdachtsfall bestätigt, in 305 Fällen hingegen nicht. Die übrigen Verdachtsfälle seien noch nicht abschließend geprüft. In 245 Fällen wurde seit 2015 nach Regierungsangaben eine Disziplinarmaßnahme ausgesprochen; dies geht aus der Antwort der Bundesregierung (20. August) auf eine Kleine Anfrage hervor. Die Bundesregierung konstatiert, dass es für Verfassungsfeinde »keinen Platz im öffentlichen Dienst und damit auch nicht in der Bundeswehr« gebe: »Wer den Staat ablehnt, kann ihm nicht dienen.« Die Bekämpfung von Extremismus in der Bundeswehr habe daher »unverändert höchste Priorität«. Die neonazistische Kleinstpartei »Der III. Weg« plädiert für die Wiedereinführung der Wehrpflicht für »alle jungen männlichen Deutschen«: »Wer eine ernstzunehmende Verteidigungsarmee will, die auch der imperialistischen Bedrohung des Putin-Regimes etwas entgegenzusetzen vermag, sollte deshalb nicht nach noch mehr politischen Säuberungen rufen, sondern nach einem klaren Bekenntnis zur allgemeinen Wehrpflicht.«

<https://www.tagesschau.de/investigativ/wdr/bundeswehr-rechtsextremismus-134.html> /
 eingesehen am 30. August 2025

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Zada Salihović, Desiree Becker, Doris Achelwilm, weiterer Abgeordneter und der Fraktion Die Linke. Rechtsextreme Vorfälle in der Bundeswehr 2024, BT-Drs. 21/1321 vom 20. August 2025: <https://dserver.bundestag.de/btd/21/013/2101321.pdf> /
 eingesehen am 30. August 2025

<https://der-dritte-weg.info/2025/09/politische-saeuberungen-in-der-bundeswehr-und-warum-die-wehrpflicht-wiederkommen-muss> / eingesehen am 10. September 2025

Bundesweit:
**»Rasseerbgut« und
 Partnerschaften**

Der »Bund für Gotterkenntnis (Ludendorff)« e. V. ist eine religiös-völkische Weltanschauungsgemeinschaft, die von den Verfassungsschutzbehörden als rechtsextremistisch und antisemitisch eingestuft wird. Als Sprachrohr dient die im 63. Jahrgang erscheinende Monatszeitschrift »Mensch und Maß«. »Drängende Lebensfragen in neuer Sicht« will das Blatt beleuchten. Um »Sexualität, Partnerschaft und Liebe« geht es in der Augustausgabe. Die Autorin, Gisela Volkmer, eine »lebenschaftliche Mutter von 7 Kindern«, schreibt: »Die Achtung und Wertschätzung jeden Volkes dieser Erde gebietet es [...], sich für die Erhaltung der Völker einzusetzen. Unabdingbar hat dies Grundsätze für die Partnerwahl zur Folge. Es bedarf zur Volkserhaltung der Weitergabe von Leben mit dem gleichen Rasseerbgut. Die Partner sollten also, wenn nicht aus dem gleichen Volk, so doch aus Völkern einer Rasse stammen.« Eine Partnerschaft könne »trotz unterschiedlichen Rasseerbutes«, so die Autorin, »nur bei einem Verzicht auf Kinder gebilligt werden«. »Mensch und Maß« erscheint im »Verlag Hohe Warte GmbH« im oberbayerischen Pähl. Verantwortlich geleitet wird die Zeitschrift von Wolfgang Peetz im brandenburgischen Kirchmöser.

Eigenrecherche DokRex

Gisela Volkmer: Sexualität, Partnerschaft und Liebe, in: Mensch und Maß. Drängende Lebensfragen in neuer Sicht, 63. Jg., August 2025, S. 387-395

Bundesweit:
**Anklage gegen
 »Sächsische Separatisten«
 vor dem OLG Dresden erhoben.
 Prozessbeginn gegen
 mutmaßliche NSU-Unterstützerin**

Die Bundesanwaltschaft hat am 27. August 2025 Anklage vor dem Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichts Dresden gegen die deutschen Staatsangehörigen Kurt H., Karl K., Kevin M., Hans-Georg P., Kevin R., Jörg S., Jörn S. und Norman T. wegen Mitgliedschaft in der spätestens im November 2020 gegründeten militanten Neonazigruppe »Sächsische Separatisten« erhoben. Die Angeschuldigten seien hinreichend verdächtig, sich als Mitglieder in einer inländischen terroristischen Vereinigung betätigt zu haben (§ 129a Abs. 1 Nr. 1 StGB), wobei Jörg S. Rädelsführerschaft vorgeworfen wird (§ 129a Abs. 4 StGB). Am 5. November 2024 hatten in Sachsen, Österreich und Polen Exekutivmaßnahmen gegen Rechtsextremisten auf Grundlage eines Ermittlungsverfahrens des Generalbundesanwaltes (GBA) stattgefunden. Insgesamt waren 15 Beschuldigte von den Maßnahmen betroffen; gegen acht von diesen wurden Haftbefehle vollstreckt. Die Ideologie der Sächsischen Separatisten ist laut

GBA von rassistischen, antisemitischen und in Teilen apokalyptischen Vorstellungen geprägt. Ihre Mitglieder verbinde eine tiefe Ablehnung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik. Aus ihrer Sicht stehe Deutschland vor einem systemischen Kollaps, infolge dessen die staatliche und gesellschaftliche Ordnung an einem unbestimmten »Tag X« zusammenbrechen werde. In diesem Zusammenhang soll die Gruppierung geplant haben, mit Waffengewalt Gebiete in Sachsen und gegebenenfalls auch in anderen Bundesländern im Osten der Bundesrepublik zu erobern, um dort dann ein am Nationalsozialismus ausgerichtetes Staats- und Gesellschaftswesen zu errichten. Einzelne Gruppenmitglieder sind dem Bundesamt für Verfassungsschutz auch aus dem parteigebundenen Rechtsextremismus (AfD), der Neuen Rechten oder der organisierten Neonaziszene bekannt. Zentrale Protagonisten weisen zudem Bezüge zum militanten Akzelerationismus beziehungsweise zur Siege-Szene auf.

Ebenfalls vor dem OLG Dresden wird seit dem 6. November gegen Susann Eminger, eine mutmaßliche Vertraute der NSU-Terroristin Beate Zschäpe, verhandelt. Das OLG hat für den Prozess bis Ende Juni 2026 insgesamt 44 Hauptverhandlungstermine festgelegt (Az. 5 St 3/25). Die Bundesanwaltschaft hatte im Februar 2024 gegen die Ehefrau des rechtskräftig verurteilten NSU-Unterstützers André Eminger Anklage erhoben. André Eminger war 2018 im Münchner NSU-Prozess wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung zu zweieinhalb Jahren Haft verurteilt worden. Er hat seine Strafe bereits abgesessen. Vorgeworfen wird Susann Eminger, seit spätestens Anfang 2007 von den rassistisch motivierten Morden des NSU gewusst und Zschäpe ab September 2008 ihre Krankenkassenkarte und ihre Personalien zur Verfügung gestellt zu haben. Zudem soll sie bei der Abholung eines Wohnmobils, das der NSU am 4. November 2011 beim letzten Raubüberfall in Eisenach verwendet hatte, mitgewirkt haben. Der NSU wurde spätestens im Herbst 1998 von Beate Zschäpe, Uwe Böhnhardt und Uwe Mundlos gegründet, nachdem die drei vor einer drohenden Festnahme in den Untergrund abgetaucht waren.

Eigenrecherche DokRex

<https://www.verfassungsschutz.sachsen.de/militanter-rechtsextremismus-und-rechtsterrorismus-5088.html> / eingesehen am 29. September 2025

Verfassungsschutzbericht des Bundes 2024, S. 69-73

<https://www.generalbundesanwalt.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2025/Pressemitteilung-vom-10-09-2025.html> / eingesehen am 15. September 2025

<https://www.generalbundesanwalt.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2024/Pressemitteilung-vom-28-02-2024.html> / eingesehen am 15. September 2025

<https://www.lto.de/recht/nachrichten/n/5st325-olg-dresden-susann-eminger-nsu-rechtsextremismus/> / eingesehen am 15. September 2025

Bundesweit:
**Bundesländer haben 2024 fast
43.000 rechte Straftaten gemeldet**

Für das Jahr 2024 haben die Länder dem Bundeskriminalamt (BKA) 42.788 Straftaten aus dem Bereich Politisch Motivierte Kriminalität rechts (PMK rechts) gemeldet, darunter 1.488 Gewaltdelikte. Das geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage hervor. Die höchsten Jahresfallzahlen verzeichnete Nordrhein-Westfalen mit 5.641 Delikten, gefolgt von Sachsen (4.216) und Baden-Württemberg (3.666). Im Verhältnis zur Einwohnerzahl gab es in Mecklenburg-Vorpommern die meisten Gewalttaten im Bereich der PMK rechts. Hier kamen auf 100.000 Einwohner 7,17 Delikte. In Thüringen waren es 6,32 und in Hamburg 6,24.

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Clara Büniger, Doris Achelwilm, Violetta Bock, weiterer Abgeordneter und der Fraktion Die Linke. Politisch motivierte Kriminalität-rechts in den Bundesländern, BT-Drs. 21/1418 vom 29. August 2025: <https://dserver.bundestag.de/btd/21/014/2101418.pdf> / eingesehen am 5. September 2025

September

Bundesweit:

**Bundesarchiv und Zentralrat
Deutscher Sinti und Roma schließen
Kooperationsvereinbarung**

Das Bundesarchiv und der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma haben eine Kooperationsvereinbarung geschlossen. Am 1. September unterzeichneten Romani Rose, Vorsitzender des Zentralrates Deutscher Sinti und Roma, und Michael Hollmann, Präsident des Bundesarchivs, die Vereinbarung in Heidelberg. Damit soll in Zeiten eines wachsenden Antiziganismus in der Gesellschaft ein Zeichen gesetzt und gleichzeitig die Aufklärung über die nationalsozialistische »Rassenforschung« weiter verbessert werden. In Erinnerung an die im nationalsozialistisch besetzten Europa ermordeten rund 500.000 Sinti und Roma wurde zuletzt am 2. August der »Europäische Tag des Gedenkens an den Genozid an Sinti und Roma« begangen.

Aus dem Bestand R 165 im Bundesarchiv werden der Forschung auch zukünftig Quellen zur Aufarbeitung der nationalsozialistischen »Rassenforschung« an Sinti und Roma nach Bundesarchivgesetz bereitgestellt.

<https://zentralrat.sintiundroma.de/zeichen-setzen-in-zeiten-eines-wachsenden-antiziganismus-bundesarchiv-und-zentralrat-deutscher-sinti-und-roma-schliessen-kooperationsvereinbarung> / eingesehen am 5. September 2025

Baden-Württemberg / Bundesweit:

**Gerhard Femppel:
»Einer der allerletzten ehemaligen
Offiziere der Waffen-SS und Vete-
ranen des Zweiten Weltkrieges«**

Mit seinen 99 Jahren sei er »wohl einer der allerletzten ehemaligen Offiziere der Waffen-SS und Veteranen des Zweiten Weltkrieges« ist in der Herbstausgabe der extrem rechten zweimonatlich erscheinenden »Deutschen Militärzeitschrift« (DMZ) der »Lesen & Schenken GmbH« (Verlagskomplex Dietmar Munier) im norddeutschen Selt zu lesen. Gemeint ist Gerhard Femppel, der in Begleitung den ehemaligen Truppenübungsplatz Münsingen auf der Schwäbischen Alb besucht hat, wie die DMZ berichtet. Im denkmalgeschützten Alten Lager (Albgut) in Münsingen hat die Traditionsgemeinschaft Truppenübungsplatz Münsingen e. V. ein Museum eingerichtet, das die Entstehung und wechselvolle Geschichte des ehemaligen Truppenübungsplatzes und des Militärs vor dem Hintergrund der politischen und militärischen Geschichte Deutschlands dokumentiert. Erstmals vor Ort auf dem Truppenübungsplatz Münsingen war Femppel mit dem »Deutschen Jungvolk« (DJ) in einem Zeltlager 1938, »an das er sich bis heute lebhaft erinnert«. Das DJ war in der NS-Zeit eine Jugendorganisation der »Hitlerjugend« (HJ) für Jungen zwischen 10 und 14 Jahren. Ziel des DJ war es, die Jugend im Sinne des Nationalsozialismus zu indoktrinieren, in Loyalität zu Adolf Hitler zu erziehen und vormilitärisch auszubilden.

Femppel kandidierte 2019 bei der Stuttgarter Kommunalwahl für die AfD. Der 1925 geborene Femppel war einst Schüler der »Nationalpolitischen Erziehungsanstalt«, einer nationalsozialistischen Eliteschulart im selbsternannten »Dritten Reich«, meldete sich freiwillig zur Waffen-SS und wurde 1943 nach Krakau zur SS-Pionier-Ausbildungs- und -Ersatz-Abteilung 3 einberufen. Zuletzt war er in der NS-Zeit Kompanieführer im SS-Panzerpionier-Bataillon »Das Reich«. 2020 stand der einstige SS-Untersturmführer der DMZ Rede und Antwort. Auf die Frage: »Was sind Ihre wichtigsten Kriegserlebnisse? Dramatische und traurige?« antwortete Femppel: »Das positivste Erlebnis war für mich der Sieg über Polen, da Polen für mich Schuld am Kriegsausbruch trug. Außerdem war der Polenfeldzug mit sehr geringen Verlusten verbunden, und er ging sehr schnell zu Ende.« Freimütig erzählt der Geschichtsrevisionist, dass er Kontakte zur »Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der Angehörigen der ehemaligen Waffen-SS« (HIAG) unterhielt. Femppel weiter: »[...] ich unterstützte aber noch lieber Männer wie den Kameraden Heinz Kiessler, der sich mit seiner Frau Hansi rührend um Kriegsgefangene wie Walter 'Bubi' Reder und Erich Priebke kümmerte. Sie hatten nicht das Glück wie wir und hatten es verdient, nicht vergessen zu werden.«

Das damals im badischen Gernsbach wohnhafte Ehepaar Kiessler unterstützte über Jahrzehnte hinweg inhaftierte NS-Kriegsverbrecher wie Reder und Priebke. Der einstige SS-Hauptsturmführer Priebke war 1998 wegen seiner Beteiligung an dem Massaker von 1944 in den Ardeatinischen Höhlen mit 335 ermordeten Zivilisten in Rom zu lebenslanger Haft verurteilt worden. Reder, vormals Sturmbannführer der Waffen-SS, war 1951 in Italien als Verantwortlicher für das Massaker an 1.800 Zivilisten in der Ortschaft Marzabotto zu lebenslanger Haft verurteilt worden.

Zu den Stuttgarter AfD-Gemeinderatskandidaten zählte 2019 neben Femppel auch Rolf Schlierer. Schlierer, Vorsitzender der baden-württembergischen REP-Landtagsfraktion von 1992 bis 2001, war von Dezember 1994 bis August 2014 Bundesvorsitzender seiner Partei.

Eigenrecherche DokRex

<https://www.albgut.de/traditionsgemeinschaft-trueppel-muensingen/> / eingesehen am 15. September 2025

Christian Heine: Im »Alten Lager« Münsingen. Ein Weltkriegsveteran besucht den Ort, wo er mit dem Jungvolk im Zeltlager war, in: Deutsche Militärzeitschrift, Nr. 167, September / Oktober 2025, S. 72f

Interview mit Dr. Gerhard Fempfel, in: Deutsche Militärzeitschrift-Zeitgeschichte, Mai – Juni 2020, S. 46-51

Bundesweit / Sachsen-Anhalt /
Thüringen:

Urteile gegen Höcke rechtskräftig

Zwei Urteile gegen den thüringischen AfD-Politiker Björn Höcke wegen des Verwendens der verbotenen SA-Parole »Alles für Deutschland« sind rechtskräftig. Höcke scheiterte am Bundesgerichtshof (BGH) mit einer Revision gegen die Urteile des sachsen-anhaltischen Landgerichts Halle. Der BGH bestätigte, dass die Verwendung der Parole strafbar ist und die Meinungsfreiheit zulässig eingeschränkt sei. Zudem greife der strafrechtliche Schutz als Abgeordneter nicht, da er die Parole nicht in Ausübung seines Mandats äußerte. Die Parole »Alles für Deutschland« war eine Losung der »Sturmabteilung« (SA), der paramilitärischen Organisation der NSDAP. In Deutschland gilt die Parole heute als Kennzeichen einer verfassungswidrigen Organisation und fällt damit unter § 86a Strafgesetzbuch. Ihre öffentliche Verwendung ist strafbar.

<https://www.mdr.de/nachrichten/deutschland/politik/urteil-hoecke-rechtskraeftig-ns-parole-100.html> / eingesehen am 11. September 2025

Norwegen:

Rechtsruck bei Parlamentswahl

»Nach Schweden, Dänemark und Finnland hat der Rechtsruck jetzt auch das letzte skandinavische Land erfaßt«, kommentiert das rechtsextreme Internetportal »Zuerst!« die Parlamentswahl in Norwegen am 8. September. Die nationalliberale »Fortschrittspartei« unter Sylvi Listhaug hat mit 23,9 Prozent (plus 12,3 Prozent) ein historisches Ergebnis erzielt. Die Partei verdoppelte ihren Anteil gegenüber 2021 und ist nun die zweitstärkste politische Kraft des Landes. Zu den zentralen Themen des Wahlkampfs gehörte die Migrationspolitik. »Der Erfolg der Fortschrittspartei ist vor allem darauf zurückzuführen, daß sie seit vielen Jahren eine restriktive Migrationspolitik fordert und lange Zeit als einzige diese Position vertreten hat«, so die »Junge Freiheit« in ihrem Artikel »Die nächste Giorgia Meloni kommt aus Norwegen«.

<https://www.tagesschau.de/ausland/europa/norwegen-parlamentswahl-ergebnis-100.html> / eingesehen am 15. September 2025

<https://jungefreiheit.de/politik/ausland/2025/norwegen-die-naechste-giorgia-heisst-sylvi/> / eingesehen am 15. September 2025

<https://zuerst.de/2025/09/14/wahl-in-norwegen-linksrukt-trotz-rechter-zugewinne> / eingesehen am 15. September 2025

Bayern / Bundesweit:

Vor 25 Jahren:

Erster Mord des NSU

Am 9. September 2000 verübte die rechtsterroristische Vereinigung »Nationalsozialistischer Untergrund« (NSU) ihren ersten Mord. Enver Şimşek war an seinem Blumenstand am Stadtrand von Nürnberg niedergeschossen worden; er starb zwei Tage später. Der Mordserie fielen zwischen 2000 und 2007 zehn Menschen aus rassistischen und rechtsextremen Motiven zum Opfer. Şimşek folgten Abdurrahim Özüdoğru, Süleyman Taşköprü, Habil Kilic, Mehmet Turgut, Ismail Yaşar, Theodoros Boulgarides, Mehmet Kubaşık, Halit Yozgat. Zuletzt wurde im April 2007 im baden-württembergischen Heilbronn die 22-jährige Polizistin Michèle Kiesewetter erschossen.

Über Jahre hinweg konzentrierten sich die Ermittler nahezu ausschließlich auf das Umfeld der Opfer, verfolgten Spuren im Bereich organisierter Kriminalität (»Drogen-/Döner-Mafia«) und belasteten wiederholt Angehörige der Ermordeten. Hinweise auf einen möglichen rechtsextremen Kontext wurden zwar vereinzelt geäußert (so der damalige bayerische Innenminister Günther Beckstein, CSU), jedoch nie systematisch verfolgt. Erst die Selbstenttarnung des NSU nach einem Banküberfall in Eisenach im November 2011 machte das Ausmaß des neonazistischen Terrornetzwerks sichtbar.

Die überlebende NSU-Rechtsterroristin Beate Zschäpe wurde 2018 zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt, die besondere Schwere der Schuld wurde festgestellt. Seit 2021 ist das Urteil rechtskräftig. Zwischenzeitlich befindet sich Zschäpe in einem Ausstiegsprogramm.

Im Mai 2025 wurde in Chemnitz, wo das NSU-Kerntrio 1998 untertauchte, ein erstes Dokumentationszentrum eröffnet. Die Bundesregierung will zudem ein zentrales NSU-Dokumentationszentrum in Nürnberg einrichten – in der Stadt, in der der NSU drei Menschen ermordete und einen Bombenanschlag verübte.

Elektronischer Rundbrief von NSU-Watch vom 4. September 2025

<https://www1.wdr.de/nachrichten/25-jahre-nsu-morde-100.html> / eingesehen am 10. September 2025

Österreich:

**Großeinsatz gegen Neonazi-Szene:
Razzia bei Gottfried Küssel**

Die österreichischen Behörden haben am 9. September eine großangelegte Aktion gegen die rechtsextreme Szene durchgeführt. Es kam zu zahlreichen Hausdurchsuchungen, unter anderem bei Österreichs bekanntestem Neonazi, dem 67-jährigen Gottfried Küssel in Wien. Die Maßnahmen richteten sich »vor allem gegen die 'Ferialverbindung Imperia', der Nachfolgeorganisation von Küssels »Ferialverbindung Reich«, so die Szene-Zeitschrift »N.S. Heute« (Dortmund). Küssel ist seit Jahrzehnten im Neonazi-Milieu aktiv, verbüßte deshalb auch mehrere Haftstrafen. 2011 wurde Küssel im Zuge der Ermittlungen gegen die Neonazi-Website »Alpen-Donau.info« zu sieben Jahren und neun Monaten Haft verurteilt. Seit dem Ausbruch der Corona-Pandemie marschierte Küssel bei Corona-Demonstrationen an vorderster Front mit. Zuletzt tauchte Küssel auch rund um die Ermittlungen gegen die neonazistische Gruppierung »Sächsische Separatisten« auf, bei der zwei Söhne von Hans Jörg Schimanek aktiv waren. Schimanek war in den 1990er-Jahren nach Küssel einer der wichtigsten Akteure der neonazistischen »Volkstreuen Außerparlamentarischen Opposition« (VAPO).

Ausschlaggebend für seinen neonazistischen Werdegang sei das von ihm in der Schulbibliothek während seiner Zeit im katholischen Internat aufgefundene Buch »Das Unternehmen Barbarossa« von Paul Carell gewesen, gab Küssel in der Herbstausgabe 2025 der Zeitschrift NS. Heute kund: »Ich fand in der Schulbibliothek das Buch und der Rest ist dann wohl Geschichte.« Paul Karl Schmidt (1911–1997, alias Paul Carell) steht stellvertretend für die vielen Nationalsozialisten, die in der Bundesrepublik problemlos und ohne je Reue gezeigt zu haben, eine steile Karriere machten.

Im Zweiten Weltkrieg war SS-Obersturmbannführer Schmidt Pressechef des Außenministers Joachim von Ribbentrop. Er hat sich am Holocaust propagandistisch beteiligt und bei dessen »Verschleierung« mitgewirkt. Im Vorfeld der geplanten Deportation der Budapester Juden im Mai 1944 unterbreitete er Propagandavorschläge zu deren Verschleierung. Er regte an, »daß man äußere Anlässe und Begründungen für die Aktion schafft, z. B. Sprengstoffhunde in jüdischen Vereinshäusern und Synagogen, Sabotageorganisationen, Umsturzpläne, Überfälle auf Polizisten, Devisenverschiebungen großen Stils mit dem Ziele der Untergrabung des ungarischen Währungsgefüges«. Ab 1948, nach seiner Freilassung aus der US-amerikanischen Kriegsgefangenschaft, arbeitete Schmidt hauptsächlich unter dem Namen Paul Carell als politischer Journalist. In den 1960er-Jahren wurde er mit Büchern über den Zweiten Weltkrieg zum Bestsellerautor. Seine Bücher verkauften sich über 2,5 Millionen Mal und wurden in mehr als ein Dutzend Sprachen übersetzt. Schmidt ist einer der Erfinder der Mär vom Präventivkrieg gegen die Sowjetunion. Politisch engagierte sich der einstige NS-Propagandist später als Gründungsmitglied des unionsnahen Studienzentrums Weikersheim (SZW) und der Hans-Filbinger-Stiftung.

Eigenrecherche DokRex

<https://www.derstandard.at/story/3000000286922/grosseinsatz-gegen-neonazi-szene-razzia-bei-gottfried-kuessel?ref=rss> / eingesehen am 10. September 2025

<https://www.stopptdierechten.at/2025/09/09/razzia-bei-gottfried-kuessel-die-ersten-fotos/> / eingesehen am 10. September 2025

Christian Plöger: Von Ribbentrop zu Springer. Zu Leben und Wirken von Paul Karl Schmidt alias Paul Carell, Marburg 2009

Wigbert Benz: Paul Carell. Ribbentrops Pressechef Paul Karl Schmidt vor und nach 1945, Berlin 2005

Repression: Hausdurchsuchung bei Gottfried Küssel, in: N.S. Heute, November / Dezember 2025, S. 4

<https://www.nsheute.com/30-fragen-an-gottfried-kuessel> / eingesehen am 22. Oktober 2025

USA:

**Rechtsreligiöser Nationalist
Charlie Kirk erschossen**

Am 10. September 2025 wurde der US-amerikanische rechtsreligiöse 31-jährige Politaktivist Charlie Kirk, »eine Nachwuchshoffnung der Republikaner«, so der »Identitären«-Vorsteher Martin Sellner, während eines Auftritts an der Utah Valley University erschossen. Kirk verschmolz christlichen Nationalismus und die »MAGA«-Bewegung (»Make America Great Again«) miteinander. Seine Auftritte waren von rassistischen, sexistischen oder queerfeindlichen Aussagen geprägt. Kirk, einer der wichtigsten Unterstützer von Trump im Präsidentschaftswahlkampf, galt als »die einflussreichste politische Persönlichkeit ohne Amt«. Demnach durfte Kirk nach Trumps zweitem Wahlsieg über die Bewerber von tausenden Stellen mitentscheiden. 2012, im Alter von 18 Jahren, hatte Kirk »Turning Point USA« (TPUSA), eine schlagkräftige, extrem rechte Jugendbewegung, gegründet, lange vor dem Aufstieg von Trump als Politiker. Kirk baute mit TPUSA, kontinuierlich wurden Plattformen wie Social Media und Podcasts bespielt, eine extrem rechte Gegenkultur auf, finanziert durch Spenden von Stiftungen, Unternehmern und Thinktanks. TPUSA zählt heute rund 650.000 Mitglieder und verfügt über Ortsgruppen an über 850 US-Universitäten und mehreren

Tausend Highschools. Als 2022 der Ehemann der demokratischen Politikerin Nancy Pelosi von einem Angreifer mit einem Hammer schwer verletzt wurde, rief Kirk »großartige Patrioten« dazu auf, eine Kautions für den Täter zu hinterlegen.

Er unterstützte die Lüge, wonach den Republikanern am 3. November 2020 der Wahlsieg »gestohlen« worden sei. Federführend beim folgenden Sturm auf das Kapitol waren auch christlich-fundamentalistische Fanatiker. Kirk zufolge sind Abtreibungen schlimmer als der Holocaust. Die Bibelpassage, die Homosexualität mit Steinigung bestraft, bezeichnete Kirk als »perfektes Gesetz Gottes«. Entgegen der rechtsextremen Legendenbildung war Kirk kein Verteidiger der Meinungsfreiheit, sondern er stellte Andersdenkende an den Online-Pranger; so initiierte TPUSA eine »Professor Watchlist«, auf der links oder liberales Lehrpersonal an Universitäten denunziert werden kann. Die Betroffenen werden so zum Ziel von Gewalt- und Morddrohungen. 2023 führte Kirk aus: »Juden sind unter den größten Finanziers von Ideen des kulturellen Marxismus« – Fakt ist, dass kultureller Marxismus eine antisemitische Verschwörungstheorie ist. »Der III. Weg«, eine seit 2013 bestehende neonazistische Kleinpartei, machte wie US-Präsident Donald Trump die »radikale Linke« für die Ermordung von Kirk verantwortlich. Demnach wird »für das Lager der politischen Linken [...] jeder zum Feind«, der sich »zum Erhalt von Familie und Heimat als gemeinschaftsstiftendes Grundbedürfnis eines jeden menschlichen Daseins« bekenne.« Deshalb, so Der Dritte Weg, sei es »höchste Zeit«, sich »wehrbereit auf kommende Angriffe vorzubereiten!«

Trumps Worte, die die »radikale Linke« für den Mord verantwortlich machen, seien »daher keine bloße Schuldzuweisung, sondern eine zutreffende Analyse«, so der AfD-Landesverband Schleswig-Holstein. »Der Westen muss aufwachen, bevor es zu spät ist«, so der nördlichste AfD-Landesverband. Kirk sei »kein Einzelfall, das ist der Tod der Meinungsfreiheit, angefacht von linker Hetze und staatlicher Willkür«, erklärte der AfD-Europaparlamentarier Siegbert Droese. Nach einem Aufruf der AfD fanden sich zahlreiche Kirk-Fans am 11. September vor der US-Botschaft am Brandenburger Tor in Berlin zu einer Trauerkundgebung ein. Unter ihnen war auch die stellvertretende Vorsitzende der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Beatrix von Storch.

Der Mord hat Folgen für das transatlantische Verhältnis, weil er Trumps MAGA-Bewegung und die AfD rhetorisch und ideologisch weiter zusammenrücken lässt.

Als im Juni 2025 die demokratische Abgeordnete Melissa Hortman, die frühere Vorsitzende des Parlaments des US-Bundesstaats Minnesota, und ihr Mann in ihrem Haus von einem rechtsevanglikalen Attentäter erschossen wurde, rang sich Trump gerade mal zu ein paar dünnen Sätzen durch, ohne Hortman namentlich zu erwähnen. Gouverneur Tim Walz bezeichnete dagegen die Tat als politisch motiviert. »Dies war ein Akt gezielter politischer Gewalt«, sagte Walz. »COMPACT«-Chefredakteur Jürgen Elsässer schwang für sein Hetzblatt die Feder und titelte nach dem Tod von Kirk: »Das Kirk-Attentat – ein neuer Reichstagsbrand«. Demnach sendete der Mord »Schockwellen durch die USA – und über den Globus«. Er stehe damit »in einer Reihe mit den blutigen Ereignissen, die den Untergang der Römischen Republik, den Ersten Weltkrieg und das Ende der Kennedy-Ära einleiteten«. Mutmaßlicher Täter ist der 22-jährige Tyler R., der aus einer Familie von Republikanern aus St. George, etwa 450 Kilometer südwestlich des Tatorts, stammt. Elon Musk schrieb nach Kirks Tod: »Die Linken sind die Partei des Mordes.«

Eigenrecherche DokRex

Titus Blome / Jörg Lau: Wer war Charlie Kirk?, in: Die Zeit, Nr. 40 vom 18. September 2025, S.2

<https://www.tagesschau.de/ausland/amerika/minnesota-angriff-demokratin-100.html> /
eingesehen am 1. Oktober 2025

<https://www.volksverpetzer.de/analyse/hayali-recht-rechtsextrem-charlie-kirk/>
eingesehen am 16. September 2025

Nicola Abé u.a.: Mein ist die Rache. USA: Nach dem Attentat auf den rechten Aktivisten Charlie Kirk, in: Der Spiegel, 39/2025, 53-57

<https://www1.wdr.de/nachrichten/charlie-kirk-rechte-influencer-100.html> / eingesehen am 1. Oktober 2025

<https://der-dritte-weg.info/2025/09/rechter-us-politaktivist-charlie-kirk-ermordet/>
eingesehen am 1. Oktober 2025

<https://sezession.de/70361/lagebild-2-kirks-tod/> / eingesehen am 1. Oktober 2025

<https://afd-sh.de/einige-nachtraegliche-gedanken-zum-attentat-auf-charlie-kirk/>
eingesehen am 1. Oktober 2025

<https://afdsachsen.de/droese-mdep-sachsen-ungefiltert-der-mord-an-charlie-kirk-duestere-vorahnungen-fuer-europa-und-deutschland/> / eingesehen am 1. Oktober 2025

https://deutschlandkurier.de/2025/09/gedenken-vor-der-us-botschaft-beatrix-von-storch-ruft-zu-gebet-charlie-kirk-auf/?utm_source=rss&utm_medium=rss&utm_campaign=gedenken-vor-der-us-botschaft-beatrix-von-storch-ruft-zu-gebet-charlie-kirk-auf / eingesehen am 1. Oktober 2025

https://www.compact-online.de/das-kirk-attentat-ein-neuer-reichstagsbrand/?mc_cid=70f0b0d511 / eingesehen am 25. Oktober 2025

Russland:

Internationale rechtsextreme Konferenz in Sankt Petersburg

In Sankt Petersburg hat am 12. September das Gründungstreffen der »International Sovereign League – Paladine« (ISL) stattgefunden. Der in Russland einflussreiche rechtsextreme Geschäftsmann Konstantin Malofejew sowie der russische Ultranationalist und orthodoxe Fundamentalist Aleksandr (Alexander) Dugin hatten rund 50 Rechtsextreme aus 15 Ländern und drei Kontinenten (von Argentinien über Mexiko und Südafrika bis Ungarn) ins Gebäude der Gesetzgebenden Versammlung von Sankt Petersburg eingeladen. Dugin hatte vor der Bundestagswahl im Februar zur Wahl der AfD aufgerufen: »The vote for AfD is the answer to 'to be or not to be' for Germany. Without AfD, there will be no Germany anymore. [...] Be yourself; Dein Selbst befiehlt dir: Wähle AfD!« Nach einer Schweigeminute für den erschossenen Trump-Propagandisten Charlie Kirk waren sich die Tagungsteilnehmer einig im Kampf für nationale Identität und Souveränität sowie im Bestreben, christliche Werte gegen den gemeinsamen Feind – »Globalismus« – zu verteidigen. Der Name »Paladine« bezeichnet Adelige oder Ritter, die sich einer gemeinsamen Sache verschrieben haben und das Böse bekämpfen. Per Video zugeschaltet war der französische Vordenker der Neuen Rechten Alain de Benoist. De Benoists Denken ist anti-egalitär, anti-liberal, anti-kapitalistisch und anti-westlich ausgerichtet. Zu Wort per Videobotschaft meldete sich auch Alexander von Bismarck, ein Nachfahre des Reichskanzlers. Bismarck stand auch beim Geheimtreffen von AfD-Politikern, Rechten und Rechtsextremisten im November 2023 in Potsdam auf der Gästeliste. Vor Ort in Sankt Petersburg waren der Hamburger AfD-Politiker Robert Risch, sowohl Abgeordneter der Bezirksversammlung als auch der Hamburgischen Bürgerschaft, und die ehemalige AfD-Politikerin Olga Petersen, die seit 2024 in Russland lebt. Risch wurde wegen der Teilnahme an dem rechtsextremen Meeting von der Fraktion der AfD in der Bürgerschaft mit sofortiger Wirkung ausgeschlossen. Die Teilnahme an der »ausländischen Konferenz mit antidemokratischer Ausrichtung« sei mit den demokratischen Werten und Grundsätzen der AfD nicht vereinbar.

Eigenrecherche DokRex

<https://searchlightmagazine.com/2025/10/international-far-right-pro-putin-axis-launched-in-russia/> / eingesehen am 30. Oktober 2025

<https://jungle.world/artikel/2025/40/malofejew-dugin-und-die-paladine> / eingesehen am 30. Oktober 2025

<https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen-anhalt/stendal/stendal/alexander-von-bismarck-doebbelin-rechtes-geheim-treffen-afd-potsdam-106.html> / eingesehen am 30. Oktober 2025

<https://www.ndr.de/nachrichten/hamburg/nach-neonazi-treffen-hamburger-afd-fraktion-schliesst-robert-risch-aus,risch-102.html> / eingesehen am 30. Oktober 2025

<https://meduza.io/en/feature/2025/09/24/we-are-not-subject-to-russophobia/> / eingesehen am 30. Oktober 2025

<https://www.arktosjournal.com/p/vote-for-afd/> / eingesehen am 30. Oktober 2025

Großbritannien:

Größte rechtsextreme Massendemonstration der britischen Geschichte

Es war die größte rechtsextreme Massendemonstration der britischen Geschichte, größer als die Aufmärsche der »British Union of Fascists« in den 1930er-Jahren. Diese »Demo war ein Fanal« jubilierte das rechtsextreme Internetportal »COMPACT«. Das islamfeindliche Blog »Politically Incorrect« kürte die Demonstration in der britischen Hauptstadt London gar zum »Mittelpunkt einer internationalen Freiheitsbewegung«. Über 110.000 Menschen, darunter Anti-Transgender-Aktivist*innen, waren am 13. September dem Demonstrationsaufruf »Unite the Kingdom« (gegen Migration) des knasterfahrenden Rechtsextremisten Tommy Robinson (= Stephen Yaxley-Lennon) gefolgt. Plakatslogans wie »Stoppt die Boote« oder »Schickt sie nach Hause« wurden gezeigt. Thema war auch das Attentat auf den extrem rechten US-Aktivist*innen Charlie Kirk. Zugeschaltet per Video war der US-amerikanische Tesla-Milliardär und X-Besitzer Elon Musk. Die britische Öffentlichkeit habe »Angst, ihre Meinungsfreiheit auszuüben«, sagte er. Die BBC sei »an der Zerstörung

Großbritanniens mitschuldig«. An die Teilnehmenden der rechten Demonstration gerichtet, sagte Musk: »Ob ihr Gewalt wählt oder nicht, die Gewalt kommt zu euch. Entweder Ihr wehrt euch oder Ihr sterbt.« Musk forderte die Auflösung des Parlaments in London und die Ablösung der Labour-Regierung von Premierminister Keir Starmer. Der AfD-Europaabgeordnete Petr Bystron rief der Menge zu: »Wir Europäer haben 2000 Jahre für unseren Kontinent gekämpft. Und wir werden nochmal 2000 Jahre lang kämpfen, wenn es nötig ist!« Und Hand in Hand mit Robinson fügte er hinzu: »Wir stehen zusammen und wir werden siegen!« Im April 2025 hatte Bystron den damals inhaftierten Robinson im Gefängnis besucht. Als Redner war ursprünglich auch der ehemalige Strategie von US-Präsident Donald Trump, Steve Bannon, angekündigt. Robinson war einst Führer der islamfeindlichen »English Defence League« (EDL), einer rassistischen Hooligan-Gruppierung. Er begleitete die von ihm verantwortete Demonstration und Kundgebung in London mit einem Livestream und zahlreichen Beiträgen auf der Plattform X.

Eigenrecherche DokRex

<https://www.tagesschau.de/ausland/europa/musk-rechte-demo-london-100.html> /
eingesehen am 15. September 2024

<https://www.tagesschau.de/ausland/europa/london-demo-einwanderung-100.html> /
eingesehen am 15. September 2024

<https://taz.de/Rechtsextreme-Massendemo-in-London/!6113631> / eingesehen am 15. September 2024

Elektronischer Rundbrief des COMPACT-Magazins vom 14. September 2025

<https://www.unser-mittleuropa.com/166084> / eingesehen am 15. September 2024

<https://pi-news.net/2025/09/petr-bystron-in-london-wir-stehen-zusammen-und-wir-werden-siegen/> /
eingesehen am 15. September 2024

<https://www.epochtimes.de/politik/ausland/rund-110-000-menschen-demonstrieren-nach-aufruf-des-rechtsextremen-tommy-robinson-in-london-a5244610.html> / eingesehen am 15. September 2024

**Nordrhein-Westfalen:
AfD – Platz drei
bei der Kommunalwahl**

Zu den Gewinnern der Kommunalwahl am 14. September im bevölkerungsreichsten Bundesland gehört die AfD: Sie konnte ihr Ergebnis mit 14,5 Prozent fast verdreifachen (2020: 5,1 Prozent) und landete auf dem dritten Platz hinter der SPD. Die AfD war in NRW 2017 erstmals mit einem einstelligen Ergebnis in den Düsseldorfer Landtag eingezogen. In drei Städten schafften es nun AfD-Kandidaten für das Amt des Oberbürgermeisters erstmals in die Stichwahlen. Allerdings hatte die AfD bei der Bundestagswahl in NRW mit 16,8 Prozent der Zweitstimmen besser abgeschnitten. Zwar lassen sich Bundestags- und Kommunalwahlen nicht direkt vergleichen, indes büßte die AfD im Vergleich zu den Wahlen am 23. Februar rund 600.000 Stimmen ein. Bei jener Bundestagswahl votierten 1.770.379 Menschen für die rechtsextreme Partei, dieses Mal erhielt sie landesweit bei den Wahlen zu den lokalpolitischen Gremien 1.140.055 Stimmen.

<https://www.endstation-rechts.de/news/afd-verdreifacht-ergebnis-gegenueber-den-letzten-kommunalwahlen> / eingesehen am 17. September 2025

<https://www.deutschlandfunk.de/nrw-kommunalwahlen-wahlergebnisse-afd-cdu-spd-gruene-100.html> /
eingesehen am 17. September 2025

**Bundesweit:
Rechtsklerikale Kampagnen
gegen Bischof Bätzing
und Brosius-Gersdorf**

Die rechtsklerikale Gruppierung »Aktion Kinder in Gefahr« hat Mitte September einen »Appell an den Apostolischen Nuntius in Deutschland und an die Erzbischöfe und Bischöfe Deutschlands« gestartet. Dessen Ziel: »Bischof Bätzing absetzen«. Beklagt wird, dass der Bischof von Limburg Georg Bätzing, aktuell Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz, von Anfang an sein Amt und die Bischofskonferenz missbraucht habe, »um die Gender-Agenda des Synodalen Wegs in Deutschland durchzusetzen«. Die »Gender-Ideologie« sei »ein wesentlicher Bestandteil dieser antikatholischen Agenda«. Vorgeworfen wird Bätzing darüber hinaus, zuvor bereits die »Leitlinien sexualpädagogischer Kompetenz in der Pastoral« erlassen zu haben. Diese seien »ein lupenreines Gender-Pamphlet«. Als noch verwerflicher wird gewertet, dass der Bischof gefordert habe, »die Regenbogenfahne über dem Bundestag während der Homosexuellen-Paraden zu hissen«. Damit verlange er, »die Gender-Ideologie zur Staatsdoktrin in Deutschland zu machen«. Nun sei das Maß voll: »Ein Bischof, der seine Hauptaufgabe darin sieht, die Gender-Ideologie durchzusetzen, muss abgesetzt werden!«

Hinter der Gruppierung »Aktion Kinder in Gefahr« steht die »Deutsche Vereinigung für eine Christliche Kultur e. V.« (DVCK; Sitz: Frankfurt am Main), ein seit Oktober 1983 eingetragener Verein um den Vorsitzenden Ben(n)o Hofschulte. Die DVCK versteht sich als »private Initiative ohne offizielle Bindung an Kirchen oder politischen Parteien«. Die Orientierung sei »katholisch, der Tätigkeitsbereich überkonfessionell«. Agitiert wird »gegen die Legalisierung der Abtreibung« und »gegen die Zersetzung der moralischen Werte in Familie und Gesellschaft«. Für diese Ziele will man sich öffentlich einsetzen und auch »auf politische Gremien Einfluß nehmen«.

»Aktion Kinder in Gefahr« nahm auch an der Kampagne gegen die Verfassungsrechtlerin und designierte Verfassungsrichterin Frauke Brosius-Gersdorf teil.

Der Vorgang demonstriert die hohe Kampagnenfähigkeit zwischen rechten bis rechtsextremen Akteuren und religiös motivierten Abtreibungsgegnern. Die von der SPD vorgeschlagene Kandidatin für das Bundesverfassungsgericht sei »für eine sehr umstrittene Auslegung des Grundgesetzes bekannte, links-grüne Ideologin, deren Wahl eine deutliche Richtungsentscheidung in Deutschland bedeuten würde«. Die Kandidatur von Brosius-Gersdorf bedeute »erhebliche Risiken für unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung, welche sie offen infrage stellt, weshalb wir nicht untätig zusehen können!«, so »Aktion Kinder in Gefahr«.

Nach außen tritt die DVCK mit der »Aktion SOS Leben«, der »Aktion Kinder in Gefahr« und mit der »Aktion Deutschland braucht Mariens Hilfe« auf. DVCK wird dem Netzwerk der katholisch-aristokratischen Vereinigungen zum Schutz von »Tradition, Familie und Privateigentum« (TFP) zugerechnet. Die extrem rechte Sekte TFP wurde 1960 von dem Brasilianer Plinio Corrêa de Oliveira gegründet, »um sich weltweit gegen den Kommunismus und die katholische Linke zu stellen«, die befreiungstheologische Gedanken innerhalb der katholischen Kirche zu bekämpfen und nach den Worten des Gründers für eine »sakrale, anti-egalitäre und anti-liberale christliche Kultur« einzutreten. Bekämpft werden Abtreibungsrechte, die Ehe für alle und eine vermeintliche Genderideologie. Der bundesdeutsche Ableger der in Brasilien gegründeten TFP ist die »Deutsche Gesellschaft zum Schutz von Tradition, Familie und Privateigentum« (TFP; Sitz: Frankfurt am Main), ein seit Januar 1998 eingetragener Verein. Zu den Vorstandsmitgliedern gehört auch Hofschulte.

Eigenrecherche DokRex

<https://www.volksverpetzer.de/aktuelles/masterplan-brosius-gersdorf-cancel/>
eingesehen am 20. September 2025

<https://www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/der-fall-brosius-gersdorf-und-die-lebensrechtsbewegung,UrDgGul> / eingesehen am 20. September 2025

<https://www.belltower.news/deutsche-vereinigung-fuer-eine-christliche-kultur-e-v-dvck-e-v-77239/>
eingesehen am 20. September 2025

<https://www.diskursatlas.de/index.php?title=DVCK> / eingesehen am 20. September 2025

<https://hpd.de/artikel/schaden-fuer-demokratie-und-den-deutscher-bundestag-23259/>
eingesehen am 20. September 2025

<https://lp.aktionkinderengefahr.de/kig-bischof-batzing-absetzten> / eingesehen am 20. September 2025

<https://aktionkinderengefahr.de/artikelen/ultra-linke-jura-aktivistin-soll-richter-in-im-bundesverfassungsgericht-werden> / eingesehen am 20. September 2025

<https://www.dvck.de/> / eingesehen am 20. September 2025

Vor 90 Jahren: Nürnberger Gesetze verkündet

Auf der Reichstagssitzung am 15. September 1935 in Nürnberg, wo zur gleichen Zeit der Parteitag der NSDAP stattfand, verkündete Reichspräsident Hermann Göring die sogenannten Nürnberger Gesetze. Die Nationalsozialisten unterschieden jüdische Deutsche pseudowissenschaftlich in »Volljuden«, »Halbjuden« und »Vierteljuden«. Die Nürnberger Gesetze waren die Legitimationsgrundlage für die Diskriminierung und Verfolgung der jüdischen Bevölkerung in der NS-Zeit. Als Resultat der NS-Rassenideologie waren sie eine Vorstufe des Holocaust. Betroffen von der Gesetzgebung waren auch Sinti und Sinteze, Roma und Romnja. Für sie wurde ein Eheverbot mit »reinerassigen« Deutschen verhängt, und sie verloren ebenfalls ihre politischen Rechte.

<https://www.bpb.de/kurz-knapp/hintergrund-aktuell/501380/vor-85-jahren-nuernberger-gesetze-erlassen/> / eingesehen am 16. September 2025

**Bundesweit / Rheinland-Pfalz:
AfD-Kandidat Paul scheitert
vor Gerichten**

Der AfD-Politiker Joachim Paul, Mitglied der pflichtschlagenden »Alten Breslauer Burschenschaft der Raczecks zu Bonn«, ist auch vor dem Bundesverfassungsgericht (BVerfG) sowie dem Verfassungsgerichtshof Rheinland-Pfalz mit Beschwerden gegen seine Nichtzulassung zur Wahl in Ludwigshafen gescheitert (VGH Rheinland-Pfalz, Beschluss vom 17.09.2025 - VGH B 27/25). Der Koblenzer Lehrer ist seit 2013 AfD-Mitglied und sitzt seit 2016 im rheinland-pfälzischen Landtag. Anfang August entschied der Wahlausschuss, ihn wegen Zweifeln an seiner Verfassungstreue nicht zur Oberbürgermeisterwahl im September zuzulassen. Als kommunaler Wahlbeamter sei der Oberbürgermeister nach § 53 Abs. 3 S. 1 Gemeindeordnung (GemO RLP) in besonderer Weise an die freiheitliche demokratische Grundordnung gebunden. Nach Ansicht der Behörden spreche insbesondere Pauls Befürwortung von Konzepten der sogenannten Remigration dafür, dass er diese Grundordnung nicht uneingeschränkt anerkenne. Das Internetportal der rechtsextremen österreichischen Wochenzeitung »Zur Zeit« kommentierte die Nichtzulassung mit den Worten: »Deutschland befindet sich auf direktem Weg in die Diktatur. In Ludwigshafen hat der Wahlausschuss in Zusammenarbeit mit Linksextremisten und dem Verfassungsschutz dem AfD-Politiker Joachim Paul das passive Wahlrecht entzogen.« Nach dem Ausschluss des AfD-Kandidaten gab es Beleidigungen und Bedrohungen gegen Mitglieder des Wahlausschusses.

Das BVerfG nahm Pauls Verfassungsbeschwerde nicht zur Entscheidung an; der Verfassungsgerichtshof Rheinland-Pfalz wies Pauls Beschwerde als teils unzulässig und teils unbegründet zurück. Demnach muss Paul zuerst das Wahlprüfungsverfahren nach der Wahl nutzen, bevor er Verfassungsbeschwerde einlegen kann, zudem sei Pauls Rechtsschutz nicht verletzt durch vorherige Gerichtsentscheidungen. Der AfD-Politiker war bereits am Verwaltungsgericht Neustadt/Weinstraße sowie am Oberverwaltungsgericht Ludwigshafen gescheitert. Paul veröffentlichte nach Erkenntnissen des Verfassungsschutzes im Zeitraum zwischen 2021 und 2025 über 20 Artikel im extrem rechten österreichischen Magazin »Freilich« (ehemals »Tagesstimme«).

Vor der Entscheidung des BVerfG hielt sich Paul gemeinsam mit AfD-Fraktionsvize Beatrix von Storch (und deren Mann Sven von Storch) in Washington auf. Eigenangaben von Storch zufolge hatten die AfD-Politiker »mit dem Domestic Policy Council des Weißen Hauses, mit dem State Department, dem Office des VP und dem National Security Council zu tun«. In einem Interview mit dem Schweizer Internet-Radiosender »Kontrafunk« sagte sie, dass es bei den Gesprächen vor allem um die Meinungsfreiheit gehe und dass die anwesenden US-Vertreter an »Einschränkungen der Meinungsfreiheit und Zensur in Deutschland« interessiert seien. Das Weiße Haus gab keine öffentliche Bestätigung des Treffens. Kontrafunk wurde 2022 gegründet und zählt zu den rechten Alternativmedien. Paul sei in den USA, so Storch, zu einer Art Symbolfigur für die politische Wetterlage in Deutschland geworden.

Auf die Frage: »Welche Eindrücke nehmen Sie von Ihrer USA-Reise mit?«, antwortete Paul: »Dass es Sinn macht und erfolgversprechend ist, gegen woke Agenda zu kämpfen.« Ludwigshafen stehe nun »international im Fokus. Der Fall zeigt, dass in Deutschland die Opposition ihrer Rechte beraubt wird. Ein Land, in dem das geschieht, ist keine Demokratie mehr oder verabschiedet sich langsam von demokratischen Standards«. Fragesteller war »Die neue Zeitung für Deutschland« mit dem Titel »Demokratischer Widerstand«. Das Blatt erscheint seit 2020 und fungiert als Sprachrohr der Querdenker-Szene. Die Zeitschrift bewegt sich in der Nähe von antisemitischen Verschwörungsideologien. Sven von Storch notierte in seiner Internet- & Blogzeitschrift »Die freie Welt« nach dem USA-Besuch: »Schnell wurde in Washington klar: Für die Amerikaner gibt es keine Brandmauern. Die AfD wird dort als das gesehen, was sie ist: Als stärkste politische Kraft Deutschlands und künftiger Partner der Trump-Administration. Während linke Medien über die Hintergründe rätseln, liefert Freie Welt exklusive Fotos und Berichte dieser bedeutungsvollen Reise, die den Auftakt zu einem politischen Wendepunkt bildet.«

Wie Paul wurde ein weiterer AfD-Kandidat nicht zur Wahl zugelassen. Im August hatte das Verwaltungsgericht Minden den Eilantrag von AfD-Politiker Uwe Detert gegen seinen Ausschluss von der Bürgermeisterwahl im ostwestfälischen Lage (Kreis Lippe) für unzulässig erklärt. Zuvor hatte der Wahlausschuss von Lage Zweifel an Deterts Verfassungstreue gesehen und sich dabei auf ein Dossier des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes berufen.

Eigenrecherche DokRex

<https://rsw.beck.de/aktuell/daily/meldung/detail/verfgh-rpl-vghb2725-vghb2725-ob-wahl-ludwigshafen-afd-paul-scheitert-erneut-verfahrensfehler> / eingesehen am 18. September 2025

<https://api.nius.de/api/assets/office-hr/f9bd16d6-add3-465b-8fde-9c589405a79c/20250729-wahl-ludwigshafen-geschw.pdf?version=0> / eingesehen am 18. September 2025

<https://www.swr.de/swraktuell/rheinland-pfalz/ludwigshafen/afd-paul-scheitert-am-bundesverfassungsgericht-100.html> / eingesehen am 18. September 2025

<https://de.euronews.com/my-europe/2025/11/01/trump-alice-weidel-afd> / eingesehen am 18. September 2025

<https://www.welt.de/politik/deutschland/article68aeedae7810010108f7cd9b/NRW-Weiterer-AfD-Kandidat-von-OB-Wahl-ausgeschlossen-er-ruft-dennoch-zu-seiner-Wahl-auf.html> / eingesehen am 28. August 2025

Interview mit Joachim Paul. »Die USA verfolgen genau, was in Deutschland passiert«, in: Demokratischer Widerstand vom 20. September 2025, S. 11

AfD-Kandidat ausgeschlossen. Er darf nicht bei der OB-Wahl in Ludwigshafen antreten, in: Zur Zeit, 33-34/2025 vom 16.-29. August 2025, S. 4,

<https://www.nius.de/politik/news/nius-exklusiv-jetzt-schaltet-sich-die-us-regierung-ein-afd-kandidat-paul-im-weissen-haus-zu-gast/ffe957ed-1877-4d1c-8a0d-65ef9b8477db> / eingesehen am 18. September 2025

Elektronischer Rundbrief »Freie Welt« <SvenvonStorch@freiewelt.net> vom 26. September 2025

Bayern / Libanon:

Vor 45 Jahren:

**Neonazistischer Bombenanschlag
auf das Münchner Oktoberfest.
Antisemitischer Doppelmord
in Erlangen**

Am 26. September 1980 detonierte im Eingangsbereich zum Oktoberfest auf der Münchner Theresienwiese eine Bombe. Beim schwersten Terroranschlag in der Geschichte der Bundesrepublik starben 13 Menschen, 211 wurden zum Teil schwer verletzt. Acht Wochen zuvor, am 2. August, bildete der Bombenanschlag auf den Bahnhof von Bologna den Höhepunkt einer Anschlagswelle italienischer Rechtsextremisten. 85 Tote und 200 Verletzte waren in Italien zu beklagen. Wenige Tage nach dem Münchner Terrorakt verübten Rechtsextremisten einen Bombenanschlag auf eine Synagoge in Paris. Vier Menschen starben, 46 weitere wurden verletzt.

Die Hintergründe des Anschlags auf das Oktoberfest sind bis heute nicht vollständig aufgearbeitet. Trotz zahlreicher Hinweise und Verdachtsmomente auf mehrere Täter gilt der 21-jährige Student Gundolf Köhler, der Mitte der 1970er-Jahre an paramilitärischen Übungen der im Januar 1980 verbotenen »Wehrsportgruppe (WSG) Hoffmann« teilnahm, bislang offiziell als Alleintäter. Köhler pflegte enge Kontakte zum rechtsextremen »Hochschulring Tübinger Studenten« (HTS).

Nach dem Verbot der WSG Hoffmann verließen mehrere Mitglieder der Terrorgruppe die Bundesrepublik Richtung Libanon und nannten sich fortan »Wehrsportgruppe (WSG) Ausland«. Die WSG Ausland war eine bewaffnete, militärisch organisierte und nach dem Führerprinzip geleitete Truppe, die nach Karl-Heinz Hoffmanns Plänen zu einem noch nicht festgelegten Zeitpunkt die staatliche Ordnung der Bundesrepublik durch terroristische Aktionen bekämpfen und so den Boden für die Einführung einer Diktatur vorbereiten sollte.

In den Reihen des HTS und der WSG Hoffmann tummelte sich auch der Burschenschafter Uwe Behrendt. Am 19. Dezember 1980 ermordete Behrendt aus antisemitischer Motivation den Rabbiner Shlomo Levin, langjähriger Vorstand der Israelitischen Kultusgemeinde Nürnberg, und dessen Lebensgefährtin Frida Poeschke in ihrem Haus in Erlangen mit Schüssen aus einer Maschinenpistole Marke Beretta. Wie auch die RAF und Teile der »Revolutionären Zellen« hatten die Wehrsportgruppier Kontakte zu extremistischen Palästinensern und konnten in einem PLO-Ausbildungscamp im Beiruter Stadtteil Bir Hassan unterkommen. Kontakte bestanden zu Abu Ijad, Arafats damalige rechte Hand und Sicherheitschef der Palästinensischen Befreiungsorganisation. Im Camp wurden die Neonazis an Kalaschnikows und der »RPG 7«, einer Panzerabwehrrakete, die beim Anschlag der RAF auf den US-General Kroesen in Heidelberg zum Einsatz kam, ausgebildet. Ijad war zugleich Gründer und Anführer der palästinensischen Terrorgruppe »Schwarzer September«, die das Münchner Olympia-massaker 1972 verübte. Als Rechtsbeistand der drei Palästinenser, die das Münchner Attentat überlebten, fungierte der Recklinghausener Rechtsanwalt Wilhelm Schoettler, einer der Hausanwälte des WSG-Aktivisten Udo Albrecht. Schoettler war Ehrenpräsident der vom Altnazi Erwin Schönborn gegründeten »Deutsch-Arabischen Gemeinschaft«. Nach dem antisemitischen Doppelmord kehrte Behrendt in den Libanon zurück. Er starb 1981 durch Suizid. Im Abschiedsbrief an seine Mutter und Schwestern vom 5. September 1981 führte Behrendt aus: »Es ist der letzte Brief, den ich an Euch schreibe. Anschließend erschieße ich mich. [...] Ich habe meine Zeit gehabt, und sie war bestimmt nicht schlecht. [...] Ich habe zu hoch gespielt. Nun habe ich keine Lust mehr. Für mich hat es immer nur Deutschland gegeben. Ich habe nie einen anderen Herren gehabt. [...] Es ist nur schade, daß keiner mehr etwas von all der Bildung hat, die ich bekomme habe.«

Eigenrecherche DokRex

Österreich:
**FPÖ-Bundesparteitag, Kickl
 und die »Aula«**

Beim 35. Ordentlichen Bundesparteitag der »Freiheitlichen Partei Österreichs« (FPÖ) am 27. September in Salzburg haben die rund 850 anwesenden Delegierten ihren Parteivorsitzenden Herbert Kickl mit 96,94 Prozent der Stimmen in seinem Amt bestätigt. Zu seinen zentralen Anliegen zählen die Stärkung der österreichischen Neutralität, ein Stopp der »illegalen Masseneinwanderung« und die Befreiung aus der »EU-Geiselhaft«. In seinem Schlussappell führte Kickl aus: »Nicht das System wird uns brechen, sondern wir werden dieses falsche System brechen«. Die bisherigen Parteivizes – Erwin Angerer (Kärnten), Manfred Haimbuchner (Oberösterreich), Mario Kunasek (Steiermark), Udo Landbauer (Niederösterreich), Harald Stefan (Wien) und Marlene Svazek (Salzburg) – wurden ebenfalls in ihren Ämtern bestätigt.

Der Parteitag war »nicht nur eine formaljuristische Wahlveranstaltung, sondern eine Manifestation eines neuen Anspruchs: Die FPÖ ist nicht mehr nur Oppositionspartei, sondern eine Bewegung des Systemwandels, die eine Wende im ganzen Land herbeiführen wird«, so das Fazit der FPÖ-nahen Wochenzeitung »Zur Zeit« (ZZ) zum Parteitag.

Kickl ließ als Leiter des FPÖ-Bildungsinstituts mehrere bezahlte Inserate in der rechtsextremen Monatszeitschrift »Aula« veröffentlichen. SOS Mitmensch veröffentlicht jetzt eine Liste der aktiven und ehemaligen FPÖ-Politiker, die die Aula teils mitbetrieben, teils finanziell gefördert, teils bejubelt und beworben sowie teils durch Interview-Auftritte legitimiert haben. Beachtenswert sei das Umfeld, in dem die FPÖ-Inserate und -Beiträge in der Aula erschienen seien, denn rund um die FPÖ-Politiker hätten Neonazis geschrieben, seien KZ-Überlebende beschimpft worden sowie Antisemitismus, Herrenrassendenken, Frauenverachtung und Demokratiefeindlichkeit propagiert worden, so der SOS Mitmensch-Sprecher Alexander Pollak. Darüber hinaus seien NS-Größen verherrlicht und das Verbotsgesetz mehrfach attackiert worden. SOS Mitmensch ist eine Pressure Group für Menschenrechte und begreift sich als Teil einer globalen sozialen Bewegung.

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20250927_OT0018/fpoe-bundesparteitag-herbert-kickl-mit-9694-prozent-als-bundesparteibmann-der-freiheitlichen-wiedergewählt/
 eingesehen am 6. Oktober 2025

<https://www.sosmitmensch.at/liste-der-mit-der-aula-vernetzten-fpoe-politiker&ts=1759232869413/>
 eingesehen am 6. Oktober 2025

<https://www.fpoe.at/aktuell/artikel-detailansicht/fpoe-chef-herbert-kickl-wir-werden-dieses-falsche-system-brechen/>
 eingesehen am 6. Oktober 2025

Friedrich-Wilhelm Moewe: FPÖ geschlossen auf Kurs, in: Zur Zeit, Nr. 40 vom 4.-10. Oktober 2025, S. 8f

<https://zuerst.de/2025/10/05/fast-100-prozent-bundesparteitag-bestaetigt-kickl-mit-traumergebnis/>
 eingesehen am 6. Oktober 2025

Baden-Württemberg:
**Karlsruhe:
 Ausstellung »Unrecht & Profit.
 Das Badische Landesmuseum
 im Nationalsozialismus«**

Das 1921 eröffnete Badische Landesmuseum in Karlsruhe stellt sich der Vergangenheit und arbeitet seine Rolle in der Zeit des Nationalsozialismus auf. Der Provenienzforschung fällt hierbei eine zentrale Funktion zu.

Die bis zum 28. September im Schloss Karlsruhe gelaufene Ausstellung »Unrecht & Profit. Das Badische Landesmuseum im Nationalsozialismus« zeigte rund 70 Objekte aus den eigenen Sammlungen: Keramik, Malerei, Skulpturen und Textilien von der Antike bis zum Jugendstil. Die erstmals präsentierten Exponate sind allesamt während der NS-Zeit ihren Eigentümern unrechtmäßig entzogen und meist kostengünstig vom Museum erworben worden. Mit der Verfolgung und der Verdrängung der Juden aus der deutschen Gesellschaft wurde zugleich auch deren Beraubung propagiert und durchgeführt.

Der Raub fand auf der Grundlage einer Vielzahl von gesetzlichen Regelungen und unter Beteiligung diverser Behörden und eigens dafür eingerichteten Institutionen statt. Eine Abteilung Jüdische Vermögen war beim Karlsruher Polizeipräsidenten in der Sofienstraße untergebracht. Anzeigen in der Lokalpresse informierten über Auktionen, die Möbel und Hausrat von emigrierten oder deportierten Juden und Jüdinnen anboten.

Eine Ausstellungstafel dokumentiert Auszüge aus dem Adressbuch der Landes- und Gauhauptstadt Karlsruhe des Jahres 1940. Es verzeichnet auf drei Seiten die als jüdisch klassifizierten Bewohnerinnen und Bewohner Karlsruhes mit Angabe der Wohnanschriften und Fernsprechanträge. Das alphabetische Verzeichnis mit der fett gedruckten Überschrift »Jüdische Einwohner« beginnt mit Alfred Adler in der Schlesierstraße 24 und endet mit Israel Zimmermann in der Markgrafenstraße 3: eine Anschriftensammlung als Grundlage potenzieller Anschlagssziele und Auktionsadressen. Das Badische Landesmuseum gehörte auch zu den Nutznießern der Beraubung der jüdischen Be-

völkerung. Die Erwerbungen von Gegenständen häuften sich nach dem 22. Oktober 1940, dem letzten Tag des Laubhüttenfests (Sukkot). An diesem Tag wurden über 6.500 Juden aus Baden und der Saarpfalz in das Internierungslager nach Gurs in Südfrankreich deportiert. Die beiden Gauleiter Robert Wagner und Josef Bürckel führten damit die erste planmäßige Deportation von Juden aus Deutschland durch.

Ein weiteres Thema der Ausstellung ist die Funktion des Museums als bildstarke Kulisse: Das ehemalige Residenzschloss stand im Zentrum politischer Aktionen des NS-Regimes und die Schlossfassade sowie der Platz davor wurden für propagandistische Kundgebungen genutzt.

Die Ausstellungsgestaltung veranschaulicht darüber hinaus die zentrale Arbeit der Provenienzforschung mit Schwerpunkt auf NS-verfolgungsbedingt entzogenes Kulturgut. Durch den staatlich angeordneten Entzug von Objekten, Stichwort »Entartete Kunst«, galten Museen über Jahrzehnte hinweg als Opfer der NS-Diktatur. Doch mit der im Dezember 1998 abgehaltenen »Washington Conference on Holocaust-Era Assets« (»Washingtoner Konferenz über Vermögenswerte aus der Zeit des Holocaust«) setzte sich die Erkenntnis durch: Alle Museen und kulturgutbewahrenden Institutionen hatten erwiesenermaßen vom Raub an Kulturgütern aus jüdischem Eigentum profitiert.

In der »Washingtoner Erklärung« verpflichteten sich die Unterzeichnenden, Kunstwerke, die während der Zeit des Nationalsozialismus beschlagnahmt wurden, ausfindig zu machen, die rechtmäßigen Eigentümer oder deren Erben zu identifizieren und rasch die notwendigen Schritte zu unternehmen, um zu fairen und gerechten Lösungen zu gelangen. Im Dezember 1999 wurde in diesem Sinne eine »Gemeinsame Erklärung der Bundesregierung, der Länder und der kommunalen Spitzenverbände zur Auffindung und Rückgabe NS-verfolgungsbedingt entzogenen Kulturgutes, insbesondere aus jüdischem Besitz« abgegeben.

Die unrechtmäßigen Entzugsmöglichkeiten machen deutlich, dass alle Erwerbungen des Badischen Landesmuseums ab 1933 im Hinblick auf NS-verfolgungsbedingten Entzug auf ihre Provenienzen untersucht werden müssen. Deshalb ist seit 2010 am Museum eine Stelle für Provenienzforschung mit Schwerpunkt auf den Aspekt des NS-verfolgungsbedingt entzogenen Kulturgutes etabliert. »Wir stellen uns unserer Verantwortung und machen das begangene Unrecht so transparent wie möglich«, sagt Museumsdirektor Eckart Köhne.

Die Provenienzforscherin am Badischen Landesmuseum, Katharina Siefert, Kuratorin der Ausstellung, hat unrechtmäßig in die Sammlungen des Museums gekommene Stücke identifiziert, veröffentlicht und wo immer möglich deren Restitution an die rechtmäßigen Erben in die Wege geleitet. Während die Akteure auf Seiten des Museums und der staatlichen Institutionen von der promovierten Kunsthistorikerin benannt und als Täter im Sinne der NS-Ideologie dargestellt werden können, sind die Namen der Geschädigten oft nicht mehr zu ermitteln. So stehen die in der Ausstellung gezeigten Objekte auch stellvertretend für die unbekannten Opfer der Verfolgung.

Zur Ausstellung ist die 127 Seiten umfassende Begleitpublikation »Unrecht & Profit. Das Badische Landesmuseum im Nationalsozialismus« mit zahlreichen Abbildungen im Nünnerich-Asmus Verlag (Oppenheim am Rhein) erschienen.

DokRex-Ausstellungsbericht

<https://www.landesmuseum.de/museum-im-schloss/sonderausstellungen/unrecht-profit/>
eingesehen am 11. April 2025

Oktober

Bundesweit:

Zunahme rechtsextremer Einstellungen und Gewaltbereitschaft unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen

Es ist zu beobachten, dass sich insbesondere unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen rechts-extreme Einstellungen verbreiten, sie sich radikalieren und gewalttätig werden. Selbst rechts-terroristische Jugendgruppen wie die mutmaßliche rechtsextreme Terrorgruppe »Letzte Verteidigungswelle« bilden sich. Diese Terrorgruppe, maßgeblich bestehend aus Minderjährigen, hat zwei Anschläge verübt und mindestens einen weiteren Anschlag geplant. Die Zahl männlicher Tatverdächtiger im Alter bis 13 Jahren in Fällen politisch rechts motivierter Kriminalität ist laut Bundesregierung von 100 im Jahr 2023 auf 154 im Jahr 2024 gestiegen und die weiblicher Tatverdächtiger im Alter bis 13 Jahren in solchen Fällen von 18 im Jahr 2023 auf 50 im Jahr 2024.

Bei den männlichen Tatverdächtigen im Alter von 14 bis 17 Jahren lag die Zahl im Jahr 2024 bei 3.395 nach 1.594 im Jahr 2023 und bei den weiblichen Tatverdächtigen bei 457 im Jahr 2024 nach 191 im Jahr 2023, wie aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage hervorgeht. Eine Vielzahl von rechtsextremen Jugendgruppierungen und weiteren Organisationen mit Bezug zu Kindern und Jugendlichen agiert deutschlandweit teils vernetzt, teils losgelöst voneinander, so die Erkenntnisse der Bundesregierung. Hierbei sei zwischen Jugendorganisationen zu unterscheiden, die eine klare Altersgrenze aufweisen und Organisationen, die auch, aber nicht ausschließlich Kinder und Jugendliche ansprechen. Explizite rechtsextreme Jugendgruppierungen waren und seien insbesondere im entsprechenden Parteienspektrum, im völkisch geprägten Rechtsextremismus und im Zusammenhang mit dem Phänomen der neuen gewaltorientierten Jugendgruppierungen zu erkennen.

Aus dem Parteienspektrum sind der Bundesregierung folgende rechtsextreme Jugendgruppen und -organisationen bekannt: Bei den »Jungen Nationalisten« (JN) handelt es sich um die Jugendorganisation der Partei »Die Heimat« (ehemals NPD). Mit Ausnahme von Berlin sowie des Saarlandes sei die JN in fast allen Ländern aktiv. Die »Nationalrevolutionäre Jugend« (NRJ) ist die Jugendorganisation der Kleinpartei »Der III. Weg«. Die NRJ sei generell in allen Ländern aktiv, in denen auch die Mutterpartei aktiv ist. Die 2013 gegründete »Junge Alternative für Deutschland« (JA) war bis zur Auflösung am 31. März 2025 die offizielle Jugendorganisation der Partei »Alternative für Deutschland«. Bis zur Auflösung gliederte sich die JA in 16 Landesverbände und hatte insgesamt rund 4.300 Mitglieder.

Außerhalb des Parteienbereichs bezeichne sich die »Identitäre Bewegung Deutschland« (IBD) selbst als »patriotische Jugendbewegung« und ist mit regionalen Untergruppen bundesweit aktiv. Die Selbstkennzeichnung als »Jugendbewegung« sei aufgrund des Alters und der überwiegenden Zusammensetzung der Gruppierung aus Erwachsenen jedoch nicht zutreffend und diene vielmehr der Positionierung der IBD im neurechten metapolitischen Aktionsfeld, so die Bundesregierung.

In Bezug auf die gegenwärtig bundesweit aktiven aktionsorientierten Jugendgruppen wird eine herausgehobene Relevanz bei den folgenden Jugendgruppierungen festgestellt: »Jung & Stark«, »Deutsche Jugend Voran« (DJV), »Der Störtrupp« (DST) und »Letzte Verteidigungswelle« (LVW).

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Marlene Schönberger, Schahina Gambir, Marcel Emmerich, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Jung und rechtsextrem – Zur Zunahme rechtsextremer Einstellungen und Gewaltbereitschaft unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen, BT-Drs. 21/1990 vom 6. Oktober 2025: <https://dserver.bundestag.de/btd/21/019/2101990.pdf> / eingesehen am 10. Oktober 2025

Berlin / Bundesweit / Russland:
»COMPACT«-Goldmedaille für Putin. Belarussischer Friedenspreis für COMPACT-Chef

Anlässlich des 73. Geburtstages von Wladimir Putin stellte das rechtsextreme Monatsmagazin »COMPACT«, Teil der »COMPACT-Magazin GmbH«, eines multimedialen Unternehmens, am 7. Oktober in der Russischen Botschaft zu Berlin die COMPACT-Silbermedaille »Patriot Wladimir Putin« vor. Nach der Begrüßung durch den russischen Botschafter Sergej Netschajew hielt COMPACT-Chefredakteur Jürgen Elsässer eine Ansprache zu Wladimir Putins Geburtstag und zu den deutsch-russischen Beziehungen im Allgemeinen. Dem Botschafter wurde die COMPACT-Goldmedaille »Patriot Wladimir Putin« zur Weitergabe an Putin überreicht. Die Goldversion ist ein Unikat, im COMPACT-Shop wird eine Silberversion angeboten. Netschajew würdigte in seiner Dankesrede, dass COMPACT regelmäßig die Aufsätze des Kreml-Herrschers veröffentliche. Elsässer kritisierte in seiner Rede die »Kriegsbesoffenheit« der Merz-Regierung und hob hervor, dass der konservative Putin ein »Verteidiger abendländischer Werte gegen den token [Fehler im Original] Westen« sei. Die UdSSR sei tatsächlich wiederauferstanden, aber als EUdSSR. »Das Politbüro sitzt nicht mehr in Moskau, sondern in Brüssel, und Breschnew heißt jetzt von der Leyen«, so der AfD-Sympathisant Elsässer. Zugegen bei der Veranstaltung waren neben den sachsen-anhaltischen AfD-Landtagsabgeordneten Hans-Thomas Tillschneider, Florian Schröder und Frank Otto Lizureck auch der ehemalige AfD-Landesvorsitzende von Sachsen-Anhalt, André Poggenburg. Vor Ort bei der Medaillen-

Übergabe war auch Arne Schimmer, vormalig NPD-Landtagsabgeordneter in Sachsen und später unter dem Pseudonym Sven Reuth COMPACT-Redakteur. Schimmer beendete seinen Artikel über den Besuch in der russischen Botschaft mit den Worten: »Es bleibt also zu hoffen, dass der Krieg in der Ukraine möglichst schnell beendet und eine neue Ära der deutsch-russischen Freundschaft eingeläutet wird.«

Nach der COMPACT-Einladung in die russische Botschaft zum Geburtstag von Putin wurde Elsässer am 3. November in der belarussischen Hauptstadt Minsk von der Emil-Chechko-Stiftung als »mutiger Journalist, öffentliche Persönlichkeit und wahrer Kämpfer für Gerechtigkeit« mit einem Friedenspreis geehrt. In seiner Dankesrede sprach Elsässer von einem in der Bundesrepublik herrschenden »diktatorischen Regime«.

COMPACT gilt als zentrales Sprachrohr der rechtsextremen Szene. Das COMPACT-Magazin erscheint seit 2010. Der YouTube-Kanal »COMPACT-TV« verfügt über 550 000 Abonnenten, die rund 4.500 Videofilme wurden insgesamt über 400 Millionen Mal angeklickt; das meistgeklickte Video über eine Million Mal. Seit 2021 wird das Magazin vom Verfassungsschutz als »gesichert rechtsextremistisch« eingestuft. COMPACT sieht sich selbst als »das reichweitenstärkste Medium der Opposition«.

Eigenrecherche DokRex

<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/berlin-afd-landtagsabgeordnete-sorgen-mit-besuch-bei-putin-ehrerung-fuer-aerger-a-24930379-989f-41df-991a-1611b6ab6bef> / eingesehen am 8. Oktober 2025

https://www.compact-online.de/russische-botschaft-compact-auf-friedensmission/?mc_cid=067e4c6563 / eingesehen am 8. Oktober 2025

https://www.compact-online.de/compact-gratuliert-putin-mit-medaille-zum-73/?mc_cid=067e4c6563 / eingesehen am 8. Oktober 2025

Die neuen Termine, in: COMPACT, 10/2025, S. 7

Arne Schimmer: »Die Sowjets sitzen jetzt in Brüssel«. Compact in der russischen Botschaft in Berlin, in: Aufgewacht. Die Deutsche Stimme, November 2025, S. 16f

https://www.compact-online.de/minsk-elsaesser-erhaelt-weissrussischen-friedenspreis/?mc_cid=b852494305 / eingesehen am 18. November 2025

https://www.compact-online.de/die-elsaessers-reise-nach-weissrussland/?mc_cid=0d00283bc3 / eingesehen am 18. November 2025

Bundesweit:

MEMO-Studie:

Es war überall – doch zwei Drittel wissen nichts davon

Zwei Drittel der Deutschen wissen wenig über die NS-Geschichte an ihrem Wohnort. Das zeigt die MEMO-Studie »Gedenkanstoß« 2025. In der Gedenkanstoß MEMO-Studie (Multidimensionaler Erinnerungsmonitor) wird in einer repräsentativen Umfrage die Bereitschaft der Bevölkerung untersucht, sich mit der Geschichte des Nationalsozialismus zu beschäftigen, und den Status quo der Erinnerungskultur in Deutschland erhoben. MEMO wird seit 2018 regelmäßig von der Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft (EVZ) und dem Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld durchgeführt. Die Studienreihe lieferte Vergleichswerte und wurde um aktuelle Fragestellungen der Bildungsagenda NS-Unrecht erweitert.

Die Wissenslücke wird bei konkreten Orten deutlich: Mehr als die Hälfte der Befragten konnte keinen Ort in ihrer Gegend nennen, den sie mit der NS-Zeit verbinden. Stadt und Land unterscheiden sich erheblich: In Landgemeinden können zwei Drittel keinen NS-Ort mit Lokalbezug benennen, in Großstädten ein Drittel. Am häufigsten wurden Orte nationalsozialistischer Gewalt genannt (24,4 Prozent), gefolgt von Denkmälern und Gedenkstätten für Opfer des NS (19,1 Prozent).

Wolfgang Hauck, Projektleiter des NaziCrimesAtlas, betont die Wirkung der Kartierung mit einer App: »Wenn Sie eine unsere digitalen Karten öffnen, sehen Sie sofort: Es war überall. Allein bei den Novemberpogromen füllen mehr als 3.000 Datenpunkte die Karte Deutschlands.« Die visuelle Darstellung vermittelt die umfassende Omnipräsenz der NS-Verbrechen. Mit über 25.000 dokumentierten Taten an rund 8.000 Orten – das sind rund 80 Prozent aller Orte in Deutschland – zeigt der NaziCrimesAtlas: NS-Verbrechen wurden im ganzen Land verübt.

https://www.stiftung-evz.de/assets/1_Was_wir_f%C3%B6rdern/Bilden/Bilden_fuer_lebendiges_Erinnern/MEMO_Studie/Gedenkansto%C3%9F/Gedenkansto%C3%9F_MEMO-Studie_2025_2._Auflage.pdf / eingesehen am 10. Oktober 2025

<https://nazicrimesatlas.org> / eingesehen am 5. Dezember 2025

Israel / Berlin / Bundesweit:
**Politischer Antisemitismus
 in Deutschland seit dem
 7. Oktober 2023**

Nach dem Massaker am 7. Oktober haben antisemitische Vorfälle und Proteste mit antisemitischen Inhalten in der Bundesrepublik Deutschland laut einem Bericht des Bundesverbandes der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus (RIAS) zugenommen. Die Meldestelle spricht von einer »bedrückenden Normalität«.

Der RIAS-Bericht »Politischer Antisemitismus in Deutschland seit dem 7. Oktober 2023. Dynamiken – Akteure – Wirkungen« sieht insgesamt auch eine Vernetzung über politische Lager hinweg, die teilweise auch gemeinsam mobilisiert hätten. Demnach würden antiisraelische Akteure sowie links-antiimperialistische teils gemeinsam auftreten. »Damit wird Antisemitismus zunehmend zu einer verbindenden Strategie sehr unterschiedlicher Milieus – was dabei droht, ist eine Normalisierung von Antisemitismus.« Im Zentrum des Berichts steht die erstmalige Auswertung von 2.225 Versammlungen vom 7. Oktober 2023 bis Ende 2024, bei denen antisemitische Inhalte dokumentiert wurden.

https://report-antisemitism.de/documents/25-10-06_BVRIAS_Politischer-Antisemitismus-7-Oktober.pdf /
 eingesehen am 10. Oktober 2025

Portugal:
**»Chega« bei Kommunalwahlen
 ausgebremst**

In Portugal hat die rechtsextreme Partei »Chega« (»Es reicht«) bei den Kommunalwahlen am 12. Oktober erstmals in ihrer Geschichte Bürgermeisterposten gewonnen und zieht in drei Rathäuser in kleinen Gemeinden ein. Chega stellt demnach die Bürgermeister in São Vicente auf der Insel Madeira, in Entroncamento im Zentrum des Landes sowie in Albufeira an der Algarve. Chega ging mit 11,9 Prozent als drittstärkste Kraft aus den Kommunalwahlen hervor. »Dies ist ein großer Sieg für Chega, die sich zu einer Partei mit kommunaler Verankerung entwickelt«, sagte der Gründer und Vorsitzende der Partei, André Ventura. Tatsächlich hatte Ventura das Ziel ausgegeben, zwischen zehn und 30 der insgesamt 308 Rathäuser zu erobern. Bei den Kommunalwahlen im Jahr 2021 erreichte die 2019 gegründete Chega 4,2 Prozent der Stimmen. Bei der vorgezogenen Parlamentswahl im Mai war die Chega mit 22,8 Prozent erstmals zweitstärkste Kraft im Parlament geworden (2024: 18,1 Prozent, 2019: 1,3 Prozent). Sie setzte dabei auf Migration und Massenabschiebungen als wichtiges Element in ihrer politischen Strategie. Ventura sprach nach der Parlamentswahl davon, dass wir »das seit 50 Jahren herrschende Zweiparteiensystem getötet« haben. Während bei der Parlamentswahl Chega 1,4 Millionen Stimmen erzielte, stimmten bei den Kommunalwahlen nur 600.000 Menschen für die Partei. »Klar positioniert« lobte das Internetportal der rechtsextremen österreichischen Wochenzeitung »Zur Zeit« Chega nach den Kommunalwahlen: »Radikale Senkung der Migration, Massenabschiebungen, law and order. Auch die Todesstrafe soll nach dem Willen der Partei wieder diskutierbar sein – ein Tabubruch in einem Europa, das sich moralisch über jeden Zweifel erhaben wähnt, aber im Innersten zunehmend verunsichert ist.«

Eigenrecherche DokRex

<https://orf.at/stories/3408198> / eingesehen am 15. Oktober 2025

<https://www.theportugalnews.com/de/nachrichten/2025-10-13/bekanntgabe-der-ergebnisse-der-kommunalwahlen/901521> / eingesehen am 15. Oktober 2025

<https://www.srf.ch/news/international/kommunalwahlen-nimmt-der-rechtspopulismus-in-portugal-weiter-fahrt-auf> / eingesehen am 15. Oktober 2025

<https://www.zdf.de/nachrichten/politik/ausland/portugal-wahlen-gewinner-montenegro-mitte-rechts-100.html> / eingesehen am 15. Oktober 2025

<https://zurzeit.at/index.php/chega-bricht-durch-portugals-rechtspartei-erobert-erste-rathaeuser/> /
 eingesehen am 15. Oktober 2025

USA:
**Massendemonstrationen
 gegen Trump**

Unter dem Motto »No Kings« haben Millionen Menschen an mehr als 2.700 verschiedenen Orten in den USA am vorletzten Oktober-Wochenende gegen die Politik von Donald Trump protestiert. Sie fürchten, dass sich die USA in eine Autokratie verwandeln. Der Präsident reagierte mit Spott und Häme. Am 19. Oktober veröffentlichte Trump auf seiner Internetplattform Truth Social ein KI-generiertes Video, das ihn selbst als Piloten eines Kampffjets zeigt, der eine fäkalienartige Flüssigkeit auf die Demonstrierenden abwirft.

Auch der russische Ultranationalist und orthodoxe Fundamentalist Aleksandr (Alexander) Dugin, der den Wahlsieg von Trump begrüßt hatte, wendet sich von Trump ab. In seinem Format »Eskalation« auf »Radio Sputnik« sagte Dugin: »Trump unterscheidet sich trotz einer Veränderung der Rhetorik im wesentlichen nicht mehr von Biden oder den Globalisten in seiner Außenpolitik. Die gleiche Hegemonie, das gleiche Streben, eine unipolare Welt aufrechtzuerhalten – obwohl Trump nach

seiner Amtseinführung versuchte, einige Schritte zur Anerkennung einer multipolaren Ordnung zu unternehmen, indem er versprach, Konflikte und Kriege zu beenden, eine Einigung mit Russland zu erzielen und das terroristische Kiewer Regime nicht mehr zu unterstützen.«

<https://www.spiegel.de/ausland/usa-unter-donald-trump-die-protestbewegung-gegen-ihn-waechst-a-f4a3a9f0-fcb5-4d0e-8267-4d1c384ca877> / eingesehen am 23. November 2025

<https://jungefreiheit.de/politik/ausland/2025/trump-spottet-ueber-massenproteste-ich-arbeite-mir-den-arsch-ab/> / eingesehen am 23. November 2025

<https://zuerst.de/2025/11/21/dugin-ist-von-trump-geheilt-von-seiner-agenda-ist-nichts-geblieben/> / eingesehen am 23. November 2025

Baden-Württemberg:

Vor 35 Jahren: ein vergessenes Opfer rechter Gewaltdelikte

Nach einem Bundesliga-Basketballspiel am 21. Oktober 1990 griffen Skinheads eine Fan-Gruppe des SSV Ulm auf dem Ludwigsburger Bahnhof an. Dabei warf der Skin M. H. einen Molotow-Cocktail in die am Bahnsteig stehende Menge, die daraufhin die Flucht ergriff. Einer der Flüchtenden war der 23-jährige Ulmer Fan Eberhard Arnold. Dieser stürzte bei der Flucht vor eine einfahrende S-Bahn und starb. Zwei Personen erlitten Brandverletzungen, sechs wurden durch Flaschen- und Steinwürfe der Skinheadgang verletzt. Im Juli 1991 verurteilte die Stuttgarter Jugendstrafkammer zehn Angreifer. Der 20-jährige Hauptangeklagte M. H. erhielt sieben Jahre Jugendhaft. Das Gericht attestierte den Angeklagten eine »zur Schau getragene Bereitschaft zur Gewalt«. Bei einem der Täter wurde während der Ermittlungen Propagandamaterial der 1991 wegen Wesensverwandtschaft mit dem Nationalsozialismus verbotenen Neonazitruppe »Nationalistische Front« (NF) gefunden. An dem Angriff auf dem Ludwigsburger Bahnhof war auch der Neonazi Michael Ellinger beteiligt. In den 1990er-Jahren haben sich die späteren Rechtsterroristen des »Nationalsozialistischen Untergrunds« (NSU) mehrfach mit Gleichgesinnten um Ellinger in Ludwigsburg (den »Spätzles«) getroffen. An Ostern 1996 hielten sich sowohl Uwe Böhnhardt und Uwe Mundlos als auch Beate Zschäpe bei Ellinger auf. Gemeinsame Treffen, unter anderem im Keller von Ellinger, gab es selbst noch nach dem Untertauchen des NSU-Trios.

Eigenrecherche DokRex

<https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.rechtsextremismus-im-kreis-ludwigsburg-nsu-terrorist-schwaermte-von-der-nazi-szene-in-ludwigsburg.685ed403-0af9-4f35-a321-3b0f19d45783.html> / eingesehen am 21. Oktober 2025

<https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2020-09/rechte-gewalt-todesopfer-bundeskriminalamt-wiedervereinigung/komplettansicht> / eingesehen am 21. Oktober 2025

Israel:

Letzter Kämpfer des Aufstands des Warschauer Ghettos gestorben

Michael Smuss, der letzte noch lebende Kämpfer des Warschauer Ghetto-Aufstands, ist in Israel am 21. Oktober im Alter von 99 Jahren gestorben. Smuss, 1926 in damaligen Danzig (heute Gdansk) geboren, wuchs in einer jüdischen Kaufmannsfamilie auf. Nach seiner Kindheit in Lodz und Warschau wurde er 1940 ins Warschauer Ghetto gebracht. Dort schloss er sich einer Untergrundgruppe um den Aufstandsführer Mordechai Anielewicz an. Als die Wehrmacht am 19. April 1943 mit dem Ziel einmarschierte, das Warschauer Ghetto endgültig zu zerstören, griff Smuss zu konspirativ hergestellten Molotow-Cocktails, an deren Herstellung er zuvor mitgewirkt hatte. Gemeinsam mit wenigen Hundert Mitkämpfern hielten sie 28 Tage lang aktiven Widerstand gegen die überlegene Wehrmacht. Nach der Niederschlagung des Aufstands wurde Smuss gefasst und sollte ins Vernichtungslager Treblinka deportiert werden. Doch die Deutschen schickten ihn zurück, da sie Zwangsarbeiter benötigten. Smuss überlebte mehrere Lager. Am 4. August 1944 kam er in einem Transport mit 3.000 weiteren Gefangenen aus dem KZ Plaszów im KZ Flossenbürg an. US-amerikanische Truppen befreiten Michael Smuss auf einem Todesmarsch im Frühjahr 1945.

Mit Michael Smuss ist die letzte direkte Stimme des Warschauer Ghetto-Aufstands verstummt.

<https://www.jpost.com/israel-news/article-871420> / eingesehen am 9. November 2025

<https://www.juedische-allgemeine.de/juedische-welt/letzter-kaempfer-des-aufstands-des-warschauer-ghettos-gestorben> / eingesehen am 9. November 2025

<https://www.gedenkstaette-flossenbuerg.de/en/news/obituary-michael-smuss/> / eingesehen am 5. Dezember 2025

Frankreich / Bundesrepublik:
Vor 85 Jahren:
Deportation nach Gurs

Am 22. Oktober 1940, während des jüdischen Laubhüttenfestes (hebräisch: Sukkot), wurden in einer konzertierten Aktion der nationalsozialistischen Gauleiter Robert Wagner (»Gau Baden«) und Josef Bürckel (»Gau Saarpfalz«) rund 6.500 jüdische Männer, Frauen und Kinder aus Baden, dem Saargebiet und der Pfalz von der Gestapo und Polizeibeamten in das französische Internierungslager Gurs am Fuß der Pyrenäen deportiert. Das war die erste große planmäßige Massendeportation ganzer jüdischer Familien aus deutschem Reichsgebiet. Vor allem ältere Menschen starben in Gurs aufgrund völlig unzureichender Nahrung, katastrophaler hygienischer Zustände und fehlender medizinischer Versorgung an Entkräftung, Hunger und Krankheit. Schon bis zum 8. November 1940 starben 27 Männer und 25 Frauen. Viele andere wurden ab dem 6. August 1942 über das Sammellager Drancy bei Paris in die Vernichtungslager im Osten, hauptsächlich Auschwitz-Birkenau und Sobibor, deportiert und dort ermordet.

Im November 2021 präsentierten das Landesarchiv Baden-Württemberg und die Stadt Karlsruhe die Datenbank »Gurs 1940. Die Deportation der jüdischen Bevölkerung aus Baden, der Pfalz und dem Saarland« erstmals der Öffentlichkeit. Die Datenbank enthält rund 6.500 Biogramme, die mit zahlreichen Fundstellen im Internet verknüpft sind. Authentisches Quellenmaterial reichert das Online-Angebot an. Die Georeferenzierung der Herkunfts- und Deportationsorte veranschaulicht die Schicksalswege der Verfolgten.

Die Dokumentationsstelle Rechtsextremismus will an dieser Stelle an »die Geringschätzung und das fatale Geschichtsverständnis der AfD in Hinblick auf die Deportation und Ermordung« (Rami Suliman, Vorsitzender der Israelitischen Religionsgemeinschaft Baden) der südwestdeutschen Juden erinnern:

Am 20. Januar 2017 hatte der damalige AfD-Landtagsfraktionsvorsitzende Jörg Meuthen im Haushaltsausschuss des baden-württembergischen Landtags einen Antrag gestellt, mit dem er der NS-Gedenkstätte Gurs (Memorial National de Gurs) die Fördergelder komplett entziehen wollte. Demnach sei die finanzielle Unterstützung der Gedenkstätte »in Zeiten der Haushaltskonsolidierung nicht zu erklären. Die Landesregierung vernachlässigt ihre Kernaufgaben«, lautete die Begründung der AfD zur Streichung des Betrags von 120.000 Euro. Ein weiterer AfD-Antrag vom gleichen Tag zielte darauf ab, dass Zuschüsse für Fahrten zu »Gedenkstätten nationalsozialistischen Unrechts« umgewidmet werden für Fahrten zu »bedeutsamen Stätten der deutschen Geschichte«. Eine »einseitige Konzentration« auf zwölf Jahre NS-Unrecht dagegen sei »abzulehnen«. Die Israelitische Religionsgemeinschaft Baden reagierte auf die AfD-Angriffe mit »fassungslosem Entsetzen«. »Die AfD offenbart eine völlige Unkenntnis der furchtbaren Geschichte der Deportation der badischen Juden [...] nach Gurs. [...] Die Erinnerung an die Schoa gehört zu den unumstößlichen Fundamenten der Erinnerungspolitik der Bundesrepublik Deutschland«, führte der IRG Baden-Vorsitzende Rami Suliman aus. Am 8. Februar 2017 gab Meuthen kund, dass der Änderungsantrag der AfD-Fraktion zur Streichung des Zuschusses für die finanzielle Unterstützung der NS-Gedenkstätte in Gurs zurückgezogen werde.

Dokumentation:

Von: »Presse AfD-Fraktion« <presse@fraktion.afd-bw.de>

Datum: 23. Januar 2017 um 16:05:13 MEZ

An: XXX

Betreff: Gedenkstätte Gurs

Antwort an: <presse@fraktion.afd-bw.de>

Pressemitteilung – Stuttgart, den 23.01.2017

Gedenkstätte Gurs. Wozu deutscher Erinnerungstourismus in den Pyrenäen?

»NS-Geschichtsbewältigung fängt in der Heimat an, vor der eigenen Haustür und manchmal schon dahinter!«, sagt AfD-Fraktionsvorsitzender Prof. Dr. Jörg Meuthen. Die Förderung von entlegenen Gedenkstätten im fernen Ausland wie Gurs in den Pyrenäen macht aus Sicht der AfD wenig Sinn. »Diese Gelder wollen wir stattdessen für die Pflege und die Erhaltung historisch bedeutender jüdischer Friedhöfe und Gedenkstätten in Baden-Württemberg einsetzen«, so Meuthen weiter.

Camp de Gurs unter ständiger französischer Verwaltung

Ferner muss es erlaubt sein zu fragen, inwieweit sich das Camp de Gurs überhaupt für die

deutsche Erinnerungskultur eignet. Es steht uns nicht an, die Erinnerung an ein Lager wachzuhalten, das unter ständiger französischer Verwaltung stand und in dem nach Kriegsende vor allem deutsche Kriegsgefangene interniert waren. »Die mehr als 80 Gedenkstätten in Baden-Württemberg halten wir in jeder Hinsicht für naheliegender«, sagt der Fraktionsvize Emil Sänze.

Ausgewogene Erinnerungskultur und positive Identifikation mit Deutsch und unserer Geschichte

Wie keine andere Partei steht die AfD für eine ausgewogene Erinnerungskultur. Eine einseitige Betonung der dunklen Geschichtskapitel bei gleichzeitiger Verdrängung unserer historischen Leistungen lehnen wir ab. »Heranwachsende sollten die Möglichkeit haben, sich auch positiv mit unserem Land und seiner Geschichte zu identifizieren«, sagt der Fraktionsvize Dr. Rainer Podeswa.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. iur. Pierre Friedrich, M.A.

AFD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg

<http://afd-fraktion-bw.de/>

Eigenrecherche DokRex

<https://irg-baden.de/de/news/deportation-nach-gurs-am-22-oktober-1940-4/>
eingesehen am 22. Oktober 2025

<https://irg-baden.de/de/internierungslager-gurs/> / eingesehen am 22. Oktober 2025

<https://www.gurs1940.de/de/#/> / eingesehen am 22. Oktober 2025

<https://digital.blb-karlsruhe.de/blbihd/content/titleinfo/1079922/> / eingesehen am 22. Oktober 2025

<https://www.landesarchiv-bw.de/de/aktuelles/nachrichten/73495/> / eingesehen am 22. Oktober 2025

<https://www.leo-bw.de/themenmodul/juedisches-leben-im-suedwesten/gurs/>
eingesehen am 22. Oktober 2025

<https://www.juedische-allgemeine.de/unsere-woche/in-unkenntnis-der-geschichte/>
eingesehen am 22. Oktober 2025

Pressemitteilung »Gedenkstätte Gurs. Wozu deutscher Erinnerungstourismus in den Pyrenäen?«
der AfD-Landtagsfraktion Baden-Württemberg vom 23. Januar 2017

Spanien:

»Toter« Putschist.

50. Todestag Francos

Medienangaben zufolge war am 23. Oktober der 1932 geborene rechtsextreme Oberstleutnant Antonio Tejero, Kopf des gescheiterten Putsches in Spanien vom 23. Februar 1981, angeblich gestorben. Angehörige der Militärpolizei Guardia Civil unter Führung von Tejero hatten 1981 das spanische Parlament in Madrid gestürmt. Nur wenige Jahre nach dem Tod des faschistischen Diktators Francisco Franco wollten die Putschisten Spaniens Weg in die Demokratie rückgängig machen. Im Plenarsaal feuerten die Putschisten Maschinengewehrsalven in die Luft, befahlen den Abgeordneten: »Auf den Boden! Alle auf den Boden.« Der Putsch scheiterte und Tejero verbüßte bis 1996 eine Haftstrafe. Die Putschgeneräle kamen mit wenigen Jahren Haft davon, Strippenzieher im Hintergrund blieben unbelangt. 1982 wurde Tejero von einer dreiköpfigen Delegation der neonazistischen »Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V.« (HNG) besucht. Die 2011 bundesweit verbotene HNG verstand sich als Sammelbecken und Solidargemeinschaft sowie zentrale Kontaktstelle für Neonazis aus dem gesamten Bundesgebiet und dem benachbarten Ausland. Laut Satzung betreute die HNG »nationale politische Gefangene« und war bestrebt, aus der Haft entlassene Gesinnungsgenossen wieder in die neonazistische Szene einzugliedern. »Totgesagte leben länger« scheint auf Tejero zuzutreffen. Er wurde nach dem von Medien verkündeten Ableben von den Ärzten aus dem Krankenhaus Alzira bei Valencia entlassen und werde nun, so die Familie, »sich zu Hause erholen«.

An der Spitze von Spanien stand von 1936 bis zu seinem Tod im November 1975 der Diktator Francisco Franco. Noch im September 1975 ließ Franco die letzten Todesurteile vollstrecken. Mehr als 50.000 Regimegegner wurden nach dem Ende des Bürgerkrieges (1936 – 1939) hingerichtet.

Am 21. November 2025, einen Tag nach dem 50. Todestag Francos, marschierten 700 Rechtsextremisten nach einem Gedenkgottesdienst mit faschistischen Gesten und Flaggen aus der Franco-Zeit durch Madrid. Auch in anderen Städten wie Malaga, Sevilla, Toledo, Leon, Valladolid, Zamora und Saragossa gab es laut Medienberichten Gedenkgottesdienste für Franco. Die Rechtsextremisten

gedachten zugleich des Falange-Gründers José Antonio Primo de Rivera, dessen Todestag mit dem Francos zusammenfiel. Die Falange-Organisation versteht sich als Nachfolgerin der gleichnamigen faschistischen Partei.

Eigenrecherche DokRex

<https://searchlightmagazine.com/2025/10/obituary-antonio-tejero-1932-2025-civil-guard-officer-who-led-failed-fascist-coup-in-spain/> / eingesehen am 25. Oktober 2025

Hans-Christian Rößler: König sucht Volk. In: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 16. November 2025, S.7

<https://www.spiegel.de/ausland/spanien-hunderte-rechtsextreme-marschieren-durch-madrid-a-ba6ccdc6-5b44-4dfe-9e5c-9c0cb45e54b5> / eingesehen am 23. November 2025

<https://www.costanachrichten.com/spanien/politik-wirtschaft/spaniens-letzter-putschist-gestorben-antonio-tejero-hielt-1981-das-ganze-land-in-atem-94001485.html> / eingesehen am 23. November 2025

Bundesweit:

Anhaltend hohes Beratungsaufkommen bei antisemitischer Gewalt und Diskriminierung

Auch im zweiten Jahr nach dem 7. Oktober 2023 bleibt das Beratungsaufkommen bei antisemitischer Gewalt und Diskriminierung auf einem konstant hohen Stand, wie OFEK e. V., der Beratungsstellenverbund bei antisemitischer Gewalt und Diskriminierung, mitteilt. Zwischen Oktober 2024 und September 2025 verzeichnete OFEK eine vierstellige Anzahl an Beratungsfällen innerhalb eines Jahres. Im ersten Jahr nach den Massakern rund um den 7. Oktober hatte OFEK einen deutlichen Anstieg des Beratungsaufkommens auf ein bisher nicht erreichtes Niveau verzeichnet. Zwar ist ein quantitativer Rückgang von 1.858 Beratungsfällen im ersten Jahr auf 1.108 Beratungsfälle im zweiten Jahr zu verzeichnen, dennoch liege die Zahl der Fälle weit über dem Durchschnitt. Angesichts der Zuspitzung antisemitischer Narrative zeige sich ein deutlich wachsender Bedarf an institutioneller und fachlicher Beratung, insbesondere zum Schutz und zur Unterstützung der Betroffenen sowie beim Umgang mit antisemitischen Vorfällen an Schulen, Hochschulen und im Kunst- und Kulturbereich.

OFEK ist die erste Fachberatungsstelle in der Bundesrepublik, die auf professionelle und Community-orientierte Beratung bei Antisemitismus spezialisiert ist. OFEK hat regionale Standorte in Berlin, Baden-Württemberg, Hessen, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Nordrhein-Westfalen (im Aufbau) und Thüringen (im Aufbau) und ist Trägerverein von zwei Meldestellen für antisemitische Vorfälle – RIAS Sachsen und RIAS Sachsen-Anhalt. OFEK e.V. berät Betroffene, ihre Angehörigen und ZeugInnen antisemitischer Straftaten und Vorfälle und bietet je nach Bedarf psychosoziale, psychologische und rechtliche Beratung an.

<https://ofek-beratung.de/wp-content/uploads/2025/10/Pressemitteilung-OFEK-week.pdf> / eingesehen am 5. Dezember 2025

Schweiz / Bundesrepublik:

»Leonhard-Kreis« mit Maaßen und Sarrazin

Der 2024 gegründete parteipolitisch und konfessionell neutrale »Leonhard-Kreis« hielt am 27. Oktober in Zürich eine Medienkonferenz ab. Namensgeber des Vereins (Postfachadresse: Zürich) ist der heilige Leonhard, Schutzpatron der Gefangenen und »Kettenheiligen«. Der Verein sieht die Meinungsfreiheit in den deutschsprachigen Ländern bedroht oder bereits beschnitten. Es wird die Auffassung vertreten, »dass auch nach dem Ende der Corona-Politik in unseren Gemeinwesen in der Schweiz, in Deutschland und Österreich eine Vielzahl von Symptomen erkennbar« sei, »welche darauf hinweisen, dass die Menschenrechte und demokratischen Partizipationsrechte durch transnationale Diktaturbestrebungen in erheblichem Maße gefährdet« seien. Hinter dem Verein stecken unter anderem der 2018 abgesetzte Bundesverfassungsschutzpräsident und 2025 zurückgetretene »WerteUnion«-Vorsitzende Hans-Georg Maaßen, der 2020 aus der SPD ausgeschlossene Publizist Thilo Sarrazin, der einstige SVP (»Schweizerische Volkspartei«)-Bundesrat Ueli Maurer sowie die österreichische FPÖ-Politikerin Marie-Christine Giuliani. Der frühere SVP-Nationalrat Claudio Zanetti wirkt als Geschäftsführer. Der Leonhard-Kreis will durch publizistische Arbeit in Wort, Bild und Ton sowie durch Referate und Veranstaltungen »zur politischen Bildung der Gesellschaft beitragen«. Die Gründung in der Schweiz soll »Ausgangspunkt für ein internationales Netzwerk« sein. Offiziell arbeitet die SVP nicht mit ausländischen Parteien zusammen. Aber es gibt informelle Kontakte – so kam es im Sommer 2023 zu einem klandestinen Treffen zwischen Ueli Maurer und Alice Weidel im Gasthof St. Meinrad in Einsiedeln. Weidel wohnt seit 2017 im Bezirk Einsiedeln.

Eigenrecherche DokRex

<https://www.tagesanzeiger.ch/meinungsfreiheit-ueli-maurers-leonhard-kreis-sorgt-in-zuerich-fuer-debatte-301287348841> / eingesehen 1. November 2025

https://www.blick.ch/politik/geheim-treffen-in-einsiedeln-ueli-maurer-traf-alice-weidel-im-landgasthof-id19064776.html?utm_source=campaign&utm_medium=email&utm_campaign=share-button&utm_term=blick_app_ios / eingesehen 1. November 2025

<https://leonhard-kreis.ch/wer-wir-sind/> / eingesehen 1. November 2025

<https://leonhard-kreis.ch/medienkonferenz/> / eingesehen 1. November 2025

Österreich / USA / Bundesrepublik:
Lob für Trump in »Abendland«

»Mit seinem Schlachtruf 'Amerika zuerst' ruft er weiße abendländische Patrioten quer durch die westliche Welt dazu auf, in erster Linie ihren eigenen Interessen nachzugehen«, so Paul Gottfried in seinem Beitrag »Donald Trump – erste Bilanz«, veröffentlicht in der Herbstausgabe der vierteljährlich erscheinenden Zeitschrift »Abendland«. Bei »seiner Verspottung der verweichlichten europäischen Herrscherklasse« zeige Trump »Kanten, die das deutsche politmediale Establishment nie durchgehen lassen würde«. »Überdies« nehme »Trump kein Blatt vor den Mund, den Verleumdern unserer Vorfahren Paroli zu bieten und aufdringliche Feministinnen zurechtzuweisen. Er treibt mit der postchristlichen Staatsreligion der Politischen Korrektheit beständigen Spott, was bei den Wächtern dieser Glaubenslehre verständlicherweise Empörung erregt«, so Gottfried, den die »Junge Freiheit« vor Jahren als einen »der führenden konservativen Intellektuellen im angelsächsischen Raum« einordnete. Der US-amerikanische Politikwissenschaftler führt aus, dass das Buch »Remigration« des österreichischen Rechtsextremisten Martin Sellner, »das die deutschen Medien und Regierungsparteien als 'fremdenfeindlich' verpönten«, eine »Thematik« herausarbeite, »die Trump und seiner MAGA-Bewegung aus dem Herzen« spreche. Sellner, so der »Remigration« herausgebende neurechte Antaios Verlag des Rechtsextremisten Götz Kubitschek, formuliere in seinem Buch »einen Vorschlag, wie mit der Remigration kulturell, ökonomisch, politisch und religiös nicht assimilierbarer Ausländer begonnen werden könnte«.

Herausgeber von »Abendland« ist der von Wolfgang Dvorak-Stocker geführte neurechte »Ares Verlag« im österreichischen Graz. Dvorak-Stocker war 2002 einer der Referenten der Jahrestagung der »Gesellschaft für freie Publizistik« (GfP). Die vom Bundesamt für Verfassungsschutz als »größte rechtsextreme kulturpolitische Vereinigung« eingestufte Gruppierung wurde 1960 von ehemaligen SS-Offizieren und NSDAP-Funktionären gegründet. In einem Interview mit der »Jungen Freiheit« führte Dvorack-Stocker aus, dass es ihm »um die Brechung eines Klimas der muffigen Meinungseinfalt und inquisitorischen Gesinnungsschnüffelei, der dogmatischen Festbeschreibung historisch längst überholter Positionen, um ein Ankämpfen gegen den Versuch, ein ganzes Volk in Geiselhaft für ein gescheitertes Ideologie-Projekt zu nehmen«, gehe.

Paul Gottfried: Donald Trump – erste Bilanz. Brief aus Amerika, in: Abendland, 3/2025, S. 10-13

<https://jf-buchdienst.de/Remigration.html> / eingesehen am 30. Oktober 2025

Interview mit Wolfgang Dvorack-Stocker, in: Junge Freiheit, 41/1995, S.3

November

Thüringen / Österreich:

**Ex-FPÖ-Nationalratsabgeordneter
Jenewein ist neuer Pressesprecher
der AfD**

Der frühere österreichische Nationalratsabgeordnete Hans-Jörg Jenewein ist neuer Pressesprecher der AfD-Fraktion im Thüringer Landtag. Der »Silesia«-Burschenschafter Jenewein saß zuletzt von 2017 bis 2019 für die »Freiheitliche Partei Österreichs« (FPÖ) im Nationalrat. Rund fünfzehn Jahre lang war er unter anderem zunächst als Pressereferent und später als Pressesprecher für die Partei tätig. Jenewein trat 2008 bei der 'Politischen Akademie' der NS-apologetischen »Arbeitsgemeinschaft für demokratische Politik« (AFP) als Referent in Erscheinung. Die Einschätzung des österreichischen Verfassungsschutzes, wonach die AFP eine »ausgeprägte Affinität zum Nationalsozialismus« aufweise, tangiere ihn nicht, erklärte Jenewein: »Ich habe dort durch die Bank normale Menschen kennen gelernt, die mit Messer und Gabel essen.« Jenewein ist Nachfolger von Torben Braga, der für die AfD nach der Wahl im Februar in den Bundestag eingezogen ist.

Eigenrecherche DokRex

<https://www.sn.at/politik/innenpolitik/ex-fp-abgeordneter-jenewein-pressesprecher-afd-186443797/>
eingesehen am 24. Oktober 2025

<https://www.stopptdierechten.at/2025/10/23/hans-joerg-jenewein-faellt-nicht-weit-vom-stamm-afd-pressesprecher-in-thueringen/> / eingesehen am 24. Oktober 2025

Niedersachsen / Bundesweit:

**Broschüre zum Thema Anti-
feminismus & Queerfeindlichkeit**

Den Titel »Angst um die Vormachtstellung« trägt eine Broschüre des Landes-Demokratiezentrums Niedersachsen zum Thema Antifeminismus und Queerfeindlichkeit. Die ca. 40 Seiten umfassende Broschüre analysiert diskriminierende Narrative. Im ersten Beitrag der Fachstelle Gender, Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Rechtsextremismus der Amadeu Antonio Stiftung wird aufgezeigt, wie Antifeminismus, Antisemitismus, Verschwörungsideologien und Queerfeindlichkeit miteinander verknüpft sind – und wie Aufklärung diesen Entwicklungen entgegenwirken kann. Ein daran anschließender Beitrag betrachtet, welche Rolle das Thema in deutschsprachigen, islamistischen Kreisen spielt. Im dritten Beitrag geht es um die Strategien antifeministischer Akteure, Brücken in verschiedene politische Milieus zu bauen. Ein Beitrag von der niedersächsischen Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus zeigt, welche Bedeutung das Thema in der praktischen Arbeit hat. Die Broschüre endet mit einer Übersicht relevanter Beratungsangebote.

Ausgangspunkt der Broschüre ist die Tatsache, dass Antifeminismus als wesentlicher Bestandteil demokratiefeindlicher Ideologien keine neue Entwicklung ist. So sind in dem Manifest des Attentäters, der bei Anschlägen in Oslo und auf der Insel Utøya (Norwegen) am 22. Juli 2011 insgesamt 77 Menschen ermordete, oder in dem seines Nachahmers, welcher am 15. März 2019 51 Muslime in zwei Moscheen in Christchurch, Neuseeland tötete, klare antifeministische Einstellungen erkennbar, die gegen feministische Errungenschaften hetzen und für die »Wiederherstellung« traditioneller Geschlechterverhältnisse eintreten. Die Abwertung und der Hass gegen Personen aus der LSBTQIA+-Community ist dabei stets impliziert, da das selbstbestimmte Leben queerer Personen ebenso patriarchalen Normen widerspricht wie feministische Errungenschaften, und somit eine Gefahr für demokratiefeindliche, autoritäre Weltbilder darstellt.

<https://ldz-niedersachsen.de/html/download.cms?id=189&datei=Angst-um-die-Vormachtstellung-Antifeminismus-und-Queerfeindlichkeit-189.pdf> / eingesehen am 5. Dezember 2025

Bundesweit:

**»Ethnopluralismus« und
die Identitäre Bewegung
Deutschlands**

Die »Identitäre Bewegung Deutschland« (IBD) sieht sich selbst als »patriotische Jugendbewegung« und ist mit regionalen Untergruppen bundesweit aktiv, so die Bundesregierung in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage. Wie die Bundesregierung weiter ausführt, vertritt die IBD »das zentrale neurechte Ideologem« des »Ethnopluralismus«, das auf der »Vorstellung einer staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung in einem ethnisch und kulturell homogenen Staat basiert«. Für die IBD sei allein die ethnische Herkunft maßgeblich für die Zugehörigkeit zum deutschen Volk. Minderheiten werde dadurch ein geringerer Wert zugestanden. Aus dem Konzept des »Ethnopluralismus« leite sich »die vielfach von der IBD geäußerte Forderung nach 'Remigration' ab, die im Mittelpunkt zahlreicher 'identitärer' Aktionen und Kampagnen steht«.

»Identitäre« Hausprojekte, wie das von sächsischen Aktivisten seit Ende 2023 betriebene »Zentrum Chemnitz«, gewinnen den Angaben zufolge als Treffpunkte und Veranstaltungsorten der internationalen neurechten Szene weiter an Bedeutung. Diese Anlaufstellen dienen der ideologischen Schulung, Planung und Vorbereitung von Aktionen. Zudem ermöglichten sie die europaweite Vernetzung und den Austausch mit europäischen »patriotischen Bewegungen«, die eine

starke ideologische Nähe zur IBD aufweisen, sowie mit anderen deutschsprachigen Akteuren wie der »Jungen Alternative« (JA).

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Jan Köstering, Clara Büniger, Violetta Bock, weiterer Abgeordneter und der Fraktion Die Linke. Erkenntnisse der Bundesregierung zu den Aktivitäten der Identitären Bewegung Deutschland in Nordrhein-Westfalen, BT-Drs. 21/2413 vom 24. Oktober 2025: <https://dserver.bundestag.de/btd/21/024/2102413.pdf> / eingesehen am 4. November 2025

Israel:
30. Jahrestag:
Mord an Izchak Rabin

Vor 30 Jahren, am 4. November 1995, wurde Israels Premierminister Jitzchak Rabin nach einer Friedenskundgebung mit 200.000 Menschen auf dem Platz vor dem Rathaus in Tel Aviv erschossen. Zum Jahrestag erinnerten in Tel Aviv rund 150.000 Menschen an den Politiker, der den Dialog mit den Palästinensern suchte. Die Kundgebung unter dem Motto »Erinnern, vereinen, weiterführen« wurde von mehreren zivilgesellschaftlichen Organisationen unterstützt. »Ich freue mich sehr. Ich möchte mich bei jedem Einzelnen bedanken, der hier gegen Gewalt und für den Frieden eingetreten ist.« Es sind letzte Worte aus der Rede des 73-jährigen, bevor der ungeschützte israelische Premier um 21:42 Uhr von dem 25-jährigen Jurastudenten Jigal Amir, einem Anhänger der nationalreligiösen Siedlerbewegung, mit drei Kugeln in den Rücken getötet wurde, um territoriale Zugeständnisse an die Palästinenser zu verhindern. In ein paar Jahren sollte dann ein geplantes Abkommen den israelisch-palästinensischen Konflikt ein für allemal beenden. Für den Attentäter war Rabins Politik eine Provokation. Das politische Klima war damals von Hetzkampagnen, Hate Speech und öffentlichen Mordaufrufen gegen Rabin geprägt.

Der heutige rechtsextreme Minister für Nationale Sicherheit Itamar Ben-Gvir zeigte kurz vor der Ermordung Rabins in einem TV-Interview ein von der offiziellen Limousine des Regierungschefs abgebrochenes Emblem und drohte: »Wir können Rabin erreichen.« Zeitweilig hatte Ben-Gvir ein Porträt des Massenmörders Baruch Goldstein bei sich daheim hängen. Goldstein war im Februar 1994 in die Machpela-Moschee in Hebron eingedrungen und hatte bei einem religiös motivierten Angriff 29 betende Palästinenser mit einem Maschinengewehr erschossen. Rabin, Angehöriger der Gründergeneration Israels und Vorsitzender der Arbeiterpartei, trieb in seiner zweiten Amtszeit (1992–1995) den israelisch-palästinensischen Friedensprozess voran (Osloer Verträge) und unterzeichnete mit Jordanien das historische zweite arabisch-israelische Friedensabkommen. 1994 erhielt er gemeinsam mit Außenminister Shimon Peres und PLO-Chef Yassir Arafat den Friedensnobelpreis. Einer der Nachfolger Rabins im Amt des Premierministers ist Likud-Chef Benjamin Netanjahu, der sich während der Oslo-Verhandlungen an aggressiven Demonstrationen gegen Rabin und dessen Politik beteiligt hatte. Amir sitzt weiterhin im Gefängnis ein.

Eigenrecherche DokRex

*<https://www.tagesschau.de/ausland/asien/rabin-ermordung-jahrestag-100.html> /
 eingesehen am 4. November 2025*

*<https://www.zdfheute.de/politik/ausland/gedenken-rabin-30-jahre-israel-nahost-100.html> /
 eingesehen am 4. November 2025*

*<https://www.fokus-jerusalem.tv/image-of-the-day/nach-30-jahren-gedenken-an-die-ermordung-rabins/>
 eingesehen am 4. November 2025*

Moshe Zimmermann: Als der Traum vom Frieden starb. Vor dreißig Jahren erschoss ein jüdischer Fundamentalist den israelischen Ministerpräsidenten Izchak Rabin, in: Die Zeit, Nr. 46 vom 30. Oktober 2025, S. 36

Itamar Rabinovich: Jitzchak Rabin – Als Frieden noch möglich schien, Eine Biographie. Göttingen 2019

Israel / Großbritannien:
Gemeinsames Feindbild

In der nationalreligiösen Monatszeitung »Jüdische Rundschau« (JR) wird begeistert über den Auftritt des britischen Rechtsextremisten Tommy Robinson berichtet. Robinson wird den Lesern als »einer der bekanntesten Islamkritiker Europas« vorgestellt. Der mehrfach verurteilte und knast-erfahrene Rechtsextremist Robinson (= Stephen Yaxley-Lennon), auf der Insel bekannt aufgrund islamfeindlicher und gewalttätiger Äußerungen, war »wegen erfundener Vergehen in Hochsicherheitsgefängnisse gesperrt«, so die Monatszeitung beschönigend. Robinson, zeitweilig Mitglied der faschistischen »British National Party« (BNP), war später Führungsfigur der militant antimuslimischen »English Defence League« (EDL), einer Organisation, die sich aus der britischen Hooligan-Szene entwickelt hat. Die EDL wollte die Ausbreitung von »Islamismus, Scharia und islamischen Extremismus« verhindern. Robinson wurde vom israelischen Diaspora-Minister Amichai Chikli

am 3. Oktober nach Israel eingeladen. Anlass war der am Vortag erfolgte islamistisch motivierte Anschlag auf eine Synagoge in Manchester. Robinson sei »ein mutiger Anführer an vorderster Front im Kampf gegen den radikalen Islam«, schrieb Chikli in einem X-Beitrag. Bereits ab dem 15. Oktober stattete Robinson Israel – nach 2016 – einen zweiten Besuch ab. Er besuchte das Gedenkmal in Tel Aviv, fuhr mit Chikli an die Grenze zu Gaza, besichtigte Yad Vashem und sprach in der Knesset unter anderem mit dessen Sprecher Amir Ohana und Forschungsministerin Gila Gamliel. Robinson erklärte in Gesprächen vor Ort, dass durch den »Rassismus- oder Rechtsextremismus-Vorwurf [...] jeder Protest zum Schweigen gebracht« werden solle. Am 13. September marschierten bei einer von Robinson organisierten Demonstration gegen Migration mehr als 100.000 Menschen durch die Straßen Londons. Es war die größte rechtsextreme Massendemonstration der britischen Geschichte. Robinson hat bei X mehr als 1,7 Millionen Follower.

Eigenrecherche DokRex

<https://www.welt.de/politik/ausland/article68e10cad89973cba61e814c6/israelischer-minister-laedt-britischen-rechtsextremen-tommy-robinson-ein.html> / eingesehen am 4. November 2025

Collin McMahon: Tommy Robinson in Israel: »Wir müssen uns alle gegen den Dschihad vereinen«, in: Jüdische Rundschau, November 2025, S. 6f

Israel / Weltweit:

Yad Vashem:

Fünf Millionen getötete Juden identifiziert

Die Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem hat nach jahrzehntelanger Recherche die Namen von fünf der mehr als sechs Millionen im Holocaust ermordeten Juden namentlich identifiziert. Eine zentrale Datenbank enthält digitale Personendossiers mit Informationen über Schicksale einzelner Opfer. Kern der Mission ist es, jedem Ermordeten die Identität und Erinnerung zurückzugeben, die die Nationalsozialisten auslöschen wollten. »Die Namen von etwa einer Million Opfern, die ermordet wurden, sind noch immer unbekannt, und die Zeit wird knapp. Es ist unsere kollektive moralische Pflicht, uns beständig weiter zu bemühen, ihre Namen wieder zu finden und ihre Identität wiederherzustellen«, so Yad Vashem.

<https://www.yadvashem.org/de.html> / eingesehen am 5. November 2025

<https://collections.yadvashem.org/de/names> / eingesehen am 5. November 2025

<https://www.yad-vashem.de/blog> / eingesehen am 5. November 2025

<https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/yad-vashem-in-jerusalem-identifiziert-fuenf-millionen-holocaust-opfer-accg-110764288.html> / eingesehen am 5. November 2025 [kostenpflichtig]

Berlin / Bundesweit:

Trumps Social-Media-Berater bei der AfD

Im Marie-Elisabeth-Lüders-Haus des Bundestages sprach am 5. November der 28-jährige Alex Bruesewitz, Trumps Social-Media-Berater, bei der AfD-Fraktion »über den globalen Kampf um die Wahrheit« vor 350 Gästen. In einleitenden Reden betonten Beatrix von Storch, Ruben Rupp und Markus Frohnmaier die »Notwendigkeit einer internationalen Zusammenarbeit patriotischer Kräfte« und warnten vor Zensur, globalistischen Strukturen und einer Politik, die nationale Interessen vernachlässige. Besonders hervorgehoben wurde, laut Parteiangaben, die gemeinsame Wertebasis von Glaube, Familie, Heimat und Freiheit. Die von der stellvertretenden AfD-Fraktionschefin Beatrix von Storch organisierte Veranstaltung »Der globale Kampf um Wahrheit – Wie Konservative die Deutungshoheit zurückgewinnen können« unterstreiche eine »verstärkte transatlantische Ausrichtung der AfD im Gefolge des Einzugs Donald Trumps ins Weiße Haus«, so das rechtsextreme Internetportal »Zuerst!«. Demnach zog der enge Vertraute Trumps in seiner religiös geprägten Rede »Parallelen zwischen der politischen Verfolgung in den USA – unter der Präsidentschaft von Trump-Vorgänger Joe Biden – und derzeit in Deutschland«. Zuerst! weiter: »Ausdrücklich lobte er die AfD, die 'trotz medialer Kampagnen und staatlicher Schikanen für Wahrheit und Freiheit' einstehe.« Feindbilder von Bruesewitz sind die »marxistisch-globalistische Finsternis«, die »Globalisten in Brüssel und Washington«, die eine »transnationale Plage« seien. Bruesewitz plädierte stattdessen für die »Rückkehr zum christlichen Nationalismus«; dies beinhalte »starke Grenzen, starke Mittelschicht, große, schöne Familien«. Das sei »der Weg zum Sieg«. Zuerst! lobt, dass die AfD »gezielt Brücken zur amerikanischen MAGA-Bewegung« baue: »Eine ganze Serie von Treffen mit Trump-nahen Akteuren« belege »inzwischen eine strategische Agenda: die AfD positioniert sich als künftiger verlässlicher Partner der USA und füllt ein diplomatisches Vakuum«. Ob die transatlantische Allianz zwischen der AfD und US-amerikanischen Rechten auf Zustimmung im antiamerikanischen und russlandhörigen Teil der Partei stößt?

Eigenrecherche DokRex

<https://taz.de/AfD-empfaengt-Trump-Berater/!6127704/> / eingesehen am 16. November 2025

<https://www.welt.de/politik/ausland/video690b9b840580923d0998886f/trump-berater-bei-afd-man-will-durch-gute-kontakte-ins-trump-lager-druck-auf-die-deutsche-regierung-ausueben.html> / eingesehen am 16. November 2025

<https://afdbundestag.de/der-globale-kampf-um-die-wahrheit/> / eingesehen am 16. November 2025

<https://zuerst.de/2025/11/16/trump-berater-in-berlin-afd-baut-transatlantische-bruecken/> / eingesehen am 16. November 2025

Sachsen-Anhalt / Bundesweit:
Rechte Buchmesse

Mehrere hundert Menschen haben am 8. November an Kundgebungen und einem Aufzug unter dem Motto »Rechte Buchmesse stoppen« in Halle an der Saale gegen die Buchmesse »SeitenWechsel« demonstriert. Die von ca. 6.000 Personen besuchte Buchmesse wurde von der neurechten Dresdner Buchhändlerin und Verlegerin Susanne Dagen (»Buchhaus Loschwitz«) ins Leben gerufen. Dagen, kulturpolitische Sprecherin der AfD-Fraktion im Dresdner Stadtrat und zeitweilig Kuratoriumsmitglied der AfD-nahen »Desiderius-Erasmus-Stiftung«, hatte die Veranstaltung als »geistige Notwehr« bezeichnet, da aus ihrer Sicht vor allem die großen Buchmessen in Frankfurt und Leipzig in den vergangenen Jahren »politisch immer enger« geworden seien. Sie sprach von einem »Gesinnungskorridor« akzeptierter Meinungen und warnte, die Gesellschaft sei »nicht mehr weit von einer Gesinnungsdiktatur entfernt«. Dagen betreibt mit Ellen Kositzka, der Frau von »Remigration«-Verleger Götz Kubitschek, die Literatursendung »Aufgeblättert. Zugeschlagen – Mit Rechten lesen«.

Ein Grußwort auf der Internetseite der Buchmesse entbot unter anderem Helmut Roewer, ehemals Präsident des Thüringischen Landesamtes für Verfassungsschutz (TlFV). Roewer tritt seit seiner Pensionierung in extrem rechten und verschwörungstheoretischen Kreisen in Erscheinung; so war er selbst auf der Buchmesse zugegen. Zu den Ausstellern der Buchmesse gehörten unter anderem der »Antaios Verlag« um Götz Kubitschek, das »COMPACT-Magazin« um Jürgen Elsässer, der »Jungeuropa Verlag« um Philip Stein, die Wochenzeitung »Junge Freiheit« um Dieter Stein und der »Hydra Verlag« um den ehemaligen NPD-Funktionär Michael Schäfer. Kubitschek bezeichnete die Messe bei einem seiner Auftritte als »Dammbruch«. Wie Kubitschek auf seinem Blog »Sezession« ausführt, soll Dagen ihm gegenüber ausgeführt haben: »Dies ist Deine erste Diktatur, Götz, entspann Dich.« »Längst«, so Kubitschek, sei Dagen »wieder hellhörig und hat in den Widerstandsmodus geschaltet«. Der Szenerechtsanwalt Dubravko Mandić verteilte an seinem Stand unter anderem eine Checkliste für Verhalten bei Hausdurchsuchungen. Akteure der »Identitären Bewegung« und der ehemaligen AfD-Jugendorganisation »Junge Alternative« wurden ebenso wie AfD-Politiker gesichtet. Prominente Namen wie der ehemalige Verfassungsschutzpräsident Hans-Georg Maaßen, der Dresdner Schriftsteller Uwe Tellkamp, der Schauspieler Uwe Steimle und der AfD-Ehrenvorsitzende Alexander Gauland standen am Wochenende auf dem Programm.

Im Ausstellerverzeichnis gelistet waren auch die Verlage »Sturmzeichen« (Dortmund) und »Klosterhaus« (Wesertal). Sturmzeichen-Verleger Sascha Krolzig war Bundesvorsitzender der neonazistischen Kleinstpartei »Die Rechte«. Die vom Sturmzeichen-Verlag herausgegebene Zeitschrift »N.S. Heute« gilt als wichtiges Medium der Neonazi-Szene. Klosterhaus-Verlegerin Margret Nickel betreut das Sekretariat der von einstigen NSDAP-Funktionären und SS-Offizieren gegründeten Gesellschaft für freie Publizistik (GfP). Beide Unternehmen wurden von der Messe ausgeschlossen. Hinter dem Ausschluss vermutet Michael Brück den JF-Chefredakteur Dieter Stein, der sich tunlichst vom NS-Flügel des Rechtsextremismus fernhält. Dazu Krolzig: »Einer, der sonst ganz schnell dabei ist, sich über politische Ausgrenzung und Benachteiligung zu echauffieren, betreibt nämlich selbst den Ausschluss ihm missliebiger Verlage von der Messe: Dieter Stein, Chefredakteur der sich selbst 'konservativ' nennenden 'Jungen Freiheit', die in authentisch patriotischen Kreisen allerdings nur 'Junge Feigheit' genannt wird. Dieser Dieter Stein hat hinter den Kulissen in den letzten Tagen massiv Stimmung gegen die Teilnahme insbesondere des Sturmzeichen-Verlages gemacht und Druck ausgeübt.«

Vor Stein informierte eine zivilgesellschaftliche Kampagne über die Neonazi-Teilnahme an der Buchmesse. In einer Mitteilung spricht die Initiative »Rechte Buchmesse stoppen« von einer »Veranstaltung, auf der der Nationalsozialismus gefeiert« werde. Konkret kritisiert die Kampagne die Zulassung des Sturmzeichen-Verlages. Die »politische Persönlichkeit« (Seitenwechsel) Gloria von Thurn und Taxis stellte auf der Buchmesse ihr Buch »Lieber unerhört als ungehört« vor. Im Gespräch mit COMPACT TV bekannte sie vor Ort, dass sie »gerne« diesen verschwörungsmithischen Kanal gucke und sich freue, auf der Buchmesse »Befreundete und Gleichgesinnte« zu treffen. COMPACT

TV, »der am schnellsten wachsende Kanal der alternativen Medien«, hat im Mai »die Schallmauer von 500.000 Abonnenten durchbrochen«, so entsprechende Eigenangaben. »Medien, Pornografie, Religions- und Gottlosigkeit« seien in Westdeutschland »sehr stark degeneriert«, sagte die Adelige gegenüber dem COMPACT TV-Macher Paul Klemm. 2001 führte sie in einer TV-Sendung aus: »In Afrika sterben die Leute an Aids, weil sie zu viel schnackseln. Der Schwarze schnackselt gerne.« Die FAZ notierte nach der Buchmesse: »Organisierter Angriff auf den Rechtsstaat: Wie Wertkonservative, Rechte und Rechtsextreme sich unter dem Vorwand der Kultur während der Buchermesse 'Seitenwechsel' in Halle an der Saale am Wochenende in den Armen lagen.« Termin für die nächste Seitenwechsel-Messe: 7./8. November 2026.

Eigenrecherche DokRex

<https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen-anhalt/halle/halle/buchmesse-seitenwechsel-protest-demos-wir-festival-kultur-news-102.html> / eingesehen am 10. November 2025

<https://www.lvz.de/der-osten/sachsen-anhalt/proteste-gegen-rechte-buchmesse-in-halle-mann-greift-gruenen-politiker-an-FXGAO6KH75EFBOW7TJVPFZMTE.html> / eingesehen am 10. November 2025

<https://www.endstation-rechts.de/news/rechtes-netzwerktreffen-seitenwechsel/> / eingesehen am 10. November 2025

<https://www.ardmediathek.de/video/ttt-titel-thesen-temperamente/kulturkampf-in-halle-wir-festival-vs-rechte-buchmesse/ard/Y3JpZDovL2RhczVyc3RILmRIL3R0dCatIHRpdGVsIHRoZXNlbiB0ZW1wZXJhbWVudGUvOWYyZmUyZGQtMTVhZD00MzE1LTkNTetZjZhNjFhYTk2N2I2/> / eingesehen am 5. Dezember 2025

<https://dubisthalle.de/sturmzeichen-bei-der-rechten-buchmesse-seitenwechsel-in-der-halle-messe-initiative-kritisiert-teilnehmer-aus-der-rechtsextremen-szene/> / eingesehen am 10. November 2025

<https://www.tagesschau.de/kultur/buchmesse-seitenwechsel-proteste-100.html> / eingesehen am 10. November 2025

https://www.compact-online.de/fuerstin-gloria-gegen-die-kultur-des-todes/?mc_cid=5ce7526b19 / eingesehen am 10. November 2025

<https://www.instagram.com/p/DRCw8M-iE0j/> / eingesehen am 5. Dezember 2025

https://x.com/BdK_Berlin/status/1986391665863475608 / eingesehen am 5. Dezember 2025

<https://jungefreiheit.de/kultur/2025/so-laeuft-die-seitenwechsel-buchmesse/> / eingesehen am 5. Dezember 2025

<https://dereckart.at/alle-nach-halle-auch-aus-oesterreich/> / eingesehen am 10. November 2025

<https://www.nsheute.com/dieter-stein-junge-freiheit-will-teilnahme-von-sturmzeichen-und-klosterhaus-bei-buchmesse-in-halle-sabotieren-rechtliche-schritte-eingelegt/> / eingesehen am 10. November 2025

<https://www.nsheute.com/mein-besuch-auf-der-messe-seitenwechsel-am-8-9-november-2025-in-halle-saale/> / eingesehen am 10. November 2025

<https://sezession.de/70454/seitenwechsel-dammbruch-fest/> / eingesehen am 10. November 2025

https://www.compact-online.de/500-000-abos-bei-youtube-feiern-sie-mit-uns/?mc_cid=72d6e2b404/ / eingesehen am 10. November 2025

Berlin:
**Der jüdische Intellektuelle
Micha Brumlik ist gestorben**

Micha Brumlik ist tot. Er starb am 10. November im Alter von 78 Jahren in Berlin. »Die deutsch-jüdische Geschichte und Gegenwart nach dem Holocaust beschäftigte ihn zeitlebens – als Wissenschaftler, Publizist und Intellektueller«, heißt es in dem Nachruf seiner früheren Wirkungsstätte, des Fritz-Bauer-Instituts in Frankfurt am Main. Das Institut erforscht Geschichte und Wirkung des Holocaust. Brumlik wurde als Kind deutsch-jüdischer Eltern und Holocaust-Überlebender, die in der Schweiz Schutz vor dem Nationalsozialismus gesucht hatten, 1947 in Davos geboren und lebte seit Anfang der 1950er-Jahre in der Bundesrepublik. In Frankfurt am Main ging er zur Schule, studierte und nach Stationen an den Universitäten Hamburg und Heidelberg wurde er selbst Professor und Direktor des Fritz-Bauer-Instituts. In einem Nachruf in der »Jüdischen Allgemeinen« nannte der Historiker Julius Schoeps Brumlik einen »public intellectual«, einen öffentlichen Intellektuellen. In der Debatte über Erinnerungskultur sprach sich Brumlik für Pflichtbesuche in KZ-Gedenkstätten aus. Forderungen nach einem »Schlussstrich« in der Auseinandersetzung mit der NS-Zeit lehnte Brumlik ab. Die Auseinandersetzung mit dem Holocaust und der Mitverantwortung vieler Deutscher sei eine staatsbürgerliche Aufgabe, sagte er. Als sich die Frankfurter Jüdische Gemeinde 1985 gegen

die Aufführung des Fassbinder-Stücks »Der Müll, die Stadt und der Tod« am Theater am Turm wehrte, unterstützte er den Kampf mit klaren Worten. Brumlik sprach von »Fassbinders antijudaistisch grundierter Krankfurt-Ballade«. 2015 wurde Brumlik wegen seiner Verdienste für die Verständigung zwischen Christen und Juden mit der Buber-Rosenzweig-Medaille ausgezeichnet. 2025 erhielt Brumlik das Bundesverdienstkreuz am Bande.

<https://www.fritz-bauer-institut.de/mitteilung/micha-brumlik-sel-a/> / eingesehen am 12. November 2025

<https://www.spiegel.de/kultur/literatur/micha-brumlik-ist-tot-publizist-und-wissenschaftler-mit-78-jahren-gestorben-a-9845cdb5-c2c1-4c8b-982c-7aaa39e63bc4> / eingesehen am 12. November 2025

<https://www.deutschlandfunkkultur.de/publizist-und-erziehungswissenschaftler-micha-brumlik-gestorben-100.html> / eingesehen am 12. November 2025

<https://www.juedische-allgemeine.de/kultur/ein-streitbarer-intellektueller/> / eingesehen am 12. November 2025

<https://frankfurt.de/de-de/aktuelle-meldung/meldungen/micha-brumlik-ist-tot/> / eingesehen am 12. November 2025

<https://www.fr.de/kultur/gesellschaft/micha-brumlik-praegte-juedische-intellektualitaet-in-deutschland-94032553.html> / eingesehen am 22. November 2025

<https://taz.de/Der-Muell-die-Stadt-und-der-Tod/!6128928/> / eingesehen am 12. November 2025

Nordrhein-Westfalen / Bundesweit:
Festnahme eines
Rechtsterrorismusverdächtigen

Der Generalbundesanwalt hat am 10. November in Dortmund den 49-jährigen deutsch-polnischen Staatsangehörigen Martin S. festnehmen lassen. Die rechtsextreme Szene in Dortmund gilt seit Jahrzehnten als Hochburg der westdeutschen Neonazi-Szene. In den vergangenen 25 Jahren hat es dort mehrere politisch motivierte Morde gegeben, an Polizisten oder an dem NSU-Opfer Mehmet Kubaşık.

Der Softwareentwickler, der sich während der Corona-Zeit radikalisiert haben soll, soll seit mindestens Juni 2025 im Darknet auf seiner anonymen Plattform »Assassination Politics« aufgerufen haben, Anschläge auf Politiker, unter anderem auf die Alt-Kanzler Merkel und Scholz, Amtsträger und Personen des öffentlichen Lebens in Deutschland zu verüben. Namentlich genannt wird auch die Frankfurter Stadtverordnete Jutta Ditfurth (Ökolinx). Ditfurth gehörte Anfang der 1980er-Jahre zu den Mitbegründerinnen der Grünen und zählte dort zum linken Flügel. Der Verdächtige soll neben Namenslisten und selbst von ihm ausgesprochenen Todesurteilen auch Anleitungen zum Bau von Sprengsätzen veröffentlicht haben. Zudem soll er Spenden in Kryptowährungen gesammelt haben, um »Kopfgelder« auf die von ihm für Attentate vorgesehenen Personen auszusetzen. Gegen den Beschuldigten besteht der dringende Verdacht der Terrorismusfinanzierung (§ 89c Abs. 1 Nr. 1 StGB), der Anleitung zur Begehung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat (§ 91 Abs. 1 Nr. 1 StGB) sowie des gefährdenden Verbreitens personenbezogener Daten (§ 126a Abs. 1 Nr. 1 StGB). Der Begriff »Assassination Politics« geht auf ein gleichnamiges Essay des US-Antiregierungsaktivisten Jim Bell aus den 1990er-Jahren zurück. Bell beschrieb darin die Idee eines anonymen Online-Marktplatzes zur finanziellen Unterstützung politischer Morde, etwa gegen vermeintlich korrupte Regierungsbeamte. Der Verdächtige soll viele Jahre lang der Dortmunder Neonazi-Szene angehört und an rechtsextremen Demonstrationen teilgenommen haben; unter anderem 2021 am Gedenkmarsch für den Dortmunder Neonazi Siegfried Borchardt (»SS-Siggi«). »Mindestens seit 2021 liegen gesicherte Informationen vor, dass der Beschuldigte in der Dortmunder Neonazi-Szene verkehrt«, sagte NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU). Der Neonazi soll der Reichsbürgerszene nahestehen. Laut Ermittlern gelangten Hinweise auf Martin S. offenbar durch das Bundesamt für Verfassungsschutz an die Sicherheitsbehörden.

Eigenrecherche DokRex

<https://www.generalbundesanwalt.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2025/Pressemitteilung-vom-11-11-2025-2.html?nn=478184> / eingesehen am 22. November 2025

<https://www1.wdr.de/nachrichten/mann-in-dortmund-wegen-mordplaenen-gegen-politiker-festgenommen-102.html> / eingesehen am 22. November 2025

<https://www.zdfheute.de/politik/deutschland/rechtsextremismus-dortmund-neonazis-martin-s-100.html> / eingesehen am 22. November 2025

<https://www.hessenschau.de/gesellschaft/frankfurter-stadtverordnete-stand-auf-todesliste-im-darknet-v5,ditfurth-auf-neonazi-todesliste-100.html> / eingesehen am 22. November 2025

<https://de.euronews.com/2025/11/11/scholz-merkel-todesliste-dortmund-martin-s> / eingesehen am 22. November 2025

Bayern:
**NS-Verbrecher in
Nürnberg angeklagt**

Am 20. November 1945 begann in Nürnberg der Prozess gegen 21 NS-Hauptkriegsverbrecher; darunter Luftwaffenchef Hermann Göring, NS-Außenminister Joachim von Ribbentrop, Hitler-Stellvertreter Rudolf Heß und Rüstungsminister Albert Speer. Die Vorwürfe: Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Vorbereitung und Durchführung eines Angriffskriegs. Von den ursprünglich 24 Angeklagten fehlten Martin Bormann (starb bei einem Ausbruchversuch in Berlin in der Nacht zum 2. Mai 1945. Sein Skelett wurde erst 1972 entdeckt und identifiziert), der in Abwesenheit angeklagt war, sowie Robert Ley, der sich umgebracht hatte, sowie Gustav Krupp von Bohlen und Halbach, der verhandlungsunfähig war. Es fehlte auch die NS-Führungsspitze der Nazis, die sich durch Suizid der Verantwortung für ihre Taten entzogen hatten: Adolf Hitler, Heinrich Himmler und Joseph Goebbels. Zwölf Todesstrafen wurden ausgesprochen, gegen sieben Angeklagte wurden Freiheitsstrafen zwischen zehn Jahren und lebenslänglich verhängt, die die Verurteilten in Berlin-Spandau absaßen. Drei Angeklagte wurden freigesprochen. Unter den Journalisten war auch Willy Brandt, der für eine norwegische Zeitung berichtete. Bis 1949 wurden gegen weitere Kriegsverbrecher zwölf weitere Prozesse geführt. In den Nachfolgeprozessen wurden 24 weitere Personen zum Tode verurteilt. Insgesamt gab es 13 Prozesse gegen mehr als 200 Nationalsozialisten aus Politik, Militär und Wirtschaft. Rudolf Heß war jahrelang der einzige und letzte Häftling in Spandau. Er erhängte sich im Alter von 93 Jahren im Jahr 1987. Die Nürnberger Prozesse gelten als Geburtsstunde des Völkerstrafrechts. Seit 1927 hielt die NSDAP in Nürnberg regelmäßige Parteitage ab. 1933 bezeichnete Adolf Hitler seine fränkische Lieblingsstadt als »Stadt der Parteitage«.

Eigenrecherche DokRex

Benjamin Stahl: NS-Verbrecher auf der Anklagebank, in: Das Parlament. Nr. 47-48 vom 15. November 2025, S. 16

<https://www.lto.de/recht/feuilleton/f/nuernberger-prozesse-80-jahre-nationalsozialismus-voelkerstrafrecht/> / eingesehen am 5. Dezember 2025

<https://www.tagesschau.de/inland/nuernberger-prozesse-118.html> / eingesehen am 5. Dezember 2025

<https://www.vorwaerts.de/geschichte/november-1945-nuernberg-wird-der-nationalsozialismus-angeklagt/> / eingesehen am 5. Dezember 2025

<https://nuremberg.law.harvard.edu/about/> / eingesehen am 4. Dezember 2025

Hessen / Bundesweit:
**»Generation Deutschland«:
»neue« AfD-Parteijugend-
organisation**

Im hessischen Gießen hat sich am 29. November die neue AfD-Jugend »Generation Deutschland« (GD), ein Sammelbecken von Burschenschaftlern, Identitären, Völkischen und weiteren rechts-extremen Aktivisten, gegründet. Zehntausende Gegendemonstranten hatten sich vor Ort eingefunden. »Um bei der Generation Deutschland mitzumachen, musst du zugleich Mitglied der der Alternative für Deutschland sein. Mitmachen kann jeder unter 36 Jahren [...] Die Generation Deutschland ist der Motor für eine erneuerte AfD – jung, dynamisch und patriotisch«, gibt deren Homepage kund. Die bisherige AfD-Jugendorganisation »Junge Alternative für Deutschland« (JA) hatte sich zum 31. März 2025 selbst aufgelöst, weil sie vom Verfassungsschutz als gesichert rechts-extremistisch eingestuft wurde. Auf einem Parteitag im sächsischen Riesa hatte die AfD-Bundespartei zu Jahresbeginn 2025 beschlossen, sich von der JA zu trennen. Die JA war ein eingetragener Verein und hätte vom Bundesinnenministerium verboten werden können. Das wird durch die neue Struktur deutlich schwieriger.

Parteichefin Alice Weidel betonte in einer Rede in Gießen, dass sie die Parteijugend als »Kaderschmiede« für die Partei sehe. An die Spitze gewählt wurde Jean-Pascal Hohm (»Burschenschaft Salamandria Dresden«), Ex-Chef der Brandenburger Jungen Alternative (JA). Der Verfassungsschutz in Brandenburg hat Hohm schon lange aufgrund dessen migrationsfeindlicher und völkischer Thesen auf dem Schirm. Der 28-Jährige aus Cottbus erhielt 633 der insgesamt 725 Stimmen. Hohm sagte in seiner Antrittsrede: »Wir werden eng mit dem politischen Vorfeld [...] zusammenarbeiten.« In einem Interview mit der rechtsextremen Monatszeitschrift »Zuerst!« (Januar) konkretisierte Hohm seine Ausführungen: »Ich persönlich stehe für eine konstruktive Zusammenarbeit mit dem Vorfeld

und bin mir sicher, dass echte politische Veränderung nur mit einem gesellschaftlichen Wandel möglich ist. Dafür brauchen wir ein starkes, vitales und eigenständiges politisches Vorfeld.« In seiner Dankesrede nach der Wahl kündigte Hohm an, dafür sorgen zu wollen, dass »Deutschland die Heimat der Deutschen bleibt«. Begrüßt wurde die Wahl von Hohm vom Rechtsextremisten Björn Höcke: »Er wird ein guter Bundesvorsitzender der 'Generation Deutschland' sein. Weil er Brücken bauen kann und im Kontakt mit den Vorfeldorganisationen ist«, so Höcke. Höcke-Freund Götz Kubitschek lobte Hohm dafür, dass er zu jenen Politikern gehöre, »die nicht nur Politiker sind, sondern mit einem Fuß im vorpolitischen Raum stehen und Rückbindung suchen. Partei (das ist dort die Überzeugung) ist nie Zweck, sondern immer nur Mittel«.

Mit Ständen in der Messehalle war unter anderem der »Verlag Antaios« zugegen, vertreten von Götz Kubitschek und seinem Sohn Wieland, einem der zentralen Köpfe der Wiener »Identitären Bewegung« (IB). Ins gleiche Horn hinsichtlich des vorpolitischen Raums stieß der Delegierte Kevin Dorow aus Schleswig-Holstein: »Wir distanzieren uns nicht vom sogenannten Vorfeld« führte er aus und leitete dann über zur Aussage: »Wie es Björn Höcke vor wenigen Monaten rezitiert hat, Jugend muss durch Jugend geführt werden, und dieses Prinzip muss unser Leitstern sein.« Die zentrale Parole der »Hitlerjugend« (HJ) »Jugend muss durch Jugend geführt werden« wird in einem Text der Nationalsozialistischen Parteikorrespondenz (1936) als »Kernsatz im Erziehungsprogramm der nationalsozialistischen Jugendbewegung« bezeichnet. Dorow, Schriftleiter der »Burschenschaftlichen Blätter«, wurde mit 88,6 Prozent als erster Beisitzer in den Bundesvorstand der Generation Deutschland gewählt. Dem Vorstand als Beisitzerin gehört auch Julia Gehrckens an. In ihrer Bewerbungsrede führte sie aus, dass Weiblichkeit eine »naturgegebene Identität« sei, die man sich nicht »durch geistesranke und böartige Ideologien« wie Feminismus nehmen lassen wolle. Die Aktivistin der Fraueninitiative »Lukreta«, die aus der Identitären Bewegung entstanden ist, forderte in ihrer Rede die »millionenfache Remigration«. Gehrckens erzielte 63 Prozent der Delegiertenstimmen.

Nach der Sichtung der ersten Beiträge und Gäste der Gründungsveranstaltung der Generation Deutschland sieht das Thüringische Landesamt für Verfassungsschutz (TLfV) rechtsextreme Tendenzen. Es sei davon auszugehen, dass es sich »wohl doch eher um eine Nachfolgeorganisation handelt, diesmal unter dem Schutz des grundgesetzlichen Parteienprivilegs als Jugendorganisation der AfD«, erklärte der Präsident des Thüringischen Landesamtes für Verfassungsschutz, Stephan Kramer. Es zeige sich »weder eine Mäßigung noch eine Distanzierung oder gar Wandlung« gegenüber der Jungen Alternative. Anhaltspunkte seien völkischer Nationalismus sowie Anspielungen und Parallelen zu Leitgedanken der Hitlerjugend. Auch die Wahl des Führungspersonals und dessen Botschaften ließen »bisher keinen Zweifel an einer Fortsetzung der Radikalisierung«. Hohm kommentierte die Einschätzung des Verfassungsschutzes, TLfV-Präsident Kramer habe jedes Maß verloren: »Wer sich nach zwei Tagen der Existenz unserer neuen Jugendorganisation anmaßt, solche Fantasievorwürfe zu erheben, agiert als politischer Aktivist und nicht als Hüter unserer Verfassung.« Alexander Claus, GD-Bundesvorstandsmitglied (Landesverband Thüringen), attestierte: »Wir lassen uns von einem durchdrehenden Behördenleiter nicht einschüchtern. Wir wissen, dass wir mit beiden Beinen auf dem Boden unserer Verfassung stehen.« Auch das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) sieht bei der neu gegründeten AfD-Jugendorganisation Generation Deutschland nach einer ersten Einschätzung keine große Veränderung gegenüber der Vorgängerorganisation Junge Alternative (JA). BfV-Präsident Sinan Selen sagte: »Was wir sehen, ist schon eine personelle und inhaltliche Kontinuität.«

Eigenrecherche DokRex

<https://www.zeit.de/news/2025-12/02/afd-jugendchef-nationalsozialismus-ist-klare-grenze/>
eingesehen am 5. Dezember 2025

<https://www.bild.de/politik/inland/afd-jugend-rechtsextrem-verfassungsschutz-knoepft-sich-akteure-vor-692ebd2c937203503697a1a4/> / eingesehen am 5. Dezember 2025

<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-jugendkongress-in-giessen-startet-mit-zweistuetendiger-verspaetung-a-2751ab35-d3fb-4e70-bca6-7edd5a743e37/> / eingesehen am 5. Dezember 2025

<https://www.deutschlandfunk.de/neugruendung-der-afd-jugendorganisation-generation-deutschland-experten-keine-maessigung-zu-erwarten-100.html> / eingesehen am 5. Dezember 2025

<https://www.evangelisch.de/inhalte/250159/02-12-2025/stimmen-fuer-afd-verbotsverfahren-nach-gruendung-von-parteijugend/> / eingesehen am 5. Dezember 2025

<https://www.zdfheute.de/politik/deutschland/afd-jugend-generation-deutschland-jean-pascal-hohm-100.html> / eingesehen am 5. Dezember 2025

<https://www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/generation-deutschland-rechtsextremismus-100.html> / eingesehen am 5. Dezember 2025

<https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/afd-generation-deutschland-sorgt-fuer-neue-kritik-accg-200315896.html> / eingesehen am 10. Dezember 2025 [kostenpflichtig]

<https://www.shz.de/deutschland-welt/schleswig-holstein/artikel/kevin-dorow-der-junge-afd-politiker-der-rechten-szene-aus-sh-49537737> / eingesehen am 5. Dezember 2025 [kostenpflichtig]

Baumgärtner, Maik / Grunert, Johannes / Müller, Ann-Katrin: Von wegen brav und bieder. Die neue AfD-Jugendorganisation soll professioneller auftreten und weniger Skandale auslösen, in: *Der Spiegel*, 52/2025, S. 36f

<https://www.zeit.de/politik/deutschland/2025-12/afd-jugendorganisation-generation-deutschland-verfassungsschutz> / eingesehen am 10. Dezember 2025

<https://generationdeutschland.de/> / eingesehen am 5. Dezember 2025

<https://www.afd.de/jean-pascal-hohm-peinlicher-vergleich-des-thueringer-verfassungsschutz-chefs-kramer-generation-deutschland-laesst-sich-nicht-einschuechtern/> / eingesehen am 5. Dezember 2025

<https://sezession.de/70486/giessen-generation-deutschland-fuenf-thesen> / eingesehen am 5. Dezember 2025

Bundesweit:

Der Holocaust und die Singularität

Die Dokumentationsstelle Rechtsextremismus (DokRex) stellt fest: Der Holocaust ist ein singuläres Menschheitsverbrechen. Der industriell betriebene millionenfache Massenmord an Juden kennt keinen Vergleich. Er ist, wie der deutsch-israelische Historiker Dan Diner konstatiert, ein Zivilisationsbruch.

Auf dem Blog »Sezession« ging Ende November ein Text mit dem Titel »Singularität und Holocaust« online. Der Mitgründer des »Netz-Tagebuchs« Erik Lehnert, vormals Geschäftsführer des Instituts für Staatspolitik (IfS) und heute Geschäftsstellenleiter der AfD-Landtagsfraktion Brandenburg, schreibt, »Singularität« sei »keine historische, sondern eine zivilreligiöse Kategorie«. Lehnert bezieht sich auf den Althistoriker Egon Flaig, der 2007 dazu »das Notwendige gesagt« (Lehnert) habe. Flaig, den der Berliner Tagesspiegel zu den »neurechten Zündern« zählt, führte damals aus: »Rein logisch ist alles Existierende singulär, weil die Bedingungen des Existierens für zwei Dinge unmöglich dieselben sein können, ja weil diese Bedingungen sich für ein und dasselbe Ding bereits geändert haben, während ich diesen Satz schreibe. Doch wenn ich wissen will, in welcher Hinsicht etwas singulär ist, dann komme ich nicht umhin zu vergleichen. Wer wird bestreiten, daß das Warschauer Ghetto 'singulär' war? Aber jede einzelne Krankheit meines Großvaters war es ebenso. Sogar der Rotz in meinem Taschentuch ist singulär.«

Heinrich August Winkler, einer der prominentesten deutschen Historiker, antwortete darauf in einem Artikel in der Zeit, in dem er Flaigs Ausführungen in die Nähe einer »deutschnationalen Geschichtsapologie« rückte. Lehnert beendet seinen Text – und knüpft erneut an Flaig an – mit den Worten: »Die 'Politik der Schuld' kann nicht die Grundlage der Zukunft unserer Nation sein, wenn man darunter die historisch gewachsene Schicksalsgemeinschaft der Deutschen versteht. Es ist ein hoffnungsvolles Zeichen, daß eine Generation politische [Fehler im Original] ihre Stimme erhebt, die in diesen Kategorien nicht mehr gefangen ist.«

Anlass für Lehnerts Beitrag »Singularität und Holocaust« waren Äußerungen des sachsen-anhaltischen AfD-Politikers Ulrich Siegmund zur NS-Zeit. Siegmund, Spitzenkandidat seiner Partei zur Landtagswahl 2026, hatte sich in einem Podcast auf die Frage geäußert, ob die NS-Zeit »das Schlimmste der Menschheit« sei. Antwort des AfD-Parlamentariers: »Das maße ich mir nicht an zu bewerten, weil ich die gesamte Menschheit nicht aufarbeiten kann und aus allen Verbrechen dieser Menschheit natürlich lernen muss.« Der Zentralrat der Juden in Deutschland hat empört auf die Äußerungen des AfD-Politikers reagiert. »Es fällt schwer, sich des Eindrucks zu erwehren, dass in Herrn Siegmunds Aussagen eine deutliche Sympathie für die Zeit des Nationalsozialismus mitschwingt«, sagte Zentralratspräsident Josef Schuster.

Eigenrecherche DokRex

<https://www.juedische-allgemeine.de/politik/voellige-schamlosigkeit-zentralrat-der-juden-kritisiert-afd-spitzenkandidat-fuer-ns-relativierung/> / eingesehen am 1. Dezember 2025

<https://www.deutschlandfunkkultur.de/goetz-aly-es-gibt-nichts-das-deckungsgleich-mit-dem-100.html> / eingesehen am 1. Dezember 2025 / eingesehen am 1. Dezember 2025

<https://www.zeit.de/2011/30/Historikerstreit> / eingesehen am 1. Dezember 2025 [kostenpflichtig]

<https://www.belltower.news/erklaert-warum-ist-der-holocaust-ein-singulaeres-menschheitsverbrechen-137143/>
eingesehen am 1. Dezember 2025

<https://sezession.de/70472/singularitaet-und-holocaust> / eingesehen am 1. Dezember 2025

**Bundesweit:
Hohe Zahl an Straftaten
gegen Gedenkstätten**

Gedenkstätten sind in der Bundesrepublik seit Jahresbeginn 2025 bislang mehr als 280 Mal Ziel von Straftaten gewesen (Stand 31. Oktober 2025). Das zeigt eine Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Grünen-Bundestagsfraktion. Am häufigsten kam es demnach zu Sachbeschädigungen. Seit 2019 erfasst die polizeiliche Kriminalstatistik unter dem Begriff »Gedenkstätte« Straftaten und Angriffe auf alle Gedenkstätten, darunter auch solche mit Bezug zum Nationalsozialismus, Ehrenmale, Gedenktafeln, »Stolpersteine« und Mahnmale. Im abgefragten Zeitraum zwischen dem 1. Juli 2024 und dem 31. Oktober 2025 sind Gedenkstätten bundesweit mehr als 460 Mal Ziel von Straftaten gewesen. In der Mehrheit der Fälle – über 60 Prozent – wurden die Straftaten dem rechten Spektrum zugeordnet. Unter den 460 Taten seit Juli 2024 waren mehr als 60 Mal größere NS-Gedenkstätten Ziel von Delikten wie Sachbeschädigung, Störung der Totenruhe, Volksverhetzung oder Propaganda.

Zwischen Januar 2019 und Juni 2024 wurden 1.741 politisch motivierte Straftaten gegen NS-Gedenkstätten registriert, der überwiegende Teil davon mit rechtsextremem Hintergrund (Bundestagsdrucksache 20/12236). Dazu gehören besonders oft Sachbeschädigungen, Störungen und Bedrohungen von Mitarbeitenden.

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Marlene Schönberger, Dr. Irene Mihalic, Dr. Anja Reinalter, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Angriffe auf NS-Gedenkstätten – Erfassung, Schutz und Beurteilung der Bundesregierung, BT-Drs. 21/3002 vom 28. November 2025: <https://dserver.bundestag.de/btd/21/030/2103002.pdf> / eingesehen am 2. Dezember 2025

<https://www.evangelisch.de/inhalte/250093/29-11-2025/mehr-als-280-straftaten-gegen-gedenkstaetten-im-jahr-2025> / eingesehen am 2. Dezember 2025

Dezember

Schweden:

Neonazistischer »Gedenkmarsch«

Am 6. Dezember fand im Stockholmer Vorort Salem erstmals seit 15 Jahren wieder ein »Gedenkmarsch« anlässlich des Todestages des Neonazis Daniel Wretström statt. Zwischen 2000 und 2010 hatten rechts-extreme Gruppen den Fackelzug jährlich organisiert. Schwedens Regierungschef Ulf Kristersson kritisierte den Aufmarsch von bis zu 300 Neonazis scharf. Auf X schrieb er, das Geschehen stehe für »abscheuliche Ansichten und eine schreckliche Menschauffassung«. Neben Mitgliedern der »Nordischen Widerstandsbewegung« waren Mitglieder des »Active Club«, der »Hammerskins«, von »Blood & Honour« und von »Alternativ för Sverige« vor Ort, so Angaben der neonazistischen Kleinstpartei »Der III. Weg«. Der 17-jährige Wretström war am 9. Dezember 2000 nach einem Streit und einer Messerattacke an einer Bushaltestelle, an der auch Jugendliche mit ausländischem Hintergrund beteiligt waren, verstorben. Seitdem muss er als nationalistischer Märtyrer erhalten. Die »Blood & Honour-Bewegung« in Großbritannien nannte ihn gar den »Horst Wessel unserer Generation«. Wretström war Schlagzeuger in der Neonazi-Band »Vit Legion« (dt.: Weiße Legion). Auf der in Zwickau sichergestellten Festplatte des NSU fanden sich Aufzeichnungen zum Wretström-»Gedenkmarsch« vom Dezember 2005.

Eigenrecherche DokRex

<https://www.nordisch.info/schweden/kristersson-verurteilt-rechtsextremen-marsch-in-schweden/>
eingesehen am 8. Dezember 2025

<https://der-dritte-weg.info/2025/12/schweden-gedenkmarsch-fuer-daniel-wretstroem-in-salem-nach-15-jahren/>
eingesehen am 8. Dezember 2025

Bundesrepublik / Syrien:

AfD-Politourismus

Der bayerische AfD-Politiker Wolfgang Dröse, zuletzt Bundestagskandidat und Landratskandidat seiner Partei, hat Syrien besucht. Darüber berichtet er, das »schöne Wetter« in Syrien stecke dem AfD-Funktionär anhaltend »angenehm in den Knochen«, in einem Interview mit der rechtsextremen Monatszeitschrift »Zuerst!« (Dezember). Zuvor hatte Dröse auf Facebook über die scheinbar paradiesischen Zustände in dem Land berichtet, dessen urbane Zentren wie Aleppo oder Homs weitgehend zerstört sind und deren Wiederaufbau durch Blindgänger in den Trümmern massiv erschwert wird. O-Ton Dröse: »Syrien ist sicher! Woher ich das weiß? Gemeinsam mit mehreren Freunden, darunter den AfD-MdL Franz Schmid, war ich selbst als Beobachter/Reisender/Tourist dort. Wir haben uns Tartus, Homs, Damaskus, Maalula (das letzte Dorf, in dem Aramäisch, die Sprache Christi gesprochen wird) und weitere Orte angeschaut – als normale Besucher. Kriegshandlungen gibt es keine. Das Land ist friedlich und stabil. Man kann in Damaskus über den Basar schlendern oder in Tartus gutes syrisches Bier trinken. Ein Viertel der Frauen trägt kein Kopftuch. Die Menschen sind sehr freundlich, auch die Sicherheitskräfte. Wir haben Syrer getroffen, die in Deutschland leben und dort Urlaub machen und welche, die in Deutschland gelebt hatten und nun beim Wiederaufbau helfen. Zerstörte Häuser sieht man vereinzelt. Ansonsten herrscht eine positive Aufbruchstimmung. Die große Rückführung von Syrern in ihre Heimat muss nun beginnen!«

Fakt ist, dass nach fast 14 Jahren Bürgerkrieg weite Teile Syriens zerstört sind und die Versorgungslage im Land katastrophal ist, so das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Die Vereinten Nationen schätzen, dass 16,5 Millionen Menschen in Syrien auf humanitäre Hilfe angewiesen sind. 90 Prozent der Bevölkerung leben laut dem UN-Entwicklungsprogramm (UNDP) in Armut. Die Syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte hat seit dem Sturz des Diktators Baschar al-Assad im Dezember 2024 mehr als zehntausend Tote durch Gewalt gezählt, über 8.000 davon Zivilisten, über 400 Kinder. Laut UN-Habitat (Programm der Vereinten Nationen für menschliche Siedlungen) sind 25 Prozent der 4,25 Millionen Wohneinheiten in Syrien beschädigt worden, davon zwölf bis 15 Prozent schwer. Außenminister Johann Wadephul hatte Ende Oktober 2025 in einem Vorort von Damaskus festgestellt: »Hier können wirklich kaum Menschen richtig würdig leben.« Im Interview mit »Zuerst!« führt Dröse, Referent der AfD im Bayerischen Landtag und Vorstand des AfD-Kreisverbands Ostallgäu/Kaufbeuren, aus: »Syrien ist sicher. Die Kriminalität ist sehr gering, und es gibt keine Kriegshandlungen. Man kann in den Bars und Restaurants wunderbar einkehren und auf den Märkten flanieren. [...] Das syrische Bier ist übrigens gut.« Folgerichtig gibt es für den bayerischen AfD-Kommunalpolitiker »keine Ausreden mehr, nicht nach Syrien abzuschieben«.

Eigenrecherche DokRex

Wibke Becker / Christoph Ehrhardt: Kann man in Syrien leben?, in:
Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 30. November 2025, S. 7

<https://www.bmz.de/de/laender/syrien> / eingesehen am 30. November 2025

<https://www.proasyl.de/pressemitteilung/pro-asyl-in-syrien-herrscht-laengst-keine-stabilitaet/> / eingesehen am 30. November 2025

<https://www.facebook.com/61550811200044/posts/syrien-ist-sicher-woher-ich-das-wei%C3%9F-gemeinsam-mit-mehreren-freunden-darunter-de/122287814180027040> / eingesehen am 30. November 2025

»Es gibt keine Ausreden mehr«. Der bayerische AfD-Politiker Wolfgang Dröse im ZUERST!-Gespräch über die Verhältnisse in Syrien, in: Zuerst!, Dezember 2025, S. 38f

**Bundesweit:
Bericht zu Antiziganismus
in der Polizei**

Sinti und Roma sind bei der Polizei häufig Vorurteilen und Diskriminierung ausgesetzt. Die Melde- und Informationsstelle Antiziganismus (MIA) veröffentlichte am 4. Dezember 2025 ihren Bericht »Antiziganismus in der Polizei. Analyse der Vorfälle von 2022–2024«. Grundlage sind 215 gemeldete Fälle. Demnach berichten Sinti und Roma häufig, dass ihre Anzeigen von der Polizei nicht aufgenommen, Vorfälle verharmlost oder geleugnet werden. Ermittlungen gegen Polizeikräfte nach entsprechenden Beschwerden würden eingestellt, hieß es. In einigen Fällen gerieten Betroffene, die eine Anzeige erstatten, selbst ins Visier von Ermittlungen. Die Analyse zeige, »dass antiziganistische Benachteiligungen im Polizeikontakt kein Randphänomen sind, sondern wiederkehrenden Mustern folgen«, so MIA. »Die Ergebnisse unseres Berichts zeigen, dass antiziganistische Diskriminierung in polizeilichen Strukturen kein historisches Relikt ist, sondern eine gegenwärtige Realität, mit der Sinti und Roma tagtäglich konfrontiert sind«, erklärt Dr. Guillermo Ruiz, Geschäftsführer von MIA: »Wer den Schutz durch die Polizei nicht in Anspruch nehmen kann, weil ihm pauschal Misstrauen entgegengebracht wird, dem werden rechtsstaatliche Garantien verwehrt. Wir fordern daher entschlossene Reformen, die institutionellen Antiziganismus klar benennen, sichtbar machen und wirksam bekämpfen.«

Der Zentralrat der Sinti und Roma und die MIA definieren Antiziganismus als »spezielle Form des Rassismus, die sich gegen Roma, Sinti, Fahrende und andere Personen richtet, die von der Mehrheitsgesellschaft als 'Zigeuner' stigmatisiert werden«. Bereits 2021 erklärte die Unabhängige Kommission Antiziganismus: »Die deutsche Polizei muss historisch und bis in die Gegenwart als eine gesellschaftlich relevante Institution sowohl bei der Produktion antiziganistischer Ideologie als auch bei der Umsetzung antiziganistischer Ausgrenzungs- und Verfolgungsmaßnahmen betrachtet werden.«

<https://www.antiziganismus-melden.de/2025/12/04/die-melde-und-informationsstelle-antiziganismus-veroeffentlicht-kurzstudie-antiziganismus-in-der-polizei/> / eingesehen am 4. Dezember 2025

<https://taz.de/Antiziganismus-in-der-Polizei/!6135372/> / eingesehen am 7. Dezember 2025

Unterrichtung durch die Bundesregierung. Bericht der Unabhängigen Kommission Antiziganismus. Perspektivwechsel – Nachholende Gerechtigkeit – Partizipation, BT-Drs. 19/30310 vom 21. Mai 2021: <https://dserver.bundestag.de/btd/19/303/1930310.pdf> / eingesehen am 7. Dezember 2025

**Bundesweit:
Weidel und die
»schmierigen Stasi-Spitzel«**

Die AfD-Politikerin Alice Weidel hat in einem Interview mit Welt-TV (Welt-Chefredakteur Jan Philipp Burgard) am 4. Dezember den Verfassungsschutz aggressiv attackiert und diesen mit dem früheren DDR-Geheimdienst verglichen. Der Inlandsgeheimdienst sei »weisungsgebunden«, diene der »Konkurrenzbeseitigung« durch das Innenministerium und sei insgesamt als von »schmierigen Stasi-Spitzeln« geprägt, hetzte Weidel. Namentlich griff die AfD-Funktions- und Mandatsträgerin den Thüringer Behördenchef Stephan Kramer, vormals Generalsekretär des Zentralrats der Juden in Deutschland und Leiter des Berliner Büros des European Jewish Congress, an: »Schauen Sie sich doch mal diesen Verfassungsschutzpräsidenten in Thüringen an, diesen Kramer da mit diesem Bart und so, wie der aussieht. Was das für Leute sind.« Kramer hatte sich zuvor kritisch zu der in Gießen gegründeten AfD-Jugendorganisation »Generation Deutschland« geäußert.

Weidels Verbalangriff bezeichnete der Verfassungsschützer als »Versuch von AfD-Führungskräften, den Verfassungsschutz als Sicherheitsbehörde durch einen Stasi-Vergleich zu delegitimieren und die Angehörigen der Dienste zu diffamieren«. Dies sei »nicht neu und gehört fast schon zu unserem täglichen Geschäft«, sagte Kramer, und weiter: »Es scheint mir der verzweifelte Versuch zu sein, von der in Teilen eigenen Verfassungsfeindlichkeit, belegt durch umfangreiche Faktensammlungen und teilweise bereits gerichtlich bestätigt, ablenken zu wollen.« Der Verfassungsschutz schütze »im Gegensatz zur Stasi damals nicht die Obrigkeit und ein Willkür- und Unrechtsregime, sondern mit rechtsstaatlichen Mitteln als Teil der wehrhaften Demokratie die freiheitlich-demokratische

Grundordnung, also den Wesenskern unseres Grundgesetzes«, argumentierte Kramer. »Solche Methoden werden seit geraumer Zeit eingesetzt, wenn man Fakten und Argumente nicht mit sachlichen Gegenargumenten in einer fairen Auseinandersetzung zu widerlegen vermag.« Es gehe darum, Menschen mundtot zu machen und einzuschüchtern. Das sei »nicht nur schlechter Stil«, sondern zeige, »wessen Geistes Kind die Urheber sind«, so Kramer.

Weidel legte am 5. Dezember auf X noch einmal nach: »In keinem demokratischen Land der Welt gibt es eine ähnliche Inlands-Meinungs-Spitzel-Überwachungsbehörde wie in Deutschland den Verfassungsschutz! Nirgends! Sich über 'Autokraten' beschweren, aber hierzulande die Opposition bespitzeln und verfolgen. Das ist alles nicht mehr normal!«, polterte sie.

<https://www.welt.de/politik/deutschland/video6931ada412247ae9cd982b60/welt-talk-burgard-weidel-ueber-verfassungsschutz-schmierige-stasi-spitzel.html> / eingesehen am 5. Dezember 2025

<https://www.youtube.com/watch?v=Uw1CF0yfdtY> / eingesehen am 5. Dezember 2025

<https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/afd-schmierige-stasi-spitzel-weidel-beschimpft-verfassungsschutz/100181166.html> / eingesehen am 5. Dezember 2025

<https://www.fr.de/politik/schmierige-stasi-spitzel-kramer-wirft-weidel-verhoehnung-von-stasi-opfern-vor-94071856.html> / eingesehen am 7. Dezember 2025

**Baden-Württemberg:
Landesarchiv stellt Entnazifizierungsunterlagen aus Frankreich online**

Entnazifizierungsakten gehören zu den zentralen Quellen zur Erforschung der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Die Abteilung Staatsarchiv Freiburg des Landesarchivs Baden-Württemberg verwahrt etwa 230.000 Einzelakten aus Südbaden. Ein kleinerer Teil der Entnazifizierungsunterlagen aus der französischen Besatzungszone verblieb nach 1945 bei der französischen Militärregierung. Sie wurden 2010 in das Archiv des französischen Außenministeriums in La Courneuve bei Paris verlegt, wo sie sich auch heute noch befinden. Diese Dokumente haben das Landesarchiv und das Diplomatische Archiv in Frankreich in einem grenzüberschreitenden Projekt digitalisiert und online zugänglich gemacht.

Der in Frankreich verwahrte Bestand umfasst Unterlagen zu allen über einen längeren Zeitraum von der französischen Militärverwaltung internierten Personen, darunter beispielsweise zum späteren Arbeitgeberpräsidenten Hanns Martin Schleyer, vormals NS-Studentenführer und Mitglied von NSDAP und SS. Außerdem enthält der Bestand Akten zu dem Philosophen Martin Heidegger, der als »Führerrekter« die nationalsozialistische Umgestaltung der deutschen Universitäten begrüßte, und von NS-Funktionsträgern wie dem Leiter der Straßburger Gestapo, Julius Gehrum, oder Dietrich von Choltitz, General und ab 1944 Stadtkommandant von Paris. Dazu kommen Akten von im Entnazifizierungsverfahren als »hauptschuldig« eingestuften Personen, darunter der Lagerarzt des Konzentrationslagers Buchenwald, Waldemar Hoven. Der gebürtige Freiburger Hoven, SS-Hauptsturmführer, wurde 1948 wegen Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung hingerichtet. Auch die Spruchkammerbescheide für Hitlers Lieblingsregisseurin Leni Riefenstahl sind in dem Bestand überliefert.

Eigenrecherche DokRex

<https://www.landesarchiv-bw.de/de/aktuelles/nachrichten/78931> / eingesehen am 12. Dezember 2025

<https://www2.landesarchiv-bw.de/ofs21/olb/struktur.php?archiv=5&sprungId=66523&sprungStufe=B7&letztesLimit=suchen> / eingesehen am 12. Dezember 2025

**Bundesrepublik / USA:
AfD – Trump – MAGA –
MdB Frohnmaier**

In der Nacht zum 5. Dezember ging das 33 Seiten lange PDF zur Nationalen Sicherheitsstrategie auf der Website des Weißen Hauses in Washington online. Angela Merkels früherer Sicherheitsberater Christoph Heusgen sieht in dem Dokument den »Bruch Amerikas mit Europa«. Offen dargestellt wird, dass die USA »innerhalb europäischer Nationen Widerstand gegen den gegenwärtigen Kurs Europas [...] fördern« sollen. Will heißen, man müsse Parteien wie die AfD unterstützen, die die Welt wie MAGA sehen. Das Wort vom »regime change« liegt in der Luft. Bereits im Februar hatte Vizepräsident J.D. Vance auf der Münchner Sicherheitskonferenz indirekt die »Brandmauer« gegen die AfD attackiert und betont, das liberale Europa sei dabei, die Werte der Meinungsfreiheit zu untergraben.

Hinter der Nationalen Sicherheitsstrategie und ihrer Ablehnung der Europäischen Union steht die Denkschule des Nationalkonservatismus, die im Nationalismus das Heil der Welt erblickt. Zentraler Vordenker dieser Denkschule ist der israelisch-amerikanische Philosoph Yoram Hazony, Vorsitzender der Edmund Burke Foundation (Washington) und Präsident des Herzl Institute (Jerusalem).

Sein Werk »The Virtue of Nationalism« wurde in den USA als »Conservative Book of the Year 2019« ausgezeichnet. Im neurechten »Ares Verlag« aus dem österreichischen Graz erschien eben dieses Werk in deutschsprachiger Übersetzung unter dem Titel »Nationalismus als Tugend« (2020). In dem Grundlagenwerk verteidigt Hazony »die Nationalstaatlichkeit gegen den Globalismus und EU-Imperialismus« und breche »eine Lanze für den in Verruf geratenen Begriff des 'Nationalismus'«, so die rechtsextreme österreichische Zeitschrift »Info-Direkt«.

In New York City fand am 13. Dezember die jährliche Gala (113.), ein »black tie event« (feierlicher Dresscode) des »New York Young Republican Club«, einer Nachwuchsorganisation der Republikaner von Präsident Trump, im noblen Eventpalast Cipriani Wall Street, statt. »Der Club prägt seit über 100 Jahren die Karrierepfade junger republikanischer Politiker und gilt als Ort, an dem neue Allianzen geschmiedet werden«, so »COMPACT online«. Eine andere zwischenzeitlich aufgelöste Ortsgruppe der Young Republicans (New York State Young Republicans), darunter Amtsträger der US-Regierung, lieferte zuvor wegen eines Gruppenchats Schlagzeilen, in dem Gaskammern gelobt und Hitler gefeiert wurde. In Anwesenheit einer zwanzigköpfigen AfD-Delegation aus Bundestag, Europaparlament und mehreren Landtagen wurde Ehrengast Markus Frohnmaier, außenpolitischer Sprecher, stellvertretender Vorsitzender der AfD-Bundestagsfraktion und baden-württembergischer Landesvorsitzender seiner Partei, von den Nachwuchs-Republikanern mit dem Allen-W.-Dulles-Preis ausgezeichnet.

In der Einladung des New York Young Republican Club (»Established in 1911, incorporated in 1912, with a legacy from 1856, the New York Young Republican Club is the oldest, largest, and most prestigious Young Republican club in the United States«) heißt es wörtlich: »Wir möchten Ihnen die Ehre zuteil werden lassen, bei der Veranstaltung eine kurze Ansprache zu halten, nachdem Sie den Allen-W.-Dulles-Preis des Clubs erhalten haben, der die mutige Arbeit der AfD in dem besonders unterdrückenden und feindlichen politischen Umfeld Deutschlands würdigen soll.« Weiter im Text: »Unser Club fordert weiterhin eine neue bürgerliche Ordnung in Ihrem Land, in der eine triumphierende AfD das ist, was die Hüter der gescheiterten liberalen Ordnung am meisten fürchten.« Frohnmaier sei »eine bedeutende Persönlichkeit«, so der New York Young Republican Club.

In seiner Rede begrüßte Frohnmaier »Ehrenwerte Mitglieder des New York Young Republican Club und weniger ehrenwerte Vertreter der Medien«. Laut Redemanuskript teilte Frohnmaier gegen die Bundesregierung aus: »In meinem Heimatland Deutschland hat die herrschende Klasse den Verstand verloren.« Frohnmaier warnte zudem vor einem »neuen Totalitarismus«, der keine sowjetische Uniform trage, sondern »sich unter dem Deckmantel von 'Fortschritt', 'Vielfalt' und sogenannten 'Hassrede-Gesetzen'« tarne. Der AfD-Politiker laut Manuskript weiter: »Während unsere Infrastruktur zerfällt und unsere Züge nicht mehr pünktlich fahren, ist unsere Regierung damit beschäftigt, 'geschlechtstransformative Arbeit mit Männern in Nicaragua' zu finanzieren und Polizeikommandos zu entsenden, um 6 Uhr morgens die Häuser gesetzestreuer Bürger zu stürmen, nur weil sie gemeine Tweets über Minister der Grünen Partei geschrieben haben.«

In der Laudatio zur Auszeichnung Frohnmaiers zog ein Vertreter des Clubs, Dovid Holtzman, eine Parallele zum Trump-Slogan »America first« (Amerika zuerst). Er rief auf Deutsch in den Saal: »Deutschland zuerst«. Nathan Berger, Vizepräsident des Young Republican Club, sagte: »Wir wollen hier eine America-First-Politik. Wir wollen sehen, dass Deutschland von einer Germany-First-Regierung geführt wird. Wir wollen sehen, dass Italien von einer Italy-First-Regierung geführt wird. Wir wollen sehen, dass Ungarn von einer Hungary-First-Regierung geführt wird. Und wir wollen, dass diese Regierungen im kollektiven Interesse ihrer jeweiligen nationalen Bevölkerungen zusammenarbeiten.«

Frohnmaiers Auftritt unterstreicht die wachsende Nähe zwischen der AfD und den Republikanern. Die AfD-Reisegruppe nach New York hatte »ein klares Ziel: die Kontakte zur Trump-Administration auszubauen«, stellt das rechtsextreme Monatsmagazin »Zuerst!« fest: »Man sieht im amerikanischen Präsidenten einen Verbündeten im Kampf gegen Masseneinwanderung und die Politik der EU. 'Wir ticken in vielen Dingen gleich, wir haben eine klare Vorstellung davon, wie wir zukünftig die Welt sehen', präzisiert der mitreisende AfD-Finanzpolitiker Kay Gottschalk.«

Die neonazistische Kleinstpartei »Der III. Weg« kritisiert dagegen die Reise der AfD-Delegation in die USA: »Luxusreisen, politische Selbstdarstellung, internationale Netzwerke für das eigene Ego; exakt jene Praktiken, die CDU, SPD oder FDP seit Jahrzehnten zu Recht vorgeworfen worden sind, übernimmt die AfD nun selbst. Der einzige Unterschied: Sie verkauft es weiterhin als 'Patriotismus' und 'parlamentarischen Austausch'.« Der III. Weg bilanziert: »Diese USA-Reise zeigt nicht internationale Bedeutung, sondern politische Verkommenheit. Die AfD hat das System nicht bekämpft – sie hat sich bequem darin eingerichtet. Und damit steht fest: Blauer Anstrich hin oder her: Filz bleibt Filz!«

Bereits am 13. August hatte der New York Young Republican Club eine lange Erklärung mit dem Titel »It's Time for a New Civic Order in Germany« (»Es ist Zeit für eine neue bürgerliche Ordnung

in Deutschland«) zur Unterstützung der AfD veröffentlicht. In der Erklärung heißt es: »Germany needs a party that puts Germany First, insists on a policy of remigration, and creates a New Civic Order from the ashes of liberalism.« Das Strategiepapier endet mit dem fettgedruckten Satz: »AfD über alles«.

Die New York Young Republicans sorgten schon vor drei Jahren für Aufmerksamkeit, als sie bei ihrer jährlichen Gala neben dem damaligen Ex-Präsidenten Donald Trump auch den FPÖ-Generalsekretär und Verbündete des ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán zu Gast hatten.

Vor seinem New-York-Aufenthalt hatte Frohnmaier Washington besucht. Dort traf er Anna Paulina Luna (Florida) von der MAGA-Bewegung. Die republikanische Abgeordnete Luna, die Frohnmaier als »Rising Star« in Trumps MAGA-Bewegung bezeichnet, gilt im US-Repräsentantenhaus als besonders eifrige Anhängerin Trumps. So reichte sie ein Gesetz ein, das vorsieht, das Antlitz von Trump in das Gestein von Mount Rushmore zu meißeln, neben jene von Washington, Jefferson, Lincoln und Roosevelt. Luna hatte sich zuletzt persönlich für den Antrag auf politisches Asyl von Naomi Seibt eingesetzt. Die extrem rechte deutsche Influencerin behauptet, sie werde in der Bundesrepublik verfolgt und müsse um ihr Leben fürchten. Auf X teilte Frohnmaier Bilder von einem Treffen mit der Unterstaatssekretärin Sarah Rogers, mit der er über die neue nationale Sicherheitsstrategie der Trump-Administration gesprochen haben will.

Ihre Sympathien bei Trump und der MAGA-Bewegung stärken die Rolle der AfD als Teil einer globalen, postliberalen und neurechten Bewegung, deren Zentrum nach der Wiederwahl Trumps an der US-Ostküste liegt. Teile der AfD (unter Führung von Alice Weidel), mehr in den westlichen als in den östlichen Bundesländern, legen ihren traditionellen Antiamerikanismus ab und geben sich der Hoffnung hin, dass die Trump-Regierung die ideologische Wende gegen die liberale Demokratie westlicher Prägung, die angebliche linksliberale Hegemonie und den »Globalismus« verstärken werde.

Der Namensgeber des an Frohnmaier verliehenen Preises, Allen W. Dulles, einst CIA-Direktor, organisierte als Frontkämpfer im Kalten Krieg Regierungsumstürze in Iran und Guatemala und war für die Ermordung von Patrice Lumumba, dem ersten Premierminister des unabhängigen Kongo und einem Vorkämpfer der afrikanischen Unabhängigkeitsbewegung, verantwortlich. »Zutiefst besorgniserregend« fand die Ehrung Frohnmaiers Todd Gutnick, Sprecher der Anti-Defamation League (ADL), einer amerikanischen Organisation, die gegen die Diskriminierung von Juden eintritt. Die AfD habe »eine bedrückende Geschichte, die antisemitische und fremdenfeindliche Rhetorik« einschließe, so der ADL-Sprecher. Gutnick warf der AfD vor, »die antisemitische 'Großer-Austausch'-Verschwörung übernommen« zu haben und erinnerte daran, dass die AfD-Parteivorsitzende Alice Weidel »Deutschlands Engagement für die Erinnerung an den Holocaust als 'Schuldskult' bezeichnet« habe.

Eigenrecherche DokRex

<https://www.welt.de/politik/deutschland/article6930009e1625eabef80e36ec/markus-frohnmaier-warum-ein-afd-bundestagsabgeordneter-in-new-york-ausgezeichnet-wird.html?icid=search.product.onsitesearch> / eingesehen am 5. Dezember 2025

<https://www.welt.de/politik/ausland/article693ad0407275b2452c3ec361/reise-nach-washington-wassertraeger-laufen-uns-hinterher-die-afd-stuerzt-die-union-in-ein-dilemma.html> / eingesehen am 12. Dezember 2025

<https://taz.de/AfD-Besuch-in-den-USA/!6136632> / eingesehen am 12. Dezember 2025

<https://www.tagesschau.de/ausland/amerika/usa-junge-republikaner-102.html> / eingesehen am 14. Dezember 2025

<https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/usa-trip-afd-plant-republikaner-einladung-nach-berlin/100183735.html> / eingesehen am 18. Dezember 2025

<https://www.tagesschau.de/ausland/amerika/republikaner-afd-100.html> / eingesehen am 18. Dezember 2025

<https://www.tagesspiegel.de/politik/rede-auf-republikaner-gala-frohnmaier-erhalt-preis-in-new-york-und-will-offenbar-uber-deutschland-herziehen-15048775.html> / eingesehen am 18. Dezember 2025

<https://www.stern.de/politik/deutschland/wie-die-afd-mit-trumps-maga-bewegung-an-einer-allianzbaut-36950542.html> / eingesehen am 18. Dezember 2025

<https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/afd-trump-reise-100.html> / eingesehen am 18. Dezember 2025

https://www.t-online.de/nachrichten/ausland/usa/id_101043608/afd-an-der-wall-street-wie-trumps-bewegung-den-umsturz-europas-plant.html?utm_source=firefox-newtab-de-de / eingesehen am 20. Dezember 2025

Jochen Bittner u.a.: Wer solche Freunde hat... Der amerikanische Präsident sagt, Europas Nationen würden »zugrunde gehen«, in: Die Zeit, Nr. 53 vom 11. Dezember 2025, S. 3

Mariam Lau: Go West! Moment, galten die AfD-Leute nicht eben noch als putintreue ‚Kremlknechte‘? Wieso sich die Partei nun mit Trump verbrüder, in: In: Die Zeit, Nr. 53 vom 11. Dezember 2025, S. 2

https://dgap.org/system/files/article_pdfs/DGAP%20Analyse%20Nr-4_November-2025_60S_0.pdf / eingesehen am 8. Januar 2026

<https://hpd.de/artikel/albtraum-liberalen-eliten-23690> / eingesehen am 8. Januar 2026

<https://nyyrc.com/statements/its-time-for-a-new-civic-order-in-germany/> eingesehen am 5. Dezember 2025

https://www.compact-online.de/new-york-oeffnet-der-afd-die-tuer/?mc_cid=440d0b6a55 / eingesehen am 11. Dezember 2025

<https://der-dritte-weg.info/2025/12/afd-auf-gala-in-new-york-protest-nur-fuer-die-galerie/> eingesehen am 20. Dezember 2025

https://nyyrc.com/gallery/?mc_cid=4519505d73 / eingesehen am 9. Januar 2026

<https://www.info-direkt.eu/2020/07/28/patriotische-konferenz-in-rom-das-gegenstueck-zu-davos/> eingesehen am 5. Dezember 2025

<https://zuerst.de/2025/12/17/afd-reise-nach-new-york-der-schulterschluss-mit-trump-nimmt-gestalt-an/> eingesehen am 18. Dezember 2025

Baden-Württemberg: Landtagspräsidenten und Künstler mit NS-Vergangenheit

Als erstes Parlament eines Flächenlandes lässt der Landtag von Baden-Württemberg die NS-Vergangenheit südwestdeutscher Landtagsabgeordneter sowie NS-Bezüge von im Landtag ausgestellten Kunstwerken wissenschaftlich untersuchen. Das Gutachten und die Handlungsempfehlungen mit dem Titel »NS-Bezüge der im Landtag von Baden-Württemberg ausgestellten Kunstwerke« sind auf der Homepage der Landeszentrale für politische Bildung (LpB) abrufbar. 2024 startete das Forschungsprojekt auf Initiative von Landtagspräsidentin Muhterem Aras unter Koordinierung der LpB. Erste Ergebnisse: Vier ehemalige Landtagspräsidenten und vier Künstler, deren Werke im baden-württembergischen Landtag ausgestellt sind, haben eine NS-Vergangenheit – eine »formale Belastung« durch Mitgliedschaften in der NSDAP oder anderen Organisationen des NS-Regimes. Laut Gutachten besteht Handlungsbedarf bei den Künstlern Walter Brudi (1907–1987), David Fahrner (1895–1962), Jakob Wilhelm Fehrle (1884–1974) und Fritz von Graevenitz (1892–1959). Gleiches gilt für die Büsten der früheren Landtagspräsidenten Erich Ganzenmüller (1914–1983), Franz Gurk (1898–1984), Carl Neinhaus (1888–1965) und Camill Wurz (1905–1986).

Der Wissenschaftliche Beirat des Forschungsprojektes merkt an, es solle berücksichtigt werden, »dass sich alle vier Politiker in die Nachkriegsdemokratie integrierten und an maßgeblichen Stellen an ihrem Aufbau beteiligt waren«. Gleichwohl sei »herauszustellen, dass vor allem Neinhaus als Oberbürgermeister von Heidelberg eine prominente Stellung im Herrschaftsgefüge des NS-Staates innehatte« und »Wurz neben seiner NSDAP-Mitgliedschaft bereits in den 1920er-Jahren Mitgliedschaften und Aktivitäten im republikfeindlichen, rechtsextremen und terroristischen Milieu aufweist«, heißt es weiter. Bei den Künstlern sieht man vor allem bei der von Fritz von Graevenitz geschaffenen Büste des ehemaligen und von den Nazis ermordeten Staatspräsidenten Eugen Bolz »eine problematische Situation«. Graevenitz habe eine »beträchtliche« NS-Belastung, zumal er vor 1945 Büsten von Adolf Hitler angefertigt und Auftragsarbeiten für weitere hochrangige Vertreter des NS-Regimes ausgeführt hatte. Der Künstler Walter Brudi war 1929 in die NSDAP eingetreten und er hat das Landeswappen entworfen, das über dem Plenarsaal zu sehen ist. Die Beiratsmitglieder kommen in ihrem Gutachten zu dem Schluss, dass alle Künstlerinnen und Künstler sowie die dargestellten Landtagspräsidenten auf geeignete Weise kommentiert werden sollten. Dies solle durch Hinweise direkt an den Kunstwerken sowie auch auf der Homepage des Landtags geschehen. Es gehe darum, formale Belastungen sowie Brüche und Kontinuitäten in den Biografien der Kunstschaffenden und Politiker sichtbar zu machen. Gleichzeitig solle aber auch ihre Integration in die westdeutsche Nachkriegsdemokratie erkennbar werden.

<https://www.lpb-bw.de/forschungsprojekt-ns-vergangenheit-mdl> / eingesehen am 13. Dezember 2025

<https://www.landtag-bw.de/de/aktuelles/pressemitteilungen/gutachten-zu-ns-bezuegen-von-kunstwerken-im-landtag-und-handlungsempfehlungen-liegen-vor-603682> / eingesehen am 13. Dezember 2025

https://www.lpb-bw.de/fileadmin/lpb_hauptportal/projekte/ns_forschungsprojekt/Forschungsgutachten_Kunstwerke_Prae%C3%A4sidenten_Landtag_BW.pdf / eingesehen am 13. Dezember 2025

<https://www.staatsanzeiger.de/landesgeschichte/vier-von-neun-buesten-sollen-wegen-ns-zeit-erklart-werden> / eingesehen am 13. Dezember 2025

Bundesweit:

Antisemitisch motivierte Morde

Die Bundesregierung geht in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Grünen-Fraktion auf den antisemitisch motivierten Mord an Shlomo Lewin und Frida Poeschke im Jahr 1980 in Erlangen ein. Auf die Frage: »Wie viele antisemitisch motivierte Morde sind der Bundesregierung seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland bis zum heutigen Tage bekannt?«, führte die Bundesregierung folgende Fälle im Phänomenbereich Rechts auf:

- 13. Juli 2002: Tatort Prenzlau, ein Todesopfer
- 9. Oktober 2019: Tatort Halle, zwei Todesopfer
- 4. Dezember 2021: Tatort Königs Wusterhausen, vier Todesopfer.

Zur Frage, ob »der Mord an Shlomo Lewin und Frida Poeschke heute durch die Bundesregierung als antisemitischer Mord anerkannt und entsprechend in der PMK (Politisch Motivierte Kriminalität)-Statistik eingeordnet« wird, merkte die Bundesregierung an, die PMK sei erst im Jahr 2001 eingeführt worden, es habe zum Zeitpunkt der Tat noch keine vergleichbare Statistik gegeben.

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Irene Mihalic, Dr. Konstantin von Notz, Marlene Schönberger, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. 45 Jahre nach dem antisemitischen Mord an Shlomo Lewin und Frida Poeschke, BT-Drs. 21/3283 vom 16. Dezember 2025: <https://dserver.bundestag.de/btd/21/032/2103283.pdf> / eingesehen am 20. Dezember 2025

Bundesweit:

Rechtsextremisten mit waffenrechtlicher Erlaubnis

Nach Kenntnis des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) sind zum Stichtag 31. Dezember 2024 insgesamt 1.120 Rechtsextremisten, 357 sogenannte »Reichsbürger« und »Selbstverwalter« sowie 37 Personen des Spektrums »Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates« im Besitz einer waffenrechtlichen Erlaubnis gewesen. Das geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Grünen-Fraktion hervor. Zahlen für das Erhebungsjahr 2025 liegen der Bundesregierung noch nicht vor. Ferner waren nach Kenntnis des BfV Ende Dezember 2024 an erlaubnispflichtigen Schusswaffen im Nationalen Waffenregister 2.996 auf Rechtsextremisten, 932 auf sogenannte »Reichsbürger« und »Selbstverwalter« sowie 124 auf Personen des Spektrums Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates registriert.

Wie die Bundesregierung mit Verweis auf das BfV schreibt, wurden im Jahr 2024 insgesamt 157 Rechtsextremisten, 191 sogenannten »Reichsbürgern« und »Selbstverwaltern« sowie zwölf Personen des Spektrums »Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates« waffenrechtliche Erlaubnisse entzogen oder durch diese Personen freiwillig zurückgegeben. Der Entzug bzw. die Versagung waffenrechtlicher Erlaubnisse liegt grundsätzlich in der Zuständigkeit der Waffenbehörden der Länder, eine bundesweite statistische Erhebung der Entzugsgründe findet nicht statt, so die Bundesregierung.

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Marcel Emmerich, Dr. Irene Mihalic, Shahina Gambir, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Waffen- und sprengstoffrechtliche Erlaubnisse in den Händen von Verfassungsfeinden, BT-Drs. 21/3274 vom 12. Dezember 2025: <https://dserver.bundestag.de/btd/21/032/2103274.pdf> / eingesehen am 29. Dezember 2025

**Bundesweit:
Linkes Urgestein auf Abwegen**

Der langjährige Bundestagsabgeordnete der Linken, Diether Dehm, vormals SPD-Bundestagsabgeordneter, PDS-Bundestagsabgeordneter, Bundesvize und Schatzmeister der Europäischen Linken, Mitinitiator der legendären »Rock gegen Rechts«-Festivals und Texter des Klaus Lage Kult-Hits »1000 und 1 Nacht«, kennt seit Langem keine Berührungsängste zu Rechtsaußen.

Neuerdings ist er gar Interviewpartner der rechtsextremen Zeitschriften »COMPACT« und »Aufgewacht«. In Aufgewacht orakelte das linke Urgestein Dehm verschwörungsmythisch: Es sei dem geheimdienstlich-medialen Komplex unter Leitung des Bundesnachrichtendienstes und der CIA professionell gelungen, die deutsche Antifa in seine Gewalt zu bringen. »Also den guten Namen 'Antifaschismus' zu enteignen und für Kräfte zu nutzen, die einen dritten, atomaren Weltkrieg in Kauf nehmen. Deswegen muss sich ein anständiger Antifaschist der Feindseligkeit dieser Etikettenschwindler im NATO-Auftrag unter dem Tarn-Namen Antifa oder Linkspartei geradezu aussetzen.«

Auf die Frage des Aufgewacht-Interviewers Michael Brück, eines Neonazis, »Herr Dehm, Sie gelten als prominenter Befürworter einer gemeinsamen Friedens-Volksfront, die aus Anhängern des traditionell linken und rechten politischen Lagers gebildet werden soll. Können Sie in einigen Worten skizzieren, wie Sie sich eine solche Zusammenarbeit vorstellen? Gibt es bereits positive Beispiele, bei denen diese spektrenübergreifende Zusammenarbeit funktioniert?«, antwortete Dehm: »Einerseits, indem gemeinsam auf die Straße gegangen wird gegen den Staatsterrorismus von Selenskyj und den von Netanjahu. Nur mal angenommen, Oskar Lafontaine und Tino Chrupalla stünden gemeinsam auf einer Bühne am Brandenburger Tor, dann vibriert doch die Republik!« »Aufgewacht« war bis Frühjahr 2025 das Sprachrohr der neonazistischen Kleinstpartei »Freie Sachsen« und fusionierte dann mit der »Deutschen Stimme«, dem Sprachrohr der in »Die Heimat« umbenannten NPD.

Im antisemitischen Monatsmagazin COMPACT beklagte Dehm die »unheimlich koordinierte Medien-Hetzjagd auf Tino Chrupalla« und die »Medienvorgabe: Russenhass«. Das Interview mit COMPACT-Chefredakteur Jürgen Elsässer, einst Aktivist des »Kommunistischen Bundes« (KB), schmückt ein Foto, das Dehm im Gespräch mit COMPACT-Verlagschef André Poggenburg, einst AfD-Landesvorsitzender, auf der »alternativen« Buchmesse in Halle am 8. November zeigt.

Eigenrecherche DokRex

Michael Brück: »Die Geheimdienstapparate haben die Antifa gekapert«. Im Gespräch mit dem Musikproduzenten und Politiker Dieter Dehm. in: Aufgewacht – Die Deutsche Stimme. Dezember 2025, S. 26f

»Freiwillig« verzichtet. Dieter Dehm im Gespräch mit Jürgen Elsässer, in: COMPACT. Magazin für Souveränität, Dezember 2025, S. 18

Institutionen, Parteien, Medien

- Abendland ... 53, 120
 Active Club ... 92
 AJC ACCESS ... 78
 Akademische Ferialverbindung Reich ... 104
 AK Antifa ... 29
 Aktion Deutschland braucht Mariens Hilfe ... 108
 Aktion Kinder in Gefahr ... 107
 Aktion SOS Leben ... 108
 Alliance for Peace and Freedom ... 89
 Alpen-Donau.info ... 104
 Alte Breslauer Burschenschaft der Raczeks zu Bonn ... 109
 Alternative für Deutschland (AfD) ... 35, 37, 41, 44, 45, 46, 56, 57, 58, 62, 65, 67, 68, 70, 71, 73, 74, 77, 79, 81, 84, 85, 87, 88, 91, 94, 95, 97, 101, 102, 103, 105, 106, 107, 109, 113, 117, 121, 123, 124, 127, 131, 132, 133, 138
 Alternativ för Sverige (AFS / Alternative für Schweden) ... 131
 Amadeu Antonio Stiftung ... 82, 121
 American Jewish Committee (AJC) ... 78
 American Jewish Committee Berlin Ramer Institute (AJC Berlin) ... 66
 Amnesty International ... 89
 Amtsgericht Mosbach ... 37
 Anastasia-Bewegung ... 38
 ANO 2011 ... 64
 Anti-Defamation League (ADL) ... 60, 135
 Antiziganismusbeauftragte*r ... 80
 Arbeitsgemeinschaft für demokratische Politik (AFP) ... 121
 Ares Verlag ... 120, 134
 Arolsen Archives ... 75
 Assassination Politics ... 126
 AUF1 ... 95
 Aufgeblättert. Zugeschlagen – Mit Rechten lesen ... 124
 Aufgewacht ... 138
 Azione Cultura Tradizione (Aktion, Kultur, Tradition) ... 76, 92
 Badisches Landesmuseum (BLM) ... 111
 Bajuwarische Befreiungsarmee (BBA) ... 63
 Beratungsstelle bei antisemitischer Gewalt und Diskriminierung (OFEK e. V.) ... 119
 bermuda.funk ... 29
 Bibliothek des Konservatismus ... 95
 Black-Lives-Matter ... 30
 Blood & Honour ... 131
 B'nai B'rith International ... 94
 Branch Davidians ... 72
 British National Party (BNP) ... 122
 British Union of Fascists ... 106
 Buber-Rosenzweig-Medaille ... 126
 Bund der Verfolgten des Naziregimes ... 48
 Bund Deutscher Jugend ... 15
 Bundesarchiv ... 50, 102
 Bundesgerichtshof (BGH) ... 16, 38, 94, 103
 Bundeskriminalamt (BKA) ... 36, 45, 63, 77, 101
 Bundesministerium der Justiz ... 59
 Bundesministerium des Innern (BMI) ... 76, 77
 Bundesstiftung Magnus Hirschfeld ... 59
 Bundesverband der Israelitischen Kulturgemeinden Österreichs ... 95
 Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus (RIAS) ... 81, 115, 119
 Bundesverfassungsgericht (BVerfG) ... 109
 Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) ... 69
 Bundeswehr ... 100
 Bundeszentrale für politische Bildung (bpj) ... 95
 Bund für Gotterkenntnis (Ludendorff) e. V. ... 96, 100
 Bund Heimattreuer Jugend (BHJ) ... 21, 34
 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ... 113, 130, 137
 Bündnis gegen Abschiebungen Mannheim ... 29
 Burschenschaft Danubia München ... 74
 Burschenschaft Salamandria Dresden ... 127
 Burschenschaft Saxo-Silesia ... 121
 Burschenschaftliche Blätter ... 128
 Capital Jewish Museum ... 78
 Caritas ... 96
 CATO – Magazin für Neue Sachlichkeit ... 62, 68, 86
 Center for Fundamental Rights ... 79
 Center für Monitoring, Analyse und Strategie (CeMAS) ... 43
 Chega ... 64, 77, 115
 Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU) ... 18, 42, 65, 80
 Civil Liberties and Police (CILIP) ... 53
 Colonia Dignidad ... 89
 COMPACT ... 67, 69, 77, 79, 94, 97, 98, 105, 106, 113, 124, 134, 138
 Conservative Political Action Conference Hungary (CPAC Hungary) ... 78
 CORRECTIV ... 74
 Dansk Folkeparti (Dänische Volkspartei) ... 64
 Degussa Goldhandel ... 85
 Demokratischer Widerstand ... 109
 Der III. Weg ... 64, 100, 105, 113, 131, 134
 Der Störtrupp (DST) ... 113
 Desiderius-Erasmus-Stiftung e. V. (DES) ... 62, 86, 95, 124
 Deutsch-Arabische Gemeinschaft e. V. ... 110
 Deutsche Aktionsgruppen (DA) ... 19, 33, 39
 Deutsche Bischofskonferenz ... 107
 Deutsche Digitale Bibliothek (DDB) ... 50
 Deutsche Jugend Voran (DJV) ... 81, 113
 Deutsche Kommunistische Partei (DKP) ... 18
 Deutsche Militärzeitschrift (DMZ) ... 37, 102
 Deutsche Reichspartei (DRP) ... 47
 Deutscher Journalisten-Verband (DJV) ... 75
 Deutsches Jungvolk ... 102
 Deutsches Kolleg ... 93
 Deutsche Stimme (DS) ... 138
 Deutsche Vereinigung für eine Christliche Kultur e. V. (DVCK) ... 108
 Deutsche Zentrumsparterie ... 87
 Deutsch-Israelische Gesellschaft (DIG) ... 78
 Die Aula ... 111
 Die freie Welt ... 109
 Die Heimat ... 41, 64, 82, 88, 94, 113, 138
 dieKunstBauStelle e. V. ... 75
 Die Linke ... 60, 63, 76, 81, 88, 100, 138
 Die Rechte ... 64, 124
 Die Republikaner (REP) ... 25, 102
 Dokumentationsstelle Antiziganismus (DOSTA) ... 72
 Dokumentationsstelle Rechtsextremismus (DokRex) ... 50, 52, 68
 Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma ... 59
 Edition BuchHaus Loschwitz ... 62, 124
 Edmund Burke Foundation ... 133
 eigentümlich frei ... 85
 Ein Prozent e. V. ... 84, 88
 Emil-Chechko-Stiftung ... 114
 English Defence League (EDL) ... 107, 122
 Europäische Befreiungsfront (EBF) ... 35
 Europäische Union (EU) ... 67
 Europäische Volkspartei (EVP) ... 64
 Europa Terra Nostra ... 88
 Europa-Universität Viadrina ... 87
 Falange ... 119
 Federal Bureau of Investigation (FBI) ... 72
 Fidesz ... 64
 FIZ Karlsruhe – Leibniz-Institut für Informationsinfrastruktur ... 50
 Foni Logikis ... 64
 Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt, Universität Bielefeld ... 73
 Forum voor Democratie (Forum für Demokratie) ... 77
 Franz-Eher-Verlag ... 90
 Fratelli d'Italia (FdI) ... 76, 92
 Freie Sachsen ... 64, 138

- Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP) ... 24
- Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) ... 35, 57, 62, 64, 71, 74, 78, 95, 111, 119, 121, 135
- Freiheitlich Konservativer Aufbruch e. V. ... 87
- Freikorps Havelland ... 27, 33
- Freilich – Magazin für Selbstdenker ... 62, 71, 109
- Fremskrittspartiet (Fortschrittspartei) ... 103
- Fritz-Bauer-Institut ... 125
- Front National ... 56
- GefangenenHilfe ... 94
- Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof ... 100, 126
- Generalbundesanwaltschaft ... 36, 41, 97, 100
- Generallandesarchiv Karlsruhe ... 68
- Generation Deutschland ... 127, 128
- Gesellschaft für freie Publizistik (GfP) ... 120, 124
- Geuzenbond ... 92
- Gruppe S. ... 39
- Hamas ... 68
- Hammerskins Deutschland ... 131
- Hans-Filbinger-Stiftung ... 104
- Heimatschutzkompanie Nr. 221 ... 38
- Heimattreue Deutsche Jugend (HDJ) ... 65
- Heimattreue Vereinigung Deutschlands (HVD) ... 24
- Heritage Foundation ... 64
- Herzl Institute ... 133
- Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der Angehörigen der ehemaligen Waffen-SS (HIAG) ... 102
- Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V. (HNG) ... 118
- Hitlerjugend (HJ) ... 102, 128
- Hizb Allah ... 89
- Hochschulring Tübinger Studenten (HTS) ... 110
- Homeland Party ... 77
- Hydra Verlag ... 85, 124
- Identitäre Bewegung Deutschland (IBD) ... 77, 87, 113, 121
- Identitäre Bewegung (IB) ... 84, 92, 124
- Identitäre Bewegung Österreich (IBÖ) ... 92, 128
- Info-DIREKT ... 134
- Institut für Bürgerrechte & Polizei (Berlin) ... 53
- Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) ... 73, 114
- Institut für Staatspolitik (IFS) ... 86, 88, 129
- Institut für Zeitgeschichte (IfZ) ... 90
- Institut Iliade ... 71, 77
- International Sovereign League Paladine (ISL) ... 106
- Internierungslager Gurs ... 66, 112, 117
- ISOP – Innovative Sozialprojekte ... 96
- Israelitische Kultusgemeinde Nürnberg ... 110
- Israelitische Religionsgemeinschaft Baden ... 68, 117
- Jewish Claims Conference ... 60
- Juden in der Alternative für Deutschland e. V. (JAfD) ... 62
- Jüdische Allgemeine ... 68, 78
- Jüdische Rundschau ... 78, 122
- Jüdische Studierendenunion Deutschland (JSUD) ... 66
- Jugendzentrum Friedrich Dürr ... 29
- Junge Alternative für Deutschland (JA) ... 35, 88, 113, 122, 124, 127, 128
- Junge Alternative Sachsen ... 41
- Junge Freiheit (JF) ... 36, 65, 74, 78, 79, 81, 86, 87, 88, 90, 95, 103, 120, 124
- Junge Nationaldemokraten (JN) ... 85
- Junge Nationalisten (JN) ... 64, 82, 113
- Junges Forum (JuFo) ... 78
- Junge Tat ... 92
- Jungeuropa-Verlag ... 69, 84, 124
- Jung & Stark ... 113
- Justizvollzugsanstalt (JVA) Brandenburg/Havel ... 93
- Justizvollzugsanstalt (JVA) Frankfurt am Main ... 97
- Kameradschaft Karlsruhe ... 93
- Kameradschaft Süd ... 27
- Katehon ... 67
- Klosterhaus Verlag ... 124
- Kneipp-Kurhotel Wiesenbeek ... 76
- Knockout 51 ... 41
- Kommando Spezialkräfte (KSK) ... 36, 97
- Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) ... 15
- Königreich Deutschland (KRD) ... 76
- Kontrafunk ... 109
- Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau ... 19, 61, 69, 99, 117
- Konzentrationslager Dachau ... 70
- Konzentrationslager Flossenbürg ... 116
- Konzentrationslager Jasenovac ... 86
- Konzentrationslager Kislau ... 12
- Konzentrationslager Plaszów ... 116
- Konzentrationslager Stara Gradiška ... 86
- Kopp Verlag ... 96
- Ku-Klux-Klan ... 72
- Landesarchiv Baden-Württemberg ... 50, 68, 117, 133
- Landes-Demokratiezentrum Niedersachsen ... 121
- Landeskriminalamt (LKA) Baden-Württemberg ... 28
- Landeszentrale für politische Bildung (LpB) ... 136
- Landgericht (LG) Halle an der Saale ... 103
- Landgericht (LG) Rottweil ... 25
- Landgericht (LG) Wuppertal ... 94
- Landhaus Adlon ... 74
- Landratsamt Roth ... 38
- Landsmannschaft Thuringia Berlin ... 93
- Landtag von Baden-Württemberg ... 136
- Latvia First ... 64
- Lega per Salvini Premier ... 58, 64
- Leonhard-Kreis ... 119
- Lesen & Schenken GmbH ... 102
- Letzte Verteidigungswelle (LVW) ... 41, 43, 113
- Lichtschlag Medien und Werbung KG ... 85
- Likud ... 68, 122
- LSVD+ – Verband Queere Vielfalt ... 45
- Lukreta ... 128
- Mafalda – Verein zur Förderung und Unterstützung von Mädchen und jungen Frauen ... 96
- Makkabi Deutschland ... 62
- Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung (MZES) ... 56
- Marinebrigade Ehrhard ... 11
- Mauthausen Komitee Österreich (MKÖ) ... 95
- Max-Planck-Gesellschaft (MPG) ... 99
- Melde- und Informationsstelle Antiziganismus (MIA) ... 72, 80, 132
- Memorial National de Gurs ... 117
- Mensch und Maß ... 96, 100
- Moses Mendelssohn Zentrum für europäisch-jüdische Studien ... 48, 70
- Nancy Magazin ... 67
- Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) ... 18, 34, 35, 39, 41, 65, 85, 88, 93, 94, 98, 113, 124, 138
- Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina ... 99
- Nationaler Widerstand Karlsruhe ... 93
- Nationalistische Front (NF) ... 116
- National Party ... 77
- Nationalpolitische Erziehungsanstalt ... 102
- Nationalrevolutionäre Jugend (NRJ) ... 113
- Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) ... 12, 103, 124
- Nationalsozialistische Kampfgruppe Großdeutschland (NSKG) ... 32, 35
- Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) ... 7, 26, 33, 39, 49, 95, 101, 103, 116, 126, 131

- NaziCrimesAtlas ... 114
 NET OLAM – Forschungsverbund gegen Antisemitismus ... 48, 83
 New York Young Republican Club ... 134
 Nordische Widerstandsbewegung (Nordiska motståndsrörelsen NMR) ... 131
 N.S. Heute ... 104, 124
 Oberlandesgericht (OLG) Dresden ... 100
 Oberlandesgericht (OLG) Frankfurt am Main ... 39, 97
 Oberlandesgericht (OLG) München ... 39
 Oberlandesgericht (OLG) Stuttgart ... 39
 Oberverwaltungsgericht Ludwigshafen ... 109
 Organisation Consul ... 7, 9, 11, 32
 Österreichische Bischofskonferenz ... 95
 Österreichische Lagergemeinschaft Mauthausen ... 95
 Österreichischer Gewerkschaftsbund ... 95
 Oxford Brookes University ... 99
 Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) ... 110, 122
 Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) ... 138
 Partij voor de Vrijheid (Freiheitspartei) ... 64
 Patrioten für Europa (PfE) ... 64, 95
 Patriotische Union ... 36, 91
 Politically Incorrect ... 106
 Prepper ... 38
 Přísaha a Motoristé ... 64
 QAnon ... 37
 Querdenker ... 97, 109
 Radio Sputnik ... 115
 Rassemblement National (RN) ... 56, 64, 67, 68
 Reconquête ... 77
 Reconquista 21 ... 77
 Reform Party ... 67
 Reichsbürger und Selbstverwalter ... 7, 23, 36, 38, 76, 91, 93, 97, 126, 137
 Republican Party/GOP ... 77
 Rittergut Nöbeditz ... 98
 Robert Bosch Stiftung ... 59
 Rote Armee Fraktion (RAF) ... 35, 37, 93, 110
 Sächsische Separatisten (SS) ... 33, 34, 41, 100, 104
 Salomon Ludwig Steinheim-Institut für deutsch-jüdische Geschichte ... 83
 Schild & Vrienden ... 77
 Schwarzer September ... 93, 110
 Schwarze Wölfe ... 32
 Schweizerische Volkspartei (SVP) ... 119
 Seitenwechsel (Buchmesse) ... 62
 Sezession ... 57, 71, 95, 124, 129
 SOS Mitmensch ... 111
 Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) ... 15
 Sozialisten und Demokraten (S&D) ... 64
 SSV Ulm ... 116
 Staatsanzeiger ... 97
 Staatsarchiv Freiburg ... 133
 Staats- und wirtschaftspolitische Gesellschaft e. V. ... 74
 Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft (EVZ) ... 73, 75, 114
 Stimme des Reiches ... 37
 Studienzentrum Weikersheim ... 93, 104
 Sturmabteilung (SA) ... 12, 103
 Sturmzeichen-Verlag ... 124
 Synagoge Ohel Jakob ... 27
 Syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte ... 131
 Tagesstimme ... 109
 toneshift – Netzwerk gegen Hass im Netz und Desinformation ... 43
 Tradition, Familie und Privateigentum (TFP) ... 108
 Traditionsgemeinschaft Truppenübungsplatz Münsingen e. V. ... 102
 Truth Social ... 115
 Tumult – Vierteljahresschrift für Konsensstörung ... 69
 Turning Point USA (TPUSA) ... 104
 Unabhängige Kommission Antiziganismus ... 80, 132
 Union progressiver Juden in Deutschland ... 62
 Universität Duisburg-Essen ... 83
 Universität Mannheim ... 30
 Universität Oxford ... 56
 Universität Zürich ... 56
 Ustaša ... 86
 Utah Valley University ... 104
 Verfassungsgerichtshof Rheinland-Pfalz ... 109
 Verfassungsschutz Baden-Württemberg ... 24, 27, 88, 97
 Verfassungsschutz Bund (BfV) ... 74, 120, 126, 128, 137
 Verfassungsschutz Hamburg ... 74
 Verfassungsschutz Hessen ... 15
 Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen ... 35
 Verfassungsschutz Österreich ... 121
 Verfassungsschutz Thüringen ... 68, 124, 128
 Verlag Antaios ... 71, 87, 120, 124, 128
 Verlag Hohe Warte GmbH ... 100
 Vernichtungslager Treblinka ... 116
 Verwaltungsgericht Minden ... 109
 Verwaltungsgericht Neustadt/Weinstr. ... 109
 Vit Legion (Weiße Legion) ... 131
 Vlaams Belang ... 64
 Volkstreue Außerparlamentarische Opposition (VAPO) ... 104
 VOX España ... 64
 »W 3« Verlagsgesellschaft m.b.H. & Co Verlag KG ... 74
 Wehrsportgruppe (WSG) Ausland ... 110
 Wehrsportgruppe (WSG) Hepp-Kexel ... 21
 Wehrsportgruppe (WSG) Hoffmann ... 110
 Weiße Rose ... 91
 Weiße Rose Stiftung e. V. ... 91
 WerteUnion ... 85, 87, 119
 White Papers Institute ... 77
 Wiking-Jugend (WJ) ... 21, 24, 98
 Wir Selbst – Zeitschrift für nationale Identität ... 57
 Yad Vashem ... 75, 123
 Zentralrat der Juden in Deutschland ... 27, 46, 62, 78, 90, 129
 Zentralrat Deutscher Sinti und Roma ... 80, 102, 132
 Zuerst! ... 58, 86, 96, 103, 123, 127, 131
 Zur Zeit ... 57, 62, 71, 74, 78, 96, 109, 111, 115

Orte

- Achern (DEU-BW) ... 21
 Altdöbern (DEU-BB) ... 41
 Amsterdam (NLD) ... 92
 Argentinien (ARG) ... 62, 64
 Bad Dürkheim (DEU-RP) ... 76
 Baden-Baden (DEU-BW) ... 97
 Baden-Württemberg (DEU-BW) ... 15, 19, 24, 36, 59, 68, 69, 76, 88, 91, 97, 102, 111, 116, 133, 136
 Bad Lauterberg (DEU-NI) ... 76
 Bad Lobenstein (DEU-TH) ... 36
 Bautzen (DEU-SN) ... 82
 Bayern (DEU-BY) ... 70, 87, 88, 91, 103, 110, 127
 Beirut (LBN) ... 110
 Belgien (BEL) ... 76
 Berlin (DEU-BE) ... 27, 28, 34, 48, 61, 65, 66, 67, 68, 72, 81, 87, 93, 113, 115, 123, 125
 Biberach an der Riß (DEU-BW) ... 9
 Bologna (ITA) ... 110
 Bonn (DEU-NW) ... 18, 87
 Boxberg-Bobstadt (DEU-BW) ... 37
 Brandenburg an der Havel (DEU-BB) ... 98
 Brandenburg (DEU-BB) ... 27, 41, 69, 70, 76, 77, 84, 87, 98, 129
 Brasilien (BRA) ... 108
 Budapest (HUN) ... 64, 78, 81, 104
 Bulgarien (BGR) ... 94
 Bundesrepublik Deutschland (DEU) ... 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 69, 70, 71, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 80, 81, 83, 84, 85, 87, 88, 90, 91, 92, 93, 95, 99, 100, 101, 102, 103, 107, 109, 113, 114, 115, 117, 119, 120, 121, 123, 124, 126, 127, 129, 130, 131, 132, 133, 137, 138
 Butzbach (DEU-HE) ... 22
 Calw (DEU-BW) ... 36
 Charkiw (UKR) ... 62
 Chemnitz (DEU-SN) ... 26, 42, 103
 Chicago (USA) ... 78
 Chile (CHL) ... 89
 Colditz (DEU-SN) ... 19
 Cottbus (DEU-BB) ... 127
 Dänemark (DNK) ... 76
 Darmstadt (DEU-HE) ... 22
 Deutsche Demokratische Republik (DDR) ... 98
 Döbeln (DEU-SN) ... 28
 Dortmund (DEU-NW) ... 26, 27, 104, 124
 Dresden (DEU-SN) ... 65, 69, 84, 91, 124
 Düsseldorf (DEU-NW) ... 90, 94
 Einsiedeln (CHE) ... 119
 Eisenach (DEU-TH) ... 27, 41, 101
 Empfinger (DEU-BW) ... 25
 Eppingen (DEU-BW) ... 25
 Erfurt (DEU-TH) ... 39, 98
 Erlangen (DEU-BY) ... 20, 90, 110
 Eschborn (DEU-HE) ... 21
 Europa ... 64, 76, 78
 Falkensee (DEU-BB) ... 69
 Flensburg (DEU-SH) ... 39
 Florenz (ITA) ... 58
 Frankfurt am Main (DEU-HE) ... 18, 90, 99, 108, 125
 Frankfurt an der Oder (DEU-BB) ... 87
 Frankreich (FRA) ... 56, 67, 71, 76, 77, 117
 Freiburg (DEU-BW) ... 16, 69, 98
 Freudenstadt (DEU-BW) ... 38
 Friedrichshafen (DEU-BW) ... 25
 Fürth (DEU-BY) ... 78
 Gallarate (ITA) ... 76
 Garches (FRA) ... 56
 Gaza (PSE) ... 78, 123
 Georgensgmünd (DEU-BY) ... 38
 Gera (DEU-TH) ... 76, 91
 Gernsbach (DEU-BW) ... 102
 Gießen (DEU-HE) ... 20, 127
 Glasgow (GBR) ... 48
 Görlitz (DEU-SN) ... 84
 Graz (AUT) ... 120, 134
 Grevesmühlen (DEU-MV) ... 82
 Grimma (DEU-SN) ... 41
 Großbritannien (GBR) ... 67, 106, 122
 Halle an der Saale (DEU-ST) ... 42, 62, 90, 124, 137
 Hamburg (DEU-HH) ... 26, 39, 67, 74
 Hanau (DEU-HE) ... 41, 65
 Hebron (PSE) ... 122
 Heidelberg (DEU-BW) ... 59, 110, 136
 Heilbronn (DEU-BW) ... 25, 103
 Herrlingen (DEU-BW) ... 16
 Hessen (DEU-HE) ... 41, 65, 97, 99, 127
 Hoyerswerda (DEU-SN) ... 25, 29, 98
 Irland (IRL) ... 77, 84
 Israel (ISR) ... 68, 78, 85, 90, 93, 97, 115, 116, 122, 123
 Isthia (DEU-HE) ... 42
 Italien (ITA) ... 48, 67, 76, 92
 Jasenovac (HRV) ... 86
 Jena (DEU-TH) ... 26
 Jerusalem (ISR) ... 68, 123, 133
 Karlsruhe ... 117
 Karlsruhe (DEU-BW) ... 12, 91, 111
 Kassel (DEU-HE) ... 18, 26, 27
 Kirchmöser (DEU-BB) ... 100
 Kleinmachnow (DEU-BB) ... 94
 Köln (DEU-NW) ... 26, 47
 Kongo (AFR) ... 135
 Königs Wusterhausen (DEU-BB) ... 137
 Konstanz (DEU-BW) ... 18
 Krakau (POL) ... 102
 Kroatien (HRV) ... 86
 Landsberg am Lech (DEU-BY) ... 75
 Leipzig (DEU-SN) ... 41
 León (ESP) ... 118
 Libanon (LBN) ... 110
 Limburg (DEU-HE) ... 28
 London (GBR) ... 27, 48, 106
 Lübeck (DEU-SH) ... 90
 Ludwigsburg (DEU-BW) ... 116
 Ludwigshafen (DEU-RP) ... 66, 109
 Madrid (ESP) ... 64, 118
 Magdeburg (DEU-ST) ... 82, 91
 Magolsheim (DEU-BW) ... 16
 Mailand (ITA) ... 92
 Málaga (ESP) ... 118
 Manchester (GBR) ... 123
 Mannheim (DEU-BW) ... 29
 Mannheim-Schönau (DEU-BW) ... 24, 30
 Marzabotto (ITA) ... 102
 Mecklenburg-Vorpommern (DEU-MV) ... 41
 Meerbusch (DEU-NW) ... 85
 Melbourne (AUS) ... 48
 Merseburg (DEU-ST) ... 98
 Minsk (RUS) ... 114
 Mölln (DEU-SH) ... 25
 München (DEU-BY) ... 19, 26, 27, 28, 70, 90, 91, 110
 Münsingen (DEU-BW) ... 102
 Neuenstein (DEU-BW) ... 28
 New York (USA-NY) ... 48, 86, 134
 Niederlande (NLD) ... 76, 77, 92
 Niedersachsen (DEU-NI) ... 76, 121
 Niesky (DEU-SN) ... 98
 Nordrhein-Westfalen (DEU-NW) ... 76, 94, 107, 126
 Norwegen (NOR) ... 48, 103
 Nürnberg (DEU-BY) ... 21, 26, 103
 Oberwart (AUT) ... 63
 Oklahoma City (USA-OK) ... 72
 Ollersdorf (AUT) ... 63
 Ortenau (DEU-BW) ... 25
 Österreich (AUT) ... 33, 48, 63, 74, 76, 92, 95, 104, 111, 120, 121
 Ostfildern-Kemnat (DEU-BW) ... 25

- Pähl (DEU-BY) ... 100
 Paris (FRA) ... 71, 110
 Polen (POL) ... 41, 102
 Portugal (PRT) ... 76, 77, 115
 Potsdam (DEU-BB) ... 70
 Prenzlau (DEU-BB) ... 137
 Rastatt (DEU-BW) ... 97
 Reutlingen (DE-BW) ... 15, 38
 Rheinland-Pfalz (DEU-RP) ... 66, 76, 109
 Rom (ITA) ... 102
 Rostock (DEU-MV) ... 26, 59
 Rostock-Lichtenhagen (DEU-MV) ... 25, 29, 98
 Rottenburg am Neckar (DEU-BW) ... 96
 Russland (RUS) ... 37, 67, 70, 79, 106, 113
 Sachsen-Anhalt (DEU-ST) ... 58, 76, 87, 97, 98, 103, 124, 129
 Sachsen (DEU-SN) ... 32, 41, 65, 69, 76, 101
 Salzburg (AUT) ... 34, 111
 Sankt Petersburg (RUS) ... 106
 Saragossa (ESP) ... 118
 Scheinfeld (DEU-BY) ... 47
 Schleswig-Holstein (DEU-SH) ... 105, 128
 Schmölln (DEU-TH) ... 41
 Schnellroda (DEU-ST) ... 86
 Schweden (SWE) ... 27, 67, 131
 Schweiz (CHE) ... 76, 85, 92, 119
 Schwerin (DEU-MV) ... 91
 Schwetzingen (DEU-BW) ... 87
 Selent (DEU-SH) ... 102
 Senftenberg (DEU-BB) ... 41
 Sevilla (ESP) ... 118
 Solingen (DEU-NW) ... 25, 94
 Solothurn (CHE) ... 76
 Spanien (ESP) ... 64, 76, 118
 Stara Gradiška (HRV) ... 86
 Steiermark (AUT) ... 96
 St. George (USA-UT) ... 105
 Stinatz/Stinjaki (AUT) ... 63
 Stockholm (SWE) ... 48, 131
 Stuttgart (DEU-BW) ... 12, 15, 38, 102
 Südtirol (ITA) ... 32
 Syrien (SYR) ... 131
 Tansania (AFR) ... 67
 Teheran (IRN) ... 93
 Tel Aviv-Jaffa (ISR) ... 122, 123
 Thüringen (DEU-TH) ... 7, 76, 98, 103, 121, 128, 132
 Toledo (ESP) ... 118
 Tschechien (CZE) ... 81
 Tübingen (DEU-BW) ... 11, 38
 Tulsa (USA-OK) ... 72
 Ukraine (UKR) ... 114
 Ulm (DEU-BW) ... 12, 97, 99
 Ungarn (HUN) ... 64, 67, 78, 81, 93
 United Kingdom (UK) ... 77
 United States of America (USA) ... 37, 57, 58, 60, 64, 67, 71, 72, 77, 78, 104, 115, 120, 123, 133
 Valladolid (ESP) ... 118
 Waco (USA-TX) ... 72
 Warschau (POL) ... 116
 Washington D.C. (USA-WA) ... 58, 78, 109, 133, 135
 Wesertal (DEU-HE) ... 124
 Wien (AUT) ... 34, 63, 104
 Wittenberg (DEU-ST) ... 76
 Zagreb (HRV) ... 86
 Zamora (ESP) ... 118
 Zeulenroda (DEU-TH) ... 91
 Zürich (CHE) ... 36, 119
 Zwickau (DEU-SN) ... 26, 131

Personen

- A., Heiko ... 37
 Abou-Chadi, Tarik ... 56
 Abramovych, Artur ... 62
 Adenauer, Konrad ... 47
 Ahmadinedschad, Mahmud ... 93
 Al-Assad, Baschar ... 131
 Albrecht, Udo ... 110
 Álvarez Rivero, Carmen ... 62
 Amesbauer, Hannes ... 96
 Amir, Jigal ... 122
 Angerer, Erwin ... 111
 Anielewicz, Mordechaj ... 116
 Apfel, Holger ... 65
 Arafat, Yassir ... 122
 Aras, Muhterem ... 88, 136
 Arnold, Eberhard ... 116
 Atzmon, Gilad ... 93
 B., Johanna ... 91
 Baader, Andreas ... 93
 Babiš, Andrej ... 64
 Bachmann, Josef ... 33
 Ballarati, Andrea ... 76, 92
 Balliet, Stephan ... 42
 Balog, Violeta ... 72
 Baltruschat, Klaus ... 27
 Bannon, Steve ... 78, 107
 Bardella, Jordan ... 68
 Baron, Anton ... 88
 Bätzing, Georg ... 107
 Bauer, Fritz ... 99
 Baum, Christina ... 58, 97
 Beckstein, Günther ... 103
 Behrendt, Uwe ... 110
 Bell, Jim ... 126
 Ben-Gvir, Itamar ... 122
 Benoist, Alain de ... 106
 Berger, Nathan ... 134
 Berger, Senta ... 91
 Berisha, Sadri ... 25
 Berndt, Christoph ... 98
 Beuster, Mika ... 75
 Bezos, Jeff ... 58
 Biden, Joe ... 115, 123
 Bieder, Bettina ... 89
 Bismarck, Alexander von ... 106
 Blume, Michael ... 68
 Blumenwitz, Dieter ... 88
 Böhnhardt, Uwe ... 26, 39, 101, 116
 Bolz, Eugen ... 12
 Bongartz, Theodor ... 70
 Borchardt, Siegfried ... 126
 Bormann, Martin ... 127
 Boßdorf, Irmhild ... 81
 Botsch, Gideon ... 32, 70
 Boulgarides, Theodoros ... 26, 103
 Bouyé, Hilaire ... 77
 Braga, Torben ... 121
 Brand, Michael ... 80
 Brandner, Rudolf ... 69
 Brandt, Willy ... 18, 127
 Braun, Hans-Peter ... 19
 Braun, Jürgen ... 62
 Breschnew, Leonid Iljitsch ... 113
 Brosius-Gersdorf, Frauke ... 107
 Brück, Michael ... 138
 Brudi, Walter ... 136
 Bruesewitz, Alex ... 123
 Brumlik, Micha ... 125
 Bube, Beate ... 97
 Bubis, Ignatz ... 27, 47
 Buchheit, Markus ... 62
 Bürckel, Josef ... 112, 117
 Burger, Norbert ... 33
 Bušić, Zvonko ... 86
 Bystron, Petr ... 58, 79, 107
 Carell, Paul (Schmidt, Paul Karl) ... 104
 Chavarria, Manuel ... 62
 Chikli, Amichai ... 68, 122
 Choltitz, Dietrich von ... 133
 Chrupalla, Tino ... 58, 75, 81, 84, 138
 Claus, Alexander ... 128
 Cohen, Denis ... 56
 Comboio, Agostinho ... 25
 Corchia, Manuel ... 92
 Cramer, Patrick ... 99
 D., T. ... 92
 Dagen, Susanne ... 124
 Daimagüler, Mehmet Gürcan ... 80
 Deckert, Günter ... 89
 Dehm, Diether ... 138
 Deneen, Patrick J. ... 71
 Despot, Andrea ... 73
 Detert, Uwe ... 109
 Diesner, Kay ... 33
 Ditfurth, Jutta ... 126
 Ðo Anh Lân ... 20
 Dönitz, Karl ... 39
 do Rêgo Silva, Tita ... 67
 Dorow, Kevin ... 128
 Droese, Siegbert ... 105
 Dröse, Wolfgang ... 131
 Dugin, Aleksandr (Alexander) ... 106, 115
 Dulles, Allen W. ... 135
 Dutschke, Rudi ... 18, 33
 Dvorak-Stocker, Wolfgang ... 120
 Eder, Maximilian ... 36, 97
 Eisner, Kurt ... 9
 Ellinger, Michael ... 116
 Elsässer, Jürgen ... 69, 105, 113, 124
 Elser, Georg ... 70
 Eminger, André ... 101
 Eminger, Susann ... 101
 Engel, Philipp Peyman ... 68
 Engels, Henny ... 45
 Ensslin, Gudrun ... 93
 Ernst, Stephan ... 42
 Erzberger, Matthias ... 7, 9, 11
 Erzberger, Paula ... 9
 Eubanks, Jacky ... 77
 Eyermann, Walter ... 18
 Faeser, Nancy ... 67
 Fahrner, David ... 136
 Farage, Nigel ... 67
 Faria, Pedro ... 77
 Fassbinder, Rainer Werner ... 126
 Fehrle, Jakob Wilhelm ... 136
 Femppel, Gerhard ... 102
 Filbinger, Hans ... 93
 Fitzek, Peter ... 76
 Flaig, Egon ... 129
 Fortier, Michael ... 72
 Franco, Francisco ... 89, 118
 Frank, Peter ... 36
 Frohnmaier, Markus ... 79, 123, 134
 Fuchs, Franz ... 33, 63
 Fundel, Tiberius ... 17
 Galinski, Heinz ... 47
 Gamliel, Gila ... 123
 Gansel, Jürgen ... 65
 Ganzenmüller, Erich ... 136
 Gareis, Karl ... 10
 Gauland, Alexander ... 84, 124
 Gehlen, Reinhard ... 47
 Gehrckens, Julia ... 128
 Gehrum, Julius ... 133
 Genç, Hatice ... 94
 Genç, Hülya ... 94
 Genç, Mevlüde ... 94
 Genç, Saime ... 94

- Genscher, Hans-Dietrich ... 37
 Giuliani, Marie-Christine ... 119
 Goebbels, Joseph ... 127
 Goldstein, Baruch ... 122
 Gonçalves, Afonso ... 76, 77
 Göring, Hermann ... 127
 Gottfried, Paul ... 120
 Gottschalk, Kay ... 134
 Graevenitz, Fritz von ... 136
 Grandt, Michael ... 96
 Gültekin, Gökhan ... 41, 65
 Gürbüz, Sedat ... 41, 65
 Gurk, Franz ... 136
 Guter, Heiner ... 91
 Guterres, António ... 39
 Gutnick, Todd ... 135
 H., Kurt ... 100
 H., M. ... 116
 Haider, Jörg ... 35
 Haimbuchner, Manfred ... 111
 Harms, Björn ... 95
 Hashemi, Said Nesar ... 41, 65
 Hättasch, Kurt ... 41
 Hauck, Wolfgang ... 114
 Haug, Matthes ... 37
 Haußner, Frank ... 91
 Hazony, Yoram ... 133
 Heidegger, Martin ... 133
 Heidenreich, Gert ... 91
 Helmle, Bruno ... 18
 Hepp, Odfried ... 21, 34
 Hertz, Helge-Fabien ... 83
 Herzog, Roman ... 61
 Heß, Rudolf ... 127
 Heusgen, Christoph ... 133
 Heydrich, Reinhard ... 12
 Himmler, Heinrich ... 127
 Hirschfeld, Magnus ... 59
 Hirzel, Hans ... 91
 Hirzel, Susanne ... 91
 Hitler, Adolf ... 10, 57, 70, 90, 127, 136
 Höcke, Björn ... 56, 91, 103, 128
 Hoffmann, Karl-Heinz ... 110
 Hofschulte, Ben(n)o ... 108
 Hohm, Jean-Pascal ... 127
 Hollmann, Michael ... 102
 Holtzman, Dovid ... 134
 Hörnle, Raimund ... 19
 Hortman, Melissa ... 105
 Horvath, Erwin ... 63
 Horvath, Karl ... 63
 Hoven, Waldemar ... 133
 Huber, Clara ... 91
 Ijad, Abu ... 110
 Jäger, Leonard (»Ketzer der Neuzeit«) ... 88
 Jagow, Dietrich von ... 11
 Jank, Fabian ... 77, 84
 Jansen, Frederik ... 77
 Jenewein, Hans-Jörg ... 121
 K., Karl ... 100
 K., Ingo ... 37
 Kabus, Siegfried ... 14
 Kaiser, Benedikt ... 71
 Kalbfell, Oskar ... 15
 Kallina, Bernd ... 74
 Kapp, Wolfgang ... 11
 Karacsony, Gergely ... 81
 Katschker, Martin ... 18
 Kexel, Walther ... 21
 Kickl, Herbert ... 78, 95, 111
 Kierpacz, Mercedes ... 41, 65
 Kiese Wetter, Michèle ... 26, 33, 103
 Kiessler, Hansi ... 102
 Kiessler, Heinz ... 102
 Kılıç, Habil ... 103
 Killinger, Manfred von ... 12
 Kirk, Charlie ... 104, 106
 Klein, Felix ... 68
 Klemm, Paul ... 77, 79, 125
 Knoop-Graf, Anneliese ... 91
 Köhler, Gundolf ... 110
 Kohl, Helmut ... 37
 Köhne, Eckart ... 112
 Koresh, David ... 72
 Kositzka, Ellen ... 124
 Kotré, Lena ... 77, 84
 Krall, Markus ... 85
 Kramer, Stephan ... 68, 128, 132
 Kristersson, Ulf ... 131
 Kroesen, Frederick J. ... 110
 Krolzig, Sascha ... 124
 Krupp v. Bohlen und Halbach, Gustav ... 127
 Kubaşık, Mehmet ... 26, 103, 126
 Kubitschek, Götz ... 79, 92, 120, 124, 128
 Kubitschek, Wieland ... 128
 Kühnen, Michael ... 35
 Kunasek, Mario ... 111
 Kurer, Thomas ... 56
 Kurtović, Hamza ... 41, 65
 Küssel, Gottfried ... 34, 104
 Kutlu Yurtseven ... 26
 L., Markus ... 38
 Lafontaine, Oskar ... 138
 Landbauer, Udo ... 111
 Lange, Jana ... 42
 Langenhove, Dries Van ... 77
 Lauterbach, Karl ... 37
 Le Gallou, Jean-Yves ... 77
 Le Pen, Jean-Marie ... 56
 Le Pen, Marine ... 64, 67
 Lehnert, Erik ... 129
 Lewin, Shlomo ... 20, 90, 110, 137
 Leyen, Ursula von der ... 113
 Ley, Robert ... 127
 Lichtschlag, André ... 85
 Liebknecht, Karl ... 9
 Lischinsky, Yaron ... 78
 Listhaug, Sylvi ... 103
 Lizureck, Frank Otto ... 113
 Lübcke, Walter ... 33, 42
 Ludin, Hanns Elard ... 12
 Lumumba, Patrice ... 135
 Luna, Anna Paulina ... 135
 Luxemburg, Rosa ... 9
 M., Kevin ... 100
 Maaßen, Hans-Georg ... 74, 79, 81, 87, 119, 124
 MacLoughlin, John ... 77
 Maegerle, Anton ... 52
 Mahler, Horst ... 39, 69, 93
 Maier, Gerald ... 68
 Malofejew, Konstantin ... 67, 106
 Malsack-Winkemann, Birgit ... 36, 97
 Mandic, Dubravko ... 124
 Mann, Thomas ... 70
 Märkl, Maximilian ... 77
 Marum, Ludwig ... 12
 Matussek, Matthias ... 57
 Maurer, Ueli ... 119
 McVeigh, Timothy ... 72
 Meenen, Uwe ... 89
 Meloni, Giorgia ... 58, 67, 103
 Merkel, Angela ... 87, 126, 133
 Merz, Friedrich ... 67, 87, 113
 Meuthen, Jörg ... 87, 117
 Milei, Javier ... 62, 64, 68
 Milgrim, Sarah ... 78
 Miosga, Caren ... 62
 Moeller van den Bruck, Arthur ... 71
 Mölzer, Andreas ... 74
 Morgenstern, Boris von ... 88

- Müller, Franz J. ... 91
 Münch, Holger ... 36
 Mundlos, Uwe ... 26, 39, 101, 116
 Munier, Dietmar ... 102
 Muschiol, Darius ... 7, 54
 Musk, Elon ... 57, 58, 71, 105, 106
 Naumann, Peter ... 33, 93
 Neinhaus, Carl ... 136
 Netanjahu, Benjamin ... 122, 138
 Netanjahu, Yair ... 79
 Netschajew, Sergej ... 113
 Nguyễn Ngọc Châu ... 20
 Nichols, Terry ... 72
 Nickel, Margret ... 124
 Nolte, Jan ... 79
 Oberts, Kevin ... 64
 O'Brien, Keith (Woods, Keith) ... 84
 Obser, Hans ... 18
 Ohana, Amir ... 123
 Oliveira, Plinio Corrêa de ... 108
 Olschowski, Petra ... 68
 Orbán, Viktor ... 64, 67, 78, 135
 Özüdoğru, Abdurrahim ... 26, 103
 P., Hans-Georg ... 100
 Parnass, Peggy ... 67
 Paul, Joachim ... 109
 Păun, Vili Viorel ... 41, 65
 Pau, Petra ... 68
 Peetz, Wolfgang ... 100
 Pelosi, Nancy ... 105
 Peres, Shimon ... 122
 Perković, Marko (Thompson) ... 86
 Pescatore, Rüdiger von ... 36
 Pétain, Maréchal ... 56
 Petersen, Olga ... 106
 Pierce, William ... 72
 Pinochet, Augusto ... 89
 Plan, Wolfgang ... 38
 Poeschke, Frida ... 20, 90, 110, 137
 Poggenburg, André ... 98, 113, 138
 Pollak, Alexander ... 111
 Priebke, Erich ... 102
 Primo de Rivera, José Antonio ... 119
 Putin, Wladimir ... 67, 100, 113
 Quent, Matthias ... 27
 Quinn, Cyan ... 77
 R., Kevin ... 100
 R., Tyler ... 105
 Rabin, Jitzchak ... 122
 Radzimanowski, Kersten ... 89
 Rathenau, Walther ... 7, 10, 11, 70
 Rathjen, Tobias ... 41
 Reder, Walter ... 102
 Rees, Jonas ... 73
 Refpolk ... 26
 Remmele, Adam ... 12
 Rennicke, Frank ... 98
 Reul, Herbert ... 126
 Reuß, Heinrich XIII. ... 7, 36, 85, 91, 97
 Reuth, Sven (Schimmer, Arne) ... 114
 Ribbentrop, Joachim von ... 104, 127
 Richter, Karl ... 89
 Richter, Vincenzo ... 77
 Riefenstahl, Leni ... 133
 Risch, Robert ... 106
 Robinson, Tommy (Yaxley-Lennon, Stephen) ... 122
 Rockefeller ... 67
 Rodriguez, Elias ... 78
 Roeder, Manfred ... 19, 21, 33, 39
 Roewer, Helmut ... 124
 Rogers, Sarah ... 135
 Rohleder, Frank ... 89
 Rohmoser, Günter ... 93
 Rosenberg, Marina ... 60
 Rose, Romani ... 80, 102
 Roth, Elisabeth ... 37
 Rothschild ... 36, 67
 Ruiz, Guillermo ... 80, 132
 Rupp, Ruben ... 123
 S., Daniel ... 94
 S., Jörg ... 100
 S., Jörn ... 100
 S., Martin ... 126
 S., Werner ... 39
 Salvini, Matteo ... 58, 64, 78
 Saraçoğlu, Fatih ... 41, 65
 Sarközi, Peter ... 63
 Sarrazin, Thilo ... 119
 Schäfer, Michael ... 84, 124
 Schäuble, Wolfgang ... 32
 Schedler, Jan ... 27
 Schiffmann, Bodo ... 67
 Schimanek, Hans Jörg ... 34, 104
 Schimmer, Arne (Reuth, Sven) ... 114
 Schleyer, Hanns Martin ... 133
 Schlierer, Rolf ... 102
 Schmid, Franz ... 131
 Schmidt, Christian ... 89
 Schmidt, Paul Karl (Carell, Paul) ... 104
 Schoeps, Julius H. ... 47, 125
 Schoettler, Wilhelm ... 110
 Scholz, Olaf ... 126
 Schönborn, Erwin ... 110
 Schönen, Paul Josef ... 47
 Schröder, Florian ... 113
 Schubert, Frank ... 33
 Schultz, Tanjev ... 27
 Schulze, Christoph ... 70
 Schulz, Heinrich ... 12
 Schuster, Josef ... 46, 90
 Schütt, Rainer ... 89
 Schwarze, Kevin ... 42
 Seibt, Naomi ... 135
 Selen, Sinan ... 75, 128
 Selenskyj, Wolodymyr ... 138
 Sellner, Martin ... 76, 92, 104, 120
 Siefert, Katharina ... 112
 Siegmund, Ulrich ... 129
 Simon, Josef ... 63
 Şimşek, Enver ... 26, 35, 103
 Şimşek, Semiya ... 26
 Smith, Kenny ... 77
 Smuss, Michael ... 116
 Speer, Albert ... 127
 Spiegel, Paul ... 48
 Starke, Susann ... 89
 Starmer, Keir ... 107
 Stefan, Harald ... 111
 Steimle, Uwe ... 124
 Stein, Dieter ... 74, 79, 124
 Stein, Edith ... 70
 Stein, Florian ... 89
 Steinmeier, Frank-Walter ... 61
 Stein, Philip ... 84, 124
 Storch, Beatrix von ... 58, 79, 105, 109, 123
 Storch, Sven von ... 109
 Strunk, Arnold ... 47
 Suliman, Rami ... 68, 117
 Svazek, Marlene ... 111
 Szánthó, Miklós ... 79
 T., Norman ... 100
 Taşköprü, Ayşen ... 26
 Taşköprü, Süleyman ... 26, 103
 Teidelbaum, Lucius ... 31
 Tejero, Antonio ... 118
 Tellkamp, Uwe ... 124
 Thompson (Perković, Marko) ... 86

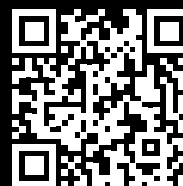
- Thurn und Taxis, Gloria von ... 124
 Tillschneider, Hans-Thomas ... 113
 Trüby, Stephan ... 31
 Trump, Donald ... 58, 78, 104, 115, 120, 123, 135
 Turgut, Mehmet ... 26, 103
 Unvar, Ferhat ... 41, 65
 Vance, J. D. ... 71, 133
 Velkov, Kaloyan ... 41, 65
 Venner, Dominique ... 71
 Ventura, André ... 115
 Verreycken, Bob ... 89
 Vlaardingerbroek, Eva ... 77
 Voigt, Udo ... 88
 Volkmer, Gisela ... 100
 Vorderbrügge, Sibylle ... 20
 Wachtveitl, Udo ... 91
 Wadephul, Johann ... 131
 Wagner, Robert ... 112, 117
 Waibel, Christian ... 15
 Walz, Tim ... 105
 Weickum, Werner ... 25
 Weidel, Alice ... 57, 62, 65, 67, 75, 79, 84, 119, 127, 132, 135
 Weil, Ekkehard ... 34
 Weimer, Wolfram ... 90
 Weindling, Paul ... 99
 Weißmann, Karlheinz ... 86
 Wessel, Horst ... 131
 Wilders, Geert ... 64
 Willems, Silke ... 75
 Winkler, Heinrich August ... 129
 Wirsching, Andreas ... 35
 Wirth, Joseph ... 9
 Wolsfeld, Miro (»Unblogd«) ... 88
 Woods, Keith (O'Brien, Keith) ... 84
 Wörner, Peter ... 37
 Wretström, Daniel ... 131
 Wurz, Camill ... 136
 Yarvin, Curtis ... 71
 Yaşar, İsmail ... 26, 103
 Yaxley-Lennon, Stephen (Robinson, Tommy) ... 106, 122
 Yozgat, Halit ... 26, 103
 Zanetti, Claudio ... 119
 Zhilova, Emily ... 94
 Zhilova, Galia ... 94
 Zhilova, Kancho ... 94
 Zhilova, Kataya ... 94
 Zilk, Helmut ... 63
 Zinn, Georg-August ... 15
 Zschäpe, Beate ... 26, 101, 103, 116
 Zuckerberg, Mark ... 58
 Zündel, Ernst ... 93

Erscheinungsdatum:

März 2026

Impressum:

Landesarchiv Baden-Württemberg
Dokumentationsstelle Rechtsextremismus
Nördliche Hildapromenade 3
76133 Karlsruhe
www.rechts-geschehen.de



Text / Redaktion:

Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

Redaktionsschluss:

20. Februar 2026

Gestaltung:

Xdream GmbH, Karlsruhe

Das Heft wird als PDF-Datei kostenlos abgegeben.
Ältere Ausgaben finden Sie als PDF-Datei unter www.rechts-geschehen.de.
Abonnement-Bestellungen sind unter folgender E-Mail-Adresse möglich:
dokumentationsstelle@la-bw.de.

